

I. Parteien

A. Methodische und sachliche Vorbemerkungen

Wer sich im Rahmen einer historischen Studie mit Parteien beschäftigt, muss sich zunächst einmal mit der Begrifflichkeit auseinandersetzen. Klarheit ist diesbezüglich insbesondere deshalb gefordert, weil der Parteibegriff im 19. Jahrhundert erstens starken Veränderungen unterlag und zweitens in einen normativen Diskurs eingebettet war, dessen Replizierung es zu vermeiden gilt. Zunächst, in der Ära vor der Entstehung der Massenparteien, wurde „Partei“ in einem sehr allgemeinen Sinne verwendet, als ein auf irgendwelche Weise institutionalisierter Meinungsträger im politischen Raum. Er setzte damit zwar sehr wohl einen gewissen diskursiven Rahmen voraus, blieb jedoch bei der Beschreibung des institutionellen Trägers unbestimmt. Eine Partei konnte also durchaus zum Beispiel eine Zeitung sein, wenn sich diese als selbständiger Meinungsträger einbrachte und nicht nur Sprachrohr einer politischen Organisation war. Am weitesten verbreitet war die Kennzeichnung einer bestimmten Fraktion im Parlament als Partei, auch wenn diese in keiner Weise außerparlamentarisch institutionalisiert war. Diese Identifizierung von Partei und Fraktion entsprach dem Charakter der Honoratiorenpolitik: Das Parlament war faktisch der alleinige institutionelle Träger politischer Inhalte, und daher konstituierten die dort handelnden Gruppen die Teile (*partes*) des politischen Diskurses. Erst mit dem Aufkommen der Massenparteien wandelte sich der Parteibegriff. Er war zwar durchaus noch auf das politische Handeln in den parlamentarischen Körperschaften bezogen. Gleichzeitig kam ihm nun jedoch eine zweite Dimension zu, indem er ein Segment der als Masse imaginierten politischen Gesellschaft bezeichnen sollte.

Dieser Sachverhalt gilt für westliche Gesellschaften ebenso wie für den Raum, mit dem wir uns hier beschäftigen. Eine solche Kongruenz ist nicht überraschend, wenn man bedenkt, dass mit der Etablierung der Institutionen auch ein Transfer der Begrifflichkeit stattfand. Immerhin gab es im Polnischen und Ukrainischen zwei sprachliche Varianten, welche *grosso modo* die beiden historischen Konnotationen des Parteibegriffs (also den parlaments- und den gesellschaftsbezogenen) repräsentierten: *stronnictwo* bzw. *storonnyctwo* und *partia* bzw. *partyja*. Mit dem letzteren Begriffspaar war allerdings bereits jene normative Ebene vermischt, die wir als zweite „Gefahr“ für eine auf die Zeitgenossenschaft abgestellte Sprachverwendung genannt haben. *Partia / partyja* bezeichnete nämlich zunächst einmal ein Selbstbild und den Anspruch, einen neuen, auf die Massen gestützten Typus von Partei zu verkörpern. Das aus dem Westen importierte Fremdwort stand demnach für einen Diskurs der politischen Linken, der die Partei als ein effizientes Instrument des gesellschaftlichen Fortschritts und eventuell der sozialen Revolution betrachtete. Daneben sind eine Reihe weiterer zeitgenössischer Diskurse zu nennen: zunächst der konservative, wonach die Partei die „natürliche“ Harmonie der Gesellschaft zerstöre (eine Abwehrstrategie gegen die modernen Massenparteien) und der nationale, demzufolge die Partei die Einheit der Nation in Frage stelle, die ihrerseits als höchstes moralische Gut zu gelten habe. Konservativ und national inspirierte Interpretationen des Parteibegriffs waren negativ konnotiert. Allerdings gilt im letzteren Fall, dass mit der „Erfindung“ der modernen integrationistisch-nationalistischen Partei dieser Organisationsform wieder eine positive Rolle zugeschrieben werden konnte. Auf nur geringe Resonanz stieß die liberal-demokratische Sichtweise, die ihre Blütezeit in den 1860er- und 1870er-Jahren erlebte. Sie sah Parteien als notwendiges Requisite in einem pluralisierten liberalen Staatswesen und war ihrerseits

nicht selten kombiniert mit dem Rückständigkeitstopos, der da lautete: Wir in Galizien haben keine „echten“ Parteien, sondern nur politische Cliqueswirtschaft und Nepotismus. Im Übrigen gilt jedoch, dass die genannten Diskurse gesamteuropäisch Gültigkeit hatten, nur eben in verschiedener Ausprägung und relativer Bedeutung je nach politischer Gesellschaft.¹⁾

Besteht also auf der einen Seite, bei einer unkritischen Übernahme zeitgenössischer Parteibegrifflichkeit, die Gefahr der analytischen Unschärfe und der normativen Verzerrung, so ist andererseits auch zu warnen vor einer Beschränkung des Parteibegriffs auf die moderne Massenpartei. Eine solche Verengung hat Tradition insbesondere unter den Historikern des ostmittel- und osteuropäischen Raums, welche generell Parteigeschichte im späten 19. Jahrhundert mit den sozialdemokratischen und radikal-intellektuellen Parteien der Moderne ansetzen. Die Vorgeschichte wird in der Regel ausgeblendet, weil die Ansätze der historisch orientierten Soziologen und Politologen nicht rezipiert wurden. Auch deren Interesse am Gegenstand gründete zwar nicht unwesentlich auf der Faszination und Wirkungskraft der Massenpartei des 20. Jahrhunderts. Sie suchten aber auch nach deren Wurzeln tief im 19. Jahrhundert. Zu nennen sind vor allem Max Weber mit seinem Konzept der Honoratiorenpartei, das sich auf den Politikertypus und die Frage der Professionalisierung der Politik konzentriert, und Maurice Duverger, der mit seiner Kategorie der Komitee- oder Rahmenpartei das Hauptaugenmerk auf die Organisationsform legte. Inhaltlich beziehen sich beide auf dasselbe historische Phänomen, die „vormoderne“ Partei. Wenn wir versuchen, vergleichbare politische Formationen auch hier historisch zu lokalisieren, so ist dies zu verstehen als Teil der übergeordneten Fragestellung dieses Buchs nach dem Übergang von traditionellen Mustern zu modernen Formen in einem angeblich rückständigen politisch-kulturellen Raum.²⁾

Um sowohl den Erfordernissen der Flexibilität als auch der analytischen Präzision gerecht zu werden, lässt sich die Partei also folgendermaßen definieren: als eine organisierte Gruppe, die auf der Basis eines formulierten politischen Programms die Beteiligung an Entscheidungskompetenzen in parlamentarischen Gremien anstrebt. Dieser weite Definitionsrahmen ermöglicht es, zum einen den Wandel von Organisationsformen fassbar zu machen und andererseits politische Gruppierungen einzubeziehen, denen gemeinhin „Parteiqualität“ abgesprochen werden. Gleichzeitig soll durchaus nach politikwissenschaftlichem Ansatz funktional gedacht werden. In Anlehnung an den von Klaus von Beyme aufgestellten Katalog wollen wir die folgenden drei Funktionen als konstitutiv definieren.

¹⁾ Siehe dazu auch: Harald Binder, *Perspektyvy doslidzennja istoriji partij v avstrijs'kij Halyčyni* [Forschungsperspektiven einer Parteiengeschichte im österreichischen Galizien], in: *Ukrajina moderna* 8 (2003), S. 143–155 sowie Ders., *Parteiwesen und Parteibegriff bei den Ruthenen*, in: *Österreichische Osthefte, Sonderheft Ukraine*, Wien 2000, S. 211–240. Zur normativen Ebene in der Geschichte des Parteibegriffs vgl.: Klaus von Beyme, *Partei, Faktion*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhard Koselleck, Stuttgart 1974–1984, Bd. 4, S. 678–733.

²⁾ Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen ⁵1972, insbes. S. 837–851; Maurice Duverger, *Die politischen Parteien*, Tübingen 1959.

Durch diese wird gleichzeitig der vorliegende Abschnitt von den folgenden Teilen II und III abzugrenzen sein³⁾:

a) Zielfunktion: Das primäre Ziel der Partei nach unserer Definition ist die Erringung von Mandaten bei den Wahlen in eine parlamentarische Körperschaft. Damit berufen wir uns auf die klassische Definition von Max Weber, der die Parteien als Organisationen zur Erlangung von Macht beschrieben hat und dabei als Mittel zur Erreichung dieses Ziels bei Bestehen parlamentarischer Institutionen die Werbung von Wahlstimmen bestimmte.⁴⁾ Mit der primären Orientierung am Wahlprozess sind die Parteien abgegrenzt von den Interessenverbänden oder nicht-politischen Vereinen mit rein innergesellschaftlichen Zielsetzungen. Die Rechtsform kann, muss aber nicht diejenige eines politischen Vereins sein.

b) Programmfunktion: Die Partei muss aufgrund eines frei gewählten, öffentlich bekannt gemachten Programms identifizierbar sein. Diese Programmfunktion ist eng mit der Zielfunktion verbunden, da eine Organisation als eine überpersönliche Vergesellschaftungsform sich überhaupt nur aufgrund eines politischen Programms in den Wahlprozess einbringen kann. In ihrer Eigenart als Organisation ist die Partei damit von Einzelpersonen („Honoratioren-Politikern“) sowie von Zeitungen als Meinungsorganen abgegrenzt, welche ihren Einfluss auf Wahlprozesse ebenfalls auf ein Programm stützen können. Die Presse bildet jedoch insofern ein zentrales Element dieser Funktion, als sie das Programmatische öffentlich macht. Diese Überlegung schafft die Verbindung zur dritten Funktion:

c) Öffentlichkeitsfunktion: Über die reine Beteiligung am Wahlprozess hinausgehend, erhebt die Partei den Anspruch, als Mobilisierungs- und Sozialisationsinstrument „in der Gesellschaft“ zu wirken. Dadurch unterscheidet sie sich von der reinen Wahlorganisation (Abschnitt II), deren Bestehen auf die Teilnahme an der Wahl beschränkt ist. Der Partei kommt folglich im Gegensatz zur Wahlorganisation auch die Eigenart einer dauerhaften Organisation zu, die auch entsprechende rechtliche Formen anstrebt. Parteien besitzen selbst insofern einen öffentlichen Charakter, als die Mitgliedschaft in ihnen nicht beschränkt sein darf durch einen vorangehenden Selektionsprozess. Damit sind die parlamentarischen Fraktionen (Abschnitt III) nicht als Parteien in unserem Sinne zu bezeichnen.

Begibt man sich nun in diesem Sinne auf die Suche nach Parteien, so hat man zunächst einmal auf das Verhältnis zwischen politischem Inhalt und dessen Vermittlung und Institutionalisierung in der Öffentlichkeit zu achten. Die zentrale Rolle bei der Definierung gesamtstaatlich relevanter politischer Inhalte spielten, wie erwähnt, zunächst beinahe monopolartig die parlamentarischen Körperschaften. Daher erscheint es angebracht, deren rechtliche Institutionalisierung und Abgrenzung kurz zu besprechen. Das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom Februar 1861 und dessen novellierte Fassung von 1867, die

³⁾ Klaus von Beyme, *Parteien in den westlichen Demokratien*, München ²1984, S. 25. Die Funktion der Elitenrekrutierung, welche Beyme als letzten Punkt nennt, grenzt die Partei nicht definitorisch von anderen gesellschaftlichen Organisationen ab, ist aber natürlich als „reines“ Funktionselement von zentraler Bedeutung und wird Teil der Fragestellung des letzten Abschnitts sein.

⁴⁾ Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 167. Auch moderne Definitionsversuche sehen im Faktum der Beteiligung an Parlamentswahlen den Kernbestandteil des Parteibegriffs. Siehe Rainer-Olaf Schultze, „Partei“, in: *Pipers Wörterbuch zur Politik*, München–Zürich ³1989, S. 659.

als Teil eines konstitutionellen Verfassungspakets (Dezemberverfassung) verabschiedet wurde und bereits auf dem neu geschaffenen Doppelstaatscharakter der Monarchie aufbaute, schufen als Gebietskörperschaften konzipierte Vertretungsorgane, welche zur Mitwirkung an der Gesetzgebung berufen wurden. Die Landesparlamente, also auch der galizische *Sejm*, gründeten ihre Existenz weiterhin auf die im Februarpatent festgelegten Landesordnungen und Landtagswahlordnungen, während der gegenüber 1861 mit mehr konstitutionellen Rechten ausgestattete Reichsrat auf dem Gesetz von 1867 beruhte. Gleichzeitig veränderte das revidierte Reichsvertretungsgesetz jedoch das verfassungsrechtliche Verhältnis zwischen Zentralorgan und Landesparlamenten zugunsten der Letzteren, indem es in Umkehrung der Bestimmung von 1861 alle nicht dem Reichsrat ausdrücklich zugewiesenen Kompetenzen den Landtagen zusprach.

Obwohl theoretisch der Reichsrat für die Gesamtstaatsinteressen und die Landtage für die Länderinteressen verantwortlich waren, konnte man nicht von klar geschiedenen politischen Organen mit autonomen Kompetenzen sprechen, so wie dies im modernen Länderföderalismus auf parlamentarischer Grundlage der Fall ist. Dem Konzept der konstitutionellen Monarchie entsprechend, waren Reichsrat und Landtage auf den Monarchen und seine Regierung ausgerichtet, ohne jeweils über eigene Regierungsgewalt zu verfügen. Den Landtagen stand also keine verantwortliche Landesregierung gegenüber, sondern einerseits der vom Kaiser ernannte Statthalter und andererseits die zuständigen Ministerien der Zentralregierung. Gesetze in Landesangelegenheiten waren denn auch keine eigentlichen Landesgesetze, sondern gesamtstaatliche Gesetze mit einem auf das Land beschränkten Geltungsbereich. Die Länder hatten somit keinen eigenen staatlichen Charakter, sondern mussten als Kommunalverbände höchster Ordnung angesehen werden. Andererseits aber, in wahlrechtlicher Hinsicht, ging das Abgeordnetenhaus des Reichsrats wiederum aus den Landtagen hervor, denn bis 1873 wurde es nicht durch direkte Wahl, sondern über die Länderparlamente bestellt und auch nach 1873 konstituierte es sich nach einem bestimmten Länderschlüssel. Die wahlrechtliche Auseinanderentwicklung der beiden Parlamente, akzentuiert in den beiden Wahlreformen von 1897⁵⁾ und 1907, veränderte allerdings im gleichen Zeitraum den politischen Charakter beider Organe.⁶⁾

Es ist nicht Ziel dieses Abschnitts, das durchaus komplexe und teils widersprüchliche, von der Eigendynamik der Verfassungswirklichkeit mitbestimmte Verhältnis der parlamentarischen Körperschaften zueinander näher darzulegen. Hier ist alleine die Tatsache entscheidend, dass beide Parlamente aufgrund der ihnen verliehenen gesetzgebenden Kompetenzen, ihrer Eigenart als zur Allgemeinheit hin offene diskursive Foren und infolge

⁵⁾ Streng genommen ist die „kleine“ Wahlreform, durch welche die bestehenden vier Wahlkurien durch eine fünfte, allgemeine, ergänzt wurden, auf das Jahr der gesetzlichen Verankerung, also 1896, zu beziehen. Da es in diesem Buch aber vor allem um die Auswirkungen der Wahlreform auf Parlament und Parteien geht, wird hier in der Regel von 1897 gesprochen werden, dem Jahr also, als das neue Wahlrecht erstmals in die Praxis umgesetzt wurde.

⁶⁾ Zum Verhältnis zwischen Reichsrat und Landtagen vgl. Wilhelm Brauneder, Friedrich Lachmayer, Österreichische Verfassungsgeschichte, Wien ⁵1989, S. 149–151; Wilhelm Brauneder, Verfassungsentwicklung in Österreich 1848 bis 1918, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch, Wien 2000, S. 69–237, hier S. 213–216; Friedrich Tezner, Die Volksvertretung, Wien 1912, S. 641–668.

der ihnen innewohnenden Tendenz der Selbstorganisation in einzelnen Fraktionen das Potenzial hatten, auf außerparlamentarische Institutionalisierungsprozesse, also Parteibildungen, einzuwirken. In dieser Hinsicht sind beide parlamentarischen Organe, Abgeordnetenhaus und Landtag, zunächst auf derselben Ebene einzuordnen. Demgegenüber wirkten die autonomen Vertretungsorgane von Gemeinde und Bezirk kaum auf die Bildung von Parteien ein, wenn auch in der späteren Zeit und ausgehend vor allem von den beiden kommunalen Zentren Krakau und Lemberg indirekte Einflüsse auf jene Prozesse feststellbar sind. Eingeordnet in den Gesamtkontext der Modernisierung des politischen Systems ist zu betonen, dass die prägende Wirkung der politischen Auseinandersetzungen in den Parlamenten – Reichsrat und Landtag – auf die Ausbildung der politischen Gesellschaft so lange dominierend blieb bis neue massendemokratisch abgestützte Institutionen neue ideologisch-weltanschauliche Inhalte formulierten. Das gilt in Westeuropa genauso wie im hier behandelten politisch-kulturellen Raum.

Die Vermittlung der in den Repräsentativkörperschaften erarbeiteten politischen Inhalte an die Öffentlichkeit sowie ihre diskursive Verarbeitung ist ein zweites konstitutives Element einer auf Parteien gründenden politischen Ordnung. Voraussetzung hierfür ist ein freiheitliches Pressegesetz, dessen Einführung in Österreich ebenfalls ein Produkt der liberalen Ära war. Wie manche liberal-progressive Kritiker das Weiterbestehen ständisch-autoritärer Elemente in der Verfassungsordnung von 1867 bedauerten, so wurde auch das Pressegesetz von 1862⁷⁾ von vielen Zeitgenossen als zu restriktiv angesehen.⁸⁾ Dennoch bedeutete dieses Pressegesetz gegenüber seinem aus der neoabsolutistischen Ära stammenden Vorgänger von 1852 eine erhebliche Verbesserung, indem es das Konzessions- und Verwarnungssystem sowie das Recht auf administrative Einstellung beseitigte. Weitere Maßnahmen zur Liberalisierung folgten in den Jahren nach der definitiven Einführung des Konstitutionalismus (1868, 1874, 1894). Am heftigsten kritisiert wurde das sogenannte „objektive Verfahren“, das zwar den Verfasser eines Artikels von strafrechtlicher Verfolgung befreite, der Staatsanwaltschaft jedoch praktisch freie Hand gab in der Konfiskationspraxis. Mit dem Aufkommen der oppositionellen Massenparteien wurde dies zu einem erstrangigen politischen Thema, wobei gerade der Reichsrat als Ventil für das Öffentlichmachen zuvor konfiszierter Text missbraucht wurde. Trotz der restriktiven Elemente gab es eine heute kaum mehr vorstellbare Vielfalt und Dynamik in der Presselandschaft. Dies zeigt die Tabelle I.1, welche sich auf die politischen periodischen Druckschriften beschränkt⁹⁾.

⁷⁾ RGBl Nr. 6/ex 1863. Gesetz vom 17. 12. 1862.

⁸⁾ Im Grunde stellt jedes Pressegesetz *per se* eine Begrenzung der Freiheit der Meinungsäußerung dar, und ein wirklich freiheitliches Pressegesetz – so der Chefredakteur der damaligen Arbeiterzeitung – heißt kein Pressegesetz: Friedrich Austerlitz, Pressfreiheit und Pressrecht. Eine Studie über den Pressgesetz-Entwurf, Wien 1902, hier S. 5 f. Siehe jetzt auch: Thomas Olechowski, Das Pressrecht der Habsburgermonarchie, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 8: Die politische Öffentlichkeit, hrg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch (im Druck).

⁹⁾ Quelle: Österreichisches Statistisches Handbuch, Wien 1881 ff. (Volkszählungen sowie jährliche statistische Erhebungen zur Entwicklung der Presse).

Tabelle I.1: Politische Zeitungen in Cisleithanien nach Kronländern, 1880 bis 1910

| Kronland | 1880 | | 1890 | | 1900 | | 1910 | |
|---------------------------------|------------|---------------|------------|---------------|------------|---------------|-------------|---------------|
| | Abs. | Rel. zu Bev.* | Abs. | Rel. zu Bev.* | Abs. | Rel. zu Bev.* | Abs. | Rel. zu Bev.* |
| Deutsche Erbländer ¹ | 168 | 34099 | 230 | 26929 | 360 | 18915 | 361 | 20864 |
| Südländer ² | 46 | 34897 | 39 | 44148 | 61 | 30467 | 87 | 23741 |
| Böhmische Länder ³ | 116 | 71377 | 170 | 51327 | 366 | 25784 | 598 | 16971 |
| Galizien | 36 | 165525 | 49 | 134853 | 82 | 89219 | 130 | 61736 |
| Bukowina | 4 | 142918 | 7 | 92370 | 14 | 52158 | 36 | 22225 |
| TOTAL | 370 | 59849 | 495 | 48274 | 883 | 29616 | 1212 | 23574 |

* Anwesende Bevölkerung pro politische Zeitung

¹ Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Steiermark, Kärnten

² Krain, Istrien, Görz/Gradiska, Dalmatien, Triest

³ Böhmen, Mähren, Schlesien

Bei aller Vereinfachung, welche das Zusammenfügen einzelner Kronländer zu Kronländergruppen ohne Berücksichtigung ihrer ethnisch-nationalen inneren Grenzen mit sich bringt, macht Tabelle I.1 doch die Stellung Galiziens innerhalb der Länder Cisleithaniens deutlich. In Sachen Mediendichte lag die Provinz über den ganzen Zeitraum hinweg mit einem Faktor 2,6 bis 2,8 unter dem cisleithanischen Durchschnitt und damit weit abgeschlagen an letzter Stelle. Nicht wesentlich anders sieht die Lage aus, wenn man die Erscheinungshäufigkeit und die Auflagenzahlen heranzieht. Andererseits: Im Zeitverlauf ist für Galizien eine überdurchschnittliche expansive Entwicklung festzustellen, insbesondere wenn man die in der Tabelle nicht wiedergegebenen Umlaufzahlen der Presse berücksichtigt. Trotz Konfiskationspraxis ist also auch in Galizien von einem funktionierenden Pressewesen auszugehen, das zudem mit der gesamteuropäischen Modernisierungsdynamik mithielt. Die Rückständigkeit gegenüber den anderen Reichsteilen insbesondere in Westösterreich, die dem Zahlenmaterial gemäß nur teilweise aufgeholt wurde, ist im Übrigen keineswegs gleichzusetzen mit einer entsprechend niedrigeren funktionalen Bedeutung der Presse im politischen System und entsprechend bei der Herausbildung von Parteien. Darauf wird zurückzukommen sein.¹⁰⁾

Politische Inhalte, die durch die Presse vermittelt werden, können nun wiederum außerhalb der parlamentarischen Körperschaften nur dann rezipiert und institutionalisiert werden, wenn die staatliche Ordnung der Gesellschaft entsprechende Freiräume der Selbstorganisation gewährt. Als dritter entscheidender Faktor für die Herausbildung eines Parteiwesens hat demnach ein liberales Vereins- und Versammlungsrecht zu gelten. In Österreich wurde ein solches in zwei separaten Gesetzen im November 1867 verabschiedet, also noch einige Wochen vor jenen Staatsgrundgesetzen, welche gemeinsam die „Dezemberverfassung“ bildeten. Faktisch war das Vereins- und Versammlungsrecht ein elementarer Bestandteil der freiheitlichen Ordnung, was auch darin zu Ausdruck kommt, dass das „Staats-

¹⁰⁾ Zur Entwicklung der galizischen Presse siehe die ältere Darstellung von Jerzy Myśliński, *Prasa polska w Galicji w dobie autonomicznej 1867–1918* [Die polnische Presse in Galizien zur Zeit der Autonomie], Warszawa 1976 sowie jetzt Harald Binder, *Die polnische Presse*, in: *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. 8: *Die politische Öffentlichkeit*, hrsg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch sowie: Ders., *Die ruthenische Presse*, ebd. (im Druck).

grundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger“ explizit darauf Bezug nahm.¹¹⁾ Besondere Beachtung verdient das Vereinsgesetz, denn dieses sah ausdrücklich als eigene Kategorie politische Vereine vor, welche nach Interpretation des angesehensten zeitgenössischen Staatsrechtslexikons „kompulsiv auf die Bildung des staatlichen Willens, sei es durch Beeinflussung der zur Bildung staatlicher Organe führenden Wahlen, sei es durch sonstige diesem Zwecke dienende Tätigkeit“ bestimmt waren.¹²⁾ Allerdings schränkte das Gesetz gerade die Bildung von Parteien als übergreifende Organisationen stark ein, indem es (nach § 33) untersagte, dass politische Vereine Filialen gründen oder überhaupt untereinander in Kontakt treten dürften. Diese Regelung, die auf den Willen der Staatsverantwortlichen zurückging, die Kontrolle über die Politik zu wahren und die befürchtete Eigendynamik selbstgesteuerter politischer Prozesse einzudämmen, stand im Mittelpunkt liberal-progressiver Kritik am Vereinsgesetz. Es wird für Galizien herauszuarbeiten sein, wie dieses Verbot auf Parteibildungsprozesse einwirkte und in welchem Verhältnis generell der politische Verein zur politischen Partei stand.¹³⁾

An dieser Stelle soll nun zunächst einmal auch für die politischen Vereine die quantitative Entwicklung nachgezeichnet werden. Der Vergleich Galiziens mit den übrigen Kronländern (bzw. Kronländergruppen) gibt einen Hinweis auf den Entwicklungsstand der autonom organisierten politischen Gesellschaft¹⁴⁾:

Tabelle I.2: Politische Vereine in Cisleithanien nach Kronländern, 1880 bis 1910

| Kronland | 1880 | | 1890 | | 1900 | | 1910 | |
|--------------------|------------|----------------|------------|---------------|-------------|---------------|-------------|---------------|
| | Abs. | Rel. zu Bev.* | Abs. | Rel. zu Bev.* | Abs. | Rel. zu Bev.* | Abs. | Rel. zu Bev.* |
| Deutsche Erbländer | 273 | 20984 | 292 | 21211 | 509 | 13378 | 736 | 10234 |
| Südliche Länder | 10 | 160528 | 19 | 90619 | 56 | 33187 | 165 | 12518 |
| Böhmische Länder | 142 | 58308 | 289 | 30192 | 548 | 17220 | 979 | 10366 |
| <i>Galizien</i> | 3 | 1986302 | 9 | 734202 | 34 | 215174 | 161 | 49848 |
| Bukowina | 1 | 571671 | 5 | 129318 | 13 | 56169 | 100 | 8001 |
| TOTAL | 429 | 51618 | 614 | 38918 | 1160 | 22544 | 2141 | 13345 |

* Anwesende Bevölkerung pro politischer Verein

Weitere Erläuterungen: Siehe Tabelle I.1.

¹¹⁾ RGBl. Nr. 134/ 1867, 135/1867, 142/1867 (§ 12). Dazu insbesondere: Peter Urbanitsch, Zum Verhältnis von Staatsmacht, (politischen) Vereinen und Parteien, in: Brennpunkt Mitteleuropa. Festschrift für Helmut Rumpel zum 65. Geburtstag, hrsg. von Ulfried Burz u. a., Klagenfurt 2000, S. 279–304.

¹²⁾ Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes, hrsg. von Ernst Mischler und Josef Ulbrich, Wien ²1905–1909, Bd. 4, S. 717.

¹³⁾ Zur zeitgenössischen Rechtfertigung des Verbotsparagrafen siehe etwa S. Freund, Das in Österreich geltende Vereins- und Versammlungsgesetz, Wien 1900, S. 182 f.: „Die Bestimmung des § 33 will verhindern, dass die Strebungen die Agitationen eines politischen Vereines durch den Verkehr mit anderen Vereinen in weite Kreise getragen werden, und einer mit der Zeit in ihrer Tragweite vielleicht ganz unberechenbare, uncontrolirbare und nicht mehr zu bezwingende, den gesetzlichen Zustand bedrohende Macht bilden.“ Zur Problematik der realen Umsetzung des Verfassungsgebots siehe Urbanitsch, Verhältnis, insbes. S. 286–293, zu den seit 1909 intensivierten Bemühung um eine Revision des Vereinsgesetzes ebd. S. 298–304.

¹⁴⁾ Quelle: Österreichisches Statistisches Handbuch, Wien 1881 ff.

Tabelle I.2 zeigt ein auffallend ähnliches regionales Muster wie wir es zuvor bei der Presse festgestellt hatten. Auch hier lag Galizien zunächst weit zurück in der Entwicklung, näherte sich dann jedoch bei einer anhaltenden länderübergreifenden Dynamik sukzessive dem Durchschnitt an. Freilich blieb es auch noch vor dem Ersten Weltkrieg um einen Faktor 3,7 unter dem cisleithanischen Durchschnitt und lag damit auch weit hinter dem östlichen Nachbarland Bukowina, welches in erster Linie dank der besonderen Rolle von Czernowitz seit der Jahrhundertwende ein reges gesellschaftlich-politisches Leben entwickelt hatte.

B. Drei Dualismen

1. Ein virtueller Dualismus: Polnische Konservative und Demokraten

Liberalismus und Konservatismus gelten gemeinhin als die leitenden politischen Ideensysteme des 19. Jahrhunderts. Eine entsprechende Dichotomie lässt sich auch für die polnische politische Gesellschaft nachweisen. Zwei Faktoren haben allerdings hier eine eigene Ausprägung vorgezeichnet: Zum einen geht es um die Tatsache, dass während des gesamten Zeitraums der Teilungen der stets gegenwärtige Fluchtpunkt allen politischen Denkens und Strebens die Wiedererlangung der national-kulturellen Souveränität darstellte. Auch im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts, als das Engagement in und für die Gesellschaft gegenüber unmittelbaren nationalpolitischen Zielen in den Vordergrund rückte, blieb das politische Handeln stets durch ein moralisch höher bewertetes Fernziel, die Vorbereitung der Nation für die politische Freiheit, überwölbt. Zum anderen waren die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine starke Entwicklung liberalen Denkens aufgrund der geringen Urbanisierung und Industrialisierung nicht gegeben. Die hegemoniale Bedeutung des nationalen Gedankens und die Schwäche des Liberalismus prägten die Frontstellung zwischen Liberalismus und Konservatismus auch im österreichischen Galizien.¹⁵⁾

Bezeichnend für die spezifische Ausprägung jenes politischen Dualismus im polnischen Raum erscheint der Umstand, dass in Entsprechung zur zeitgenössischen Begrifflichkeit bis heute als Antipode des konservativen Lagers ein „demokratisches“ Lager angenommen wird. Diese polnischen Demokraten waren demnach eine als Kollektiv identifizierbare Gruppe und Hauptträger liberalen Gedankenguts, vor allem wieder nach 1867, als sich „organische Arbeit“, positivistisches politisches Denken und eine gewisse Orientierung an der Ökonomie durchsetzten. Wenn nun aber von einer „liberalen Strömung unter den ga-

¹⁵⁾ Als Gesamtschau des politischen Denkens und des Parteiwesens in Galizien steht bisher nur das zweibändige Werk von Wilhelm Feldman zur Verfügung, welches bei aller Informationsdichte und scharfsinnigen Analyse die einseitige, oftmals polemisch vorgetragene Sichtweise des zeitgenössischen Publizisten und Politikers reflektiert: Wilhelm Feldman, *Stronictwa i programy polityczne w Galicyi 1846–1906* [Parteien und politische Programme in Galizien 1846–1906], 2 Bde., Kraków 1907.

lizischen Demokraten“ die Rede ist¹⁶⁾, so kann der Liberalismus nicht ihr Wesen ausgemacht haben. Vielmehr definierte sich der politische Gehalt der polnischen Demokraten genau aus jener oben erwähnten dominanten Bedeutung des Nationalen. *Demokracja Polska* (polnische Demokratie) als feste semantische Verbindung wurde der eigenen Geschichte und Tradition einverleibt: Freie Urgemeinde, Adelsrepublik, 1791er-Verfassung, Kościuszko, Mickiewicz, europäische Freiheitskämpfer, alles verdichtet schließlich in der Romantik durch den Historiker Joachim Lelewel in der Konzeption von der polnischen Geschichte und Gesellschaft, der das Demokratische schlechthin inhärent sei. Der Vormärz erzeugte auch den ersten Namensträger, der weit in die folgenden Jahrzehnte ausstrahlte, die „Polnische Demokratische Gesellschaft“ (*Towarzystwo Demokratyczne Polskie*). Inwieweit über eine solche idealistische Konzeption der eigenen Tradition hinaus der mit der Namensgebung erweckte egalitäre Anspruch dann in einem institutionalisierten konstitutionellen System eingelöst wurde, wird hier zu fragen sein.

Eine vergleichbare Inkorporierung in das imaginierte Eigene gilt für den Liberalismus nicht. Schon im Vormärz wurde dieser Begriff mit seinen sprachlichen Ableitungen in der Regel für die Beschreibung fremder Verhältnisse, politischer Gruppierungen oder Gedankensysteme verwendet.¹⁷⁾ Während „Demokratismus“ für Gemeinschaft und kollektive Werte stand, die für den „inneren“ Aufbau der Nation unerlässlich seien, meinte Liberalismus gerade die Befreiung von kollektiven Bindungen oder dann ein von fremder Hand aufgestülptes Institutionengefüge, von dem die Nation allerdings immerhin indirekt profitieren konnte. Liberal waren Gesetze, ein Ministerium, eine Wiener Partei. Das „Fremde“ im Liberalismus wurde in den 1860er- und 1870er-Jahren noch negativ akzentuiert, als der Liberalismus zunächst im Gewand des Deutschzentrismus erschien und dann des Antiklerikalismus, der bei aller partiellen Desakralisierung der Gesellschaft dem polnischen Nationsverständnis doch entgegenstand.¹⁸⁾ Nach der Wirtschaftskrise und der konservativen Wende in den 1880er-Jahren bot der inzwischen weithin diskreditierte Begriff des Liberalen dem politischen Gegner aus dem konservativen und klerikal-antisemitischen Lager ein willkommenes verbales Kampfinstrument. Unter allen diesen Umständen konnte „liberal“ zwar einzelne Aspekte des politischen Handelns (insbesondere hinsichtlich Wirtschaft oder Kirche) der Demokraten positiv beschreiben, im Gegensatz zu „demokratisch“ jedoch niemals als gruppendifinierender Integrationsbegriff dienen.¹⁹⁾

¹⁶⁾ Zbigniew Fras, Die liberale Strömung unter den galizischen Demokraten 1848–1882, in: Liberale Traditionen in Polen (Histor. Kolloquium), hrg. von Hans-Georg Fleck und Ryszard Kolodziejczyk, Warszawa 1994, S. 143–158. Die oftmals pauschalisierende Meinung über die Schwäche des polnischen Liberalismus wird korrigiert durch die Arbeit von Maciej Janowski, *Polish Liberal Thought before 1918*, Budapest–New York 2004 (polnisches Original Kraków 1998).

¹⁷⁾ Siehe dazu Franciszek Peplowski, *Słownictwo i frazeologia polskiej publicystyki okresu Oświeceni* i Romantyzmu [Wortschatz und Phraseologie der polnischen Publizistik in der Zeit der Aufklärung und Romantik], Warszawa 1961, hier insbes. S. 165 und S. 249–250.

¹⁸⁾ Zur engen Verbindung von Nationalbewusstsein und Religion siehe Peter Kriedte, Katholizismus, Nationsbildung und verzögerte Säkularisierung in Polen, in: Säkularisierung, Dechristianisierung, Rechristianisierung im neuzeitlichen Europa. Bilanz und Perspektiven der Forschung, hrg. von Hartmut Lehmann, Göttingen 1997, S. 249–274.

¹⁹⁾ In der polnischen Historiographie wurden diese unterschiedlichen ideengeschichtlichen Wurzeln bisher nicht herausgearbeitet. Es findet vielmehr nicht selten eine Vermischung mit der aus den

Auch der polnische Konservatismus hatte sowohl eine allgemein-europäische Dimension, die sich aus der negativen Abgrenzung gegenüber dem Gedankengut der Französischen Revolution ergab, als auch eine spezifisch polnische, die vor dem Hintergrund der verlorenen Eigenstaatlichkeit zu verstehen ist. Im Hinblick auf die Staatlichkeit ist seit der Großen Emigration und dem Wirken des Czartoryski-Kreises um das Hotel Lambert ein nationales Denken in diplomatischen Kategorien, im Rahmen der bestehenden staatlichen Ordnung und auf der sozialen Grundlage der „legitimen“ traditionellen Eliten (Hochadel, dann Kleinadel und schließlich „Geistesadel“) kennzeichnend. Auf dieser Grundlage erhielt der Staatsloyalismus im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts infolge der negativen Bewertung der Aufstandstradition den Stellenwert eines ideologischen Pendant zum Prinzip der inneren „organischen Arbeit“. Der Grundgegensatz zum demokratischen Lager spielte sich also immer auf zwei miteinander gekoppelten Ebenen ab, der gesellschaftspolitischen und der nationalpolitischen.

Eine dichotomisches Verständnis der politischen Realität lässt sich vor allem im Rahmen einer zwangsläufig vereinfachenden ideengeschichtlichen Zugangsweise begründen. Die institutionell erfassbare politische Realität sieht dagegen meist komplexer aus. Die Voraussetzung dafür, dass sich politisches Gedankengut institutionell äußern konnte, war in Galizien erstmals im Jahre 1848 gegeben. Kennzeichnend für das Revolutionsjahr war aber gerade der Umstand, dass die Freiheitsidee stark von der nationalen Warte aus verstanden wurde. Gerade das Vertrauen in den demokratischen Urcharakter Polens verstärkte noch zusätzlich die ohnehin dem „Völkerfrühling“ immanente Utopie, wonach mit der äußeren Befreiung der Völker die innere Freiheit einhergehe. Entsprechend dominierend war die Konfliktlinie, die zwischen „reaktionärer Bürokratie“ und gesamtpolnischem Freiheitsstreben lief, entsprechend schwach der innerpolnische Antagonismus zwischen Demokraten und Konservativen, der etwa in der Grundentlastungsfrage zum Tragen kam. Eine entsprechende Dominanz der nationalen Perspektive gilt auch noch für die dem neoabsolutistischen Zwischenspiel folgenden frühen 1860er-Jahre bis zum Januaraufstand und seinen galizischen Nachwirren, die zur Ausrufung des Ausnahmezustands führten.

Man ist geneigt, die eigentliche Zäsurmarke im Hinblick auf eine innere politische Differenzierung in der Schaffung der konstitutionellen Doppelmonarchie im Jahre 1867 zu sehen. Tatsächlich entstanden im Zuge der Auseinandersetzung um die Stellung des Kronlands Galizien (und damit implizit der polnischen Nation) innerhalb der Habsburgermonarchie erstmals im Landtag voneinander abgegrenzte politische Meinungsgruppen, denen aufgrund ihres losen Charakters die Qualität von Fraktionen nur in einem weiteren Sinne zuzuschreiben ist. Gerade in der eindimensionalen Ausrichtung auf jene staatspolitische Frage lagen die Grenzen dieser Lagerbildung. In der Sache selbst bestand darüber hinaus ein Grundkonsens hinsichtlich des Zieles, die durch den Dualismus und die Dezemberverfassung geschaffene Realität für Galizien zu revidieren. Konstitutiv für die Einordnung im politischen Spektrum wurde der Grad der Ablehnung der bestehenden staatspolitischen Ordnung: von Dualismus-bejahend mit Hoffnung auf Einzelkonzessionen über Dualis-

westeuropäischen politischen Gesellschaften bekannten Bedeutung von liberal als gemäßigt-bürgerlich und demokratisch als sozialradikal statt. Für eine interessante zeitgenössische Gegenüberstellung siehe Zygmunt Balicki: *Demokratyzm i liberalizm – studium socjologiczne* [Demokratismus und Liberalismus – eine soziologische Studie], in: *Przegląd Społeczny* 1886, VIII–X.

mus-bejahend plus verfassungsmäßige Sonderstellung bis schließlich föderalistisch-anti-dualistisch. Im zeitgenössischen politischen Diskurs waren die beiden Pole jenes politischen Felds durch die moralisch aufgeladenen Schlagwörter „Utilitarismus“ gegen „Prinzipienpolitik“ besetzt. Innerhalb dieses derart definierten Raums waren Konservative und Demokraten, als solche klassifizierbar aufgrund ihrer politischen Vergangenheit, ihrer gesellschaftspolitischen Ziele und ihres sozialen Profils, verstreut zu lokalisieren. Der Grund für diese politische Streulage ist letztlich in der Tatsache zu suchen, dass „demokratische“ Ziele in ihrer nationalen wie auch in ihrer gesellschaftlichen Dimension nicht mehr nur gegen, sondern auch mit der liberalen Regierung in einem konstitutionellen Staat zu erreichen waren, zumal Teile der in Wien bestimmenden, grundsätzlich zentralistisch gesinnten Deutschliberalen bei Galizien zu einer Ausnahme bereit schienen.²⁰⁾

In der Ecke der „Utilitaristen“ fand sich der alte 1848er-Demokrat Florian Ziemiałkowski gemeinsam mit dem gesinnungskonservativen Gouverneur Agenor Gołuchowski. Die Gruppe nannte sich offiziell „Polnischer Kreis“ (*Kolo Polskie*), die Gegner sprachen von „Mameluken“ (*Mamelucy*).²¹⁾ Andere Demokraten vertraten jene oben umschriebene Mittelposition. Sie organisierten sich im Lemberger „Resolutionisten-Klub“²²⁾, der die als Kompromiss zustande gekommene Landtagsresolution vom September 1868 propagierte, die eine staatspolitische Sonderstellung Galiziens im Rahmen Cisleithaniens anstrebte.²³⁾ Als „Resolutionisten“ im Landtag galten auch die meisten konservativ-autonomistisch gesinnten ostgalizischen Gutsbesitzer sowie zwei ganz unterschiedliche Lemberger Gruppen, der „Politische Kreis“ (*kolo polityczne*), der seine Hauptaufgabe in der Erziehung der Gesellschaft zu autonomem Bürgerbewusstsein sah, am ehesten also genuin liberale Ziele verfolgte²⁴⁾, und die gesellschaftspolitisch in die andere Richtung tendierenden Krakauer Konservativen, die (zunächst vor allem von ihren Gegnern) nach ihrem programmatischen politischen Pamphlet „Stańczyken“ genannt wurden.²⁵⁾ Am konsistentesten „demokra-

²⁰⁾ Zur Geschichte der Demokraten bis 1873 siehe die Studie von Zbigniew Fras, *Demokracy w życiu politycznym Galicji w latach 1848–1873* [Die Demokraten im politischen Leben Galiziens in den Jahren 1848–1873], Wrocław 1997, hier insbes. S. 169–219. Mit einem stärkeren Akzent auf der politischen Ideengeschichte: Halina Kozłowska-Sabatowska, *Ideologia pozytywizmu galicyjskiego 1864–1881* [Die Ideologie des galizischen Positivismus], Wrocław–Kraków 1978.

²¹⁾ Die Bezeichnung leitete sich aus der als bedingungslos herrschertreu geltenden Mameluken-Kompanie Napoleons I ab. Zu Ziemiałkowski Zbigniew Fras, Florian Ziemiałkowski (1817–1900). *Biografia polityczna* [F. Z. Eine politische Biographie], Wrocław–Warszawa–Kraków 1991.

²²⁾ Siehe die Statuten des Vereins in *Gazeta Narodowa* 13. 7. 1869 (175), S. 2.

²³⁾ Abgedruckt bei Edmund Bernatzik, *Die österreichischen Verfassungsgesetze mit Erläuterungen*, Wien 1911, S. 1132–1134. Der polnische Originaltext in: Stanisław Grodziski, *Sejm Krajowy Galicyjski 1861–1914* [Der galizische Landtag 1861–1914], Warszawa 1993, 2. Bd., S. 313–315.

²⁴⁾ Vgl. das Statut in *Kraj* 25. 11. 1869 (222), S. 1, sowie die Eröffnungsrede des Vorsitzenden Simon Samelson anlässlich der ersten Vollversammlung im Januar 1870, bei welcher der Aufbau einer Zielgesellschaft eindeutig im Zentrum stand, in: Ebd. 15. 1. 1870 (11), S. 3.

²⁵⁾ Namensgebend für die Gruppe war die sogenannte „Mappe des Stańczyk“ (*Teka Stańczyka*), eine Sammlung fiktiver Briefe mit satirischem Inhalt, veröffentlicht in der Monatsschrift *Przegląd Polski* von vier nachmals äußerst einflussreichen Publizisten und Historikern. Stańczyk war der Name des Hofnarren am Hofe König Zygmunts im 16. Jahrhundert. Eine Auswahl der Texte findet sich bei Michał Bobrzyński, Władysław L. Jaworski, Józef Milewski, *Z dziejów odrodzenia po-*

tisch“ im Sinne der Kombination von staatspolitischem Maximalismus (Föderalismus und Reichsratsboykott) und gesellschaftspolitisch egalitären Parolen war der „National-Demokratische Verein“ (*Towarzystwo Narodowo-Demokratyczne*, TND) unter Franciszek Smolka, der sich nicht nur in der Namensgebung an der Pariser Demokratischen Gesellschaft orientierte und den die Gegner als „Lärmmacher“ (Tromtadraci) titulierten. Schließlich entstand im Jahre 1871, zu einem Zeitpunkt, als die mobilisierende Kraft der „Resolutionskampagne“ bereits im Abklingen war, aus der Erbmasse von Resolutionisten, Politischem Kreis und dem (noch bis Ende des Jahres nominell weiter existierenden) TND der „Polnische Fortschrittsklub“ (*Klub Postępowy Polski*), der nicht nur hinsichtlich der bisherigen Meinungspositionen des demokratischen Lagers integrierend wirkte, sondern auch eine Brücke zwischen dem Lemberger und Krakauer Milieu herstellte. Tonangebend wurde in ihm eine junge Generation, die unter dem doppelten Motto *Polskość i Postęp* (Polentum und Fortschritt – in dieser Reihenfolge!) einen aktiven, aber gemäßigten Patriotismus mit gesellschaftspolitischer Arbeit verbinden wollte.

Wie sind nun diese verschiedenen Gruppierungen hinsichtlich ihrer organisatorischen Verankerung zu bewerten? Darum geht es ja bei der Frage der Parteibildung. Ausgangspunkt war der Landtag und die in ihm vertretenen Meinungsgruppen. Der wichtigste Verbindungsstrang vom Landtag hin zur Öffentlichkeit, dem sich jede Gruppierung (außer dem ostgalizischen Gutsbesitz) bediente, stellte die Presse dar, deren Nutzung als unabdingbare Voraussetzung für das Bestehen im Meinungsstreit und bei Wahlen zu gelten hatte.²⁶⁾ Ein zweiter Verbindungsstrang ist im politischen Verein zu sehen. Über einen solchen verfügten jedoch nur diejenigen Gruppierungen, die erstens vorwiegend städtisch lokalisiert waren, zweitens der breiteren politischen Abstützung bedurften und drittens ein entsprechendes gesellschaftspolitisches Konzept ihr Eigen nannten. Eine derartige Konstellation von Bedingungen galt nicht für das konservative Lager, für den „Polnischen Kreis“, die *Stańczyken* und die ostgalizischen Gutsbesitzern, die sich also alle nur über die Landtagsfraktion und (außer bei letzteren) über Zeitungsorgane konstituierten. Demgegenüber hatte man es beim „Resolutionisten-Klub“ (1869–70), dem „Politischen Kreis“ (1869–70), der TND (1868–71) und dem „Fortschrittsklub“ (1871–75) mit politischen Vereinen zu tun, zugelassen nach dem Vereinsgesetz von 1867, deren Ziel es war, einen erweiterten Kreis (100 bis maximal 250 Vereinsmitglieder) in den politischen Prozess einzubeziehen und über Vereinsbeschlüsse oder, im Falle der TND, durch öffentliche Manifestationen die Position „ihrer“ parlamentarischen Gruppe (deren Meinungsführer meist selbst zu den Gründungsmitgliedern zählte) zu stärken. Es stellt sich nun die Frage, ob man bei diesen politischen Vereinen bereits von Honoratioren- bzw. Komiteeparteien sprechen kann, wie dies im Speziellen für die TND gelegentlich geschieht.²⁷⁾

litycznego Galicji 1859–1873 [Aus der Geschichte der politischen Wiedergeburt Galiziens], Warszawa 1905, S. 335–357.

²⁶⁾ Polenklub: *Dziennik Polski*; Resolutionisten-Klub: *Gazeta Narodowa*; *Stańczyken*: *Przegląd Polski* und *Czas*, Politischer Kreis: *Kraj*; TND: *Dziennik Lwowski*, Fortschritts-Klub (ab 1871): *Dziennik Polski, Kraj*.

²⁷⁾ Rett R. Ludwikowski, *Główne nurty polskiej myśli politycznej 1815–1890* [Hauptströmungen polnischen politischen Denkens], Warszawa 1982, S. 299.

Fürs erste scheint die soziale Zusammensetzung (Adel, Journalisten, Freiberufe), die zwar lose, aber doch vorhandene Struktur wie auch der ausgeprägte Bezug zum parlamentarischen Gremium für eine solche Einordnung zu sprechen. Hinsichtlich des letztgenannten Kriteriums ist allerdings gerade eine entscheidende Eigenheit zu beachten: Jener Bezug zum Vertretungsorgan war inhaltlich auf ein Thema hin definiert (die staatspolitische Stellung Galiziens) und nicht, wie für die Komiteepartei typisch, im Hinblick auf Wahlen, die eine tiefgreifendere Organisation und aufgrund der periodischen Wiederholung des Wahlakts auch eine gewisse dauerhafte Basisstruktur erfordert hätten. Die inhaltliche Fixierung auf die Resolution hatte demgegenüber zur Folge, dass sich im Zuge der Abschwächung von deren mobilisierender Kraft die genannten Vereine sukzessive auflösten. Die schwache programmatische Basis zeigt sich auch darin, dass das formulierte Programm mit dem im Statut definierten Vereinsziel identisch war, also nicht über den gesetzlich vorgeschriebenen Akt der Selbstdefinition hinausging. Zu einem eigentlichen politischen Programm kam es erst im Jahre 1870, als die genannten demokratischen Vereine eine koordinierte Aktion mit Blick auf die Landtagswahlen anstrebten. Es war dies auch die erste Manifestation des später vielfach beobachteten Phänomens einer organisatorischen und programmatischen Verdichtung aus Anlass von Wahlen.²⁸⁾ An diese letztlich an internen Differenzen gescheiterte Anstrengung knüpfte der im Folgejahr entstandene „Fortschrittsklub“ an, der erstmals als politischer Verein ein eigenes, weiter gefasstes (Bildung, Wahlreform) Grundsatzzprogramm (1871) und später ein Wahlprogramm (1873) formulierte. Auch er wurde jedoch, etwas verspätet, Opfer der innenpolitischen Wende von 1873.

Das Jahr 1873 schließt jenen Abschnitt der Landesgeschichte ab, der durch die Frage des Verhältnisses Galiziens zum österreichischen Staatsverband dominiert war. Die Einführung direkter Reichsratswahlen und die Komplettierung der „galizischen Autonomie“ begünstigten eine Wendung nach innen hin zur Landespolitik selbst. Gleichzeitig förderte die Klärung der staatspolitischen Frage eine ideologische Konsolidierung des konservativen und demokratischen Lagers hinsichtlich der beiden Grundelemente Gesellschaftspolitik und Nationalpolitik.²⁹⁾ Auf der konservativen Seite begann nun der politische Siegeszug der schon erwähnten *Stańczyken*. Den Kern ihrer politischen Ideologie, der nicht zufällig von zwei Historikern (Józef Szujski und Stanisław Tarnowski) geprägt wurde, bildete die kompromisslose Abrechnung mit der gesamten polnischen romantisch-patriotischen Vergangenheit und eine aus dieser Optik heraus entwickelte dezidierte Hinwendung zu Pragmatismus und Loyalismus, gepaart mit gesellschaftspolitischem Konservatismus.³⁰⁾ Hin-

²⁸⁾ Zu dieser ersten auch Krakau und Lemberg übergreifenden politischen Aktion siehe: Zbigniew Fras, *Zjazd polityczny stronnictw postępowych we Lwowie (8–9 VI 1870)* [Die politische Zusammenkunft der fortschrittlichen Parteien in Lemberg (8.–9. VI. 1870)]. In: *Studia Historyczne* 24 (1981), S. 17–40.

²⁹⁾ Eine entsprechende Zäsur haben bereits die Zeitgenossen konstatiert: Tadeusz Romanowicz, *Polityka Stańczyków. Odpowiedź na referat Prof. Dra Leona Bilińskiego o stronnictwie Stańczyków* [Die Politik der *Stańczyken*. Antwort auf ein Referat von Prof. Dr. Leon Biliński über die Partei der *Stańczyken*], Kraków 1882, hier S. 21.

³⁰⁾ Zum politischen Denken der *Stańczyken* sind bereits einige Studien erschienen; etwa: Marcin Król, *Konserwatyści a niepodległość. Studia nad polską myślą konserwatywną XIX wieku* [Die Konservativen und die Unabhängigkeit. Studien zum polnischen konservativen Denken im

sichtlich des Grundsatzes der „organischen Arbeit“ bestand also im Prinzip Einigkeit mit den Demokraten, welche ebenfalls sukzessive eine entsprechende Wende vollzogen. Hinsichtlich der Interpretation gab es allerdings gravierende Unterschiede, die auf die Fundamente eines konservativen bzw. liberal-demokratischen Denkens hinwiesen: im einen Fall „organische Arbeit“ von oben über die parlamentarischen Eliten und mittels der Etablierung eines Dachs von sozial-exklusiv zugänglichen Institutionen, im anderen Fall „organische Arbeit“ von unten, insbesondere mit Hilfe des Assoziationswesens und einem Schwerpunkt auf dem Volksbildungs- und Genossenschaftswesen. Da dem nationalen Paradigma nach wie vor eine Leitqualität im politischen Diskurs zukam, war es den Demokraten daran gelegen, jene basisnähere Aktivität als Beweis für ihren lebendigeren Patriotismus zu deuten, während ihre praktische Umsetzung aufgrund der gesellschaftlichen Bedingungen vorerst schwer fiel. Auf einer Metaebene spielten sich auch andere Aspekte des nationalpolitischen Antagonismus ab: Insbesondere die kontroversen historischen Interpretationen (Einschätzung der aufständischen Vergangenheit, insbesondere des Januaraufstands³¹) und der Bereich der kollektiv-symbolischen Handlungen (vor allem die Bedeutung nationaler Gedenktage³²) fungierten als Ersatz für nicht vorhandene politische Gestaltungsräume. Lediglich zur Zeit der Orientkrise 1876–1878, als die Lemberger Demokraten die polnische Frage zu reaktualisieren versuchten, bekam die nationalpolitische Dimension ein gewisses reales Potenzial. Allerdings blieb dies eine „romantische Episode“ (W. Feldman), an der auch nur einige Exponenten aus der Landeshauptstadt beteiligt waren. Diese Jahre markierten im Übrigen auch einen Höhepunkt in der politischen Entfremdung zwischen einem demokratisch-nationalpatriotischen Lemberg und einem konservativen, staatsloyalen, von den Stańczyken beherrschten Krakau.³³)

Polarisierend – immer vorwiegend auf der rhetorischen Ebene – wirkte nicht zuletzt die stetig wachsende Machtstellung der Stańczyken in der Landespolitik, dem die Demokraten mit einem konsistenten Oppositionsreflex begegneten. Seit 1879 stützte sich jene Macht-

19. Jh.], Warszawa 1985; Michał Jaskólski, *Kaduceus Polski. Myśl polityczna konserwatystów krakowskich 1866–1934* [Polnischer Kaduceus. Politisches Denken der Krakauer Konservativen]. Warszawa 1990; Jakub Forst-Battaglia, *Die polnischen Konservativen Galiziens und die Slawen 1866–1879*, phil. Diss. Wien 1975.

³¹) Auch die Kontroverse um die Einschätzung der aufständischen Vergangenheit spielte sich eher auf einer „virtuellen“ Ebene ab. Die Demokraten und auch viele ostgalizischen Konservative verurteilten die *Teka Stańczyka* als Verhöhnung einer ganzen Generation, unterstrichen aber gleichzeitig ihre negative Einschätzung des Januaraufstands und ihre Ablehnung des Aufstandsprinzips als politisches Mittel im Allgemeinen.

³²) Exemplarisch lässt sich dies verdeutlichen an der unterschiedlichen Haltung zur Beisetzungsfest für Kasimir den Großen im Jahre 1869, die von konservativer Seite als unpolitische, vornehmlich religiöse Veranstaltung, von demokratischer Seite aber als national-politische Manifestation verstanden wurde. Siehe dazu: Harald Binder, *Kirche und nationale Festkultur in Krakau 1861 bis 1910*, in: *Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert*, hrg. von Martin Schulze-Wessel (im Druck).

³³) Harald Binder, *Politische Öffentlichkeit in Galizien: Lemberg und Krakau im Vergleich*, in: *Stadt und Öffentlichkeit in Ostmitteleuropa 1900–1939 (=Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa, 14)*, hrg. von Andreas R. Hofmann und Anna Veronika Wendland, Stuttgart 2002, S. 259–280.

stellung nicht zuletzt auch auf Wien, da der von Konservativen beherrschte Polenklub einen der Hauptträger des konservativ-föderalistischen Kabinetts Taaffe bildete. Damit wurden nun endgültig konservative Grundhaltung und Regierungstreue der Stańczyken einerseits und liberal-demokratische Prinzipien und „virtuelle“ Oppositionshaltung gegenüber Wien andererseits auf eine Linie gebracht. Der Katholizismus, grundsätzlich ein zentraler Bestandteil eines konservativen Ordnungsdenkens, wurde nun darüber hinaus zur wichtigen historisch-kulturellen Brücke zum österreichischen Staat und seiner Dynastie, in höchster Vollendung zelebriert in der Sobieski-Feier von 1883.³⁴⁾ In Abgrenzung zu dieser herrschaftsstabilisierenden Rolle der Kirchenhierarchie emanzipierten sich gleichzeitig die Demokraten sukzessive von ihrer romantischen Nationsvorstellungen hin zu einem rationalen kollektiven Selbstverständnis. Jene zunehmend beherrschende Stellung der Stańczyken in den parlamentarischen Gremien des Polenklubs und des Landtags beruhte weniger auf ihrer numerischen Stärke als vielmehr auf ihrer politischen Bindungskraft gegenüber anderen ideologisch und organisatorisch weniger kompakten konservativen Gruppen, insbesondere den ostgalizischen Gutsbesitzern, die inzwischen den abschätzigen Namen „Podolaken“ (von Podolien) erhalten hatten. Die verschiedenen Versuche der Konsolidierung einer letztlich profillosen und daher auch starken Schwankungen unterworfenen „Mittelpartei“ in dem seit Mitte der 1870er-Jahre fraktionell gefestigten Landtag³⁵⁾ weisen nicht etwa auf eine politische Pluralisierung hin, sondern bestätigen im Gegenteil die vorherrschende Polarität – eine Polarität der kompakten Ideensysteme allerdings, nicht der Machtbalance.

Die faktische Machtlosigkeit der Demokraten, die etwa darin zum Ausdruck kam, dass sie nach den Wahlen von 1883 nicht einmal eine eigene Fraktion bildeten, kompensierten diese durch eine selbstzugeschriebene moralische Qualität, die wieder stark an romantische Vorstellungen des polnischen Nationalschicksals erinnerten: Wie für den nationalen Leidensweg kennzeichnend, stand auch im galizischen Dualismus politische Macht gepaart mit moralischer Schwäche auf der einen, politische Schwäche mit moralischer Stärke auf der anderen Seite. Die Moral würde letztlich siegen, dort die Nation, hier die *Demokracja Polska*. Im Einzelnen lautete das Vokabular jenes moralisch-virtuellen Dualismus: Charakterlose Servilität gegen aufrechte Unabhängigkeit, hermetische Klüngelherrschaft gegen öffentlich-nationale Legitimität, engstirniger galizischer Provinzialismus gegen gesamt-nationale Perspektive. Betrachtet man die politischen Inhalte, so wird deutlich, dass jene Zuweisung der Stańczyken an den rechten politischen Rand tatsächlich nur hinsichtlich ihrer herrschaftsstützenden Rolle und ihres ausgeprägten Staatsloyalismus gerechtfertigt war. Im

³⁴⁾ Binder, Kirche und nationale Festkultur.

³⁵⁾ Bis etwa 1876 bestanden im Landtag keine festen Fraktionen. Erst die Lancierung der Verwaltungsreform durch den späteren Finanzminister Julian Dunajewski hatte deren Ausbildung zur Folge. Es entstand der „Reformklub“ (*Klub Reformy*), kurz darauf der von Demokraten beherrschte „Fortschrittsklub“ (*klub postępowy*), der heterogene, von Literaten geprägte „Athenerklub“ (*Klub Ateńczyków*) sowie der aus streng antizentralistischen Podolaken gebildete „Autonomisten-Klub“ (*Klub Autonomistów*). Nach einer teilweisen Abkehr von seinem Reformeifer im Jahre 1881 zerfiel der Reformklub. Der konservativere Flügel (Stańczyken) verbündete sich mit den Podolaken, während der reformfreudigere im Jahre 1883 mit den Ateńczyken den „Zentrumsklub“ (*Klub Środką*) gründete, welcher trotz seiner deklarierten Mittelposition der Rechten zweifellos näher stand als den Demokraten.

Hinblick auf die wichtigste, auch fraktionsstrukturierende Frage des Landtags in den 1870-er und 80er-Jahren, nämlich die Verwaltungsreform, zeigten die Stańczyken dank ihres legalistischen, auf einen starken Ordnungsstaat hin orientierten Denkens eine wesentlich größere Reformbereitschaft als die auf Erhaltung des Status Quo bedachten Podolaken, an denen ein im Landtag von 1866 getätigter Ausspruch als Charakteristikum ihrer politischen Haltung haften blieb: „Es bleibe, wie es gewesen ist“ (*Naj bude jak buwało*).³⁶⁾ Auch gegenüber den nicht-polnischen Nationalitäten, insbesondere den Ruthenen, zeigten sich die vom sozialen Geschehen in Ostgalizien entrückten „Krakauer“ offener und toleranter, nicht selten sogar im Vergleich zu manchen Lemberger Demokraten.

In den 1880er-Jahren erlangte die soziale Dimension im demokratisch-konservativen Gegensatz eine wachsende Bedeutung. Im Hintergrund stand der beschleunigte gesellschaftliche Wandel insbesondere in den Städten, der auch bereits erste Manifestationen der neuen politischen Massenbewegungen mit sich brachte. Die integrale politische Präsenz der Demokraten im Lande verbesserte sich ab 1882, als unter der Leitung des Aktivsten der jungen Generation, Tadeusz Romanowicz, die Zeitung *Nowa Reforma* zu erscheinen begann, und zwar in Krakau, in der bisher unbestrittenen Hochburg der Stańczyken. Neben der unerlässlichen Aktivität im Feld der politischen Rhetorik diente dieses Organ dazu, den Aufbau einer urbanen basisorientierten Vereinsbewegung weiter voranzutreiben, eine Tätigkeit, die wiederum von konservativer Seite mit dem bisher der nationalpatriotischen Bewegung vorbehaltenen Etikett der „Anarchie“ versehen wurde, da sie danach strebe, die politischen Institutionen zu untergraben und die harmonischen Gesetze in der Gesellschaft zu zerstören. Immer stärker trennend wurde auch das soziale Profil. In der Rhetorik wie bisher das „Volk“ im Visier, rückte für die Demokraten immer deutlicher der (städtische) Mittelstand als Hoffnungsträger für die Zukunft ins Zentrum der Perspektive. Im Rahmen einer makroökonomischen Argumentationsweise, wie sie insbesondere für die bereits erwähnte Broschüre „Das Elend Galiziens“ (*Nędza Galicji*) von Stanisław Szczepanowski kennzeichnend war, wurde die Umwandlung in eine moderne Industriegesellschaft nach englischem Muster offen befürwortet. Hand in Hand mit jenem verschärften sozialen und politischen Profil wuchs die Distanz zu den agrarisch dominierten Eliten, der *Szlachta*, die immerhin noch in den retrospektiven Selbstbetrachtungen der 1860er-Jahre als Verkörperung der historischen Adelsfreiheit und Gegenstück zur Aristokratie ein positives Element der *Demokracja Polska* dargestellt hatte. Der Blick nach vorne veränderte diese Optik. Die zunehmend schärfer konturierte Oppositionshaltung gegenüber der konservativ beherrschten gesellschaftlichen und politischen Realität kulminierte schließlich im „Städte-tag“ und den Landtagswahlen von 1889, bei welchen die Demokraten erstmals mit Parolen, die offen gegen die soziale Gruppe des Großgrundbesitzes gerichtet waren, gänzlich eigene Wege gingen und in deren Folge es auch im *Sejm* erstmals zu einer Zweiteilung in eine konservative Rechte (*Unia konserwatywna*) und eine „demokratische“ Linke (*Lewica*) kam. Damit war der virtuell-diskursive Gegensatz zu einem real fassbaren politischen geworden.

Ein kurzer Blick sollte noch der Frage der Organisationsbildung gelten. Er kann schon deshalb kurz sein, weil es tatsächlich im Zeitabschnitt zwischen 1873 und 1889 zu keiner-

³⁶⁾ Zum Ursprung dieser politischen Formel der Podolaken siehe: Michał Bobrzyński, *Z moich pamiętników* [Aus meinen Erinnerungen], Wrocław-Kraków 1957, S. 178, Anm. 5.

lei Parteibildung im polnischen Lager kam. Nicht weiter verwunderlich ist dies bei den konservativen Gruppierungen, die sich weiterhin auf ihre teils institutionellen, teils gesellschaftlichen Elitepositionen stützen konnten. Die starke Stellung der *Stańczyken* im Bereich der politischen Ideologie fußte nie auf einem konsistent formulierten politischen Programm, sondern ergab sich aus Stellungnahmen zu Zeitfragen oder zur Tagesaktualität, die in den Leitorganen *Przegląd Polski* und *Czas* verbreitet wurden.³⁷⁾ Erstaunlicher scheint der Umstand, dass auch die Demokraten keine gesellschaftlich abgestützte politische Organisationen aufbauten. Abgesehen von strukturellen Hindernissen, wie etwa der mangelnden Kommunikationsdichte, welche die Schaffung übergreifender politischer Milieus erschwerte, ist ein wichtiger Grund für diesen Mangel in der Tatsache zu sehen, dass die Demokraten selbst Teil des etablierten Systems geworden waren, zahlreiche Mandate in der autonomen Verwaltung auf Gemeinde, Landes- und Reichsebene bekleideten und daher getrost ihre Opposition (und damit ihre eigenständige politische Legitimität) auf jenen rhetorisch-virtuellen Raum beschränken konnten, den ihnen das Zeitungswesen bot. Einen gewissen Ersatz bot auch das Vereinswesen, welches im Rahmen der städtischen Sphäre ein adäquates Betätigungsfeld für den Drang nach eigener gesellschaftlicher Gestaltung schuf. Dass es im Zusammenhang mit den Wahlen in die parlamentarischen Organe nicht zur Ausbildung von Komiteeparteien kam, lag in erster Linie an der dominierenden Rolle des Polnischen Zentralwahlkomitees, das im Abschnitt II näher beleuchtet wird. Unter dem moralisch überhöhten Motto des Schutzes vor Feinden des Polentums wirkte dieses als Sammelkraft für alle politischen Strömungen und verhinderte dadurch das Entstehen eigenständiger Parteiorganisationen. Nie trat ein Kandidat unter einem politischen „Label“ an, sondern nur als Kandidat (oder allenfalls Gegenkandidat) des Zentralwahlkomitees. Diese integrierende Funktion konnte nur so lange Bestand haben, als die Gräben innerhalb der polnischen Gesellschaft noch nicht zu tief waren. Auch in dieser Hinsicht bedeutete das Jahr 1889 eine Zäsur in der Parteigeschichte, gelang es doch den Demokraten erstmals, eine eigene Wahlorganisation aufzustellen und damit einen wichtigen ersten Schritt in Richtung Parteibildung zu gehen.

2. Ein national-kultureller Dualismus: Russophile und Ukrainophile

Auch die Ruthenen hatten ihren politischen Dualismus, ihre zwei antagonistischen Lager, die im Widerstreit lagen, bevor sich das politische Spektrum im Zuge der Entstehung der modernen Parteien verbreiterte. Im Dualismus von „Russophilen“ und „Ukrainophilen“ lassen sich auch manche politischen Felder wiedererkennen, die aus dem polnischen Beispiel von Konservativen und Demokraten bekannt sind und die auf den epochalen Gegensatz zwischen Konservatismus und Liberalismus hinweisen: elitär gegen volksverbunden, kirchlich gegen säkular, traditionsverbunden gegen zukunftsorientiert, all dies freilich in einer spezifischen, durch den historisch-kulturellen Raum bestimmten Ausprägung. In zweierlei Hinsicht sind freilich fundamentale Unterschiede zwischen dem polnischen und dem ruthenischen Fall zu erkennen: Die sozialen Trägerschichten der zunächst bestimmen-

³⁷⁾ *Czas* 17. 7. 1878 (161), S. 1.

den konservativen Eliten, hier Klerus, dort landbesitzender Adel, waren ganz unterschiedlich strukturiert, eine Tatsache, welche die jeweilige politische Perspektive selbstverständlich prägte. Vor allem aber: Im ruthenischen Fall war der Konflikt nicht nur ein politischer im engeren Sinne, sondern auch ein solcher um die eigene nationalkulturelle Identität im Spannungsfeld zwischen Polen, Russland und einer neu zu definierenden Ukraine. Im Revolutionsjahr 1848, das später sowohl von Russophilen als auch von Ukrainophilen zum zentralen Ereignis der jeweils eigenen politischen Vergangenheit erklärt wurde, erklang die berühmte Proklamation des Ruthenischen Hauptrats (*Holovna Ruska Rada*), die, an die politische Umwelt vorwiegend in Lemberg und Wien gerichtet, zunächst einmal vor allem signalisierte: „Wir sind anders“, und das hieß im lokalen Kontext: „Wir sind nicht Polen“. Sondern: „galizische Ruthenen“, ein eigenes Volk mit einer eigenen Sprache, Religion und Geschichte.³⁸⁾ Man hatte sich also vor allem negativ definiert, in Abgrenzung zu den universellen politischen Ansprüchen der polnischen Eliten auf die Vergangenheit und Zukunft des Territoriums, das Galizien hieß. Was das Ruthenentum positiv zu bedeuten hatte, war dagegen alles andere als klar. Die Liberalisierung und Demokratisierung des öffentlichen Lebens und die Schaffung diskursiver Foren seit den 1860er-Jahren schufen die Voraussetzungen dafür, dass jener nationalkulturelle Konflikt zu einem parteipolitischen Dualismus werden konnte, der das autonom entstehende Gefüge der politischen Gesellschaft bis ins Innerste hinein prägte.³⁹⁾

Die 1850er-Jahre standen unter dem Zeichen eines intern faktisch unbestrittenen kulturellen und politischen Definitions- und Repräsentationsmonopols der galizischen Ruthenen durch eine kulturkonservative, habsburgloyale Elite, die stark von dem hohen griechisch-katholischen Klerus geprägt war. Noch an der Wende zu den 1860er-Jahren konnten sich diese Kreise als einzige Behüter des Ruthenentums effektiv in Szene setzen, als unter maßgeblicher Involvierung der „polnischen“ Landesverwaltung unter Statthalter Goluchowski im sog. Alphabetstreit (Latinisierung des kyrillischen Alphabets) und der Ritusbewegung (Purifizierung von Ritus und äußerlichen Symbolen im Sinne der Orthodo-

³⁸⁾ Zu 1848 noch immer unüberholt die ursprünglich polnisch erschienene Studie von Jan Kozik, in gekürzter Fassung als zweiter Teil in: Jan Kozik, *The Ukrainian National Movement in Galicia 1815–1849*, Edmonton 1986.

³⁹⁾ Als Alternative zu diesem dualistischen Konzept der ruthenischen politischen Gesellschaft nach 1848 hat Paul Robert Magocsi vorgeschlagen, von drei Lagern zu sprechen, einem „alt-ruthenischen“ (konservativ-habsburgloyalen), einem russophilen (radikalen, politisch russlandorientierten) und einem ukrainophilen. Bereits in den 1860ern wahrnehmbar, hätten alle drei bereits am Ende des 19. Jahrhunderts nebeneinander existiert. Der zeitgenössische innerruthenische politische Diskurs und insbesondere die bis 1909 bewahrte einheitliche Organisationsbildung des russophilen Lagers sprechen allerdings gegen eine gegenüber den Ukrainophilen gleichrangige Differenzierung in eine „altruthenische“ und eine „russophile“ Richtung. Auch im Sinne der Studie von Veronika Wendland wird hier von einem einzigen russophilen Lager ausgegangen, innerhalb dessen sich allerdings die verschiedensten Tendenzen, Strömungen und Persönlichkeiten manifestierten. Paul R. Magocsi, *Old Ruthenianism and Russophilism: A New Conceptual Framework for Analyzing National Ideologies in Late 19th Century Eastern Galicia*, in: *American Contribution to the Ninth International Congress of Slavists, Kiev, September 1983*, hrsg. von Paul Debreczeny, Columbus 1983, 2. Bd., S. 305–324. Veronika Wendland, *Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland 1848–1915*, Wien 2001.

xie) die Kernbereiche der noch durchwegs elitär definierten nationalkulturellen und religiösen Eigenständigkeit zur Disposition standen.⁴⁰⁾ Zur selben Zeit, zu Beginn der 1860er-Jahre, wurden freilich auch Ansätze zu einer inneren politischen Differenzierung sichtbar, als eine aus dem Russischen Reich kommende Bewegung, welche Volkskultur und Volkssprache zur Grundlage einer eigenen Nationalkultur erheben wollte, in Widerspruch zu jener herrschenden kirchlich-elitären Gedankenwelt geriet. Die Gruppe selbst nannte sich nach dem Vorbild anderer europäischer national-idealistischer Bewegungen auch „Junge Rus“ (*Moloda Rus'*). Sie war zunächst fast ausschließlich literarisch ausgerichtet. Ihre Foren waren literarische Journale, die sich ganz besonders der Rezeption Taras Ševčenkos annahmen. Ihr Selbstverständnis als junge Bewegung vergleichbar ähnlicher Gruppierungen bei anderen Nationalitäten der Habsburgermonarchie führte später zu dem (im innergalizischen Diskurs wenig verwendeten) Begriff „Jungruthenen“, die Kontrahenten der bisher dominanten „Altruthenen“. Ihre Orientierung an einer Ukraine-Idee, die zu dieser Zeit wiederum unter dem Einfluss Ševčenkos mehr einen idealistischen als einen politischen Gehalt hatte, prägte später die Wortschöpfung „Ukrainophile“ – wiederum als Gegenstück zu dem oftmals polemisch eingesetzten, antirussisch zugespitzten Begriff „Russophile“. In der politischen Sprache bürgerte sich diese dichotomische Umschreibung der ruthenischen Lagerbildung erst sukzessive ein, verstärkte dann aber in der nahen und fernerer politischen Umwelt die Konzeption eines fundamentalen Dualismus in der ruthenischen Gesellschaft. In der Anfangszeit sahen sich die konservativen Eliten jedoch schlicht als die legitimen Repräsentanten eines galizischen Ruthenentums, während sich ihre idealistischen Kontrahenten am liebsten als *Narodovci* (Populisten) deklarierten, denn in der Volksverbundenheit sollte die zentrale Botschaft der Bewegung liegen: Volkssprache als Literatursprache gegen kirchlich geprägte Elitensprache, phonetische gegen etymologische Orthographie, Volkskultur gegen Elitenkultur. Dies war zumindest der Anspruch, mit dem die Populisten ins Feld zogen. Weder genügten sie selbst immer diesem Anspruch, noch entsprach ihr Kontrahent durchwegs dem von ihnen selbst entworfenen Feindbild.⁴¹⁾

Genuin politisch wurde der Konflikt erst gegen Mitte der 1860er-Jahre. Zunächst spielte sich die Debatte – wie üblich – zwischen Presseorganen ab, die als Betätigungsfeld einer intellektuellen Elite und zudem als Ersatz für eine nicht vorhandene Parteienpluralität in den Vertretungskörperschaften fungierten. *Meta* (Ziel) hieß die zunächst als literarisches Journal in phonetischer Schreibweise redigierte erste politische Zeitschrift der Populisten, deren Nachfolger *Pravda* (Wahrheit) noch bis Ende der 1890er-Jahre erscheinen sollte. Ihr Kontrahent war der seit 1861 herausgegebene *Slovo* (Wort), zu dieser Zeit das einzige, nach dem Vorbild der polnischen Zeitungen redigierte Nachrichtenorgan der Ruthenen und Sprachrohr der altruthenischen Konservativen. Wichtigster Hintergrund der politisierten Debatte war der polnische Januaraufstand und die ihm folgende Suppressionspolitik der zaristischen Regierung gegenüber den nationalen Minderheiten, Polen und Ukrainern. Diesem Faktum stand die zunehmend offene Russophilie der konservativen ru-

⁴⁰⁾ Dazu ausführlich ebd., S. 98–131.

⁴¹⁾ Zur Entstehung und frühen Entwicklung der ukrainophilen Bewegung in den 1860er- und 1870er-Jahren siehe jetzt: Ostap Sereda, *Shaping of a National Identity. Early Ukrainophiles in Austrian Eastern Galicia, 1860–1873*, phil. Diss. Budapest (CEU) 2003.

thenischen Eliten in Galizien gegenüber, die ihren klarsten Ausdruck im „Russenanifest“ von 1866 fand.

Für die Wahrnehmung und sprachliche Charakterisierung als „Parteienkonflikt“ fehlte allerdings noch der Bezug zu den politischen Organen. Diese Voraussetzung erfüllte sich am Ende der 1860er-Jahre. Beherrschendes Thema der galizischen „Innenpolitik“ war nun die Resolution des Landtags von 1868, in der die „nationale Selbstverwaltung“ des Kronlands verlangt wurde. Im Wissen um das Streben der Polen nach einem Bild der galizischen Solidarität initiierte einer der einflussreichsten ruthenischen Abgeordneten, der Richter Julijan Lavrivs'kyj, Begründer des ersten ruthenischen Geselligkeitsvereins *Ruska Besida*, einen schließlich von den Konservativen um *Slovo* torpedierten Versuch, den bisherigen nationalen Konfrontationskurs über verschiedene Konzessionen zu beenden. Der Zusammenhang zwischen diesem Streit um den landespolitischen Kurs einerseits und dem innerruthenischen Konflikt um Sprache, Kultur und nationale Identität andererseits findet sich in der unterschiedlichen Wahrnehmung des ruthenisch-polnischen Verhältnisses: Die jungen Populisten blickten auf Russland, auf das gemeinsam mit den Polen erlittene Schicksal der Unterdrückung, während gleichzeitig die konservativen Eliten aus ihrer galizischen Perspektive eines politisch-kulturellen Dauerkampfes mit den Polen den Antipolonismus als Maxime internalisierten. Der über Galizien hinausweisende Horizont der Jungruthenen legte ein konziliantes und pragmatisches, dem Dogmatismus der Altruthenen entgegengesetztes Verhalten auch im Landtag nahe.⁴²⁾

Gegen Ende der 1860er-Jahre waren also alle Ingredienzen für die Entstehung einer auch parteipolitisch verfestigten Dualität gegeben: eine unterschiedliche nationalkulturelle Perspektive, eine trennende politische Ideologie, eine meinungsintegrierende Presse, die Involvierung des Parlaments und schließlich auch gewisse, die jeweiligen Kollektive bindende Organisationskerne: Die russophil gesinnten Konservativen beherrschten die noch im Revolutionsjahr 1848 gegründete und seit den 1860er Jahren wiederlebte Bildungsorganisation *Halycko-Ruska Matycja*, welche sich vor allem mit der Publikation von Literatur und Schulbüchern beschäftigte und daraus den Anspruch ableitete, eine die Nationalkultur schlechthin definierende Institution zu sein. Ihr konservatives, insbesondere gegen die phonetische Schreibweise gerichtetes Profil führte zur Gründung einer ukrainophilen Gegenorganisation im Jahre 1868, der *Prosvita* (Aufklärung/Bildung).⁴³⁾ Kulturelle Ausdrucksformen, Phonetik und Sprache, dienten nun in einem zunehmend politisierten Umfeld als Codes zur Kennzeichnung einer bestimmten politischen Haltung im Verhältnis zu „externen“ Größen, zu Russland und seiner konservativen Machtpolitik, aber auch zur Kirche als konservativer Werteinstitution, deren traditionsgebundene Autorität man mit der Wahl der Schreibweise mehr oder eben weniger zu achten gedachte. Darüber hinaus hat eine Institutionalisierung geistiger oder gesellschaftlicher Tendenzen stets eine Verfes-

⁴²⁾ Zur politischen Situation in den 1860er-Jahren, zu Russenanifest und Ausgleichsversuch, der anfänglich auch von der Mehrheit der Russophilen unterstützt wurde, siehe Wendland, *Russophile*, S. 141–193.

⁴³⁾ Alla Seredjak, *Dijal'nist' tovarystva „Prosvita“ v 1868–1914 rr.* [Die Tätigkeit des Vereins „Prosvita“ von 1868–1914], in: Narys Istoriji „Prosvity“ [Abriss der Geschichte der „Prosvita“], hrsg. von Roman Ivanyčuk u. a., Lviv–Kraków–Paris 1993, S. 18–41.

tigung von Grenzen zur Folge, auch wenn diese nicht primär politisch definiert sind. Nicht zufällig sprach man deshalb auch von einer „*Prosvita*-Partei“.

Die Schnittstelle zur „großen“ Politik erfolgte dann wie so oft durch Wahlen in die Repräsentativorgane. Konkret ging es um die Landtagswahlen von 1870, in deren Vorfeld erstmals eine im engeren Sinne politische Organisation der Ruthenen entstand, deren Zweck es war, dem zunehmend erfolgreichen Dominanzstreben der polnischen Eliten bei der Bestellung der politischen Organe ein geeintes und effizient organisiertes ruthenisches Lager gegenüberzustellen. Der „Ruthenische Rat“ (*Ruśka* bzw. *Ruskaja Rada*) sollte bewusst an den 1851 aufgelösten Ruthenischen Haupttrat und damit an das inzwischen auch im Sinne der inneren Harmonie idealisierte Jahr 1848 anschließen. Einerseits war es wohl dessen Misserfolg, andererseits aber die Tatsache, dass nach den Wahlen der Konsolidierungszwang nicht mehr gegeben war, dass die von Russophilen dominierte Leitung des Ruthenischen Rats ihr anfängliches konsolidierendes Motiv ins Gegenteil umkehrte. Der Vorstand verweigerte „*Prosvita*“-Mitgliedern den Zutritt zum neugegründeten Verein, worauf gleich bei der ersten Vollversammlung im Herbst 1870 das Gründungsmitglied Lavriv'skyj sowie der spätere Populisten-Führer Julijan Romančuk demonstrativ den Saal verließen – ein üblicher symbolischer Akt, der einer offiziellen Spaltung einer Organisation vorauszu-gehen pflegt. Als auch die übrigen ukrainophilen Mitglieder des Ruthenischen Rats diesen verließen, erkannten schon die Zeitgenossen in diesen Ereignissen das definitive Ende einer nationalen Einheitspolitik, denn nun war, wie ein kritischer Beobachter bemerkte, der Ruthenische Rat selbst „von einem nationalen Rat zu einer bestimmten Partei geworden“. ⁴⁴⁾ Aus der Sicht der jungen Opposition hieß diese „bestimmte Partei“ wegen ihres elitären Charakters im Klartext „rückschrittliche Partei“, der die eigene „Volkspartei“ gegenüberstand. ⁴⁵⁾

Der Ruthenische Rat, der in den nun kommenden Jahren als die zentrale politische Organisation der Russophilen agierte, war als politischer Verein nach dem Vereinsgesetz von 1867 konstituiert. ⁴⁶⁾ Darüber hinaus kam ihm allerdings insofern Parteicharakter zu, als er auf der Grundlage eines politischen Programms direkt auf die Vertretungsorgane einzuwirken versuchte und gleichzeitig selbst Repräsentanten in diesen Organen stellte. Zwei Aufgaben standen im Vordergrund, die Organisation von Wahlen und die Einbringung von Petitionen an die zuständigen Gremien. Die Abgeordneten, welche als Initiatoren der Organisation zeichneten, nutzten den Ruthenischen Rat also einerseits zur persönlichen Machterhaltung und andererseits als scheinbar externen Sukkurs, der ihrer parlamentarischen Tätigkeit zusätzliche demokratische Legitimation verleihen sollte. Das der liberalen Vereinsidee innewohnende Moment der Mitgliederpartizipation war hingegen kaum verwirklicht. In der Praxis war der Ruthenische Rat weitgehend identisch mit seinem Leitungsausschuss, der seinerseits aus den Kernbereichen der Macht, den parlamentarischen Mandatsträgern, der Presse und den Lemberger russophilen Kulturvereinen, bestand. Die Vollversammlung tagte bis 1885 nur noch vier Mal, jeweils vor Wahlen, und die örtlichen

⁴⁴⁾ Slovo 17. 9. 1870 (70), S. 1.

⁴⁵⁾ Binder, Parteiwesen und Parteibegriff, S. 215.

⁴⁶⁾ Statuti poličaskeho obšestva „Ruskaja Rada“ [Statuten des politischen Vereins „Ruskaja Rada“], L'viv 1870, abgedruckt auch in: Slovo, 28. 5. 1870 (38), S. 1 f. Darin wird als Ziel des Vereins lapidar „Die Verteidigung der Rechte der ruthenischen Nation“ genannt.

Mitglieder entfalteten keinerlei eigenständige Arbeit, sondern wurden lediglich vor den Wahlgängen als „Vertrauensmänner“ (ukr.: *muži dovírja*) aktiviert. Bezeichnend für die geringe Bedeutung der Organisationsbasis erscheint die Tatsache, dass das vom Ausschuss verabschiedete Programm von der nur wenig später tagenden Generalversammlung weder diskutiert noch formell gebilligt wurde. Inhaltlich ging es kaum in die Tiefe und nahm größtenteils die seit 1848 bekannten Forderungen auf, allerdings ohne die Zweiteilung Galiziens: Loyalität gegenüber der Dynastie, Einheitsstaat mit direkten Reichsratswahlen statt Föderalisierung nach Muster der Landtagsresolution von 1868, Maßnahmen zur Gewährung nationaler Gleichberechtigung.⁴⁷⁾

Gerade die eben genannten Strukturmerkmale und Defizite waren allerdings auch den Honoratiorenparteien in westlichen Ländern eigen: zentrale Stellung der Abgeordneten, Konzentrierung auf Wahlaktivität, lose organisatorische Strukturen, schwache Programmatik. Innerhalb der Habsburgermonarchie läge der Vergleich mit der tschechischen Nationalpartei (Alttschechen) nahe. Alttschechen und Altruthenen verband auch das langwährende faktische Monopol über die politischen Organe. Die Nichtzulassung bzw. der demonstrative Austritt der Jungruthenen aus dem Ruthenischen Rat hatte nämlich vorerst nicht die Gründung einer alternativen politischen Organisation zur Folge. Es fehlte den *Narodovci* vorerst noch das notwendige gesellschaftliche Prestige, die Machtbasis und, nach dem frühen Tod Lavrivs'kyjs (1873), auch eine politische Integrationsfigur. Kristallisationskern der Ukrainophilen blieb neben den Meinungsorganen (*Pravda*) vorerst die *Prosvita*, die sich sukzessive und im Zuge zweier grundlegender Revisionen ihrer Vereinsstatuten (1876, 1891) von einem der Förderung der Volksliteratur und -sprache verpflichteten Intellektuellenklub zu einem in den Orten und Bezirken organisierten Netz von Bildungsinstitutionen mit Lesezirkeln, später auch wirtschaftlichen Institutionen, entwickelte. Gerade die intensivierte Aktivität der Jungruthenen im Bereich der Basisarbeit führte zu einem weiteren Schritt in der ukrainophil-russophilen Dialektik der Organisationsgründungen: Der 1874 gegründete *Kačkovskij*-Verein war als russophiles Gegenstück zur *Prosvita* konzipiert. Dem Ziel, die Verbindung zur bäuerlichen Bevölkerung zu intensivieren, dienten auch zwei im Jahre 1871 gegründete russophile Zeitschriften, *Nauka* (Lehre) und *Russkaja Rada* (Ruthenischer Rat), beides Schöpfungen des im Volk äußerst populären Predigers und politischen Agitators Ivan Naumovyč. Auch bei den Studentenvereinen waren beide Richtungen vertreten. Schon die Zeitgenossen erkannten jene durchgreifende Bipolarität als Grundmerkmal ihrer eigenen politischen Gesellschaft.

Erst seit der Mitte der 1870er-Jahre begann sich der Umschwung auch in den politischen Kräfteverhältnissen abzuzeichnen. 1879, nach der verheerenden Niederlage der Ruthenen bei den Reichsratswahlen dieses Jahres, kam es zu einem Versuch, die Populisten in den Ruthenischen Rat zu integrieren, implizit eine Anerkennung ihres inzwischen gewachsenen politischen Gewichts. Ähnlich wie neun Jahre zuvor führte das Scheitern dieses internen Ausgleichs zu einer weiteren politischen Offensive auf jungruthenischer Seite, der Gründung zukunftsfruchtiger neuer Organe (*Bat'kivščyna, Dilo*) sowie der Abhaltung der ersten öffentlichen politischen Manifestation in Lemberg im Jahre 1880, die zwar unter

⁴⁷⁾ Das Programm in ebd., 4. 3. 1871 (15), S. 2. Allgemein zur Russkaja Rada auch Wendland, *Russophile*, v. a. S. 141–193 und 243–262.

Beteiligung der Russophilen durchgeführt wurde, den Populisten aber seither als Markstein ihrer eigenen Geschichte gelten sollte. Mit der Kennzeichnung als *Narodna Viče* wurden Anspruch und Deutung gleich mitgeliefert: nämlich sowohl einen repräsentativen Charakter hinsichtlich der zeitgenössischen ruthenischen Nationalgesellschaft zu haben als auch in der Kontinuität einer slawischen demokratischen Tradition zu stehen.

Dieser nach außen medienwirksam zur Schau getragenen Dynamik stand die Stagnation der Russophilen gegenüber, deren Schwächung aktiv betrieben wurde von Seiten der polnischen Landesbehörden. Diese machten sich den seit der konservativen Wende von 1879 feststellbaren Rückzug des Zentralstaates aus den Landesangelegenheiten ebenso zunutze wie ihren eigenen gewachsenen Einfluss in Wien. Der dritte im Bunde war der griechisch-katholische Metropolit, der insbesondere in der Person von Sylvester Sembratovyč (seit 1882, zunächst als Administrator der Lemberger Eparchie) einen dezidiert antirusophilen Kurs steuerte. Sein Vorgänger (und Onkel) Josyf Sembratovyč war unter anderem gerade aufgrund seiner angeblich zu laschen Haltung gegenüber jener Strömung abgelöst worden. Eine wichtige Rolle hatte dabei der nur wenige Monate vor der Ablösung abgehaltene große Russophilenprozess gespielt, der gemeinhin als Zäsur für das konservativ-russophile Lager insgesamt gilt, da er das Lager ideell lähmte und ihm einige seiner wichtigsten Aktivisten entzog. Obwohl die Populisten den Russophilenprozess nicht so sehr als Triumph für die eigene Sache als vielmehr als Angriff auf die Ruthenen verstanden, kam er doch ihrer eigenen Position im innerruthenischen Machtkampf zugute. Ihr Aufrücken auf das Stärkeniveau des Rivalen wurde vollends 1883 klar ersichtlich, als der Ruthenische Rat sein exklusives Recht auf Organisierung der (Landtags-)Wahlen aufgab und zusammen mit den Populisten ein im Ausschuss paritätisch besetztes Zentralwahlkomitee gründete. Die Idee der nationalen Solidarität, welche die Russophilen bisher für sich gepachtet hatten, war nun nicht mehr über eine Negierung der Existenz einer rivalisierenden Partei zu erreichen, sondern nur noch über die Zusammenarbeit der als existent anerkannten Parteien, also über das Zurückstellen von Parteipolitik gegenüber Nationalpolitik.

Die erste Phase überparteilicher Kooperation, die auch weitere gemeinsam durchgeführte Volksversammlungen umfasste, dauerte noch bis nach den Reichsratswahlen von 1885. Nach einem neuerlichen Misserfolg verbreitete *Dilo* effektiv die Erkenntnis, dass nur eine neue Organisationsbasis das Potential des „national erwachten“ Volkes ausschöpfen könne. Zentral sollte die neue Qualität von *Ruskost* („Ruthenentum“) sein, die, bisher nur von den Kanzeln verkündet, inzwischen – dank der eigenen Arbeit in den vergangenen Jahren – ins „Volksblut“ gelangt sei. Die neue politische Organisation sollte „Volksrat“ (*Narodna Rada*, NR) heißen, eine Namensgebung, mit der ebenfalls an das Vermächtnis von 1848 und die Tätigkeit des Ruthenischen Hauptrats erinnert werden sollte, auf dessen Proklamation des 15-Millionen-Volks (das nun als 20-Millionen-Volk tituliert wurde) man sich gerne berief. Mit *narodna* parierte man die stetige Beschwörung von *russkij narod* durch die Russophilen. In deren politischem Dauerkampf mit den Polen hatte dieses Wort vor allem das Streben nach Anerkennung und Gleichberechtigung der Ruthenen unter den Nationalitäten Österreichs symbolisiert. *Narod* war „äußerlich“ vorbestimmt, durch eine gemeinsame Kirche, Sprache und Geschichte. Obwohl diese im intra-nationalen Diskurs essentiellen Dimensionen auch für die Populisten – in ihren jeweils eigenen Interpretationsvarianten – von großer Bedeutung waren, legten diese, ihrem demokratischen Selbstverständnis entsprechend, doch zumindest rhetorisch relativ mehr Gewicht auf die auto-

nom gesteuerte innere Reifung der Nation. Dazu gehörte auch ein Aktivismus, den man gerne zu einem der Abgrenzungsmomente gegenüber den Altruthenen stilisierte. Das hatte sich bereits in der Benennung des Hausblatts – *Dilo* (Tat), gegen *Slovo* (Wort) – ausgedrückt und kehrte nun in den Statuten des neugeschaffenen politischen Vereins wieder: Nicht die „Verteidigung“ wurde als Ziel proklamiert, sondern die aktive „Entwicklung der Ruthenen als eigenständige slawische Nationalität“, und zwar „abgesondert von der polnischen und der russischen Nation“. ⁴⁸⁾ Polen und Russen waren also im gleichen Maße anders als die eigene Nation, dies ein deutlich anderer Akzent als ihn die Russophilen mit ihrer Beschwörung der gemeinsamen ostslawischen Rus'-Tradition bevorzugten. Unterschiede ließen sich auch in den Mitteln finden, welche die Statuten nannten, zu denen neben dem Ausbau des Vereinswesens auch explizit die Durchführung von Volksversammlungen nach dem Muster derjenigen von 1880 gehören sollten. ⁴⁹⁾ Die politischen Grundpositionen wurden in einem programmatischen Manifest im Jahre 1888 als liberal-fortschrittlich, demokratisch und föderalistisch umschrieben. In allen drei Punkten setzte man sich bewusst vom russophilen Gegenspieler ab, wobei die föderalistische Position kombiniert werden sollte mit einer Garantie nationalautonomer Rechte innerhalb der bestehenden Kronländer. Vier Jahre später, zu einem Zeitpunkt, als in Galizien die ersten Massenparteien bereits entstanden waren, wurde ein erstes umfassendes politisches Programm des Volksrats verabschiedet (s. u.).

Trotz seiner proklamierten Basisideologie gründete der Volksrat prinzipiell auf denselben Funktions- und Bauprinzipien wie sein Gegenpart. Auch er war auf die politischen Organe ausgerichtet mit den Hauptfunktionen Wahlorganisation und Petitionspolitik. Bestimmenden Einfluss hatten auch hier die im Ausschuss versammelten leitenden Funktionsträger in den Bereichen Vereinswesen, Presse und Parlament. Die Hauptversammlungen dienten vorwiegend der medial vermittelten Selbstdarstellung dieser Exponenten. Dennoch fand auch eine gewisse Aufwertung der Basis statt. Die Hauptversammlung tagte häufiger, etwa alle zwei Jahre, und sie wurde stärker eingebunden in die Formulierung der politischen Grundlinien. Die Parteiprogramme wurden jeweils von der Versammlung verabschiedet, später, 1894 sogar eine Grundsatzentscheidung der politischen Praxis (s. u.) gefällt. In solchen Vorgängen zeigte sich die Tendenz, die bisher nur lose verbundenen in- und außerparlamentarischen Organisationen stärker zusammenzuführen, ein wichtiger Schritt hin zur Entstehung einer modernen Partei. Die *Prosvita*-Filialen konnten zwar aufgrund des Vereinsgesetzes nicht als Bausteine in die politischen Organisationen der Populisten eingebaut werden, blieben aber dennoch durch Doppelfunktionen vieler ihrer Aktivisten mit dem politischen Verein in Lemberg verbunden. Im Übrigen hatte sich inzwischen, an der Wende zu den 1890er-Jahren, das Netz von Vereinen, welche den Populisten nahe standen, vervielfältigt. Es umfasste Wirtschaftsorganisationen (*Narodna Tórhovlja*) Versicherungsgesellschaften (*Dnister*), Theatervereine (*Ruška Besida*), Wissenschaftsvereine (Sevčenko-Gesellschaft), eine Pädagogische Gesellschaft sowie Studentenvereine. Al-

⁴⁸⁾ Die Programme des Volksrats in *Dilo* 7. 2. 1888 (20), S. 1 und *Kost' Levyc'kyj, Istorija polityčnoji dumky halyc'kych Ukrajinciv 1848–1914* [Geschichte des politischen Denkens der galizischen Ukrainer], Lviv 1926, S. 259–261.

⁴⁹⁾ Das in den Statuten definierte Programm in *Dilo* 24. 10. 1885 (113), S. 1. Die Interpretation der neuen Lage mit den wiedergegebenen Zitaten in *Dilo* 6. 11. 1885 (118), S. 1.

len gemeinsam war das Ziel, eine solide und eigenständige ukrainische Nationalgesellschaft aufzubauen.

3. *Die Juden zwischen deutscher und polnischer Orientierung*

Der umfassende Prozess der geistigen, kulturellen, rechtlichen und sozioökonomischen Modernisierung des 19. Jahrhunderts, der das Gesicht des europäischen Judentums fundamental veränderte, traf in Galizien auf eines der Zentren des Ostjudentums mit seiner eigenen spezifischen Kultur und Tradition.⁵⁰⁾ Das Erbe aus der Teilhabe an der polnischen *Rzeczpospolita* überschneidet sich im 19. Jahrhundert mit der politischen Gegenwart, der Zugehörigkeit zur habsburgischen Monarchie. Diese Zugehörigkeit schuf einen Kanal, durch welchen die modernisierenden Einflüsse des Westens in einer anderen, tiefergehenden Weise eindringen als sonstwo im ostjüdischen Raum.⁵¹⁾ Die staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden in den 1860er-Jahren ging einher mit der Umwandlung des Habsburgerreiches in einen liberalen Verfassungsstaat. In Galizien wurde sie nach kontroversieller Debatte in Landtag und Öffentlichkeit im November 1868 definitiv sanktioniert. Von großer Bedeutung war die Tatsache, dass die Juden damit zwar individuell gleichgestellt waren, dass sie jedoch als Kollektiv nur im Sinne einer Religionsgemeinschaft, nicht aber als Nationalität anerkannt waren. Solange der Glaube noch intakt war, dass der rechtlichen Gleichstellung die gesellschaftliche folgen würde, konnte aber die Überzeugung bewahrt werden, dass es möglich sei, Jude und Österreicher zu sein und gleichzeitig einer der zur Auswahl stehenden Nationalitäten anzugehören.⁵²⁾

⁵⁰⁾ Heiko Haumann, *Geschichte der Ostjuden*, München ³1991, S. 158. Dieses Buch, das einen Überblick über das ostjüdische Erbe vermittelt, setzt allerdings den Schwerpunkt auf Russland und Großpolen. Auf Galizien konzentriert: Piotr Wróbel, *The Jews of Galicia under Austrian-Polish Rule 1869–1918*, in: *Austrian History Yearbook* 25 (1994), S. 97–138 sowie die ältere Darstellung von Filip Friedman, *Dzieje Żydów w Galicji (1772–1914)* [Geschichte der Juden in Galizien], Warszawa 1933. Überblicke: Wolfdieter Bihl, *Die Juden*, in: *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, 3. Bd.: *Die Völker des Reiches*, hrg. v. Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Wien 1980, S. 880–948; William O. McCagg Jr., *A History of Habsburg Jews 1670–1918*, Bloomington 1989. Über die Parteien auch hier: Feldman, *Stronictwa*, 2. Bd., S. 265–314.

⁵¹⁾ Jerzy Holzer, *Zur Frage der Akkulturation der Juden in Galizien im 19. und 20. Jh.*, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas* 37/1989, S. 217–227, hier 219.

⁵²⁾ Siehe dazu allgemein: Gerald Stourzh, *Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918*, in: *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. 3: *Die Völker des Reiches*, hrg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Wien 1980, S. 975–1206. Mit besonderer Berücksichtigung Galiziens: Ders., *Galten die Juden als Nationalität Altösterreichs? Ein Beitrag zur Geschichte des cisleithanischen Nationalitätenrechts*, in: Ders., *Wege zur Grundrechtsdemokratie. Studien zur Begriffs- und Institutionengeschichte des liberalen Verfassungsstaates (=Studien zu Politik und Verwaltung 29)*, Wien–Köln 1989, S. 259–307. Die Negierung der Juden als eigener Nationalität hatte ihr rechtlich-statistisches Fundament in der Tatsache, dass ihnen keine der offiziellen Umgangssprachen zugewiesen wurde. Aufgrund der wachsenden Bedeutung der Statistik als Grundlage nationaler Forderungen wurden die Juden daher zum Objekt politischer Werbung von Seiten der Polen und Ruthenen. In diesem Zusammenhang

Als zweites großes Stichwort steht neben und verbunden mit dem Prozess der rechtlichen Gleichstellung dasjenige der Assimilation bzw. Akkulturation.⁵³⁾ Nach der gängigen Interpretation fand der Assimilationsprozess in Galizien in zwei Phasen statt, einer deutschen und einer polnischen. Der zunächst maßgebende deutsche Einfluss wirkte auf verschiedenen Ebenen: Über das Medium der deutschen Sprache fand die Aufklärungsbewegung (*Haskala*) Eingang in die jüdische Kultur, die Einrichtung deutschsprachiger Schulen und Universitäten bewirkte eine Intensivierung der (durch das Jiddische vorgebildeten) Verbindung mit der deutschen kulturellen Tradition und die Sogwirkung Wiens führte zu einer (geistigen und physischen) Mobilität zwischen Galizien und der Reichshauptstadt, welche wiederum auf die Juden Galiziens zurückwirkte. Hinzu kam die politische Affinität zur deutschen Nationalität als Trägerin des Liberalismus in Österreich. Die zweite, polnische Akkulturationsphase stand in engem Zusammenhang mit der „galizischen Autonomie“. Die Ersetzung des Deutschen als Amts- und Schulsprache durch das Polnische und die schrittweise Polonisierung beruflicher Elitepositionen waren hierbei von besonderer Bedeutung. Das Bemühen jüdischer Bevölkerungsgruppen, sich beruflich und gesellschaftlich zu integrieren und in der sozialen Hierarchie aufzusteigen, war damit notwendigerweise von einer zunehmenden Adoption der polnischen Sprache und polnischer kultureller und politischer Werte und Ziele begleitet. Gerade der überdurchschnittlich hohe Anteil von Juden in akademischen Berufen wirkte verstärkend in diese Richtung. Auch dieses Nahverhältnis ließ sich schließlich kulturell verankern mit dem Hinweis auf die jahrhundertalte polnisch-jüdische Geschichte, den vielen wechselseitigen Wohltaten, die angeblich den Juden zum polnischen Patrioten und den Polen zum Freund der Juden machen würden, schließlich mit dem Messianismus, der sowohl im polnischen als auch im jüdischen Selbstverständnis verwurzelt war.

Eine solche scharfe, chronologisch bestimmte Zweiteilung kann selbstverständlich nur eine grobe Vereinfachung darstellen. Zunächst muss nach sozial-kulturellen Kriterien differenziert werden. Dass nur eine dünne Schicht, bestehend vor allem aus der städtischen Intelligenz, von diesem Vorgang überhaupt erfasst wurde, ist im Falle Galiziens (und des polnischen Raumes allgemein) insofern von besonderem Gewicht, als es hier tatsächlich eine jüdische Masse gab, die in den Kleinstädten und Dörfern weitgehend unberührt ihr von der Umwelt gesondertes, von Tradition und Religion geprägtes Leben führte. Unterschiede gab

auch Emil Brix, Die Umgangssprachen in Altösterreich zwischen Agitation und Assimilation. Die Sprachenstatistik in den zisleithanischen Volkszählungen 1880 bis 1910, Wien 1982, hier S. 381–389.

⁵³⁾ Diese beiden Begriffe, obwohl noch immer vielfach synonym verwendet, werden von der Forschung inzwischen differenziert gehandhabt. Teilweise wird die Akkulturation als ein erster Schritt in einem als Kontinuum betrachteten Assimilationsprozess verstanden, der nicht unbedingt zur völligen Assimilation führen muss. Gerade weil ihm das Vordeterminierte, Unausweichliche anhaftet, wird auch vorgeschlagen, den Begriff der Assimilation überhaupt zugunsten von Akkulturation aufzugeben, zumal Letzterer nicht durch die zeitgenössische Polemik aufgeladen ist. Siehe dazu Marsha L. Rozenblit, Die Juden Wiens 1867–1914. Assimilation und Identität (=Forschungen zur Geschichte des Donauraumes, 12), Wien–Köln–Graz 1989, S. 9, sowie Trude Maurer, Plädoyer für eine vergleichende Erforschung der jüdischen Geschichte Deutschlands und Osteuropas, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), S. 308–326.

es aber auch hinsichtlich der zwei urbanen Zentren der Assimilation, Krakau und Lemberg. Die jüdische Gemeinde Krakaus, eingebettet in das Herz polnischer Geschichte und Aufstandstradition, war schon viel früher von polnischer Assimilation berührt gewesen als diejenige der galizischen Hauptstadt mit ihrer multiethnischen Struktur. In Lemberg behielten germanophile Tendenzen auch noch während der „polnischen“ Phase nach 1868 ihre Prägekraft und Wirksamkeit. Generell ist zu konstatieren, dass auch bei denjenigen Schichten, welche im späteren 19. Jahrhundert in größerem Masse einer Polonisierung ausgesetzt waren, selbstverständlich sowohl eine jüdische Teilidentität als auch die traditionelle Nähe zum deutschen kulturellen und geistigen Erbe von Bedeutung blieben.

Grob wirkt die Unterteilung in zwei Phasen aber vor allem deshalb, weil sie zu sehr von der Politik ausgeht. Politik lässt im Gegensatz zum kulturellen Selbstverständnis von Individuen und Gruppen selten Mehrdeutigkeiten zu, verlangt klare Positionsbezüge und Stellungnahmen, wo eigentlich eine differenzierte Meinungslage besteht. Im Sinne des Assimilationsgedankens politisch zu handeln hieß, sich den jeweiligen Organisationen derjenigen Nationalität anzuschließen, welche der Lage und den Interessen der jüdischen Bevölkerungsgruppe (bzw. ihrer Elite) am nächsten stand. Das schloss freilich die Bildung eigener Organisationen auf einer tieferen Ebene nicht aus, welche dann zwar nicht im Namen einer jüdischen Nationalität agierte (denn eine solche gefährdete den Assimilationsgedanken), wohl aber doch im Namen der Juden. Als wichtigster und lange Zeit einziger Kern einer jüdischen Politik im Rahmen einer politischen Assimilationsideologie wirkte eine von oben eingeführte Institution, die Kultusgemeinde (*Kahal*). Dank des äußerst restriktiven Wahlrechts wurde der *Kahal* lange Zeit vollständig beherrscht von einem engen Kreis jüdischer Honoratioren. Diese, meist dem hohen Bildungs- oder Wirtschafts (v. a. Finanz-)bürgertum zuzurechnen, verbanden oftmals ihre Funktion im Ausschuss der Kultusgemeinde mit einem politischen Mandat in der Stadt, in der Handelskammer und/oder im Gemeinderat. Bei Wahlgängen auf Landes- und Reichsebene wurde der *Kahal* zur eigentlichen jüdischen Wahlorganisation und hinsichtlich der parlamentarischen Tätigkeit zum Bindeglied zwischen politischen Funktionsträgern und jüdischer Bevölkerung.⁵⁴⁾

Die gefestigte Rolle der Kultusgemeinden nicht nur als religiöse, sondern auch als politische Vertretungskörperschaften erschwerte die Entstehung politischer Vereine, welche sich der Interessen der Juden Galiziens angenommen hätten. Es gibt allerdings prominente Gegenbeispiele. An erster Stelle, nicht nur chronologisch, ist der 1868 geschaffene Verein *Schomer Israel* (Wächter Israels) zu nennen, die erste rein politische Organisation der Juden nicht nur in Galizien, sondern in ganz Österreich. Seine Gründung fiel in eine Zeit, als die verfassungsrechtlichen und nationalpolitischen Debatten über die Stellung Galiziens im Verband der Monarchie an ihrem Höhepunkt waren. Entstehungs- und Wirkungsort war daher nicht zufällig Lemberg, die Hauptstadt des Kronlands und gleichzeitig diejenige Stadt, wo die Juden am stärksten Eigenständigkeit gegenüber dem Polonisierungsdruck wahren konnten. *Schomer Israel* wandte sich gegen die aktuellen Bemühungen von polnischer Seite, die autonome Stellung des Kronlands zu stärken. Vielmehr sollte das seit der Revolution von 1848/49 gepflegte enge Verhältnis mit den Deutschliberalen bewahrt und

⁵⁴⁾ Andrzej Żbikowski, *Żydzi krakowscy i ich gmina w latach 1869–1919* [Die Krakauer Juden und ihre Gemeinde 1869–1919], Warszawa 1994, vor allem S. 77–109.

gemeinsam mit diesen ein deutsch-zentralistischer Staat aufgebaut werden. So sehr sich die nationalbewegten Polen mit liberalem Gedankengut schmückten, mehr Verständnis für politische Freiheit, Gleichberechtigung und Emanzipation war doch von den Deutschliberalen zu erwarten. Gleichzeitig sah sich der Verein klar den jüdischen Interessen verpflichtet, wie denn auch der Untertitel seines Organs „Der Israelit“ lautete: „Zeitschrift zur Belehrung und Heranbildung des jüdischen Volkes“.⁵⁵⁾

Aber auch die Oppositionshaltung gegenüber den politischen Eliten der Polen, die während der Reichsratswahlen von 1873 ihren Höhepunkt erlebte, war keineswegs eine grundsätzliche. Nach 1876 wechselte lediglich die dominante Option hin zu einem polenfreundlichen Kurs, der zementiert wurde durch den Regierungsantritt des konservativen Kabinetts Taaffe, zu dem die Deutschliberalen in Opposition standen. Die Option der nun im Polenklub agierenden jüdischen Deputierten aus Galizien für dieses Kabinett war keine Option gegen die Deutschen, sondern die Aufrechterhaltung des Bekenntnisses zur liberalen Verfassung, den österreichischen Staat und seinen Kaiser. Das Nebeneinander verschiedener Optionen unter Verschiebung der dominanten Akzente lässt sich an der Person des damaligen Präsidenten von *Schomer Israel* Emil Byk ablesen, einer der Gründungsväter während der „deutschen“ Phase, dann Präsident während der „polnischen“ Phase (seit 1878) und selbst Mitglied des Polenklubs (seit 1891). Byk war in der Kultusgemeinde führend tätig, sprachlich und gesellschaftlich im Polnischen und Deutschen gleichermaßen zuhause und ebenso sehr ein steter Vertreter jüdischer Interessen. Propolnisch bedeutete also nicht antideutsch („Der Israelit“ blieb deutschsprachig!) und vor allem nicht „unjüdisch“ im Sinne eines bedingungslosen „Assimilationismus“. Das war eher der Diskurs der politischen Gegner, die sich seit den 1890er Jahren als „echte“ nationale Alternative formierten.⁵⁶⁾

In Krakau reichte – wie bereits erwähnt – die Tradition der Polonisierung infolge des besonderen politisch-kulturellen Milieus der Stadt weiter zurück. Zu einer Zeit, als noch in der Landeshauptstadt die deutsch-zentralistische Option von *Schomer Israel* vertreten wurde, agierte in Krakau ein Verein, der sich mit aller Deutlichkeit der polnischen Option verschrieben hatte. *Dorsche Schalom* (Friedensstreben), nicht zufällig von einem ehemaligen Teilnehmer des Januaraufstands, Bernard Goldman, gegründet, gab auch ein polnischsprachiges Vereinsblatt, *Zgoda (Ugoda)* (Ausgleich), heraus. Im Jahre 1882 entstand eine weitere, noch prononcierter polenfreundliche und gleichzeitig stärker religiös-reformerische Vereinigung, *Agudas Achim* (Bruderverein), welche das Organ *Ojczyzna* (Vaterland, 1881–1892) übernahm.⁵⁷⁾ Die 1880er-Jahre fielen dann freilich bereits in die beschriebene

⁵⁵⁾ Der originale Wortlaut des Statuts von *Schomer Israel* konnte weder in gedruckten Zeugnissen noch in den Archivbeständen eruiert werden. Auszüge finden sich in CDIAL, Fond 146, Opis 58, Spr. 1115 (anlässlich der Statutenänderung von 1874).

⁵⁶⁾ *Schomer Israel* wurde zum eigentlich Wegbereiter des ersten Lemberger jüdisch-nationalen Vereins, *Mikra Kodesch* (gegründet von Ruben Bierer), des Vorläufers von *Zion* (s. u.).

⁵⁷⁾ Statut towarzystwa „Agudas Achim“ – „Przymierze Braci“ we Lwowie [Statut des Vereins ‚Agudas Achim‘ – Przymierze Braci; in Lemberg], Lwów 1883. Das Vereinsziel lautete: Förderung des Bürgergeistes unter den galizischen Juden durch Verbreitung des Assimilationsgedankens, Hinführung der Juden zu Landwirtschaft und Handwerk, Erziehung der Jugend im polnischen Geiste und Pflege der mosaischen Religion in polnischer Sprache.

neue Epoche, in der die polnische Orientierung der tonangebenden jüdischen Kreise in Galizien insgesamt, auch in Lemberg die vorherrschende wurde.

Neben der dominant deutsch-zentralistischen und der dominant polnisch-patriotischen (dezentralistischen) gab es noch eine dritte Richtung, die aus diesem Schema herausfällt, die religiös-orthodoxe. Deren Wurzel lag in der weiter zurückgehenden Oppositionshaltung gegenüber der Tradition der *Haskala* und ihren religiösen und kommunalen Reformbestrebungen und war demnach im Grundsätzlichen sowohl von der deutsch- wie der polenfreundlichen Tendenz abzugrenzen. Im Jahre 1879 wurde ein Zentralverein dieser Richtung gegründet, *Machsike Hadas* (Wahrer der Religion), der eine gleichnamige Zeitschrift herausgab. Seine führende Figur, Simon Schreiber, wurde sogar noch im selben Jahr in den Reichsrat gewählt. Damit freilich reihte er seine in der Tendenz apolitischere Bewegung ein in die damals aktuelle politische Konstellation. Dass er dem Polenklub beitrug (wo er keinerlei aktive Rolle spielte), hing also vornehmlich damit zusammen, dass zu dieser Zeit die politische Kraft hinter Aufklärung und religiöser Reform vorwiegend im Liberalismus deutsch-zentralistischer Prägung gesehen wurde. Gerade aus der Zugehörigkeit des Jüdisch-Orthodoxen Simon Schreiber zum Polenklub wird daher erneut erkennbar, dass politische Entscheidung und (national)kulturelle Identität unterschiedlichen Sphären zuzuordnen sind, dass die Teilnahme an polenfreundlichen Institutionen nicht automatisch eine kulturelle Orientierung am Polentum bedeutete.⁵⁸⁾

C. Die Parteien im Zeitalter der Massenpolitik

1. Das polnische Parteiwesen

a) Die Konservativen

Im vorangegangenen Kapitel wurde das Jahr 1889 als Zäsurmarke in der durch den konservativ-demokratischen Dualismus geprägten politischen Geschichte vor der Entstehung der Massenparteien gedeutet. Die Gründung der „Konservativen Union“ (*Unia konserwatywna*) als übergeordneter Landtagsfraktion war ein Produkt des offensichtlichen politischen Nahverhältnisses zwischen westgalizischen Konservativen und ostgalizischem „Zen-

⁵⁸⁾ Ein anderes Beispiel bietet der bereits erwähnte Joseph Samuel Bloch, der als einer der ersten für ein modernes Stammesbewusstsein der Juden eintrat, dennoch aber wegen seiner Abneigung gegen die Deutschliberalen dem Polenklub beitrug. Siehe dazu Robert S. Wistrich, *The Jews of Vienna in the Age of Franz Joseph*, Oxford 1989, S. 194–200 und 277–309. Die Orthodoxen, welche später auch parteiähnliche Organisationen aufbauten und mit eigenen Zeitungen am politischen Geschehen teilnahmen, wurden auch nach der Jahrhundertwende von den polnisch-konservativen Parteien unterstützt, dann aber vorwiegend wegen ihrer Funktion als Gegenkraft gegen die jüdischen Reformparteien sozialdemokratischer und jüdisch-nationaler Provenienz. Ein Hinweis darauf findet sich bei Henryk Piasecki, *Sekcja Żydowska PPSD i Żydowska Partia Socjalno-Demokratyczna 1892–1919/20* [Die jüdische Sektion der PPSD und die Jüdische Sozialdemokratische Partei], Wrocław 1982, S. 249.

trum“, *grosso modo* also zwischen adlig unterlegtem akademisch-professoralem Krakauer Milieu und „podolakischem“ Gutsbesitzer-Milieu.⁵⁹⁾ In den im Oktober 1889 beschlossenen Fraktionsstatuten wurde der Konservatismus als gesellschaftliches Ordnungsmodell umschrieben, welches für Erhaltung von Eintracht und Harmonie als Voraussetzung für die Bewahrung nationaler Tradition und eines „gesunden Fortschritts“ stünde.⁶⁰⁾ Dieses den gemeinsamen Nenner des galizischen Konservatismus definierende Harmonieprinzip beruhte im einen Fall auf einem theoretisch fundierten Gesellschaftskonzept, im anderen hingegen weitgehend auf den sozialen Interessen einer wenn nicht aktuell bedrohten, so doch angegriffenen sozialen Schicht. Die in der Vergangenheit spürbaren politischen Gegensätze zwischen diesen beiden Polen, insbesondere was die Regierungsnähe, den Stellenwert der Landesautonomie oder die sozialpolitische Ausrichtung betrifft, gerieten in dem Moment in den Hintergrund, als jene Harmonie durch einen unerwarteten politischen Akt radikal in Frage gestellt wurde, nämlich die erwähnte, von den Demokraten betriebene Konsolidierungsaktion gegen die beherrschenden Eliten und deren politische Instrumente. Jener weiter unten zu beschreibende „Städtetag“ von 1889 wurde von konservativer Seite zwar taktisch heruntergespielt, führte aber gleichzeitig zu einer Flut von Stellungnahmen und Broschüren, die als Grundlage für den konservativen Schulterchluss zu dienen hatten.⁶¹⁾

Der somit letztlich defensiv-reaktive Charakter jenes Gründungsakts der Konservativen Union war kennzeichnend für die eine Seite konservativen Verhaltens in der Ära der Massenpolitik. Die andere Seite hieß Flexibilität gegenüber den neuen Erfordernissen, eine vorsichtige Öffnung gegenüber den Volksschichten und die Einsetzung moderner Mittel, namentlich der Presse.⁶²⁾ Ein solcher Weg der graduellen Modernisierung und Selbsterneuerung stand freilich weit eher dem elitär-aufgeklärten Milieu des Krakauer Konservatismus offen, welches mit der Gründung des „Konservativen Klubs“ (*Klub konserwatywny*) im Jahre 1896 einen ersten Schritt in diese Richtung unternahm.⁶³⁾ Dessen Gründungskreis rekrutierte sich zwar ebenfalls aus dem schon für die Stańczyken typischen akademi-

⁵⁹⁾ Als Unterfraktionen bestanden neben dem Krakauer Kreis die „Autonomisten“, welche den größten Teil des ehemaligen Zentrums ausmachten, eine lokale Gruppierung namens *Grupka* sowie ein sog. Landwirtschaftsklub (*Klub rolniczy*). Da der Beitritt zur Konservativen Union kein kollektiver Akt der bestehenden Fraktionen darstellte, sondern auf individueller Basis erfolgte, gehörten zahlreiche Mitglieder der Unterfraktionen der Konservativen Union nicht an. Siehe Jan Trzeciecki, *O stronnictwach Sejmowych w latach 1889 do 1900* [Über die Landtagsparteien in den Jahren 1889 bis 1900], Kraków 1900.

⁶⁰⁾ *Gazeta Narodowa* 23. 10. 1889 (245), S. 3.

⁶¹⁾ Das bevorzugte politische Vokabular der Konservativen, „Zerrüttung“ (*rozstrój*), *Targowica* und (erneut) „Anarchie“, findet sich konzentriert in den damals veröffentlichten Broschüren, von denen vor allem zu erwähnen sind: Stanisław Tarnowski, *Z doświadczeń i rozmyślań* [Erfahrungen und Betrachtungen], Kraków 1891; Michał Bobrzyński, *Z chwili rozstroju* [Aus Zeiten der Zerrüttung], Kraków 1889; Entgegnungen: *Dwie opinie. Odpowiedź „Nowej Reformy“ na książkę Stanisława hr. Tarnowskiego p.t. „Z doświadczeń i rozmyślań“* [Zwei Meinungen. Entgegnung der „Nowa Reforma“ auf das Buch des Grafen Stanisław Tarnowski u.d.T. „Erfahrungen und Betrachtungen“], Kraków 1891.

⁶²⁾ Exemplarisch formuliert bei Stanisław Madeyski, *Nasza opozycja* [Unsere Opposition], Kraków 1889, S. 27.

⁶³⁾ Dazu auch Feldman, *Stronnictwa*, Bd. 1, S. 210–226.

schen Milieu (mit individuell hohem sozialem „Background“) – eine Tatsache, die nun allerdings nicht mehr nur mit paternalistischem Denken (geistige Führungsfunktion gegenüber den orientierungslosen Massen), sondern explizit mit der drohenden Majorisierung der Eliten durch die unaufgeklärten Massen gerechtfertigt wurde.⁶⁴) Die bestimmende Rolle unter jenem Akademikerkreis spielten nun außerdem nicht mehr Historiker oder andere humanistisch geschulte Intellektuelle, sondern in erster Linie Rechtsgelehrte, und zwar der jüngeren Generation, meist geboren in den 1860er- und 1870er-Jahren.⁶⁵) Mit diesem Wandel des Berufsbilds vollendete sich auf der Ebene der Kollektivbiographie die Hinwendung von einer Generation, die das Prinzip der organischen Arbeit historisch zu rechtfertigen suchte, hin zu einer solchen, die jenes durch eigene berufliche Tätigkeit verkörperte. Geprägt durch ihren juristischen Bildungs- und Berufshintergrund, akzentuierten die Neokonservativen, wie sie bald genannt wurden, einen politischen Ansatz, der bereits für die *Stańczyken* kennzeichnend gewesen war: die Überzeugung, dass die gesellschaftlichen Verwerfungen der Gegenwart durch institutionelle Reformen zu bewältigen seien. Insbesondere griffen sie die bereits seit 20 Jahren aktuelle Frage der Verwaltungs- und Gemeindereform sowie die Verschuldungs- und Parzellierungsproblematik in der Landwirtschaft auf. In Abgrenzung zu ihren politischen Ahnen beanspruchten die Neokonservativen allerdings für sich eine realistischere, von den Lasten der Vergangenheit und von einem abstrakten Ordnungsdenken befreite Optik, die auch eine größere Bereitschaft einschloss, sich gegenüber der Gesellschaft zu öffnen.⁶⁶)

Was war nun der „Konservative Klub“? Formell ein politischer Verein. Seine Statuten sprachen von zwei Zielen, nämlich (a) von der Schaffung politischer Reife in der Gesellschaft und der Beeinflussung des öffentlichen Lebens nach konservativen, den nationalen und religiösen Interessen entsprechenden Grundsätzen und (b) von der Erforschung und der Reflexion über zeitgemäße ökonomische, rechtlich-administrative und gesellschaftliche Reformen, welche auf legalem Weg eine Chancengleichheit der Individuen sicherzustellen hätten.⁶⁷) Politische Reife und Chancengleichheit waren im Grunde liberale Werte der 1860er-Jahre, die nun, 30 Jahre später, von den Neokonservativen übernommen wurden. Abgrenzungsmoment war nicht der tradierte europäische Liberalismus, sondern die neuen Massenbewegungen: „legal“ stand in Opposition zu den aufkommenden revolutionären Strömungen, die angeblich den auf individuellem Eigentum beruhenden Rechtsstaat unterminierten; „national“ zum neuen, sozial fundierten Internationalismus, „religiös“ zu der modernen agnostischen bis antiklerikalen politischen Gesinnung. Ließen sich damit also inhaltlich konservative Positionen positiv umschreiben, so galt dies nicht für den Konservatismus als Begriff. In weiten Teilen der Gesellschaft war dieser eher unpopu-

⁶⁴) *Zawiązanie Klubu Konserwatywnego* [Die Gründung des Konservativen Klubs], Kraków 1896.

⁶⁵) Betrachtet man etwa den 1898 gewählten Ausschuss (inkl. Stellvertreter), so findet man unter den 12 Personen nicht weniger als 10 promovierte Juristen, drei davon Rechtsprofessoren, die Mehrheit mit *Szlachta*-Hintergrund. Siehe die Namen der Ausschussmitglieder in *Ruch Społeczny* 15. 2. 1898 (4), S. 83. Die Mitgliederzahl betrug in diesem Jahr etwas über 100.

⁶⁶) Władysław L. Jaworski, *Dwanaście lat istnienia Klubu Konserwatywnego* [Zwölf Jahre Konservativer Klub], Kraków 1908.

⁶⁷) Statut towarzystwa ‚Klub Konserwatywny‘ w Krakowie [Das Statut des Konservativen Klubs in Krakau], Kraków 1901.

lär, so dass seine Verwendung den eigenen Bemühungen um eine moderne Aufpolierung des eigenen Images entgegenliefe. Um den Namensballast aufzuwiegen, war man stets bemüht, in den inhaltlichen Kontroversen an der positiv besetzten Begrifflichkeit der Gegenwart teilzuhaben, so insbesondere an den Termini „Fortschritt“ und „Demokratie“, welche nach eigenem Dafürhalten bisher zu Unrecht von den Demokraten monopolisiert worden seien. In diesem Streit um die Besetzung politische Begriffsfelder erhielt hingegen der Liberalismus wiederum die klarste Absage, da er dem Prinzip der freien Konkurrenz huldige, welches dem Grundgedanken der „organisierten Gesellschaft“ entgegenstünde. In der Tat benützten auch die Neokonservativen „liberal“ als einen dem Eigenen negativ entgegengesetzten Begriff, obwohl, wie gesagt, gerade sie sich wie keiner ihrer politisch Verwandten inhaltlich dem Liberalismus (als Rechtssystem) angenähert hatten.

Hinsichtlich der Mittel sahen die Statuten einerseits Forschungsaktivitäten, Versammlungen und Vorträge vor, ein weitgehend interner Diskurs der beteiligten Mitglieder also, andererseits aber auch eine Hinwendung nach außen, durch die Publikation von Zeitschriften. Das betraf zunächst eine Publikationsreihe, in welcher die hauseigenen Vorträge und Abhandlungen über ökonomische, administrative und juristische Zeitprobleme veröffentlicht wurden⁶⁸⁾, dann aber auch eine allerdings nur kurzlebige Halbmonatsschrift mit dem bezeichnenden Titel *Ruch Społeczny* (Soziale Bewegung), in welche neben theoretischen Abhandlungen auch Stellungnahmen zur aktuellen Politik Eingang fanden.⁶⁹⁾ War also das Publikationswesen die eine Schnittstelle des Konservativen Klubs hin zu Politik und Öffentlichkeit, so war die andere die politische Tätigkeit der führenden Mitglieder selbst: Die nicht wenigen Parlamentarier unter den Vereinsmitgliedern fungierten als persönliche Bindeglieder, welche vom Verein ausgearbeitete Vorstöße über eine Petition an den Landtag und seine zuständigen Ausschüsse weiterleiteten, in welche sie später selbst Einsitz nahmen.⁷⁰⁾ Ein weitergehendes politisches Profil wurde vom „Konservativen Klub“ nicht angestrebt, weder Beschlüsse politischen Inhalts noch Schritte in Richtung Fraktionsbildung oder Wahlorganisation unternommen. Von einer Honoratiorenpartei kann daher mit Sicherheit nicht gesprochen werden, wohl aber von einem Honoratiorenverein, der den reformistischen Flügel der Konservativen im Landtag durch persönlichen Einsatz und wissenschaftliche Kompetenz unterstützte. Dabei spielte sich ein ähnlicher Vorgang ab wie im Falle der *Stańczyken* dreißig Jahre zuvor, nämlich die sukzessive Integration der kritischen Jungen in das konservative Krakauer politische Establishment und damit gleichzeitig die Wandlung desselben in Richtung der von den Jungen vertretenen politischen Ideen.⁷¹⁾

Für unseren Zusammenhang liegt die Bedeutung des Konservativen Klubs in der erstmaligen Hinwendung eines Teils des konservativen Milieus zur organisierten politischen Tätigkeit außerhalb der parlamentarischen Gremien. Als sich der Verein im Jahre 1908

⁶⁸⁾ Wydawnictwa Klubu Konserwatywnego, Kraków 1896–1908, insgesamt 17 Hefte.

⁶⁹⁾ Die Zeitschrift, die zwischen 1898 und 1899 erschien, gehörte formell einzelnen Klubmitgliedern, wurde aber vom Klub subventioniert und verbreitete dessen Aktivitäten in der Öffentlichkeit.

⁷⁰⁾ *Ruch Społeczny* 15. 2. 1898 (4), S. 83.

⁷¹⁾ Dieser Integrationsprozess erfolgte insbesondere auch durch die Einbindung einzelner Führungspersönlichkeiten (etwa Władysław L. Jaworski) in die Redaktionen der altgedienten konservativen Organe, *Czas* und *Przegląd Polski*.

freiwillig auflöste, geschah dies im Zuge der Erkenntnis, dass die in den Statuten vorgesehenen Mittel nicht mehr den Zielen und Aufgaben seiner Mitglieder entsprächen, die sich nun über politische Aktionen und Volksversammlungen direkt den Massen zuzuwenden hätten. Die in diesem Sinne konzipierte Nachfolge sollte eine Organisation antreten, deren Gründung unmittelbar nach den Reichsratswahlen von 1907 eingeleitet worden war und die im Herbst desselben Jahres mit der ersten Vollversammlung offiziell ins Leben trat: die „Partei der Nationalen Rechten“ (*Stronnictwo Prawicy Narodowej*, SPN). Unter den Gründern befanden sich prominente Mitglieder des Konservativen Klubs, unter ihnen dessen führender Kopf Władysław Leopold Jaworski, neben einem gewichtigen Kreis aus dem westgalizischen Landadel um den Landwirtschaftsverein (*Towarzystwo rolnicze*), der schon seit längerem zur Schaffung einer Parteiorganisation aufgerufen hatte.⁷²⁾ Der dreigliedrige Parteiname implizierte ein dreifaches Bekenntnis: die anerkannte Notwendigkeit einer Parteistruktur auch für die Konservativen; das Bekenntnis zur politischen Rechten (*Prawica*) im Landtag und gleichzeitig die Vermeidung des belasteten Begriffs des Konservativen; schließlich eine neue Akzentuierung des Nationalen.

Der letzte Punkt bildete gleichzeitig den Kernbestand der politischen Selbstdefinition. In Zeiten der Desintegration des nationalen Lagers trat die SPN mit dem Anspruch an die Öffentlichkeit, die einzige „gesamt-nationale“ (*ogólno-narodowa*) Partei zu sein, die im Gegensatz zu den modernen „Kasten- und Klassenparteien“ ein übergeordnetes Gesellschaftskonzept anzubieten hätte. Damit erfuhr das politisch obsolet gewordene Konzept der gesellschaftlichen Harmonie zwischen führungsbegabter Elite und Volk eine Transformation in die Richtung eines zwar nicht neuen, aber doch von den Konservativen auf neue Weise angeeigneten Harmoniekonzepts der nationalen Solidarität. Letzterer Begriff trug zweifellos eine ausgeprägte moralische Komponente in sich. Ähnlich wie zuvor die Rivalen aus dem demokratischen Lager zeigten sich nun die Konservativen bemüht, die eigene politische Schwäche mit einem Anspruch auf moralische Stärke zu kompensieren, und erneut war es also die imaginierte Nation, die diesen moralischen Gehalt zu stellen hatte. Neben der nationalen Solidarität benannte der erste Paragraph der Statuten die „religiöse Grundlage“ als Basismerkmal der neuen Partei.⁷³⁾ Nation und Religion gingen hier also erneut eine enge Verbindung ein, allerdings unter anderen Prämissen als bisher: Nicht mehr eine

⁷²⁾ Vgl. insbesondere Tadeusz Starzewski, *Sursum Corda! Partya konserwatywna a ruch ludowy* [Sursum Corda. Die konservative Partei und die Volksbewegung], Kraków 1899, hier S. 5. Zu den Entstehungsbedingungen vgl. den Bericht des vorläufigen Ausschusses während der ersten Generalversammlung: *Czas*, 9. 9. 1907 (206): Sonderbeilage: Pierwsze Walne Zgromadzenie Stronictwa Prawicy Narodowej [Erste Generalversammlung der Partei der Nationalen Rechten].

⁷³⁾ Statut Stowarzyszenia „Stronnictwo Prawicy Narodowej“ [Statut der Gesellschaft ‚Partei der Nationalen Rechten‘], Kraków 1910. Abgedruckt auch bei: Ignacy Pawłowski, *Stronictwa i programy polityczne w Galicji 1864–1918* [Parteien und politische Programme in Galizien 1864–1918], Warszawa 1966, S. 133–138. Vgl. insbes.: *Walne zgromadzenie Stronictwa Prawicy Narodowej odbyte w dniu 7 maja 1910 roku w sali Rady powiatowej w Krakowie* [Generalversammlung der Partei der Nationalen Rechten am 7. 5. 1910 im Bezirkssaal in Krakau], Kraków 1910, S. 8–25 (Referat Starowiejski). Aus der politischen Zusammenarbeit waren daher explizit alle „antinationalen und Klassenparteien“ ausgeschlossen (§ 3), die damit den Status von politischen „outcasts“ erhielten. Vgl. auch die von der SPN herausgegebene programmatische Schrift: *Najbliższe zadania* [Die allernächsten Aufgaben], Kraków 1907.

Bedrohung von außen, seitens der feindlichen nicht-katholischen Mächte Russland und Preußen, stand im Vordergrund, sondern die Bedrohung von innen, insbesondere durch den Vormarsch der Sozialdemokratie. Die von den Konservativen in den 1880er-Jahren aufgebaute ideelle Funktion der Religion als Bindeglied von der Nation zu Dynastie und Staat geriet nun wieder in den Hintergrund gegenüber ihrer Funktion einer erhofften inneren nationalen Identifikation.

Neben jenen Elementen einer Grundpositionierung der Partei wurden die politischen Ziele „im Einzelnen“ (§ 2a–c) formuliert: a) die Hebung des kulturellen und wirtschaftlichen Stands der breitesten Schichten unter Bewahrung des patriotischen Gefühls, der Achtung des Rechts und der gesellschaftlichen Ordnung; b) die Förderung von Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Arbeiterschutz; c) die Ausdehnung der Autonomie bzw. die Föderalisierung des Staats. Der letzte Punkt, seit 50 Jahren eine der Konstanten im Forderungskatalog der Polen, war mit der Einführung des neuen Wahlrechts zum Reichsrat in die Reihe der aktuellen Forderungen zurückgekehrt. Demgegenüber erinnerten die ersten beiden Punkte noch immer stark an den institutionell-technokratischen Ansatz der alten Konservativen gegenüber der Gesellschaft (freilich mit dem Arbeiterschutz als neuer Komponente), in deren Reformtradition man sich auch explizit einordnete. Die Volksschichten wurden also noch immer als zu manipulierende Kollektivobjekte betrachtet, nicht als Subjekte, denen gewisse politische Fundamentalrechte wie insbesondere das gleiche individuelle Stimmengewicht bei Wahlen zustanden. Das zeigte sich insbesondere in der Haltung der Konservativen gegenüber der Landtagswahlreform, die seit der ersten Vollversammlung eine beherrschende Stellung im internen Parteidiskurs einnahm. Eine Reform im Prinzip bejahend (schon um dem Reichsrat sein Übergewicht zu nehmen), musste eine solche aber gleichzeitig die Bewahrung einer polnischen, politisch gemäßigten und führungsbegabten Mehrheit garantieren. Nur dem Prinzip der allgemeinen, aber ungleichen Wahl (also der Beibehaltung des Kuriensystems) war man folglich bereit zuzustimmen, da nur eine langsame, „organische“ Heranführung der Massen in die volle politische Verantwortung den Vertretern des „gesunden Fortschritts“ (so die Selbstzuschreibung) genügend Zeit gebe, den zersetzenden Ideologien der Gegenwart entgegenzuwirken.⁷⁴⁾

Das Neuartige an der SPN war weniger an den Zielen, als an den Mitteln (§ 4) und an der Organisationsstruktur (§ 9–11) abzulesen. Zu den Organen gehörten neben der jährlich stattfindenden Vollversammlung ein Ausschuss, eine Kanzlei und die Institution der sogenannten Vertrauensmänner, die auf lokaler Ebene Arbeit für die Partei leisten und den Kontakt zur Zentrale aufrechterhalten sollten. Die SPN erreichte in ihrem Gründungsjahr 600 Mitglieder, dies ein Hinweis auf eine neue Qualität von Organisation, die allerdings noch fern von einer Massendimension war. Mit der Durchführung von öffentlichen Vorträgen und Diskussionen, von Publikationen⁷⁵⁾ und Petitionen an die politischen Gremien

⁷⁴⁾ Zur inhaltlichen Positionierung bei der ersten Vollversammlung siehe Czas 9. 9. 1907 (206), Sonderbeilage. Vgl. auch Antoni Górski, Stronnictwa konserwatywne wobec reformy wyborczej [Die konservativen Parteien gegenüber der Wahlreform], Kraków 1907. Zur Landtagswahlreform siehe Józef Buszko, Sejmowa reforma wyborcza w Galicji 1905–1914 [Die Landtagswahlreform in Galizien 1905–1914], Warszawa 1956.

⁷⁵⁾ Als Presseorgan diente die Wochenschrift *Rola*. Außerdem erschienen periodisch Sonderveröffentlichungen zu einzelnen Themen.

(§ 4a–b) knüpfte man an den aufklärerischen Ansatz des Konservativen Klubs an. Neu waren dagegen die Teilnahme an Wahlen (c) und die Gründung von „Vereinen und anderen Unternehmungen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben“. Während letzteres Ziel weitgehend Wunschdenken blieb, wurde der Präsenz bei Wahlen (Landtag 1908; Reichsrat 1911) besondere Aufmerksamkeit verliehen. Aufgrund der bescheidenen Mitgliederzahl, der eher geringen Bedeutung der Vollversammlungen gegenüber der Aktivität des Ausschusses in Wahlzeiten, des Organisationsprinzips der Vertrauensmänner und nicht zuletzt der elitären sozialen Zusammensetzung der Führungsriege lassen sich bei der SPN durchaus Züge einer Honoratiorenpartei erkennen, freilich nicht der westlich-bürgerlichen Art, sondern in einer adlig-akademischen Variante.

Besondere Aufmerksamkeit verlieh die SPN seit Beginn ihres Bestehens der Schaffung einer gesamtgalizischen, also den ostgalizischen Flügel miteinbeziehenden konservativen Partei. Die Krakauer Konservativen hatten zwar stets auf ebenso gesinnte Freunde im Ostteil des Kronlands zählen können, die auch ihre austrophile Grundhaltung teilten. Darüber hinaus konnte allerdings der Krakauer Konservatismus mit seiner personellen Dichte und seinen konsistenten politischen Ideen nie auf ein entsprechendes Milieu in der Landeshauptstadt zurückgreifen, die stets von Demokraten unterschiedlichster Art (nun zunehmend nationalistischer Färbung) beherrscht gewesen war und deren national radikalisierte Universität sich zunehmend entfernte von dem behäbigen Konservatismus der Jagiellonischen Universität. Immerhin schien ein Schritt in Richtung einer weiteren Konsolidierung auf institutioneller Ebene nach den Landtagswahlen von 1908 zu gelingen, als in Reaktion auf den Vormarsch der Oppositionsparteien eine geeinte Fraktion der „Landtags-Rechten“ (*Prawica Sejmowa*) mit erweiterten Befugnissen geschaffen wurde.⁷⁶⁾

Dann aber, gleichzeitig mit der Eröffnung des *Sejm* im Herbst 1908, rückte die Frage der Landtagswahlreform und des politischen Ausgleichs mit den Ruthenen in den Vordergrund der Landespolitik und damit ein Thema, das in den Kern der konservativ-konservativen West-Ost-Spaltung Galiziens traf, nämlich die unterschiedliche Perspektive der ländlichen Eliten im „polnischen“ und im „ruthenischen“ Teil des Landes. Treibende Kraft in den Bemühungen, die nationale Konfrontation durch eine Konzessionspolitik zu entschärfen, wurde ausgerechnet eine Figur, die zum Führungskreis der SPN gehörte: der im Jahre 1908 neu ernannte galizische Statthalter Michał Bobrzyński. Dessen Konzept war es, einerseits getreu der Prinzipien des aufgeklärten Konservatismus der SPN das Kronland im Innern zu stabilisieren und damit auch dem österreichischen Staat insgesamt zu dienen. Nur eine Konzessionspolitik gegenüber den Ruthenen war im Stande, deren (links-)radikale Elemente, die auch für das Attentat am galizischen Statthalter Andrzej Potocki im April 1908 verantwortlich gemacht wurden, zu isolieren und zu schwächen. Zum anderen ging es darum, vor dem Hintergrund der neuen österreichisch-russischen Spannungen (Annexionskrise) und des wachsenden Zuspruchs slawophiler Gesinnungsgruppen der Gefahr einer weitergehenden Einflussnahme Russlands zu begegnen, welches sich im ruthenischen Parteiengefüge auf die neuerdings ebenfalls radikalisierten Russophilen stützen konnte. Diesem durchwegs rationalen politischen Konzept stand die bedingungslos auf ge-

⁷⁶⁾ Czas 17. 9. 1908 (213), S. 1. Zu diesem Zeitpunkt bestand neben der Rechten mit 70 Mitgliedern der Klub der Linken (Demokraten), der Volkspartei (*Ludowcy*) sowie zwei Klubs der Ruthenen.

sellschaftliche Selbsterhaltung bedachte Perspektive der ostgalizischen Konservativen gegenüber. Diese, die Podolaken, besaßen zwar nach wie vor keine parteiähnliche Organisation, verfügten aber doch inzwischen über ein Presseorgan, die ehemals demokratische *Gazeta Narodowa*, und hatten insofern ebenfalls einen gewissen Modernisierungsschritt unternommen und ihre Schlagkraft im politisch-ideologischen Wettstreit um die öffentliche Meinung verstärkt.⁷⁷⁾

Im Herbst 1908 kam es im Zusammenhang mit der Wahl eines ruthenischen Landesausschussbeisitzers erstmals zu einer wegweisenden Konstellation, als die Krakauer Konservativen, die liberal-bürgerlich orientierten Demokraten und die Polnische Volkspartei im einen Sinne, ostgalizische Konservative und Nationaldemokraten im anderen Sinne stimmten. Wenig später brachen die weiter unten zu besprechenden, vorwiegend auf Fraktionsebene realisierten Bündnisse der „Demokratischen Union“ (zwischen Liberaldemokraten und Nationaldemokraten) und des klerikalen „Polnischen Volkszentrums“ auseinander. Zusammen mit der wachsenden Entfremdung zwischen den beiden konservativen Flügeln trugen diese Veränderungen dazu bei, dass sich jene erwähnte Konstellation vom Herbst 1908 sukzessive zu einem permanenten Dualismus zwischen dem sog. Statthalterblock (*blok namiestnikowski*) und dem ihm entgegengesetzten, nun durch klerikale Elemente ergänzten „Antiblock“ verfestigte. Ostgalizische Konservative warfen im Verein mit den Nationaldemokraten dem Westblock (*blok zachodni*) – wie er aus dieser Perspektive genannt wurde – vor, sich nicht in die gesellschaftliche Realität Ostgaliziens hineindenken zu können. Teile des ostgalizischen Gutsbesitzes begannen auch im Zuge der wachsenden internationalen Spannungen eine zunehmend freundliche Haltung gegenüber Russland einzunehmen, die dem traditionellen österreichloyalen und antirussischen Verständnis der westgalizischen Konservativen ebenfalls diametral zuwiderlief. Als daher anlässlich der dritten Vollversammlung der SPN im Jahre 1910 das Scheitern der Integration des galizischen konservativen Lagers auf den „mangelnden Anklang“ der Idee im Osten des Kronlands zurückgeführt wurde, war dies eine ausgesprochene Beschönigung eines weit fundamentaleren politisch-ideologischen Antagonismus.⁷⁸⁾

Die Reichsratswahlen von 1911 hatten zur Folge, dass sich die Fronten zwischen den beiden Blöcken weiter verhärteten. Innerhalb des ostgalizischen konservativen Lagers gaben sie einem weiter nach rechts tendierenden Flügel Auftrieb, der sich zur Fraktion des „Zentrum“ im Landtag zusammengefunden hatte und nunmehr unter starkem personellen Zuzug eine scharfe Oppositionspolitik gegen den Statthalter betrieb. Führende Figuren waren die Abgeordneten Włodzimierz Kozłowski und Jerzy Czartoryski. Einzuzurechnen ist auch der einflussreiche Tadeusz Cieński, der Vorsitzende der polnischen Wahlorganisation „Nationalrat“ (*Rada Narodowa*), die nun zu einem politischen Instrument des „Antiblocks“ wurde. Auch die *Gazeta Narodowa* wurde seit 1911 von diesem Flügel beherrscht.⁷⁹⁾ Gegen Ende des Folgejahres spitzte sich dann die Auseinandersetzung um die

⁷⁷⁾ Schon zu Beginn des Jahres 1909 sprach das Leitblatt der westgalizischen Konservativen, *Czas*, in aller Offenheit von „zwei Konservatismen“, einem reformfähigen (westgalizischen) und einem starr-reaktionären (ostgalizischen). *Czas* 5. 1. 1909 (3), S. 1.

⁷⁸⁾ Walne zgromadzenie 1910, S. 11.

⁷⁹⁾ Zu den Reichsratswahlen von 1911 und dem Wirken des Nationalrats vgl. ausführlich Abschnitt II. Während sich das „Zentrum“ außerhalb der Landtags-Rechten positionierte, agierte der gemäß-

Landtagsreform zu. Zunächst hatten die Konservativen beider Landeshälften insoweit an einem Strang gezogen, als sie alle Forderungen von links nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht abzuwehren vermochten. Stattdessen sollte nach dem Muster der Reichswahlreform von 1897 das Kuriensystem durch die Schaffung einer allgemeinen Kurie ergänzt werden. Als nun 1912/13 die Anzahl der Mandate für die Ruthenen im neuen Landtag zur Debatte stand, einigte man sich zunächst polnischerseits auf 26,4 %, entsprechend der Quote im Reichsrat. In dem Moment aber, als die Blockparteien im Februar 1913 den Ruthenen einen zusätzlichen Schritt entgegenkamen und zwei weitere Sitze konzedierte, war es im Mai desselben Jahres der galizische Episkopat, der dem Antiblock zu Hilfe kam und durch einen offenen Brief den von den Ruthenen mitgetragenen Kompromiss torpedierte. Mit dem darauffolgenden Rücktritt Bobrzyńskis verschwand die zentrale Figur des vorangegangenen Allianzsystems.

Die Abkanzlung der bisherigen Politik durch die Kirchenhierarchie, traditionell immerhin eine der wichtigsten ideellen Stützen der Krakauer Konservativen, verlangte nach Konsequenzen. Es wuchs der Druck in den Reihen der SPN, sich neu zu orientieren und mit den Nationalkonservativen und Klerikalen gegen die nun wieder entfesselten linken Kräfte, insbesondere in der Volkspartei, einen Ausgleich zu finden. Ein entsprechender Antrag im Leitungsgremium der SPN erhielt im Juni 1913 immerhin mehr als ein Drittel der Stimmen. Die Landtagswahlen von 1913, die gemeinsam mit der veränderten internationalen Lage die erhöhte Nervosität wesentlich mitverursacht hatten, endeten bereits mit einer empfindlichen Niederlage der ehemaligen Blockparteien. Zwar stellten die westgalizischen Konservativen auch den neuen Statthalter, Witold Korytowski, unter dessen Ägide es auch gelang, die Landtagswahlreform doch noch zu einem positiven Abschluss zu bringen. Der eigentliche ideelle Kern der SPN musste jedoch noch vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs einen schweren Schlag hinnehmen, als ihr Führer, Władysław L. Jaworski, infolge der Verwicklung in einen Geldtransfer zugunsten des PSL-Führers Stapiński (s. u.) zur Niederlegung seines Reichsratsmandats gezwungen wurde. Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs nahmen die (west)galizischen Konservativen in führender Stellung an dem alle polnischen Parteien vereinigenden Obersten Nationalkomitee (*Naczelny Komitet Narodowy*, NKN) teil, dessen programmatische Konzeption eines polnisch-habsburgischen Mitteleuropas in zentralen Belangen Jaworski zuzuschreiben war. Die militärische Niederlage der Mittelmächte besiegelte jedoch dann nicht nur das Schicksal des Habsburgerreichs, sondern auch dasjenige seiner loyalsten polnischen Mitstreiter, der (westgalizischen) Konservativen, die im neuen polnischen Staat keine politisch signifikante Rolle mehr spielen sollten.

b) Die Demokraten

Das Lager der Demokraten ging im Jahre 1889 mit dem bereits kurz erwähnten Lemberger „Städtetag“ (*wiec miast i miasteczek*) in die Offensive. Eine Versammlung von Städ-

Bigte Flügel der Podolaken unter dem greisen Dawid Abrahamowicz, die sog. „Autonomisten“ (*autonomiści*), noch im Rahmen jener 1908 zusammengeführten konservativen Fraktion. Vgl. die Zusammensetzung des Landtags zu Beginn des Jahres 1912 in: *Ślowo Polskie* 11. 1. 1912, (17), S. 3. Das Zentrum umfasste zu diesem Zeitpunkt 15 Abgeordnete, die Autonomisten 25.

tevertretern mit politischen Zielen hatte bereits im Frühjahr 1885 und im Herbst 1888 in der Landeshauptstadt stattgefunden. Die erstgenannte Veranstaltung war weitgehend ein Produkt des Wahlkampfes gewesen, während es sich die breiter angelegte Manifestation von 1888 zum Ziel gesetzt hatte, die Öffentlichkeit mittels Diskussionen und Berichten über die politischen und wirtschaftlichen Probleme und Interessen der Städte aufzuklären. In beiden Fällen war das Lemberger demokratische Milieu die treibende Kraft gewesen, dessen Machtzentren nach wie vor im Gemeinderat und in den wichtigsten Zeitungsmedien der Stadt lagen. Das führende Organ der Demokraten auf der Ebene der Landespolitik war aber inzwischen die Krakauer *Nowa Reforma* geworden, deren Chefredakteur Tadeusz Romanowicz just in jenem Jahre 1889 nach Lemberg zurückkehrte, um gleich als erstes unter kräftiger Mithilfe jener Zeitung eine Hauptrolle bei der Inszenierung des Städtetags zu spielen. Unter den Einladenden befanden sich auch die Redakteure zweier Lemberger Blätter (*Kurjer Lwowski* und *Dziennik Polski*), eine Reihe von Abgeordneten, Bürgermeistern und Gemeinderäten von Krakau und Lemberg wie auch der Präsident der Krakauer Handels- und Gewerbekammer. Man zählte etwa 80 Anwesende, vor allem Bürgermeister sowie offizielle „Delegierte“, welche einen Großteil der galizischen Provinzstädte vertraten. Der Städtetag von 1889 kann demnach als die erste gesamtgalizische politische Manifestation des demokratischen Lagers bezeichnet werden, die nicht nur die traditionelle Kluft zwischen den beiden „Metropolen“ überwand, sondern auch das Milieu der mittelgroßen Provinzstädte in ein politisches Unterfangen einband. Bemerkenswert erscheint die Tatsache, dass nicht wie bisher üblich eine Schicht (etwa Intelligenz oder Wirtschaftsbürgertum) als ideeller Träger eines demokratischen Konzepts erschien, sondern die Stadt als „inklusive“ politische Körperschaft. In der imaginierten Stadt, in ihrer Rolle als Vorreiterin des gesellschaftlichen Fortschritts sollten sich die sozialen Gegensätze aufheben und die Nation der Zukunft geprägt werden.⁸⁰⁾

Der Städtetag war – und dies stellte wiederum keine Besonderheit dar – an einem Wahlgang orientiert, den Landtagswahlen vom Juli 1889. Die Resolution, welche den Delegierten zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wurde, bestand demnach aus zwei Teilen: einem politischen Programm und einer Wahlorganisation mitsamt Wahlstrategie. Beide Teile hingen insofern zusammen, als sich jeder Kandidat, der auf die Unterstützung des prospektiven Wahlkomitees hoffte, auf jenes Programm zu verpflichten hatte. Darüber hinaus ist das Programm des Städtetags jedoch ein Zeitdokument von Bedeutung, da es auf einer bisher nicht erreichten gesellschaftlichen Breite die politischen Grundpositionen des demokratischen Lagers umschrieb. Die zwölf Punkte, von denen zwei durch die Versammlung modifiziert wurden, berührten ein breites Spektrum von liberalen, demokratischen, sozialen und nationalen Postulaten. Liberal waren die Forderungen nach Abbau und Effizienzsteigerung der Verwaltung und nach Stärkung der Gemeinden, aber auch die Unterstützung der „gerechtfertigten Anliegen der Ruthenen“. Von demokratischer Gesinnung

⁸⁰⁾ Der Aufruf in *Nowa Reforma* 26. 4. 1889 (96), S. 2. Zur Geschichte der galizischen Demokraten in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg mit Schwergewicht auf dem Ideengeschichtlichen siehe: Maciej Janowski, *Inteligencja wobec wyzwań nowoczesności. Dylematy ideowe polskiej demokracji liberalnej w Galicji w latach 1889–1914* [Die Intelligenz gegenüber den Herausforderungen der Moderne. Ideelle Dilemmata der polnischen Liberaldemokraten in Galizien in den Jahren 1889–1914], Warszawa 1996.

zeugte die Forderung nach Aufhebung der Kurien und Stärkung der Städtevertretungen sowie allgemein das Eintreten zugunsten einer Politik für das Volk. In eine sozialpolitische Richtung wies die Aufforderung an die Gesetzgeber, die öffentlichen Lasten gerechter nach den Möglichkeiten jedes einzelnen zu verteilen und die Grundlagen für eine Sozialversicherung zu schaffen. National inspiriert waren zweifellos die Berufung auf die Resolution von 1868, die Proklamation einer unabhängigen Haltung gegenüber der Regierung sowie die Forderung nach Durchsetzung der polnischen Sprache in denjenigen Ämtern, wo noch das Deutsche verwendet wurde. Manche Punkte waren sicherlich der tradierten Phraseologie zuzuordnen und ließen daher auch innere Widersprüche erkennen, wie die Forderung nach konsequenter Polonisierung der Verwaltung bei gleichzeitiger Anerkennung der gerechtfertigten Forderungen der Ruthenen auf sprachlichem Gebiet. Andere Punkte wie die sozialpolitischen Postulate und die Wahlreform wiesen hingegen durchaus in eine neue Richtung.⁸¹⁾

Die Demokraten sahen im Städtetag von 1889 ein historisches Ereignis, auf welches sie sich später in diversen Konstruktionen ihrer eigenen Geschichte immer wieder berufen sollten. Tatsächlich markiert er den entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung der Demokraten von einer im virtuell-diskursiven Raum anzusiedelnden Gruppe zu einer politischen Organisation. Mehr noch als die an sich schon bemerkenswerte Tatsache des physischen Zusammenkommens politisch Gleichgesinnter aus allen Teilen Galiziens wirkten die Beschlüsse des 28. April 1889 anspornend für die Herausbildung eines in sich konsistenten politischen Lagers. Fassbar wurde dies zunächst einmal im Landtag, wo die Demokraten nun eine eigene, festgefügte Fraktion bildeten, den „Klub der *Sejm*-Linken“ (*Klub Lewicy Sejmowej*) unter der Obmannschaft des ehemaligen Krakauer Bürgermeisters Ferdynand Weigel. Diese Fraktion war es auch, die knapp zwei Jahre später ein zweites einheitsstiftendes Manifest veröffentlichte, den Wahlaufuf zu den Reichsratswahlen von 1891.⁸²⁾ Eine Konstituierung als eigene parlamentarische Gruppe im Wiener Parlament kam nicht in Frage, weil das solidarische Auftreten vis-à-vis der anderen nationalen Vertreter und der Regierung auch von den Demokraten als politische Maxime aufrecht erhalten wurde. Unrealisiert blieb allerdings auch ein Hauptziel des Städtetags, nämlich die Verankerung einer dauerhaften Organisation außerhalb des Landtags. Die zu diesem Zweck initiierte Gründung eines politischen Vereins mit eigenem Statut konnte nie umgesetzt werden. Die Abstützung auf einem landesweiten Vereinswesen blieb einer späteren Phase vorbehalten.

Die Bemühungen des demokratischen Lagers um Konsolidierung und Organisation in einer Zeit des gesellschaftlichen und politischen Umbruchs konnten nicht verhindern, dass die nun anbrechenden 1890er-Jahre zunächst einmal in die entgegengesetzte Richtung wiesen, nämlich in die Richtung von Zerfall und Zersplitterung. Ein Teil der radikaleren Elemente des Lemberger Milieus schuf im Jahre 1894 den „Polnischen Demokratischen Verein“ (*Towarzystwo Demokratyczne Polskie*, TDP), die Keimzelle der ein Jahr später gegründeten Volkspartei (*Stronnictwo Ludowe*, SL, s. u.), ein anderer Teil verhalf den noch

⁸¹⁾ Zur Wahlorganisation siehe Abschnitt II. Die Resolution des Städtetags wörtlich in *Nowa Reforma* 30. 4. 1889 (99), S. 1. Abänderungsanträge ebd. 2. 5. 1889 (101), S. 1. Siehe auch Feldman, *Stronnictwa* II, S. 30 f.

⁸²⁾ Siehe *Nowa Reforma* 27. 1. 1891 (21), S. 1 sowie die erhellende Interpretation von Programm und Organisation als Instrumente politischer Modernisierung ebd. 6. 2. 1891 (29), S. 1.

außerhalb des Landtags agierenden Sozialdemokraten zu eigenen Parteiorganisationen (s. u.). Dadurch verlor das alte Lemberger demokratische Milieu seine linksliberale Hälfte, zumal der in die Hauptstadt zurückgekehrte Romanowicz im Jahre 1890 zum Mitglied des Landesausschusses ernannt wurde und deswegen (wie er selbst in einer Wählerversammlung bekannte) nicht mehr wie bisher „den Säbel der Opposition schwingen“ konnte.⁸³⁾ So wurde nun, in den 1890er-Jahren, in Umkehrung der bisherigen Rollenverteilung, Krakau zum Zentrum der Linksdemokraten. Programmatischer Kristallisationspunkt war die Tageszeitung *Nowa Reforma*, zentrale Figur der Landtagsabgeordnete Jan Rotter. Die Gründung der SL stimulierte die Krakauer Liberal-Progressiven, die bei den Reichsratswahlen von 1897 mit einem Programm der sozialen und politischen Reform und einer Sympathieerklärung für die 1895 gegründete Volkspartei an die Öffentlichkeit trat. Sie tat dies unter dem Namen „Demokratische Partei“ (*Stronnictwo Demokratyczne*), ohne allerdings Parteikriterien (also vor allem eine feste Struktur und Organisation) aufweisen zu können.⁸⁴⁾

Zur Schaffung einer modernen Partei auf Programmbasis, welche sowohl über die lokale Beschränkung örtlicher Milieus als auch über die Konstitution einer Landtagsfraktion hinausgereicht hätte, wäre eine einheitliche Standortbestimmung hinsichtlich der großen Themen der Zeit – soziale Frage, Demokratisierung und Massenbewegung – eine notwendige Voraussetzung gewesen. Spätestens seit 1896 wurde auch für die Demokraten die Wahlrechtsreform zum zentralen internen Problem. Diese Thematik übernahm damit eine ähnliche Leitfunktion im politischen Diskurs wie dies für die staatspolitische Kontroverse in den 1860er- oder die Frage der Verwaltungsreform in den 1880er-Jahren gegolten hatte. Ein Teil der Demokraten blieb der alten Forderung nach einer Erhöhung der Städtemandate im Landtag verhaftet, während der progressivere Krakauer Flügel zusätzlich eine allgemeine Wahlkurie nach dem Muster der Reichsratswahlordnung von 1896 oder gar die Abschaffung der Kurien befürwortete. Genau entlang dieser Linie spaltete sich im Jahre 1898, nach zwei entsprechenden Wahlreformerträgen im *Sejm*, der demokratische Landtagsklub. Der rechte Flügel, die „Sezession“ (*secesja*), formierte am Ende dieses Jahres ihre eigene Fraktion, den „Klub des Linken Zentrums“ (*Klub Lewego Centrum*), der sich gleichzeitig der übergeordneten „Konservativen Union“ annäherte.⁸⁵⁾ Der verbliebene „Demokratische polnische Klub“ (*Klub demokratyczny polski*), zahlenmäßig deutlich geschwächt, suchte sich demgegenüber noch stärker an die linken Kräfte im Lande anzulehnen und intensivierte die Zusammenarbeit mit der Fraktion der Volkspartei (*Klub ludowców*). Erst jene durch die Abspaltung des rechten Flügels geschaffene ideologische Klärung schuf im Verein mit der Welle von Parteigründungen in den späten 1890er-Jahren und einem erneut wirksamen Impetus eines anstehenden Wahlaktes (der Reichsratswahlen von 1900/1901) die Voraussetzung für die Proklamierung der ersten parteiähnlichen Organisation der galizischen Demokraten.

Diese „Polnische Demokratische Partei“ (*Polskie Stronnictwo Demokratyczne*, PSD⁸⁶⁾) wurde offiziell in einer Versammlung in Lemberg im August 1900 ausgerufen, an der ne-

⁸³⁾ Kurjer Rzeszowski 14. 3. 1897 (11), S. 1 f.

⁸⁴⁾ *Nowa Reforma* 4. 3. 1897 (51), S. 1.

⁸⁵⁾ *Nowa Reforma* 30. 12. 1898; Trzeciński, O stronnictwach.

⁸⁶⁾ Zunächst verwendete man, auch in den offiziellen Verlautbarungen, zumeist die Bezeichnung *Stronnictwo Demokratyczne Polskie*, SDP. Erst mit der Neukonstituierung im Jahre 1907 wurde die

ben Abgeordneten einflussreiche Vertrauensmänner, lokale Funktionsträger und Journalisten, teilnahmen, insgesamt etwa 80 Personen. Das hierbei beschlossene und in der Folge in Hunderten von Exemplaren verteilte „Programm“⁸⁷⁾ war keineswegs eine konzise politische Absichtserklärung, sondern viel eher ein ausschweifender politischer Traktat in der besten Tradition galizischer Essayistik. In einem ersten Teil musste die explizit benannte politische Zeitenwende, in den die Verfasser das Dokument an zentraler Stelle eingebettet sehen wollten, verdeutlicht werden anhand eines in vier Schritten schematisierten Narrativs: Desolater Lage der politischen und sozialökonomischen Gegenwart – Zuweisung der Verantwortlichkeit an die bisher herrschende „konservative Partei“ – Erwachen der bäuerlichen und städtischen Massen zu politischer Reife und nationalem Geist – schließlich die Lösung: Konsolidierung aller demokratischen Kräfte als antikonservative „Demokratische Union“. Dem folgte das eigentliche politische Programm. Neben den altbekannten Punkten Autonomie, Bildungspolitik und Gemeindereform lag das größte Gewicht (etwa zwei Drittel des programmatischen Teils) auf der Wirtschafts- und Sozialpolitik: integrale Wirtschaftsförderung (inkl. Großindustrie) und gleichzeitig aktive Sozialpolitik zum Schutz der Schwachen vor einem „falschen ökonomischen Liberalismus“. Im Weiteren wurde explizit auf nationale Toleranz gegenüber den Ruthenen Wert gelegt und die Schädlichkeit des konfessionellen Zwistes konstatiert. In der Wahlrechtsfrage bestätigte man die zwei Jahre zuvor im Landtag aufgestellte Forderung nach einer allgemeinen Wahlkurie für den *Sejm*, faktisch also den Nachvollzug des Reichsratswahlrechts, während man im übrigen in nationalpolitischer Beziehung abgesehen von der Erwähnung der „nationalen Pflichten“ (*narodowe obowiązki*) gegenüber der Bukowina und Österreichisch-Schlesiens streng im Rahmen einer galizischen Optik blieb. Der dritte Teil des „Programms“ verkündete schließlich eine neue politische Taktik, die sich aus den Grundsätzen des ersten und dem programmatischen Selbstverständnis des zweiten Teils ergeben sollte: einerseits Bruch mit dem Zentralwahlkomitee und gegebenenfalls Schaffung eines „demokratischen“ Wahlkomitees; andererseits zwar Bekenntnis zum Wiener Polenklub, aber unter Forderung einer grundlegenden Veränderung von dessen innerer Verfasstheit nach Muster des föderalistisch strukturierten Polenklubs im Landtag.

Die Schöpfer des Programms von 1900 wollten dieses als zweiten Markstein (nach 1889) in der Geschichte der galizischen Demokraten verstanden wissen. Dieser Anspruch wurde untermauert mit einer entsprechend opulent vorgetragenen politischen Vision: Die alte Idee der *Demokracja Polska* solle gerade jetzt, in Zeiten der politischen Segmentierung, verwirklicht werden in der Form eines demokratischen Bündnisses zwischen Stadt, ländlichem Volk (*lud*) und „werktätiger Masse“ (*masa pracująca*) gegen Oligarchie, Egoismus und politischer Reaktion und mit den höchsten moralischen Gütern vor Augen: „denn in unserem Lager das Land, die Nation, die Heimat“. Wenn nun ein größerer Sturm in der galizischen politischen Arena ausbrach, so lag dies weder an den rhetorischen Ausflügen zur Sozialdemokratie oder zu Grillparzer (dessen Gebrauch des Wortes „Lager“ natürlich missverstanden oder uminterpretiert wurde) noch an dem Programm, welches doch nur

umgekehrte Wortfolge üblich. Da es sich jedoch um ein und dieselbe politische Richtung handelte, wird hier schon für 1900 ff. der Name PSD verwendet.

⁸⁷⁾ Program Polskiego Stronnictwa Demokratycznego, Lwów 1900. Auszugsweise auch in Feldman, Stronnictwa, 2. Bd., S. 40–43.

bedingt (man denke an die Wahlrechtsfrage) dem Leitslogan des Texts – „nach links!“ (*na lewo*) – entsprach, sondern an den konkreten Konsequenzen, die man von einer effektiven geeinten Opposition zu befürchten hatte. In den nun folgenden rhetorischen Gefechten war selbstverständlich auch der konservative Gegner darum bemüht, mit der nationalen Parole auf dem Banner ins Feld zu ziehen, ließ sich doch die angedrohte Aufkündigung der nominell auf nationaler Solidarität gründenden politischen Organe und die Eventualität einer Zusammenarbeit mit der „antinationalen“ Sozialdemokratie trefflich als doppelter nationaler Verrat brandmarken.

Die Folgen für die praktische Politik standen allerdings in keinem Verhältnis zur aufgeregten Stimmung. Die Allianz mit der Volkspartei blieb auf gemeinsame politische Auftritte und kurzfristige taktische Manöver beschränkt, während man gegenüber der Sozialdemokratie bald wieder Distanz markierte. Die Unterschiedlichkeit des Rekrutierungsmilieus und die programmatischen Differenzen, insbesondere wieder in der Wahlrechtsfrage, schlossen eine weitergehende Annäherung aus. Folgenlos blieb auch das bei der Gründungsversammlung des 24. August 1900 beschlossene Organisationsstatut, das (immerhin erstmals für die galizischen Demokraten) eine feste innere Struktur mit einem Parteiaussschuss vorgesehen hatte. Am folgenschwersten war der Zersetzungsprozess, den die Demokraten infolge des Programms von 1900 durchlitten. Die Mehrheit des Landtagsklubs distanzierte sich von dessen politischer Intention, insbesondere auch der zunächst am Prozess beteiligte starke Lemberger Flügel, der auch den dortigen Stadtrat beherrschte und den Bürgermeister (Godzimir Małachowski) stellte. Fortan gab es die Partei der „Konzentrierten Demokraten“ (*koncentraci*) und die Partei der „Sejm-Linken“ (*Stronnictwo Demokratyczne Lewicy Sejmowej*). Die Erstere konnte sich auf eine „Zeitungscoalition“ (*Nowa Reforma* in Krakau und *Słowo Polskie* in Lemberg) verlassen und wusste zwei populäre politische Figuren (Jan Rotter und Tadeusz Romanowicz) hinter sich, während sich die Letztere insbesondere auf das national gesinnte Lemberger Bürgertum stützte. Empfindliche Wahlniederlagen in den Jahren 1900 und 1901, die vor allem die „Konzentrierten“ heimsuchten, führten dann bereits im Jahre 1902 zu einem breiten Versöhnungsakt im *Sejm*, der freilich nur unter dem Preis einer vollständigen Aufgabe des von den „Konzentrierten“ angestrebten oppositionellen Kurses gelang: keine Infragestellung des Polenklubs (vorangegangen war allerdings eine milde Statutenreform), keine festen Bündnisse mit anderen Parteien und vor allem kein explizites Eintreten für eine allgemeine Wahlkurie, sondern nurmehr eine unverbindliche Erklärung zugunsten einer Ausdehnung des Kreises der Wahlberechtigten.⁸⁸⁾

Während in Lemberg das linksdemokratische Element durch den Verkauf von *Słowo Polskie* an die Nationaldemokraten weiter geschwächt wurde, widersetzte sich ein Teil der Krakauer einer solchen Rückkehr zur Politik des Kompromisses und der programmatischen Unverbindlichkeit. Unter Führung von Rotter, der jenem neuvereinigten Landtagsklub nicht beigetreten war, kam es zu einem neuerlichen Versuch, auf einer breiteren gesellschaftlichen Basis eine städtische Partei progressiv-oppositionellen Zuschnitts rechts von der Sozialdemokratie zu initiieren. Kristallisationskern wurde der bereits 1901 in Kra-

⁸⁸⁾ Bericht über den gemeinsamen Beschluss der demokratischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten vom Mai 1902 in *Nowa Reforma* 21. 5. 1902 (114), S. 2.

kau gegründete „Demokratische Verein“ (*Towarzystwo Demokratyczne*), dessen politischem Profil sich auch *Nowa Reforma* verpflichtet fühlte.⁸⁹⁾ Politisches Leitthema blieb die Wahlrechtsfrage. In dem Moment, als diese im Oktober 1905 durch die Diskussion im Reichsrat in eine neue Phase eintrat, entschloss sich der Landtagsklub nun doch, in Ergänzung zur altbekannten Forderung nach einer Erhöhung der Städtemandate für die Einführung der fünften Wahlkurie (allerdings unter Beibehaltung der indirekten Wahl in den Landwahlbezirken) einzutreten. Gleichzeitig ging der Krakauer „Demokratische Verein“ noch einen entscheidenden Schritt weiter und forderte das allgemeine und gleiche Wahlrecht für beide Vertretungskörperschaften. Für einen demokratisch gewählten Landtag sprach nicht allein ein „linkes“ Selbstverständnis, sondern mindestens in gleichem Maße eine nationalpolitische Überlegung: Ein nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht bestelltes Wiener Parlament würde unweigerlich die Bedeutung des Landtags schwächen und damit den auf Autonomisierung des Kronlands hinwirkenden Bestrebungen zuwiderlaufen. Nur die linken Demokraten um den „Demokratischen Verein“ konnten zu diesem Zeitpunkt also aufgrund ihrer Propagierung der „großen“ Wahlreform auch für den Landtag für sich in Anspruch nehmen, den altgedienten ideellen Konnex der Demokraten zwischen Volks- und Nationspostulat konsequent politisch zu Ende zu denken.

War der „Demokratische Verein“ also auf der Höhe der Zeit, so sah er sich auch in einer ausreichend starken politischen Position, um im Vorfeld der Reichsratswahlen von 1907 die Initiative zu ergreifen. Im Februar dieses Jahres erklärte er in Krakau (in den Lokalitäten von *Nowa Reforma*!) seine Organisation zum Kern einer neuerlich, nun allerdings auf breiterer Basis fundierten „Polnischen Demokratischen Partei“ (*Polskie Stronnictwo Demokratyczne*, PSD). Dieser formell durch eine Versammlung von Vertrauensmännern vollzogene Akt war erneut von der Proklamierung und Verabschiedung eines politischen Programms begleitet.⁹⁰⁾ Die Verfasser nahmen zwar Bezug auf das Programm der „Konzentration“ von 1900, sahen aber gleichzeitig die Notwendigkeit der Revision begründet in den zwei großen Veränderungen der vergangenen sieben Jahre: der Reichsratswahlreform und dem politischen Wandel in den anderen Teilungsgebieten, insbesondere natürlich im russischen. So bekam das dem Text vorangestellte höchste Ziel der „nationalen Wiedergeburt“ (*odrodzenie*) in seiner Formulierung von 1907 im Vergleich zu 1900 eine andere Note. Neu waren aber vor allem einzelne inhaltliche Punkte, zunächst das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auf allen politischen Ebenen, sodann die Forderung nach einer umfassenden Gleichberechtigung der Frauen (allerdings ohne explizite Erwähnung des Frauenstimmrechts) und einer Sozialversicherung gegen Alter, Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit, schließlich die Demokratisierung der Kreditinstitute, Verstaatlichung der öffentlichen Institutionen (Eisenbahnen) und die Verringerung der Militärlasten. Neu definiert war auch das Verhältnis zu den konkurrierenden Kräften. Nicht mehr der Gegensatz zu den Konservativen, deren Schwächung in den Wahlen voraussehbar war, stand im Zentrum der politischen Legitimation, sondern die doppelte Abgrenzung gegenüber den Konkurrenten der Zukunft, der Sozialdemokratie und der Ideologie des Klassenkampfes einerseits, der Nationaldemokratie und der Ideologie des „Chauvinismus“ (*szowinizm*) anderer-

⁸⁹⁾ Siehe: Statut Towarzystwa Demokratycznego, Kraków 1901.

⁹⁰⁾ *Nowa Reforma*, Beilage zu 27. 2. 1907 (96).

seits. Eine freundliche Haltung nahm man wieder gegenüber der Polnischen Volkspartei ein, mit welcher eine Wahlallianz geschlossen wurde, ohne dass man den ideologischen Überschwang des Jahres 1900 wiederholte.⁹¹⁾

Trotz ihres durch die Namensgebung unterstellten umfassenden politischen Anspruchs war auch die PSD des Jahres 1907 zunächst einmal eine Krakauer Organisation, geschaffen nicht zuletzt im Hinblick auf die Wahlen in der Stadt. Abwesend war hingegen die gesamte Lemberger demokratische Elite, die vorderhand keine entsprechende Organisation schuf. Aber auch in Krakau hatte sich ein Teil der etablierten Demokraten nicht mit dem aus dem „Demokratischen Verein“ herausgeschälten Profil der neuen Partei anfreunden können und stattdessen eine eigene, weiter rechts stehende „Bürgerpartei“ (*stronnictwo mieszczańskie*) ins Leben gerufen. Eine führende Rolle spielten dabei der Bürgermeister der Stadt, Juliusz Leo, und einer der größten und bekanntesten Fabrikanten Krakaus, Edmund Zielewski. Der von der Gründungsversammlung gewählte Parteivorstand der PSD versammelte seinerseits prominente Abgeordnete (Ignacy Petelenz, Adam Doboszyński u. a.) und einflussreiche Redakteure (u. a. der Chefredakteur von *Nowa Reforma*, Michał Konopiński), aber auch etwa den Bahnhofsvorsteher von Krakau. Insgesamt war ein starkes Übergewicht der Intelligenzberufe nicht zu verkennen, trugen doch zwei von drei Mitgliedern des Parteivorstands den Dokortitel.⁹²⁾ Dieser Vorstand sollte laut Parteistatuten mit zu gründenden Ortskomitees in Verbindung stehen, also eine zentrale Funktion beim Aufbau einer tatsächlichen Landesparteiorganisation spielen. Diese Idee wurde jedoch kaum in die Tat umgesetzt, und es war vielmehr der vom selben Personenkreis gebildete Demokratische Verein, der sich über die Wahlen hinaus als dauerhafte Institution in Krakau etablierte und in anderen Städten vornehmlich Westgaliziens Nachahmer fand.

Das große politische Desiderat der Demokraten nach 1907 blieb also die Schaffung einer in der territorialen Weite und gesellschaftlichen Tiefe verankerten Parteiorganisation. Weiterhin diffus blieb auch die programmatische Ausrichtung, zumal zwei der ideell prägenden Figuren der vergangenen Jahrzehnte, Tadeusz Romanowicz und Jan Rotter, kurz nacheinander (1904/1906) verstorben waren. Das vor allem fraktionstaktisch motivierte Bündnis mit den Nationaldemokraten („Demokratische Union“⁹³⁾) erschwerte zusätzlich die Schaffung einer gemeinsamen ideologischen Plattform, auf der man eine integrierte Parteiorganisation hätte aufbauen können, zumal das demokratisch–nationaldemokratische Nahverhältnis vor allem eine Sache des national besonders sensibilisierten Lemberger Milieus war. Trotz teilweise gemeinsamen Wurzeln und programmatischen Berührungspunkten beider Parteien gab es im politischen Stil und in Sachfragen gravierende Differenzen zwischen Nationaldemokraten und „adjektivlosen Demokraten“ (*demokraci bezprzymiotkowe*), wie es damals im galizischen politischen Jargon gängigerweise hieß. Ein zentraler Punkt war die seit Herbst 1908 neu aktualisierte Frage der Landtagswahlreform, bei der die Demokraten hauptsächlich mit Rücksicht auf ihre jüdischen Exponenten und Wähler die von den Nationaldemokraten propagierte Einführung eines nationalen Katasters ablehnten und an dessen Stelle „traditionelle“, nach sozialen Kriterien definierte Formen der Wahlrechtsabstufung vorschlugen.

⁹¹⁾ Siehe dazu auch Abschnitt II.

⁹²⁾ *Nowa Reforma* 25. 2. 1907 (92), S. 1.

⁹³⁾ Vgl. Näheres in Abschnitt III.

Es kann daher kaum überraschen, dass die Beendigung des demokratisch-nationaldemokratischen Experiments den Bemühungen der Demokraten um eine Konsolidierung ihres eigenen Lagers Auftrieb verlieh. Zunächst, noch im Januar 1909, betraute eine Versammlung der demokratischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten eine Kommission mit der Aufgabe, gemeinsam mit dem Haupttrat der PSD ein konsensträchtiges Programm auszuarbeiten.⁹⁴ Im Folgejahr kam es zur großen Parteikrise der Nationaldemokraten, welche den Demokraten zwei prominente Lemberger Exponenten zuführte (s. u.). Einer von ihnen, Roger Battaglia, initiierte die Gründung eines „Demokratischen Vereins“ in Lemberg nach Muster der bereits bestehenden Vereine in Krakau, Bochnia und Przemyśl. Weitere solche Vereine sollten bald folgen. Ihre Aufgabe war es, auch im Osten den notwendigen gesellschaftlichen Unterbau für eine Parteigründung zu schaffen.⁹⁵ Formell waren diese Vereine aufgrund der beschriebenen gesetzlichen Vorschriften unabhängig. Tatsächlich bildeten sie ein personell-ideelles Netz, ein Umstand, der nicht zuletzt dank der inzwischen großzügigeren Handhabung des § 33 Vereinsgesetz möglich war. Gleichzeitig nutzten die Demokraten die verbreiterte personelle Basis dazu, auf der Ebene der Vertretungskörperschaften die Strukturen zu vereinheitlichen. Noch im September 1910 beschloss eine Versammlung führender west- und ostgalizischer Demokraten die Einrichtung eines dauerhaften Parlamentarier-Ausschusses unter Beteiligung wichtiger externer Personen (im Speziellen wiederum von Redakteuren). Die neue Einigkeit wurde bei den Reichsratswahlen von 1911 getestet, als erstmals eine landesweit agierende Wahlorganisation auf Basis der bestehenden Partei- und Vereinsorganisationen sowie der parlamentarischen Elite der Demokraten zustande kam (s. u.).

Der nächste Schritt folgte bereits im März 1912 mit der Ausrufung einer landesweit konstituierten demokratischen Partei. Die Gründungsversammlung in Lemberg vereinigte 172 Personen, Vertreter der inzwischen auf sechs angewachsenen Demokratischen Vereine, eingeladene Vertrauensleute aus anderen Provinzstädten, Bürgermeister aus neun Städten sowie natürlich die politische Elite der Partei, die Parlamentarier. Die Versammlung übernahm von der Krakauer Partei nicht nur den Namen „Polnische Demokratische Partei“ (PSD)⁹⁶, sondern basierte auch ihr Programm weitgehend auf demjenigen von 1907. Zu diesem gehörte auch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum Landtag. Viel hatte allerdings dieser letzte Punkt gerade aus der Feder der Demokraten nicht zu bedeuten: Gerade sie hatten seit 1908 mit einer Doppelstrategie glänzt, die auf der einen Seite, gegenüber der Öffentlichkeit, die populäre, inzwischen zur Leerformel degenerierte integrale Demokratisierung des Wahlrechts gepriesen hatte, während gleichzeitig mit den anderen politischen Akteuren Kompromisse in Richtung eines Kurienwahlrechts eingegangen wurden. Vordergründig rechtfertigte man die inkonse-

⁹⁴) Nowa Reforma 11. 1. 1909 (14), S. 1.

⁹⁵) Nowa Reforma 23. 9. 1910 (434), S. 1 und 10. 10. 1910 (462), S. 1; Czas 23. 5. 1911 (233), S. 1. Siehe auch die Registrierungsakten in CDIAL, Fond 146, Opis 58, Spr. 396–401.

⁹⁶) Program Polskiego Stronnictwa Demokratycznego uchwalony we Lwowie dnia 25. marca 1912 na krajowym zjeździe delegatów i mężów zaufania Stronnictwa [Programm der Polnischen Demokratischen Partei beschlossen in Lemberg am 25. 3. 1912 auf der Landesversammlung der Delegierten und der Vertrauensmänner der Partei], Lwów o. J. (1912). Abgedruckt auch in: Nowa Reforma 26. 3. 1912 (139), S. 1.

quente Haltung mit dem Argument, man könne eine „radikale“ Lösung gegenüber der konservativen Mehrheit im *Sejm* nicht durchsetzen; tatsächlich handelte es sich jedoch um ein probates Mittel, die eigenen heterogenen Ansichten und Prioritäten (Erhaltung der eigenen Mandatsstärke, Bewahrung des „nationalen Besitzstands“ in Ostgalizien) mittels einer Externalisierung der Problemursache zulasten der Konservativen zu überspielen.

Zu den Aufgaben der Gründungsversammlung von 1912 gehörte auch die Verabschiedung eines Organisationsstatuts, das die neue Partei auf eine dauerhafte Grundlage stellen sollte. Man ging von den inzwischen gegründeten politischen Vereinsorganisationen aus, die, soweit mehrere an einem Ort vorhanden, gebündelt werden sollten und der jährlich abzuhaltenden „Landesvertrauensmännerversammlung“ (*Krajowy zjazd mężów zaufania*) ihre Delegierten zu schicken hatten. Diese Versammlung hatte einen 25 Mitglieder umfassenden „Hauptrat“ (*Rada Naczelna*) zu wählen sowie für zwei Jahre den Präsidenten und seinen Stellvertreter. Dem Hauptrat sollten außerdem automatisch die Abgeordneten angehören. Die Gründungsversammlung von 1912 wählte zunächst nur den Präsidenten (den Lemberger Advokaten und Landesausschussbeisitzer Władysław Jahl) sowie die drei Vizepräsidenten. Die durch das Statut vorgesehenen strukturellen Bedingungen für die Bestellung des Hauptrats waren noch nicht gegeben, so dass hierfür bis zur Einberufung der nächsten Vollversammlung das Kooptationsprinzip zur Erreichung der Mitgliederzahl von 25 vorgesehen wurde. Diese Folgeversammlung fand erst im Juni 1914 statt, unter Beteiligung von 95 Personen. Das Schwergewicht hatte sich nun wieder nach Lemberg zurückverlagert, welches nicht weniger als 20 Delegierte (gegenüber 3 aus Krakau) entsandte. Neben den beiden „Metropolen“ waren die meisten größeren Provinzstädte aus beiden Teilen Galiziens vertreten, nicht aber kleinere Städte. Das Rekrutierungsmilieu hatte sich also nicht auf die „Landstädte“ ausgebreitet, die ländliche Bevölkerung blieb der PSD trotz aller Volksrhetorik bis zum Schluss verschlossen.

Die verschiedenen Elemente der „Erblast“ der Demokraten – der Widerspruch zwischen Programmatik und Praxis, die Präponderanz der Parlamentarier und die schwache Verankerung in der Gesellschaft – ließen bereits im Vorfeld der Lemberger Gemeinderatswahlen eine zunächst kleine, aber gut organisierte und schnell wachsende Alternative entstehen, die sich personell teilweise aus dem linksdemokratischen Milieu der 1890er Jahre (Adam Lisiewicz, Mitbegründer des TDP) nährte, vor allem aber Zulauf von der linken Jugend in der Landeshauptstadt bekam: die „Polnische Fortschrittspartei“ (*Polskie Stronnictwo Postepowe*, PSP). Eng mit der paramilitärischen Schützenbewegung verbunden, war diese Partei bereits im Jahr nach ihrer Gründung in 20 Städten organisiert, besaß zwei Abgeordnete im Reichsrat sowie ein Presseorgan (*Wiek nowy*: Neues Zeitalter). Ihr Programm umfasste die vollständige Demokratisierung des Wahlrechts, eine kirchenkritische Komponente, weitergehende Zugeständnisse gegenüber den Ruthenen sowie eine Nähe zur Sozialdemokratie, um deren Integration in die polnische politische Gesellschaft sie sich bemühte.⁹⁷⁾ In den Reichsratswahlkampf von 1911 zog sie mit der Parole einer Wiederbele-

⁹⁷⁾ Siehe das Parteiprogramm in Michał Janik, *W służbie idei niedpodległości. Pamięci Hipolita Śliwińskiego* [Im Dienste der Unabhängigkeitsidee. Die Erinnerungen von Hipolit Sliwiński], Kraków 1934, S. 28. Das Organisationsstatut von 1913 bei Pawłowski, *Stronnictwa*, S. 138–144 sowie den Bericht über die Parteiversammlung vom März 1912 in *Nowa Reforma* 27. 3. 1912 (70), S. 1 und *Czas* 26. 3. 1912 (139), S. 1.

bung der polnisch – ruthenischen Union auf dem Boden des Volkes und Demokratie sowie der vollen Gleichberechtigung des jüdischen Volkes.⁹⁸⁾ Aufgrund des Engagements in der Schützenbewegung bestand im weiteren eine ausgeprägte Nähe zum Pilsudski-Lager. Gemeinsam mit diesem sowie anderen linken politischen Kräften Kongresspolens und Galiziens (namentlich der PPSD, s. u.) gründete die PSP Ende 1912 die „Provisorische Kommission der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien“ (*Tymczasowa Komisja Skonfederowanych Stronnictw Niepodległościowych*, TKSSN, ab 1913 KSSN), deren Ausschuss auch ihre beiden Parlamentarier angehörten. Erst das Aufgehen der KSSN in der NKN (s. o.), welche in den ersten Monaten unter der Präsidentschaft des Demokraten Juliusz Leo stand, führte die PSP zusammen mit der PSD in eine gemeinsame politische Organisation.

Besaß also die PSP eine kleine Spitze und eine große potenzielle Basis, so stützte sich die Stellung der Mehrheits-Demokraten um die PSD bis zum Ende auf ihre politische Funktionselite. Dazu gehörten in jenen Jahren der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses (Ludomil German), der Obmann des Polenklubs und Bürgermeister von Krakau (Juliusz Leo) und der Vizebürgermeister von Lemberg (Tadeusz Rutowski). Damit erreichten die Demokraten in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt sowohl hinsichtlich ihres formellen Organisationsgrads als auch ihrer Machtstellung in Galizien. Diese im österreichischen wie auch gesamteuropäischen Rahmen ungewöhnliche späte Blüte der „alt-liberalen“ galizischen Demokraten war einerseits auf den Niedergang des alten Rivalen, der Konservativen, und die temporäre Schwäche des neuen Rivalen, der Nationaldemokratie, zurückzuführen. Entscheidend war aber auch die Tatsache, dass die überlieferten Privilegienstrukturen teilweise fortexistierten und daher der Prozess des Verdrängens der traditionellen Eliten und ihrer politischen Ideen unvollständig blieb. Zu den erhaltenen Strukturen gehörten das Privilegienwahlrecht zum Landtag, der Einfluss der Administration auf die politischen Machtstrukturen (Statthalterblock gegen die Nationaldemokratie, s. o.), aber auch die gesellschaftlich begründete eingeschränkte Aktionsbasis der Sozialdemokratie. In dieser Nische von „Semimodernität“ konnten sich die Demokraten bis zum Ersten Weltkrieg gut behaupten. Dann allerdings erlosch ihr Stern, denn mit Ausnahme von einzelnen Exponenten des Wirtschaftsunternehmertums konnten die Demokraten weder individuell noch als Parteiorganisation in der Zweiten Polnischen Republik Fuß fassen.⁹⁹⁾

c) Die säkulare „Volksbewegung“ und die Polnische Volkspartei

Die *Demokracja Polska*, gedacht als eine der polnischen Tradition innewohnende Qualität, stand in unmittelbarer Nähe zu einem zweiten Begriff, der nicht weniger auf der Ebene der Imagination angesiedelt war und gerade deshalb höchste politische Wirkung entfaltete: *Lud*, das Volk (im Allgemeinen) oder die bäuerliche Masse (im Speziellen). Während im Vormärz und im Jahre 1848 jene politisch-idealistische Dimension eines der *Demokracja Polska* verwandten allgemeinen Volksbegriffs (*peuple*) von Bedeutung war,

⁹⁸⁾ Czas 17. 5. 1911 (222), S. 1.

⁹⁹⁾ Die letzte große Vertrauensmännerversammlung fand im Juni 1914, also unmittelbar vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs statt, bei der in einer Resolution nochmals die gemäßigte Position der Partei, ihre Abgrenzung gegen Radikalismen aller Art betont wurde. Siehe Nowa Reforma 15. 6. 1914 (227), S. 1.

wurde im Zuge der Liberalisierung und der ihr folgenden politischen Differenzierung der Volksbegriff zunehmend auf die bäuerliche Masse beschränkt. Dem zeitgenössischen Sprachverständnis gemäß bezog sich die Bezeichnung *Ruch ludowy* (Volksbewegung), eine seit den 1890er-Jahren zentrale Form der kollektiven Selbstzuschreibung, eindeutig auf eine Aktivierung der ländlichen Gesellschaft. Die allgemeine Dimension wurde dagegen immer exklusiver durch den Begriff *naród* (Nation) abgedeckt.

Konservative und Demokraten standen zunächst den Bedürfnissen des Bauerntums ebenso verständnislos gegenüber wie sie sich skeptisch zeigten gegenüber dessen historisch-politischer Rolle. Die *Jacquerie* von 1846, bei der sich die Bauern unter umstrittener Mitwirkung der österreichischen „Besetzer“ gegen den konnationalen Grundherrn erhoben hatten, saß der gesamten Elite in den Knochen. Priorität bei beiden Gruppierungen genoss daher die Erziehung des Bauern zum Patrioten mittels in „Volkszeitungen“ ausgebreiteten nationalen Legenden und im paternalistischen Erzählstil dargebrachter politischer Aufklärung im eigenen Sinne und Interesse. Das bäuerliche Volk diente der imaginierten Nation zwar positiv als visualisierbarer folkloristischer Zierat oder, vor allem den Demokraten, als Ornament in der politischen Rhetorik einer Volksnation, nicht aber als eigenständige, zu aktivierende politische Größe. Die Konservativen sahen die bäuerliche Gesellschaft vorwiegend durch die Optik des adligen Grundbesitzes, dessen Prosperität und Stabilität das Wohlergehen des ihm anvertrauten Volkes nach sich ziehen müsse. Die hiervon abgesetzte Hinwendung der Demokraten zu einer basisnäheren, der Vereinsidee verpflichteten Politik beschränkte sich ihrerseits weitgehend auf die städtische Gesellschaft, obwohl in der Theorie einer „Arbeit für und in der Nation“ die ländliche Gesellschaft durchaus inbegriffen gewesen wäre. Diese doppelte Vernachlässigung der bäuerlichen Gesellschaft, deren deutlichstes Zeichen die komplette Absenz bäuerlicher Abgeordneter im galizischen Landtag von 1876 bis 1889 war, ließ ein großes politisches Vakuum entstehen, das in dem Moment seine Sogkraft entfaltete, als die Gesellschaft insgesamt in Bewegung geriet und neue demokratische Ideen Einzug hielten.

Der eine Strang dieser politischen Volksbewegung der bäuerlichen Gesellschaft ist mit dem von der säkularen Intelligenz getragenen „Populismus“ verbunden, dessen Zentrum in den 1870er-Jahren bei den russischen *Narodniki* und dem *Narodničestvo* lag. Auf dieses Milieu geht denn auch das politische Denken und Wirken des Begründers des polnisch-galizischen Populismus zurück, Bolesław Wysłouch, der seine Studentenzeit in diesen Jahren in St. Petersburg verbracht hatte.¹⁰⁰⁾ Nach drei Jahren Gefängnishaft kam er gegen Ende 1884 nach Lemberg, wo er zwei Jahre später mit der Herausgabe eines theoretischen Organs, *Przegląd Społeczny* (Soziale Rundschau) begann, in dessen Seiten er das erste Programm des polnischen Populismus auf strikt ethnischer Grundlage veröffentlichte.¹⁰¹⁾ Auf

¹⁰⁰⁾ Peter Brock, Boleslaw Wyslouch, Pioneer of Polish Populism, in: Ders., Nationalism and populism in partitioned Poland. Selected Essays, London 1973, S. 181–211; Andrzej Kudlaszyk, *Mysł społeczno-polityczna Bolesława Wysloucha 1855–1937* [Das gesellschaftlich-politische Denken von Bolesław Wysłouch], Warszawa 1978.

¹⁰¹⁾ Bolesław Wysłouch, *Szkice programowe* [Programmatische Skizzen], in: *Przegląd Społeczny* 1886, Nr. 4, S. 251–253; abgedruckt in: *Materiały źródłowe do historii polskiego ruchu ludowego* [Quellenmaterialien zur Geschichte der polnischen Volksbewegung], Bd. 1: 1864–1918, hrsg. v. Krzysztof Dunin-Wąsowicz, Warszawa 1966, S. 52–56.

einer programmatischen Idee alleine war eine massengestützte politische Partei allerdings nicht zu gründen. Zwei weitere Voraussetzungen mussten erfüllt sein: eine breite Präsenz im Forum der anvisierten Öffentlichkeit durch ein entsprechendes Massenorgan und die Anbindung an die Landespolitik und ihre etablierten Machtträger. Die erste Voraussetzung wurde erfüllt durch die Gründung von *Przyjaciel Ludu* (Volksfreund) im Jahre 1889, das sich einer gezielten bäuerlichen Interessenpolitik verschrieb.¹⁰²⁾ Herausgeber und verantwortlicher Redakteur war Wyslouch, dem seit 1894 der nachmalige Führer der Volkspartei, Jan Stapiński, zur Seite stand.

Die zweite Voraussetzung ergab sich durch die Anbindung an eine seit Ende der 1880er Jahre in Gang gekommene Bewegung zugunsten einer politischen Vertretung der Bauernschaft in den Repräsentativorganen.¹⁰³⁾ Dieser Bewegung lagen einerseits „autochtone“, aus den Landgemeinden selbst hervorgehende Kräfte zugrunde (vgl. unter d), andererseits (hier maßgebend) Bestrebungen eines linken Flügels der Demokraten, die Umgestaltung von Politik und Gesellschaft im demokratischen Sinne konsequent und unter Einschluss der Bauernschaft voranzutreiben. Entscheidende Bedeutung sollte der linksdemokratischen Zeitung *Kurjer Lwowski* zukommen, aus deren Kreis im Mai 1894 unter Beteiligung der Wyslouch-Gruppe der „Polnische Demokratische Verein“ (*Towarzystwo Demokratyczne Polskie*, TDP) gegründet wurde. Dessen unter der dreifachen Losung der Französischen Revolution stehendes Programm reflektierte das der Tradition der städtischen Demokraten entnommene allgemeine freiheitlich-emanzipatorische Gedankengut, ohne dass hier der Bauernschaft die zentrale Rolle zugeschrieben wurde. Der Vereinspräsident Karol Lewakowski, Landtagsabgeordneter und bekannt als engagierter Aktivist der Demokraten, war als Advokat nicht der einzige Exponent aus der arrivierten städtischen Intelligenz, wie auch die gesamte Vereinsbasis dem Lemberger Intelligenzmilieu zuzurechnen war.¹⁰⁴⁾

Die mobilisierende Tätigkeit des TDP konzentrierte sich auf die ländliche und kleinstädtische Bevölkerung. In zunehmender Dichte wurden „Volksversammlungen“ (*wiece ludowe*) in Provinzorten durchgeführt, die unter der Leitung der wichtigsten Exponenten des TDP standen und bei denen unter Beteiligung von bis zu 2000 Menschen politische Postulate vornehmlich zugunsten der Landbevölkerung beschlossen und verkündet wurden. Die Intensivierung der politischen Präsenz und schließlich der Weg zur nominell deklarierten „Partei“ ergab sich, wie so oft, durch den Impuls anstehender Wahlen, hier zum Land-

¹⁰²⁾ Krzysztof Dunin-Wąsowicz, *Czasopismnictwo ludowe w Galicji* [Die Volkszeitung in Galizien], Wrocław 1952. Zum Programm von *Przyjaciel Ludu*. S. 114.

¹⁰³⁾ Zur Rückkehr der Bauern in die politischen Repräsentativkörperschaften siehe ausführlicher: Keely Stauter-Halsted, *The Nation in the Village. The genesis of peasant national identity in Austrian Poland 1848–1914*, Ithaca (NY) u. a. 2001, S. 216–242.

¹⁰⁴⁾ Statut Towarzystwa Demokratycznego Polskiego [Das Statut des Polnischen Demokratischen Vereins], Lwów 1894. Józef Kowal, *Towarzystwo Demokratyczne Polskie we Lwowie i jego rola w organizowaniu Stronnictwa Ludowego w Galicji* [Der Polnische Demokratische Verein in Lemberg und seine Rolle bei der Organisation der Volkspartei], in: *Studia z dziejów ruchu ludowego* [Studien zur Geschichte der Volksbewegung], Warszawa 1969, S. 47–58. CDIAL, Fond 146, Opis 58, Spr. 388. Bezeichnend nicht nur für das demokratisch-nationale Milieu, sondern für die politische Kultur insgesamt war es, dass eine nationale Manifestation, nämlich die Kościuszko-Feier von 1894, den Ansporn für die Gründung des TDP gegeben hatte. Ein Jahr nach seiner Gründung zählte der TDP ca. 100 Mitglieder.

tag im Jahre 1895.¹⁰⁵) Im Juli dieses Jahres wurde in Rzeszów aus dem Kern des TDP und unter Teilnahme von über 80 Personen aus 37 Wahlkreisen die sog. „Volkspartei“ (*Stronnictwo ludowe*, SL) gegründet. Dieser Wechsel der Selbstdefinition vom Verein zur Partei ging auf einen Beschluss des TDP von Ende Mai zurück, bei dem die Gründung eines selbständigen „Zentralwahlkomitees der Volkspartei“ (*Centralny komitet wyborczy stronnictwa ludowego*) beschlossen worden war. Ende Juli wurde dieser Beschluss bestätigt, das Wahlkomitee mit einem auf Bezirkskomitees gegründeten Organisationsstatut versehen, personell besetzt und in der Form eines Aufrufs an die Wähler programmatisch definiert.¹⁰⁶)

Das in 21 Punkten zusammengefasste Programm, auf das ein potentieller Kandidat inhaltlich zu verpflichten war, galt dem von der konservativen Vorherrschaft angeblich vernachlässigten Volk im Allgemeinen, dem „Schicksal der Millionen“ (*los milionów*). Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Wohlergehen der Gemeinde in allen ihren Facetten gewidmet, aber auch generellen ökonomischen Belangen unter besonderer Berücksichtigung der Protektion von Kleingewerbe und Handwerk gegen „betrügerische“ industrielle Unternehmungen, sowie auch der Kirchenreform und der Auswanderungspolitik. Das Programm war durchwegs gemäßigt und im Grundcharakter reformistisch ausgerichtet. Das zeigte sich nicht zuletzt an der Behandlung der Wahlreformfrage in der Gründungsversammlung. Während das Prinzip der direkten und geheimen Wahl als Mittel gegen den Wahlmissbrauch seitens des konservativen Apparats unumstritten war, führte die vorgeschlagene Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht zu einer längeren Kontroverse, aus der die unbestimmte Formulierung hervorging, man strebe eine „Verbreiterung des Wahlrechts im Geiste bürgerlicher Gleichheit“ an. Volksrhetorik war auch hier nicht gleichbedeutend mit dem Willen zur politischen Demokratisierung.¹⁰⁷)

Der Gründungsakt von 1895 war also zunächst ausschließlich auf die Landtagswahlen ausgerichtet, die neue Organisation ein Wahlkomitee und das Programm eine Sammlung von Anweisungen an prospektive Kandidaten. Die Wahlkampagne war auch tatsächlich von Erfolg gekrönt, zogen doch 9 Abgeordnete in den Landtag ein. Im Hinblick auf die Frage nach der typologischen Charakterisierung ist uns allerdings bereits vom vorigen Abschnitt her bekannt, dass man in der damaligen politischen Sprache eine solche Wahlorganisation gerne mit dem Etikett einer „Partei“ (*stronnictwo*) versah, ohne dass dies die Herausbildung einer Partei im Sinne einer dauerhaften Institution nach sich gezogen hätte. Ähnlich wie im Falle des Krakauer Demokratischen Vereins von 1903 und der aus seinem Kreis gegründeten Demokratischen Partei wäre möglicherweise auch hier der Verein die

¹⁰⁵) Zur Geschichte der Volkspartei siehe Krzysztof Dunin-Wąsowicz, *Dzieje Stronnictwa Ludowego w Galicji* [Geschichte der Volkspartei in Galizien], Warszawa 1956. Hier außerdem Stanisław Kowalczyk, *Ruch ludowy wobec wyborów do Sejmu w Galicji w 1895. Materiały i dokumenty* [Die Bauernbewegung gegenüber den Landtagswahlen in Galizien im Jahre 1895], in: *Roczniki Dziejów Ruchu Ludowego* 7 (1965), S. 280–318.

¹⁰⁶) Der programmatische Aufruf wie auch ein aus *Przyjaciel Ludu* übernommener Versammlungsbericht in: *Materiały źródłowe*, S. 61–73.

¹⁰⁷) Zur Entstehung der PSL neuerdings zusammenfassend: Maria Ewa Ożóg, *Powstanie stronnictwa ludowego* [Die Entstehung der Volkspartei], in: *Chłopi–naród–kultura*, Bd. 2: *Działalność polityczna ruchu ludowego* [Bauern–Nation–Kultur, Bd. 2: Die politische Tätigkeit der Bauernbewegung], hrg. von Stanisław Dąbrowski, Rzeszów 1996, S. 23–32.

Dauerorganisation geblieben und die „Partei“ erst wieder bei Wahlen, im Sinne einer neuerlichen begrifflichen Umprägung, aufgetaucht.

Dies trat jedoch nicht ein: Vielmehr übertrug der Lemberger Intelligenzverein, der TDP, seine Führungsriege, unter Einschluss seines Präsidenten (Lewakowski), Vizepräsidenten (Rewakowicz, Chefredakteur von *Kurjer Lwowski*) und Sekretärs (Stapiński) auf die Partei und löste sich auf. Im Namen der neu gegründeten Volkspartei, in deren Leitung nun immerhin zu über einem Drittel Bauern Einsitz nahmen, wurde in der Folge der Aufbau einer politisch und gesellschaftlich in den Orten und Bezirken verwurzelten Organisation vorangetrieben. Die Konzeption der Partei als eine Stadt und Land übergreifende Nationalpartei auf Volksbasis war zwar für die theoretische Legitimation – nicht zuletzt als Abwehr gegen den im galizischen politischen Diskurs omnipräsenten Vorwurf, „Kastenpartei“ zu sein – von Bedeutung, hatte aber für die praktische Ausrichtung keine Konsequenzen. Als man im Jahre 1900 in der „Demokratischen Konzentration“ (s. o) eine Allianz mit den städtischen Demokraten schloss, war dies nichts anderes als eine Bestätigung einer politischen Arbeitsteilung zwischen den beiden Gruppen, bei der die SL den Part der Bauernpartei zu spielen hatte.

Mit dem stetigen Ausbau einer im ländlich-kleinstädtischen Milieu verwurzelten Organisation wurden jedoch auch immer deutlicher die Bedingungen ersichtlich, unter denen eine polnische Bauernpartei aufzubauen war: Auf breiter Basis war dies nur in Westgalizien zu realisieren, nicht im mehrheitlich von ruthenischer Landbevölkerung bewohnten Ostteil des Kronlands. Eine Konsequenz dieser durch die politische Praxis bedingten Verlagerung vom ursprünglichen, demokratisch-intellektuellen Zentrum des TDP in Lemberg nach Westgalizien war die Übersiedlung des Parteiorgans *Przyjaciół Ludu* in die westgalizische „Metropole“ im Jahre 1903. Im Hintergrund stand nicht zuletzt die zu Beginn des Vorjahres erfolgte Übertragung der redaktionellen Leitung dieses Blatts von Wyslouch auf den ambitionierten politischen Praktiker Stapiński, der insbesondere nach dem Rückschlag bei den Landtagswahlen von 1901 (Erringung von nur zwei Mandaten) eine neue Dynamik zu entfalten suchte. Als eigentlicher institutioneller Neubeginn mit neuen inhaltlichen Schwerpunkten hat allerdings das im Februar 1903 von einer Sitzung des Hauptrats (*Rada Naczelna*) und der delegierten Vertrauensmänner beschlossene Parteiprogramm zu gelten, dessen Inhalt in wichtigen Punkten auf den Parteikongress in Tarnów vom Juli 1901 zurückging. Gleich zu Beginn des ersten von drei Abschnitten, welcher den „Grundsätzen und Zielen“ (*zasady i cele*) der Partei gewidmet war, wurde das Volk erneut integral gedeutet als eine alle Schichten, ländliche und städtische, umfassende Entität, die „sich mit physischer oder geistiger Arbeit beschäftigt und allein in der Arbeit Verdienst, Recht und Pflicht erkennt“. Aus dieser dem sozialistischen Gedankengut entlehnten „Werkstätigen-Ideologie“ folgte die Qualifizierung des Volks als „Kern der Nation“ (*rdzeń narodu*).¹⁰⁸⁾

Dieses Parteiprogramm von 1903, das nun im Gegensatz zu demjenigen von 1895 nicht mehr nur eine Wahlplattform, sondern ein voll gültiges und inhaltlich spezifiziertes politisches Manifest darstellte, war mit einer Namensänderung der Partei verbunden, die, schon zuvor in Verwendung, nun offiziell wurde: „Polnische Volkspartei“ (*Polskie Stronnictwo*

¹⁰⁸⁾ Program PSL uchwalony 27. 2. 1903 w Rzeszowie [Das am 27. 2. 1903 in Rzeszów beschlossene Programm der PSL], Lwów 1903. Abgedruckt in *Materiały źródłowe* (73–85) und *Pawłowski, Stronnictwa* (76–93).

Ludowe, PSL). In dieser Umbenennung kam eine Entwicklung zum Abschluss, an deren Anfang der übernationale Mitarbeiterkreis von *Kurjer Lwowski* und *Przegląd Społeczny* und der im Wesentlichen anationale, dem Emanzipationsgedanken verpflichtete Grundcharakter des Programms von 1895 gestanden hatte und der nun im Zuge der Veränderungen des gesamtpolitischen Klimas (im speziellen: die verstärkt antipolnische Politik Preußens), des allgemeinen parteipolitischen Differenzierungsprozesses (insbesondere der Sozialdemokratie) und auch der Hinwendung von der intelligenzgeprägten Theorie zur politischen Praxis in eine nationale Schiene geführt hatte.

Auch Sprache und Inhalt des Programms wiesen deutlich in die Richtung einer Nationalisierung. Es war vom Kampf um die Bedingungen nationaler Existenz die Rede, von der Nationalisierung der Bildung, von einer Bevorzugung von Landesprodukten, vom Schutz der nationalen Interessen außerhalb der galizischen und österreichischen Grenzen und von der sprachlichen Polonisierung der Verwaltung. Vor allem gehörte zu diesem Kanon aber die altbekannte Forderung nach einer verfassungsrechtlichen Autonomisierung Galiziens gemäß dem Föderalisierungskonzept Smolkas von 1868, die nun mit einer Angliederung des polnischen Teils Österreichisch-Schlesiens verbunden wurde. Bisher war die Kategorie des politischen Territoriums gegenüber dem Volksgedanken vernachlässigt worden. Nun wurde die Verselbständigung (*usamodzielnienie*) Galiziens sogar explizit als zweites großes Ziel neben die Emanzipation gestellt, eine gewaltige Zumutung für die dem Zentralstaat und der Dynastie traditionell wohlgesinnte ländliche Gesellschaft.¹⁰⁹⁾

Im Gegensatz zu den Demokraten, welche die angestrebte Sonderstellung in erster Linie mit der Wahrnehmung eines historischen Rechtes begründeten, wurde sie hier zumindest argumentativ als Mittel zum Zweck verstanden: Autonomie versprach ökonomischen Fortschritt dank der Aufhebung der Peripherisierung durch den Zentralstaat und gesellschaftlichen Fortschritt dank der Kraft der „polnisch-autochtonen“ Selbstemanzipation des Volkes. Mochte in beiden Punkten das Erbe der Demokraten mitschwingen – im ersten das Schlagwort vom „Elend Galiziens“, im zweiten die Konzeption der eingeborenen *Demokracja Polska* – neu war doch das Vertrauen in die politische Umsetzbarkeit, auf das emanzipatorische Potential des mehrheitlich bäuerlichen *Lud*, das dann zum Tragen kommen könne, wenn der Einfluss des Fremden (und damit auch der im Innern mit dem Fremden verbundenen Kräfte, sprich der *Stańczyken*) eliminiert würde.

Als derartige Erneuerer des Konzepts der galizischen Autonomie, das einer von den Ruthenen propagierten ethnischen Sichtweise (Teilung des Kronlands) diametral entgegengelief, hat ausgerechnet der Schöpfer der ethnischen Konzeption des Staates, Boleslaw Wyslouch, zu gelten. Dieser hatte bereits zwei Jahre zuvor, während des Parteikongresses von 1901, jenes Autonomiekonzept eingebracht und in einer langen, auch als Broschüre veröffentlichten Rede begründet.¹¹⁰⁾ Nicht nur aufgrund des Gleichheitspostulats, sondern auch um den Ruthenen und manchen bäuerlichen Skeptikern die Angst vor einer ungebändigten Dominanz durch die polnischen Eliten in einem autonomisierten Galizien zu

¹⁰⁹⁾ Vgl. dazu auch die Einschätzung Stapińskis aus dem Jahre 1906, in: *Listy Jana Stapińskiego z lat 1895–1926* [Briefe von Jan Stapiński aus den Jahren 1895–1926], hrg. von Janusz Albin und Józef R. Szaflik, Wrocław etc. 1977, S. 106.

¹¹⁰⁾ Die Rede Wyslouchs am Tarnówer Kongress findet sich in voller Länge in *Kurjer Lwowski*, 5.–7. 7. 1901 (184–186).

nehmen, hatte er schon damals explizit jene Forderung mit derjenigen nach der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht verknüpft, die gegebenenfalls durch nationale Kurien zu ergänzen sei. Jene dreiteilige Resolution vom Juni 1901 – galizische Verselbständigung, Angliederung des östlichen Schlesiens und demokratisches Wahlrecht – wurde nun wörtlich in das Parteiprogramm von 1903 inkorporiert. Damit war die PSL nach der Sozialdemokratie die zweite politische Kraft, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht offiziell in ihr Programm aufnahm – noch bevor der Reichsrat diesen Weg beschritt und das Problem der politischen Peripherisierung des Landtags gegenüber dem Zentralparlament aktuell wurde.¹¹¹⁾

Die in den Grundsätzen der Partei proklamierte nationale und religiöse Toleranz, die nach bewährtem Schema als Teil der ruhmreichen polnischen Vergangenheit gedeutet und daher ebenfalls gewissermaßen nationalisiert wurde, stieß dort an ihre Grenzen, wo sie mit den polnischen Interessen in Konflikt geriet und in Richtung Germanisierung (bei den nicht-polonisierten Juden) bzw. „Moskowsierung“ (bei den Russophilen) wies. Den Zionisten wünschte man die Realisierung ihres Traums, die Auswanderung nach Palästina. Zeigten diese Formulierungen einen plakativ-simplifizierenden Umgang mit der komplexen galizischen ethnisch-kulturellen Vielfalt, so wurde das dadurch aufgeweichte Toleranzprinzip auch noch durch einen anderen, in dieser Deutlichkeit neu von der Volkspartei aufgenommenen Gedanken potenziell relativiert: nämlich durch den allgegenwärtigen Topos von der „außergewöhnlichen Rolle der katholischen Religion für das Leben unserer Nation“. Damit verabschiedete man sich von einer rein politischen, also laizistischen Bestimmung nationaler Identität und degradierte die eben erst im Text willkommen geheißenen „jüdischen Polen“ wieder zu Patrioten zweiter Klasse, da sie eben nicht teilhaben konnten an jener „außergewöhnlichen Rolle“. Diese betont religionsfreundliche Note des Programms von 1903, die auch eine realpolitisch begründete Konzession an das Empfinden der anvisierten ländlichen Schichten darstellte, wurde freilich ergänzt durch eine explizite Kritik am Klerus, dem teilweise nationale Gleichgültigkeit und Parteinahme zugunsten der „Unterdrücker“ (*uciskający*) angelastet wurde.

Es war freilich nicht das Programm, welches in der Öffentlichkeit das größte Echo auslöste, sondern bestimmte Wortmeldungen von Abgeordneten der Partei, die in einem Beschluss kulminierten, der den eigentlichen politischen Nerv der Volkspartei nach der Jahrhundertwende berührte: das Verhältnis zum Polenklub des Reichsrats. Die Frage des Eintritts in den Polenklub ging weit über den Rahmen einer fraktionspolitischen Weichenstellung hinaus (als solche wird sie in Abschnitt III behandelt). Sie war für die PSL vielmehr eine Frage der politischen Identität. In der Opposition gegen die herrschende Privilegienordnung groß geworden und aus ihr die politische Legitimität ziehend, musste der Eintritt in den Polenklub den Stellenwert eines symbolischen Akts der Versöhnung mit dem Establishment bekommen. Solange sich aber die politischen und gesellschaftlichen

¹¹¹⁾ Siehe dazu die Interpretationen des Programms von 1903 bei Feldman, *Stronniactwa*, Bd. 2, S. 72–75 und Dunin-Wąsowicz, *Dzieje*, S. 150–153. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime (Männer-)Wahlrecht war bereits im Wahlaufuf von 1900 erstmals als Postulat der SL verkündet worden und wurde zu Beginn des Jahres 1906 zur Zeit der Verhandlungen um die Wahlreform von einer eigens einberufenen Parteiversammlung feierlich bekräftigt. Siehe Przyjaciół Ludu 21. 1. 1906 (3), S. 1–3.

Gegebenheiten nicht grundsätzlich gewandelt hatten, war ein solcher Schritt schwer zu rechtfertigen.

Aber auch das Agieren außerhalb des Polenklubs musste stets neu begründet werden im Hinblick auf den in der Öffentlichkeit kursierenden Vorwurf, dass man in „fremdem“ politischem Territorium (Wien) die nationale Solidarität verletze. Am Tarnówer Kongress von 1901 hatte man erstmals klar Stellung bezogen, die Bedingungen für einen Beitritt als nicht reif erklärt und gleichzeitig dem Kongress, dem höchsten Parteiorgan, die Entscheidungsgewalt in dieser Frage übertragen. Den offensichtlichen Versuchungen, zu denen nicht zuletzt Posten und Privilegien für die Abgeordneten im Rahmen des Polenklubs gehörten, waren die Parlamentarier der PSL nach der Jahrhundertwende ansatzweise erlegen und in Verhandlungen mit dem Polenklub eingetreten. Diese Schwäche beichteten sie nun – allen voran der Führer unter den eigentlichen Bauernabgeordneten der Partei, Jakub Bojko – vor dem Kongress von 1903 und gaben gleichzeitig ihre Läuterung, ihre Rückkehr zur Prinzipienpolitik, bekannt, worauf der Kongress ihnen die Absolution erteilte und das Abseitsstehen im Sinne des Beschlusses von 1901 bestätigte.

Die Frage des Beitritts zum Polenklub war auch das große Thema des folgenden Kongresses vom März 1908, der allerdings unter ganz anderen Bedingungen stattfand. Das wichtigste vorangehende Ereignis waren die nach dem neuen Wahlrecht durchgeführten Reichsratswahlen von 1907, welche infolge der Erringung von 16 PSL-Mandaten den Polenklub vor eine innerpolnische Opposition ganz neuen Ausmaßes stellten und gleichzeitig der PSL die Machtposition verschufen, ihr schon im Januar 1907 in einem Präsidiumsbeschluss formuliertes prinzipielles Bekenntnis zur Solidarität der polnischen Vertretung in Wien mit konkreten Forderungen zu untermauern. Die auf dieser Grundlage intensivierten Verhandlungen führten zunächst im Januar 1908 zu einem auf die Landtagswahlen gerichteten Wahlpakt mit den Konservativen, der mit einer Verpflichtung seitens der PSL verbunden war, dem Wiener Polenklub beizutreten. Zusätzlich gestärkt durch den tatsächlich eintretenden Wahlerfolg (19 Mandate), aber auch durch die neue antipolnische Offensive in Preußen (Enteignungsgesetz), die dem Argument der Solidarität neue Nahrung gab, gelang es der Parteileitung unter Stapiński mühelos, zwei Monate später den Kongress dazu zu bewegen, sein faktisches Veto hinsichtlich eines Beitritts zum Polenklub aufzugeben. Die offizielle Beitrittsfeier folgte nach einer Liberalisierung der Statuten des Klubs bereits im April dieses Jahres.¹¹²⁾

Der Beitritt zum Polenklub stellt tatsächlich einen Einschnitt in der Geschichte der PSL dar. Politiker, die später den Schritt zu rechtfertigen hatten, sprachen von einer „Zeit der Empörung“ (*okres burzenia*), der eine solche der Realpolitik folgte, während Kritiker – und dazu gehören auch viele ideologisch voreingenommene Historiker – zwischen einer Zeit der standfesten Interessenpolitik und der nachfolgenden Epoche des Opportunismus unterschieden.¹¹³⁾ Ein zentraler Teil der Realpolitik war die proklamierte Aussöhnung mit

¹¹²⁾ Zur Vorgeschichte und Abwicklung des Beitritts der PSL zum Polenklub siehe Dunin-Wąsowicz, *Dzieje*, S. 172–180.

¹¹³⁾ Vgl. etwa die Ausführungen von Michał Olszewski in *Przyjacieli Ludu* 10. 4. 1910 (15) mit dem Wortlaut des oppositionellen Antrags von Jan Dąbski während des Kongresses von 1910 in *Nowa Reforma* 14. 6. 1910 (265). Zu den erwähnten Historikern ist vor allem Krzysztof Dunin-Wąsowicz zu zählen (vgl. *Dzieje*, Abschnitt 11).

dem Klerus, die sogar zu den Vereinbarungen mit den Konservativen gehört hatte, und die sich unmittelbar in entsprechenden Landtagsreden, im vermehrten Einstreuen religiöser Floskeln im Parteiorgan sowie nicht zuletzt im Beitritt von Priestern aus den Reihen der Abgeordneten ausdrückte.¹¹⁴⁾ Eine zukunftssträchtige Partei mit Massenbasis musste auch für agrarische Eliten, vor allem aus dem Kreis der Erdölunternehmer attraktiv werden. Genannt sei hier nur Władysław Długosz, 1911–1913 Minister für Galizien. Die Versöhnung mit dem „System“ ebenso wie die veränderte Sozialstruktur der Parteieliten führten dazu, dass sich neue Wege der Institutionalisierung auftraten. Die (bereits 1899 gegründete) Parzellierungsbank und die Feuerversicherungsanstalt *Wisła* (1908) wurden zu mit der Partei affilierten Großunternehmen, während auf lokaler Ebene Raiffeisenkassen, Bauerngenossenschaften und Lesevereine ausgebaut wurden.

Jeder fundamentale Kurswechsel produziert zwangsläufig interne Unruhe und Opposition, insbesondere dann, wenn die betreffende Organisation derart von einer Person beherrscht wird, wie dies bei der PSL inzwischen der Fall war: Jan Stapiński hielt sämtliche Führungspositionen in seiner Hand: Reichsrats- und Landtagsfraktion, Chefredakteur und Eigentümer des Parteiorgans und Vorsitzender des Parteipräsidiums. Während auf der einen Seite ein regelrechter Kult um den Parteiführer entstand, sollte auf der anderen Seite fortan jede sachlich begründete Opposition gegen die politische Linie der Partei untrennbar verbunden sein mit persönlichen Aversionen gegen ihren zum Despoten erklärten Führer. Die Art und Weise, wie Stapiński in seinen Leitartikeln die Partei gegenüber der Leserschaft wie sein Eigentum darstellte und das Volk zum Gehorsam gegenüber seinen Anweisungen verpflichtete, kann dahingehend gedeutet werden, dass der Parteiführer die paternalistische Manier gegenüber dem erziehungsbedürftigen Landvolk von den Konservativen übernommen hatte, weist aber andererseits auch auf eine neue Qualität von politischer Organisation hin, deren Legitimation gegenüber den Massen sich eben auf bedingungslose Treue und Gehorsam zu stützen hatte. Darauf wird zurückzukommen sein.

Jene Opposition, die sich seit der zweiten Hälfte des Jahres 1908 innerparteilich zu regen begann, kannte auf sehr ausgeprägte Weise diese Dimension des personenkonzentrierten Antagonismus, wies aber auch ein inhaltliches Profil aus, nämlich die Infragestellung der neuen Politik des Kompromisses mit den Konservativen und der Regierungsgewalt. Und sie war sozial und lokal zuzuordnen: in jenem intellektuellen Lemberger Milieu, wo der Ursprung der Partei lokalisiert war und das nach der Jahrhundertwende seine Führung an die bäuerlichen „Praktiker“ unter Stapiński abgegeben hatte. Man nannte die Gruppe daher im Allgemeinen „Lemberger Fronde“ (*fronda lwowska*) oder „Fronde der Volksparteiler“ (*fronda ludowa*), während die Gruppe selbst sich als „Linke Volksparteiler“ (*lewica ludowa*) bezeichnete. Zu den bestimmenden Figuren gehörte denn auch der ideelle Begründer Bolesław Wysłouch, der in der Person von Jan Dąbski, Chefredakteur der 1907 gegründeten Wochenschrift *Gazeta Ludowa* (Volkszeitung) einen Weggefährten hatte. Geringer Zuspruch kam hingegen aus den Reihen der Abgeordneten, die ihren Aufstieg ja zu meist der Person und politischen Strategie Stapińskis verdankten. Das interne Ringen zeichnete sich ab, als die beiden genannten „Frondisten“ unmittelbar nach dem denkwür-

¹¹⁴⁾ Dunin-Wąsowicz, Dzieje, S. 177. Als wegweisend galt die Rede Stapińskis im Landtag im November 1908 dar, wiedergegeben in *Przyjaciół Ludu* 22. und 29. 11. 1908 (47 u. 48), jeweils S. 2–4.

digen Kongress ihre Wahl in den Ausschuss nicht annahmen. Im Dezember 1908 sah sich Stapiński dann genötigt, die Vertrauensfrage zu stellen und seine Präses-Funktion nochmals vom Haupttrat bestätigen zu lassen.¹¹⁵⁾

Zum vorläufigen Höhepunkt wurde der zwei Jahre später, im Juni 1910, einberufene Parteikongress in Tarnów, der dem Parteiführer ebenfalls dazu diente, seine Macht zu konsolidieren, die inzwischen wegen der Misserfolge bei der Landtagswahlreform, dem Zusammenbruch der Parzellierungsbank und verschiedenen anhängigen Prozessen angeschlagen war. Die oppositionelle Position der Fronde wurde in einem Antrag von Dąbski formuliert, in dem faktisch der Verrat am Parteiprogramm von 1903 postuliert und die Rückkehr zum Prinzip des Kampfes gegen die Konservativen und für die Interessen des „arbeitenden Volks“ (*lud pracujący*) und der Freiheit gefordert wurde. Während dieser Vorstoß chancenlos blieb, erhielt der weit unverbindlichere Antrag Wyslouchs breite Unterstützung, wonach die Politik der PSL „selbständig, prinzipientreu, moralisch und national“ zu sein hätte. Die Gefolgschaft Stapińskis wusste sodann, die offenbar günstige Stimmung in der Parteibasis dem Parteiführer auch langfristig zunutze zu machen, indem sie in einem Antrag die Wahl des Präsidenten durch den Kongress (und nicht wie bisher durch den unzuverlässigeren Haupttrat¹¹⁶⁾) durchsetzte. Unmittelbar umgesetzt, wurde diese Wahl bei nur 15 Gegenstimmen von über 1200 Delegierten zum Triumph für Stapiński.¹¹⁷⁾

Die scheinbare Ruhe in den Parteigremien, die dieser eklatanten Niederlage der Frondisten folgte, war allerdings nur eine Vorbereitung auf deren endgültige Abspaltung. Im Februar 1912 wurde an einer eigenen Versammlung die Gründung einer neuen PSL-Partei beschlossen, die den Namen „Polnische Volkspartei – Vereinigung der Unabhängigen Volksparteiler“ (*Polskie Stronnictwo Ludowe – Zjednoczenie Niezawislych Ludowców*“, PSL-ZNzL) annahm. Damit nahmen die Gründer für sich in Anspruch, die wahren Vertreter des PSL-Programms zu sein, das sie in Unabhängigkeit (sprich: von den konservativen Eliten) zu verwirklichen suchten. Wyslouch, als Vorsitzender des Exekutivorgans und Herausgeber von *Kurjer Lwowski* in einer potentiell ähnlichen Machtstellung wie sein großer Rivale, begründete die organisatorische Verselbständigung mit der Nichteinhaltung der vier von ihm selbst aufgestellten Maximen von 1910, deren Postulierung sich nun also als zukunftsgerichteter Schachzug erwies.¹¹⁸⁾

Die sukzessive Abspaltung der „Fronde“ geschah vor dem Hintergrund des 1908/9 geschmiedeten Allianzsystems, innerhalb dessen die Hauptpartei der PSL zu einem der drei Verbündeten des Statthalterblocks (s. o.) gehörte, während sich die ausschließlich im national hypersensibilisierten politischen Milieu der Landeshauptstadt verwurzelte PSL-ZNzL dem Antiblock anschloss. Nur unter diesem Gesichtspunkt lässt sich letztere als rechte Kraft im politischen Spektrum einordnen, während sie im übrigen, auch in ihrem

¹¹⁵⁾ Przyjacieli Ludu 20. 12. 1908 (51). S. 1 f. sowie, mit eigenen Worten vorbereitend, 13. 12. 1908 (50), S. 1 f. – „Przed sąd ludu“ (vor dem Gericht des Volkes).

¹¹⁶⁾ Dieser hatte sicherlich gegen den Willen des Parteiführers in einer vorbereitenden Sitzung die Entflechtung der Präses-Funktionen (Partei, Klubs, Wahlkomitee) beschlossen, eine Maßnahme, die allerdings nie umgesetzt wurde.

¹¹⁷⁾ Berichte über den Tarnower Kongress in Przyjacieli Ludu 19. 6. 1910 (25), S. 1–8.

¹¹⁸⁾ Über den Gründungskongress Kurjer Lwowski 12. 2. 1912 (67), S. 1 sowie die folgenden Ausgaben.

deklarierten Selbstverständnis, links von der Hauptpartei stand, wie schon ihre ursprüngliche Selbstbezeichnung suggeriert. Politischer Feind Nummer eins der PSL-Hauptpartei waren die Nationaldemokraten. Ausschlaggebend war nicht deren zentrale Position im Antiblock, sondern vielmehr die Tatsache, dass sich die *Endecja* nach 1907 als der ernsteste Rivale im Kampf um die ländliche Gesellschaft in Westgalizien erwies. Die Einbindung der PSL in den Statthalterblock hatte selbst vorwiegend wahltaktische und machtpolitische Gründe und schloss keineswegs die offene Kritik an den Konservativen in Sachfragen aus.

Das betraf gerade auch die Landtagwahlreform. Die PSL bestätigte mehrfach ihre im Programm von 1903 aufgestellte Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht. Der von Stapiński selbst eingebrachte Dringlichkeitsantrag vom Herbst 1908, der schließlich im Landtag erst an der qualifizierten Mehrheit scheiterte, wirkte als eigentliche Initialzündung für jene große Auseinandersetzung, welche die Landespolitik bis zum Ersten Weltkrieg bestimmen sollte.¹¹⁹⁾ Mit dem Argument, eine solche „radikale“ Lösung sei im polnischen Lager nicht durchzusetzen, gaben jedoch die PSL-Abgeordneten in einem vielbeachteten Beschluss ihren Widerstand gegen die Beibehaltung von Wahlkurien und das Pluralwahlrecht auf. Auch der unter konservativen Einfluss geratenen PSL nach 1908 konnte also der Vorwurf gemacht werden (und die „Fronde“ tat dies auch), eine Doppelstrategie zu verfolgen, nämlich die eigennützig motivierte Abkehr von der demokratischen Prinzipienpolitik durch eine angebliche politische Zwangslage zu kaschieren. Tatsächlich versuchte Stapiński gelegentlich, der mittel- und großbäuerlichen Klientel die Einführung des Doppelstimmrechts für die Direktsteuer-Leistenden mit dem Hinweis schmackhaft zu machen, dass es sich hierbei um eine Maßnahme zugunsten der sesshaften bäuerlichen Schicht handelte.¹²⁰⁾

In der Folge führte allerdings der schleppende Gang der Verhandlungen innerhalb des polnischen Lagers zu einer sukzessiven Rückkehr der PSL zu radikaleren Parolen namentlich in der Wahlrechtsfrage: Im Oktober 1912 ließ die Partei mit der ultimativen Drohung aufhorchen, zur ursprünglichen Forderung nach Abschaffung des Kuriensystems zurückzukehren, dann, als vorläufiger Höhepunkt, im April 1913 mit einer gemeinsam mit den Sozialdemokraten durchgeführten Manifestation im Lemberger Sportpalast zugunsten des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Wenig später brachte das erwähnte „Vetoschreiben“ des Episkopats und die Demission Bobrzyńskis, des Mentors des Ausgleichs zwischen Konservativen und PSL, das gesamte seit 1908/9 konstruierte politische Gebäude zum Einsturz. Die wiedergewonnene Handlungsfreiheit der PSL fand sogleich ihren Ausdruck in den Landtagswahlen von 1913, als es zur offenen Konfrontation mit dem Bündnispartner von damals kam. In dieselbe, radikalisierte Richtung wirkte die seit dem ersten Balkankrieg (Oktober 1912) gespannte gesamtpolitische Lage und die darin begründete intensivierte Aktivität der paramilitärischen Schützenbewegung, mit der die PSL von Beginn an offen sympathisierte. Der in einer Hauptratsitzung im Februar 1913 beschlossene offizielle Beitritt zur TKSSN verstärkte den Eindruck in der Öffentlichkeit, dass sich die Volkspartei mit der Sozialdemokratie zu einem antikonservativ-antikirchlichen Block zusammengeschlossen habe, der aus Lemberger (nicht nur nationaldemokratischer) Perspek-

¹¹⁹⁾ Bestätigt wurde die Maximalforderung in der Wahlrechtsfrage auch vom Parteikongress von 1910 und in einer Sondersitzung des Hauptrats im Januar 1912.

¹²⁰⁾ In diese Richtung argumentierte Stapiński selbst: Vgl. Przyjaciół Ludu 16. 10. 1910 (42), S. 2.

tive zudem „antinational“ war, da er angeblich dem Gleichheitsprinzip die Wahrung des „nationalen Besitzstands“ in Ostgalizien opferte.

Die radikalisierte Haltung in der Wahlrechtsfrage und der Eintritt in die TKSSN hatten zunächst nur wenige Parteiabgänge zur Folge, auch wenn diese wie im Falle des äußerst populären Schöpfers der galizischen Landwirtschaftskassen Franciszek Stefczyk schmerzlich waren. Allerdings begannen im Verborgenen bereits die Vorbereitungen zur großen Spaltung, welche die Partei wenig später heimsuchte. Die polnische Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit sah in der Parteispaltung von 1913/14 in erster Linie das Wirken des 1908 an die Macht gekommenen „bourgeois“ Flügels der PSL, dem sich der zu seinen linken Grundsätzen zurückgekehrte Stapiński, politischer Exponent der „bäuerlichen Massen“, widersetzte. Tatsächlich spricht zwar einiges für die Wirksamkeit politisch-ideologischer Motive. So richtete sich der zunächst isoliert im Vorfeld der Landtagswahlen lancierte Angriff des Grafen und Gutsbesitzers Zygmunt Lasocki (Parteiausschluss im Juli) tatsächlich gegen die „progressiven“ Elemente der PSL-Politik: Distanz zur Kirche, demokratische Wahlreform, Kompromissbereitschaft gegenüber den Ruthenen. Auch ist nicht zu leugnen, dass der Hauptinitiator der darauf folgenden internen Opposition gegen Stapiński, der Erdölunternehmer und amtierende Minister für Galizien Władysław Długosz, nationalklerikal-antisemitische Töne anschlug, wie man sie vom Antiblock-Lager kannte. Schließlich ist auch der Werte-Konservatismus mancher zur parteiinternen Opposition gehöriger bäuerlicher Politiker (etwa Jakub Bojko) bekannt.

Im unmittelbaren Umfeld des politischen Disputs spielte eine solche politisch-ideologische Dimension jedoch eher eine untergeordnete Rolle. Zuvorderst stand die Person Stapiński, der man neben anderen aufgelisteten Sünden vorwarf, zur persönlichen Bereicherung und unter Versprechung zweifelhafter politischer Gegenleistungen Gelder aus den verschiedensten „schmutzigen“ (*brudne*) Händen entgegengenommen zu haben – konservativen Politikern, jüdischen Kapitalisten (Baron Popper) und vor allem der Regierung. Am Ende war derjenige, der die Affäre angezettelt hatte, nämlich Długosz, selbst kompromittiert und musste seinen Sessel als Landsmannminister räumen. Wichtig in unserem Zusammenhang sind nicht die Einzelheiten oder die Frage nach den Schuldigen, sondern die Tatsache, dass die Angriffe auf beiden Seiten letztlich inhaltlich in dieselbe Richtung gingen, nämlich den Gegner der Unterwürfigkeit gegenüber der Regierung und des Verrats am reinen Dienste am Volke zu bezichtigen. Eine programmatische Debatte um Politik oder Gesellschaft fand dagegen kaum statt.¹²¹⁾

Der institutionelle Verlauf der Spaltung ist schnell erzählt. Am Anfang standen geheime, gegen Stapiński gerichtete Unterredungen im Kreise der Parlamentarier (Oktober 1913), es folgte die Nicht-Berücksichtigung desselben für die Wahl in die Delegation und sein dadurch bedingter Rücktritt vom Posten des Vorsitzenden der PSL-Unterfraktion und des Vizepräsidenten des Polenklubs (November), dann die Gründung der Zeitung *Piast* als Forum der Opposition (Dezember), schließlich die entscheidende Haupttratsssitzung vom 13. Dezember, bei der Stapiński die Oberhand behielt und die Opposition den Saal verließ – das übliche Ritual also bei einer Parteispaltung. Zu diesem Zeitpunkt gab es demnach

¹²¹⁾ Eine ausführliche Untersuchung der Parteispaltung von 1913 bietet die chronologische Studie von Andrzej Garlicki, *Powstanie Polskiego Stronnictwa Ludowego–Piast 1913–14* [Die Entstehung der Polnischen Volkspartei–Piast 1913–14], Warszawa 1966.

eine klare Trennung der Machtbasis: Partei (Stapiński) gegen Parlamentarier (Opposition). Der Reichsratsklub, der mit 19 zu 5 deutlich zur Seite von Długosz neigte, schloss Stapiński kurz nach der als obsolet erklärten Hauptratssitzung aus seinen Reihen aus, und dies wiederum hatte den Austritt der Stapiński-Gruppe aus dem Polenklub zur Folge.

Eine entsprechende Trennung vollzog sich im Landtag. Schließlich kam es im Januar und Februar 1914 zu zwei getrennten Parteikongressen, die beide im Namen der Polnischen Volkspartei veranstaltet wurden, da beide Gruppen das Recht auf das ideelle Erbe der Partei im Sinne des Programms von 1903 beanspruchten. Ein unabhängiges Volkspolen und das allgemeine und gleiche Wahlrecht waren ebenfalls Parolen, die an beiden Orten zu vernehmen waren. Beim Kongress der Oppositionellen kam es außerdem zur Vereinigung mit den ursprünglich „linken“, aber in nationalen Belangen „rechten“ Abweichlern von 1908, der PSL-ZNzL. Was beide zusammenführte war, abgesehen von der Front gegen Stapiński und der Anlehnungsbedürftigkeit der schwach gebliebenen „Unabhängigen“, tatsächlich die stärkere Betonung nationaler Politik, der auch die Solidarität im Polenklub dienen sollte. Die Spaltung in PSL-„Piast“ (unter Führung von Wincenty Witos) und PSL-„Lewica“ (unter Stapiński) sollte sich über die Kriegsjahre hinaus in der Parteienlandschaft des unabhängigen Polen fortsetzen.

Zu erörtern bleibt die Frage nach der typologischen Charakterisierung der PSL. Intuitiv ist wohl bereits ein qualitativer Unterschied zur demokratischen PSD (mit deren Vorgeschichte sie ja verbunden war) deutlich geworden. Argumentativ sind drei Ebenen zu verfolgen: das Organisationsstatut, die politische Praxis und die Selbstdarstellung. Die Organisation der Partei basierte auf einem vom Parteitag von 1901 verabschiedeten Statut, das in den großen Zügen bis zum Jahre 1914 gültig blieb. Danach war das höchste Parteiorgan der „Kongress“ (*kongres*), der sich aus Vertretern der Bezirks- und Ortsgruppen sowie aus ernannten Vertrauensmännern zusammensetzte. Dieser Parteikongress, der in der späteren Zeit über 1000 Personen versammelte, wählte den Hauptrat (*Rada Naczelna*), und zwar wiederum geordnet nach Bezirk einen Vertreter, dem noch der Vorsteher der jeweiligen Bezirksorganisation an die Seite gestellt wurde. Hinzu kamen separat gewählte Berufsgruppenvertretern (Lehrer, Posthalter, Organisten), alles in allem an die 80 Personen. Das eigentliche Präsidium der Partei setzte sich aus dem 15-köpfigen Ausschuss dieses Hauptrats zusammen, dem Präsidenten (*prezes*), den Vizepräsidenten und den Sekretären. Hinzu kamen der Wahlausschuss, das Schiedsgericht sowie gegebenenfalls ad hoc gebildete Kommissionen.

Lässt sich also von einer recht differenzierten formellen Organisationsstruktur sprechen, so folgt unmittelbar die Frage nach deren Umsetzung in die politische Praxis. Zunächst ist festzustellen, dass das Statut weder eine Periodizität festlegte noch die Kompetenzen der Organe definierte, und es daher dem Hauptrat und seinem Ausschuss überlassen war, wann und zu welchem Zweck der Parteikongress einzuberufen war. Dies geschah zwischen 1901 und 1914 nur fünfmal, und der Zweck war jeweils primär die Legitimierung einer in Frage gestellten politischen Taktik – 1901, 1903 und 1908 hinsichtlich des Verhältnisses zum Polenklub, 1910 und 1914 hinsichtlich der Person des Parteiführers. Der Hauptrat als Zwischenorgan tagte zwar öfters – so etwa zwischen März 1908 und September 1910 sechsmal¹²²⁾ – freilich meist entweder in Vorbereitung auf den Kongress, in Konstituierung

¹²²⁾ Siehe die Übersicht in *Kalendarz Przyjacieli Ludu na roku 1911*, Kraków 1911, S. 8 f.

nach dem Kongress oder ebenfalls in Krisensituationen, selten aber (mit Ausnahme der Frage der Parteiorganisation) als inhaltlich Anstoß gebendes Gremium. Die eigentliche Macht konzentrierte sich auf das Präsidium, das in stetigem Kontakt mit den Parlamentariern stand, und nicht zuletzt auf den Parteiführer, der kraft seiner multiplen Funktionen die bestimmende Rolle im politischen Alltag spielte. Die Verwaltung der Parteiangelegenheiten (Korrespondenz, Organisation der Versammlungen, Kontakt zu den Ortsgruppen) übernahm im Jahre 1910 eine Kanzlei unter der Leitung des engen Vertrauten Stapińskis, Władysław Dunin-Wąsowicz.

Die formalisierte Organisation mit hierarchischer Struktur, die zentralisierte Machtkompetenz eines zur Kultperson stilisierten Parteiführers, die auch außerhalb von Wahlzeiten gegebene politische Präsenz und schließlich die Institution der Parteikanzlei und des Parteiorgans sind Eigenschaften, welche die PSL als moderne Partei erscheinen lassen. Neben dem Institutionengefüge ist das Verhältnis zur politischen Basis ein essentielles Kriterium. Im Jahre 1912 bestanden laut Parteikanzlei 680 Ortsgruppen, davon 152 in Ostgalizien¹²³), die über die Delegiertenwahl zum Kongress in die Gesamtpartei eingebunden waren. Eine außerordentlich wichtige Funktion hatten die sog. „Volksversammlungen“ (*wiece*), die das ganze Jahr hindurch in kleinen Gemeinden stattfanden und den Abgeordneten dazu dienten, sich vor der Wählerschaft zu präsentieren und ihre Politik zu rechtfertigen.¹²⁴) Die größte Bedeutung als Bindekraft zwischen der Partei und ihrer Basis kam allerdings dem Parteiorgan zu. Wer von „Angehörigen“ der Partei sprach, bezog sich denn auch vorzugsweise auf den Abonnentenkreis von *Przyjaciół Ludu*, der im Jahre 1910 in etwa 15000 Personen umfasste. Vervielfältigt durch einen Multiplikationsfaktor, konnte man in etwa den Kreis der Sympathisanten errechnen, der mit der Anzahl der Wählerstimmen zu vergleichen war.

Gerade die Identifizierung der Partei mit ihrem Organ, der „Mitglieder“ mit den Abonnenten deutet jedoch auf die Grenzen der PSL als moderner Massenpartei hin. Die PSL war weder eine juristische Person noch verfügte sie über finanzielle Mittel. Rechtlich und wirtschaftlich „definiert“ war lediglich die Zeitung, die Partei selbst war ein Personenverband. Um juristisch handlungsfähig zu werden, beschloss der Hauptrat im Jahre 1910 die Initiierung von politischen Vereinen auf Bezirksebene, die dann im Jahre 1912 als „Landesvolksverband“ (*Krajowy Związek Ludowy*) zusammengefasst wurden, eine Parallelorganisation zur Partei also, die von denselben Organen kontrolliert wurde. Die Konstituierung der PSL als wirtschaftlich handlungsfähige Organisation warf die Frage auf, wo die potentiellen Geldquellen lagen. Zunächst wieder beim Parteiorgan, das allerdings Stapiński gehörte. Da die Gründung einer mit der Partei personell gekoppelten Herausgebergemeinschaft scheiterte, blieb die Zeitung zwar formell im Besitz des Parteiführers, seit 1. Juli

¹²³) *Przyjaciół Ludu* 7. 7. 1912 (28), S. 2. Zu Ortsgruppen als Charakteristika von Massenparteien siehe Duverger, Politische Parteien, S. 41–46. Die schwache Präsenz in Ostgalizien war ein Grundproblem bis hinauf in die oberen Parteigremien. Während etwa im 1910 gewählten Hauptrat alle westgalizischen Bezirke vertreten waren, galt dies nur für etwa ein Viertel der ostgalizischen Bezirke.

¹²⁴) So fanden etwa zwischen August und Mitte Oktober 1908 nicht weniger als 88 solche Versammlungen unter Beteiligung von 21 Abgeordneten statt. Siehe *Przyjaciół Ludu* 22. 11. 1908 (47), S. 6.

1910 flossen jedoch die Gelder direkt in die Parteikasse. Tatsächlich arbeitete die Zeitung jedoch defizitär, nicht zuletzt wegen der miserablen Zahlungsmoral der Abonnenten, die auch durch innovative Instrumente (Preisverlosungen) kaum verbessert werden konnte.

Eine bessere Alternative der Geldrequirierung war natürlich das System der zahlenden Parteimitglieder, die allerdings erst zu erfassen waren. Im Jahre 1910 verschickte die Parteikanzlei zuhanden der Zeitungsabonnenten Fragebögen, in welche Sympathisanten und also potentielle Parteimitglieder eingetragen werden sollten. Ein anderer, pragmatischer Vorschlag ging dahin, den bisherigen Beitrag von 4 Kronen, den die Abonnenten von *Przyjaciół Ludu* jährlich leisteten, in einen bindenden Mitgliedsbeitrag umzudefinieren, der dann zum Gratisbezug des Parteiorgans berechtigt hätte.¹²⁵⁾ Davon erhoffte man sich auch mehr Zahlungsdisziplin, denn gleichzeitig wäre die Mitgliedschaft mit politischen Rechten verbunden gewesen, dem individuellen Stimmrecht in einem Parteikongress, der sich dann also nicht mehr nach dem Delegations-, sondern nach dem Mitgliederprinzip definiert hätte und zudem jährlich abzuhalten gewesen wäre.¹²⁶⁾ Das wäre tatsächlich ein markanter Schritt in Richtung moderner Massenpartei gewesen. Er wurde jedoch nicht vollzogen, nicht allein wegen der organisatorischen Hürden, sondern auch weil die inneren Turbulenzen die Partei bald lähmen sollten. Einzig die Partielite, die mit Diäten versehenen Abgeordneten und die Mitglieder des Hauptrats, konnten zu einem jährlichen Beitrag verpflichtet werden, auch das allerdings mit nur partiellem Erfolg.¹²⁷⁾

Schließlich geht es noch um den Aspekt der Selbstinterpretation und -repräsentation. Jede politische Organisation, unabhängig von ihrer Modernität, musste bestrebt sein, gegenüber der Öffentlichkeit ein kohärentes Bild von sich selbst abzugeben. Dazu gehörte neben der Programmatik die Einbettung in eine geschichtliche Tradition und die Vereinnahmung von Helden oder Ereignissen aus der Vergangenheit zum Zwecke der kollektiven Identifikation. Die Demokraten hatten sich immer besonders stark auf den 3. Mai 1791 bezogen, die Proklamierung der Verfassung. Für die ideellen Konstrukteure der Volkspartei war es der 4. April, die Erinnerung an den Sieg Kościuszkos in der „Bauernschlacht“ von Raclawice von 1794 (historisch eine an sich marginale Episode), welcher zum eigentlichen „Volksfeiertag“ (*Święto ludowe*) erklärt wurde.¹²⁸⁾ Der Anstoß zur Gründung der TDP, des Vorläufers der Volkspartei, ging auf eine Gedenkmanifestation am 4. April 1894 zurück, wobei es wiederum dem progressiv-demokratischen Charakter jenes Gründerkreises entsprach, dass die offizielle Proklamierung gerade auf den 3. Mai gelegt wurde. Im Zuge der Verdrängung ihrer liberaldemokratischen Ursprünge und der universellen politischen Ideen zugunsten der Konzeption einer bäuerlichen Interessenpartei geriet der 3. Mai gegenüber dem 4. April stärker in den Hintergrund. In gewisser Weise endete auch die Ge-

¹²⁵⁾ In der militaristisch durchsetzten politischen Sprache der Vorkriegsjahre sprach man gerne von der Notwendigkeit eines „stehenden Heeres“ im Kampfe mit dem politischen Gegner.

¹²⁶⁾ Siehe *Przyjaciół Ludu* 10., 17. und 24. 4. (15–17).

¹²⁷⁾ Letzteres ging auf einen Beschluss des Finanzkomitees vom Dezember 1912 zurück. Danach hatten die Reichsratsabgeordneten 100, die Landtagsabgeordneten 25 und die Hauptratsmitglieder 4 Kronen zu zahlen. Siehe *Przyjaciół Ludu* 4. 12. 1910 (49), S. 6; *Kalendarz* 1911, S. 13.

¹²⁸⁾ Dazu auch Keely Stauter-Halsted, *Patriotic Celebrations in Austrian Poland. The Kościuszko Centennial and the Formation of Peasant Nationalism*. In: *Austrian History Yearbook* 25 (1994), S. 79–95. Die Deutung als „Volksfeiertag“ unter anderem in: *Kalendarz* 1911, S. 14.

schichte der PSL im Rahmen der Habsburgermonarchie mit diesem Datum, denn der letzte Parteikongress (der *Lewica*) wurde ebenfalls bewusst an jenem Apriltag im Jahre 1914 veranstaltet.

Unter den polnischen Herrschern spielte Kasimir der Große als „Bauernkönig“ eine besondere Rolle, von dem parteidevote Historiker eine direkte Linie bis zu Stapiński als „König-Volksparteiler“ (*król-ludowiec*) zogen. Solche Geschichtsvereinnahmungen waren, wie gesagt, in Varianten auch bei Parteien ohne Massencharakter anzutreffen. Kennzeichnend für die Massenpartei war hingegen der exzessive Gebrauch von politischen Schlagwörtern als Formeln, mit denen die Partei auf prägnante Weise ihre politische Identität umschreiben konnte. Besonders beliebt bei der PSL war der (freilich nicht von ihr erfundene) Slogan „durch das Volk fürs Volk“ (*przez lud dla ludu*). Weiters ging es darum, die Zugehörigen (die Guten) von den Nicht-Zugehörigen abgrenzen. Typisch waren Verbrüderungsformeln wie „Freunde“ (*przyjaciele*) oder „Brüder“ (*bracia*), in der ersten Zeit, vor der konzeptionellen Verengung auf das Bauerntum, aber auch „Bürger“ (*obywatel*) im weitesten, politischen Sinne. „Volk“ (*lud*) war natürlich omnipräsent, insbesondere in der personalisierten Form *Ludowiec*, die den aktiven Parteianhänger bezeichnete. Nach Vorstellung der hauseigenen Ideologen zeichneten diesen neben der Treue gegenüber der Partei auch bestimmte charakterliche Eigenschaften aus, namentlich gesellschaftliches Bewusstsein, Gerechtigkeitssinn und tatkräftiges Verantwortungsbewusstsein – die idealisierte Konstruktion des aufgeklärten Bauern als Bürger.¹²⁹⁾ Schließlich gab es Formen der visuellen Repräsentation. Bei Festangelegenheiten getragene Kostüme gehörten eher der älteren Tradition der Ständerepräsentation an, die auch gerne von Konservativen manipulativ eingesetzt wurden. Charakteristisch für die Massenpartei war hingegen das Abzeichen, von der PSL im Jahre 1910 eingeführt im Kontext der angestrebten Umwandlung in eine moderne Mitgliederpartei. Von den Männern als Plakette und von den Frauen als Brosche zu tragen, stellte es drei goldene Ähren dar, umgeben von einem Schriftzug mit dem Namen der Partei.¹³⁰⁾

d) Die klerikale „Volksbewegung“ und die Christlichsozialen

In den Jahren nach 1907, als sich die PSL in Westgalizien als bestimmende politische Kraft auf dem Lande etabliert hatte, interpretierte sie ihre Überlegenheit im Sinne eines Monopols auf die Zukunft der „Volksbewegung“ (*Ruch ludowy*) in Galizien. Blickte sie hingegen zurück, insbesondere auf die 1870er- und 1880er-Jahre, so musste sie anerkennen, dass sie nicht deren Schöpferin war. Tatsächlich stieß sie zur Zeit ihrer Entstehung in den 1890ern auf einen bereits politisch vorbereiteten Boden. Dabei musste vor allem der Name eines Mannes fallen, der dann zu einem der erbittertsten Gegner der (P)SL werden sollte: Stanisław Stojałowski, Jahrgang 1845, zunächst Jesuit und Priester, dann durch eine Auslandsreise konfrontiert mit der katholischen Soziallehre, seit Mitte der 1870er-Jahre ein Faktor in der politischen Arena Galiziens. Am Anfang stand auch bei ihm eine Zeitung, genauer zwei redaktionell verbundene, wechselweise wöchentlich erscheinende Halbmo-

¹²⁹⁾ Przyjacieli Ludu 13. 5. 1906 (19), S. 5 f.: *Co to są ludowcy i czego oni chcą* [Was sind Ludowcy und was wollen sie].

¹³⁰⁾ Kalendarz 1911 (Frontabbildung), Przyjacieli Ludu 11. 12. 1910 (50), S. 1.

natsschriften – eine damals geläufige Form zur Umgehung der Kautionspflicht – mit den Namen *Wieniec* (Kranz) und *Pszczółka* (Bienchen). 1875 übernommen, wurden diese beiden Blätter zur Grundlage der politischen und gesellschaftlichen Tätigkeit Stojałowskis in den Folgejahren. Der Grundton war religiös-moralischer und sozialharmonisierender Art, mit dem übergeordneten Ziel, den polnischen Bauern zu nationalem Bewusstsein zu erwecken. Nicht das war das Neue, sondern die Nähe zu den bäuerlichen Alltagsproblemen, von denen Stojałowski im Gegensatz zur konservativen *Szlachta* und den städtischen Intellektuellen durch seine seelsorgerische Tätigkeit Kenntnis hatte. Neu war aber auch die publizistische Grundidee, das anvisierte Publikum durch veröffentlichte Briefe und Berichte aus dem Dorf in die Zeitung einzubinden und damit den Grad der Identifizierung zwischen dem Organ und seinem Herausgeber einerseits und der Leserschaft andererseits zu erhöhen.¹³¹⁾

1876 tauchte Stojałowski bereits im Landtagswahlkampf mit Forderungen nach einer vom Zentralwahlkomitee unabhängigen Wahlkampforganisation „von unten“ auf. Diese Zielrichtung wie auch Stojałowskis Eintreten für nationale Inhalte machte ihn den Demokraten sympathisch, während er andererseits aufgrund seines religiös motivierten Standpunkts als „Ultramontaner“ dort auch wieder Skepsis auslöste.¹³²⁾ 1877 organisierte Stojałowski erstmals eine große Bauernversammlung in Lemberg, die gleichzeitig den Startschuss für die Schaffung eines bäuerlichen Selbsthilfeorganisationswesens abgab, insbesondere Einkaufsläden, Kreditgenossenschaften und Leseklubs. Diese organisatorische Aktivität des umtriebigen Priesters, die zunehmend ergänzt wurde durch bäuerliche Eigeninitiative, geschah im Ganzen ohne Behinderung der konservativen Eliten und teilweise sogar mit deren Unterstützung. Im Jahre 1882 wurde die von Stojałowski initiierte Organisation mit der von der *Szlachta* dominierten Landwirte-Gesellschaft zur „Gesellschaft der Landwirtschaftskreise“ (*Towarzystwo Kółek Rolniczych*) vereinigt, die fortan eine eminent wichtige Rolle in der Transformation der ländlichen Gesellschaft spielen sollte. Wesentlich mehr Sprengkraft als diese Seite von Stojałowskis Tätigkeit entfaltete dessen politischer Stil, die unmittelbare Mobilisierung der Bauern in Volksversammlungen unter freiem Himmel und Massenpilgerfahrten. Ein Höhepunkt bedeutete die von ihm eigenhändig or-

¹³¹⁾ Zu Stojałowski fehlt noch eine Gesamtbiographie. Für die frühen Jahre: Franciszek Kački, *Ksiądz Stanisław Stojałowski i jego działalność społeczno-polityczna* [Pater Stanisław Stojałowski und seine gesellschaftlich-politische Tätigkeit], Lwów 1937. Eine Darstellung seiner Rolle in der christlich-demokratischen Bewegung bei: Konstanty Turowski, *Historia ruchu chrześcijańsko-demokratycznego w Polsce* [Geschichte der christlich-demokratischen Bewegung in Polen], 1. Bd., Warszawa 1989, S. 29–62. Unter besonderer Berücksichtigung seiner Beziehungen zum Vatikan: Anna Staudacher, *Der Bauernagitor Stanisław Stojałowski: Priester, Journalist und Abgeordneter zum Österreichischen Reichsrat. Ein biographischer Versuch*, in: *Römische Historische Mitteilungen* 25 (1983), S. 165–202. Allgemein zu diesem Abschnitt auch: Jan Konefal, *Katolicko-ludowe organizacje polityczne w zaborze austriackim na przełomie XIX i XX stulecia* [Katholisch-völkische politische Organisation im österreichischen Teilungsgebiet an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert], in: *Chłopi–naród–kultura*, Bd. 2: *Działalność polityczna ruchu ludowego* [Bauern–Nation–Kultur, Bd. 2: Die politische Tätigkeit der Bauernbewegung], hrg. von Stanisław Dąbrowski, Rzeszów 1996, S. 35–46; Czesław Lechicki, *Chrześcijańska Demokracja w Krakowie* [Christliche Demokratie in Krakau], in: *Studia Historyczne* 17 (1974), H. 4., S. 585–608.

¹³²⁾ *Czas* 9. 7. 1876 (154), S. 1 und 21. 10. 1876 (241), S. 1.

ganisierte und geleitete Pilgerfahrt zur großen Sobieski-Feier von 1883 in Krakau. Mit dem Abhalten separater Veranstaltungen und Predigten störte Stojalowski die ansonsten perfekt von den Stańczyken kontrollierte Inszenierung einer loyalistisch-patriotischen Feier.¹³³⁾

Der im Jahre 1889 nach 13 Jahren Absenz geglückte Wiedereinzug bäuerlicher Abgeordneter in den Landtag war auch eine Frucht dieser zu neuen Formen der Selbstorganisation und des Selbstbewusstseins erwachten ländlichen Gesellschaft. In dem Streben nach Verbesserung des bäuerlichen Schicksals fand sich jene von Stojalowski entfachte „autochthone“ bäuerliche Bewegung zusammen mit den Populisten um Wyslouch, die ja in jenem Wahljahr 1889 ihre eigene auf das Bauerntum gerichtete Zeitung, *Przyjaciel Ludu*, gegründet hatten. Dennoch war der ideelle und soziale Unterbau fundamental verschieden – hier säkular-intellektuell mit einem gesamtgesellschaftlich-emanzipatorischen Anspruch, dort katholisch-bäuerlich mit einer Konzentration auf eine bäuerliche Interessenwahrnehmung. Eine aus der ländlichen Gesellschaft selbst heraus geschöpfte politische Ideologie konnte zu diesem Zeitpunkt nicht anders als weltanschaulich konservativ sein. So war es denn auch nicht verwunderlich, dass sich die kleine Gruppe von vier bäuerlichen Abgeordneten im Landtag den Namen „Katholischer Volksklub“ (*Klub katolicko-ludowy*) gab. Mit diesen beiden Eigenschaftswörtern waren die zwei zentralen identitätsstiftenden Elemente des galizischen Bauerntums im 19. Jahrhundert bezeichnet – *Katolik*, nicht *Polak* (Pole), als Kategorie pränationaler politischer Identität und *lud*, nicht *ziemianin* (Grundherr), als Kategorie soziokultureller Identität. Der Begriffsinhalt von *lud* war also hier entsprechend ein ganz anderer als der intellektuell konzipierte, breit angelegte der Populisten.

Der Landtagsklub wurde zum Ausgangspunkt bei der Gründung der ersten galizischen (und überhaupt: polnischen) Bauernpartei im Jahre 1893, zwei Jahre vor der Ausrufung der Volkspartei. Zunächst erschien im März 1892 im Stojalowski-Blatt *Pszczółka* ein „Programm der Bauernpartei“, das die Unterschrift der führenden Figur in der Fraktion trug, Stanisław Potoczek.¹³⁴⁾ Der Text war kein für den internen Gebrauch gedachtes Fraktionsprogramm, sondern ohne Zweifel im Hinblick auf eine bevorstehende weitere Organisationsbildung verfasst. Nach einer Gründungsversammlung im Sommer trat sodann im Februar 1893 der politische Verein „Verband der Bauernpartei“ (*Związek Stronnictwa Chłopskiego*, ZSch) formell ins Leben. Maßgebend für dessen Entstehung war neben der Fraktion und den Zeitungsorganen ein bereits bestehendes, traditionell aktives politisches Milieu im südwestlichen Bezirk Neusandez (Nowy Sącz), aus dem Stanisław Potoczek und dessen Bruder Jan, seit 1891 Reichsratsabgeordneter, sowie eine Reihe anderer initiativer Personen stammten. Hier sollte sich die Aktivität der Partei konzentrieren. Das Statut der Partei sah eine mindestens einmal im Jahr einzuberufende Hauptversammlung vor.¹³⁵⁾

¹³³⁾ Siehe Binder, Kirche und nationale Festkultur.

¹³⁴⁾ *Pszczółka* 10. 3. 1892 (6), S. 81–84.

¹³⁵⁾ Statut i program Związku Stronnictwa Chłopskiego oraz regulamin zgrupowań towarzystwa [Statut und Programm des Verbands der Bauernpartei sowie das Versammlungsreglement des Vereins], Gródek 1894. Das Programm auch in Pawłowski, *Stronnictwa*, S. 53–58 und *Materiały*, S. 57–61. Das Statut auch in *Związek chłopski* 1. 3. 1894 (1), S. 6 f. und 15. 3. 1894 (2), S. 13 f. Die (zunächst abgelehnte) Registrierung als Verein in: CDIAL, Fond 146, Opis 58, Spr. 388. Allgemein dazu: Antoni Gurnicz, O „równą miarę“ dla chłopów. Poglądy i działalność pierwszej

Das Programm von 1892 definierte einleitend, dem Parteinamen entsprechend, die Partei als Interessenorganisation des Bauernstands (*stan chłopski*). Dem folgten sechs Grundsätze, von denen die ersten beiden als die eigentlichen politischen Fundamente zu gelten hatten: 1. Gott und heiliger Glaube. 2. Vaterland in gesellschaftlicher Harmonie. Dann: 3. Gleichwertigkeit des Bauernstands mit anderen Ständen. 4. Treue dem Thron und Achtung der Regierung. 5. Schutz des bäuerlichen Eigentums (statt Fürsorge durch andere). 6. Einigkeit in der Partei. Das Programm las sich mitunter wie ein sakraler Text, sollte doch die Partei zum Ruhme Gottes gegründet werden und diente doch zahlreiche Bibelzitate der Legitimation des politischen Handelns. Auch das ein Jahr später sanktionierte Statut nannte die Einigkeit mit der „Lehre der heiligen katholischen Kirche“ als programmatische Grundlage. Welten lagen zwischen dieser Tonart und dem nüchternen, auf Sachpolitik gegründeten Programm der SL von 1895.¹³⁶⁾ Ebenso deutlich unterschied sich der Glaube an gesellschaftliche Harmonie, die sich durch Gleichstellung des Bauerntums herstellen ließe, sowie das Treuegelöbnis gegenüber dem österreichischen Staate vom Gedankengut des drei Jahre später veröffentlichten Textes der SL, der auf eine Gesamtkritik von Staat und Gesellschaft und auf eine Kampfansage gegen Reaktion und Unterdrückung hinauslief. Der neugegründete ZSCH sah im Bauerntum nur die größte Gruppe einer im übrigen legitimerweise in Ständen segmentierten Nation, während die TDP/SL es zum Kern einer zu homogenisierenden Gesellschaft hochstilisierte. Die Konzentration und gleichzeitig Beschränkung des ZSCH auf eine bäuerliche Interessenpolitik zeigte sich schließlich auch in den Leitsprüchen der Partei, etwa: „Bauern, vereinig Euch!“; „Bauern, wählt Bauern!“; und: „Gleiches Maß für Bauern“, alles allerdings eingebettet in ein prononciert christliches Fundament.

Wie stand nun Stojalowski, der wichtigste Initiator der galizischen Bauernbewegung, zur neu gegründeten Partei? Das Verhältnis war einerseits ein enges, denn der Priester gehörte selbst zu deren Mitbegründern und seine beiden Zeitschriften galten als ihre offiziellen Organe, in denen auch das erste Programm erschienen war. Jede Ausgabe stand unter dem Leitsatz „Gelobet sei unser Herr Jesus Christus“, zeugte also nicht weniger als das Programm des ZSCH von einer christlichen Unterlegung des sozialen Engagements für das Bauerntum. Andererseits gab es wachsende Spannungsmomente. So forderte die von Stojalowski geleitete Redaktion mehrfach einen strikteren Oppositionskurs. Im Visier stand insbesondere der Vertreter im Reichsrat, der unmittelbar nach seiner Wahl dem Polenklub beigetreten war und dort, so weit überhaupt nötig, von der erdrückenden konservativen Mehrheit domestiziert wurde. Diese oppositionelle Haltung Stojalowskis kam nicht von ungefähr, stand er doch selbst seit einigen Jahren in einer Dauerfehde mit den Landesbehörden und der Justiz. Im Vorfeld der Wahlen von 1889, faktisch zur Verhinderung seines drohenden Einzugs in den Landtag, war er erstmals im Gefängnis gelandet, wo er im Laufe der 1890er-Jahre noch viele Monate verbringen sollte. Gravierender, weil in den Kern seiner eigenen Persönlichkeit und seines öffentlichen Status zielend, war aber sein höchst

chłopskiego organizacji politycznej w Polsce – Związku Stronnictwa Chłopskiego 1893–1908 [Über das gleiche Maß. Ansichten und Tätigkeit der ersten politischen Bauernorganisation in Polen – der Verband der Bauernpartei 1893–1908], Warszawa 1963.

¹³⁶⁾ „Wo ist ihr Gesetz?“ fragte das nachmalige Parteiorgan *Związek Chłopski* an die Adresse von *Przyjaciół Ludu*. „Unseres lautet: Gott und Vaterland.“ *Związek chłopski*, 1894/7, S. 62.

konfliktreiches Verhältnis zur katholischen Hierarchie. 1888 war er von seiner Pfarrstelle suspendiert, im Folgejahr in einem kanonischen Prozess verurteilt worden. Im Dezember 1893 verhängte ein Hirtenbrief ein Leseverbot gegen seine Zeitschriften und im Jahre 1896 folgte schließlich der Höhepunkt, die Exkommunikation. Dieser permanente Kampf mit der Kirchenhierarchie war es, der die Führung des ZSch zu Beginn des Jahres 1894 dazu veranlasste, mit dem streitbaren Priester zu brechen, dem man vorwarf, trotz einer intern getroffenen Vereinbarung weiterhin kirchenfeindliche Agitation zu betreiben und mittels seiner nunmehr mit dem Bann belegten Organe im Namen der Partei einen eigenen Kurs zu steuern. Ab März 1894 erschien daher ein eigenes Parteiorgan, *Związek Chłopski*, herausgegeben und geleitet von Stanisław Potoczek.

Gegen Mitte des Jahres 1894 gab es also drei Richtungen in der politischen Bauernbewegung mit je einem Zeitungsorgan, allerdings nur zwei von ihnen (ZSch, TDP) als legalisierte politische Vereine verfasst. Für den Alleinkämpfer Stojałowski war noch immer die Option vorhanden, sich der dynamisch agierenden TDP anzuschließen, die ja ebenfalls ein staats- und kirchenkritisches Profil vorzuweisen hatte und nach des Priesters Vorbild Volksversammlungen auf dem Lande veranstaltete. Zwischen Stapiński und Stojałowski existierten zu dieser Zeit über die Gefängnismauern von Teschen hinweg enge persönliche Kontakte.¹³⁷⁾ Zudem konnte der TDP die Einbindung einer derart bekannten und populären Figur nur recht sein. Tatsächlich wurde Stojałowski während des Gründungskongresses der SL – in Absenz – zum stellvertretenden Ausschussmitglied gewählt. Bald darauf folgte jedoch auch hier der Bruch, und zwar entlang der zu erwartenden ideologischen Spannungslinie: Stojałowski versuchte beim Ausschuss der neugegründeten Partei durchzusetzen, dass diese die Bezeichnung „christlich“ in ihren Namen aufnähme. Dieses Vorhaben scheiterte an der distanzierten Haltung der bestimmenden Lemberger Intellektuellen gegenüber der Kirche. Folglich gründete Stojałowski zu Beginn des Jahres 1896 seine eigene Partei, der er konsequenterweise den Namen „Christliche Volkspartei“ (*Stronnictwo Chrześcijańsko-Ludowe*, SChL) gab.¹³⁸⁾

Abgesehen von diesen rein innergalizischen politischen Ausmarchungen gab es einen Wirkungsfaktor, der hier von grundlegender Bedeutung war: die Initiierung der sozial-politisch engagierten Kirche durch die päpstliche Enzyklika *Rerum Novarum* von 1891 und der Anschluss Stojałowskis an die christlichsoziale Bewegung. *Rerum Novarum* konnte in Stojałowskis Verständnis nichts anderes sein als die von höchster Autorität erlassene Bestätigung seiner gesamten bisherigen Tätigkeit im Dienste der sozial Benachteiligten. Eine neue von ihm gegründete Zeitschrift (*Dzwon* = Glocke) machte er gewissermaßen zum offiziellen Organ der päpstlichen Enzyklika. Allerdings rettete ihn die Huldigung Leos XIII als geistiger Führer seiner Zeit, als „höchster Verteidiger des Volks“ (*najwyższy obrońca ludu*) nicht vor den Angriffen seitens der lokalen Kirchenhierarchie und vor Versuchen der weltlichen Machttträger, ihn aus dem politischen Leben Galiziens zu entfernen.

¹³⁷⁾ Listy ks St. Stojałowskiego do Jana Stapińskiego z lat 1894–1896 (Briefe von Pater St. Stojałowski an Jan Stapiński aus den Jahren 1894–1896), bearb. v. Krzysztof Dunin-Wąsowicz, in: Roczniki Dziejów Ruchu Ludowego 4 (1962), S. 215–219.

¹³⁸⁾ Im Herbst 1895 hatte Stojałowski die Namensänderung mitsamt einem nach seinen Prinzipien revidierten Programm eingebracht. Der negative Beschluss des SL-Komitees vom 2. Januar 1896 hatte den Austritt Stojałowskis aus der SL zur Folge.

In dieser Situation fand Stojałowski seinen einzigen Verbündeten in den mächtig aufstrebenden Wiener Christlichsozialen, die auf derselben geistigen Grundlage wie er selbst in Opposition zu den Mächtigen in Kirche und Staat standen. Während seines Aufenthaltes in der Reichshauptstadt nahm Stojałowski denn auch Teil an diversen Veranstaltungen, unter anderem auch an der Gründung des Christlichsozialen Arbeitervereins. Umgekehrt erhielt er von der christlichsozialen Presse ideellen Beistand und von Lueger selbst, dessen Gottgesandtheit er gelegentlich betonte, manifeste politische und persönliche Unterstützung, nicht zuletzt im Forum des Reichsrats.¹³⁹⁾ Schließlich nutzte er die kurzen Episoden, in denen er in Freiheit weilte, um nach den gegebenen Vorbildern, mit derselben Namensprägung Vereine in Galizien und Schlesien zu gründen, so etwa Mitte 1893 einen christlichsozialen Bauernbund und Ende 1894 einen christlichen Volksverein in Krakau.¹⁴⁰⁾

An diese Tätigkeit schloss sich das Parteiprogramm der 1896 gegründeten „Christlichen Volkspartei“ unmittelbar an.¹⁴¹⁾ Wie das Programm des ZSch von 1893 ging auch dieser Text von einer religiösen Grundlage aus, allerdings nicht von Gott und Kirche, sondern konzentriert auf Christus, auf einen politischen Christus, der eine auf Gleichheit und Gerechtigkeit ruhende Ordnung in der Welt begründet habe, die in der Gegenwart durch Hochmut, Gier und Ausbeutung im Innersten verletzt werde. Die mit der Enzyklika konforme Zeitkritik war jedoch, abweichend von deren positiver Anerkennung der Staatsautorität, verbunden mit einer unverhohlenen Anprangerung der politisch Mächtigen, deren repressives Ordnungsverständnis nichts mit der neu zu gründenden Ordnung nach Maßgabe Christi zu tun habe. Auf den in einem zweiten Teil des Programms aufgestellten ideellen Grundlagen von Religion und göttlich begründetem Naturrecht, von Familie, Arbeit und Brüderlichkeit wurden schließlich die konkreten Forderungen formuliert, die man in einem legislativen Organ umzusetzen gedachte: Befreiung der Kirche vor staatlicher Bevormundung, Verständigung mit anderen „gottgeschaffenen“ Nationalitäten (Ruthenen), Schaffung national-patriotischen Bewusstseins, allgemeines (nicht explizit: gleiches), direktes und geheimes Wahlrecht, Landesselbstverwaltung, dann die bekannten Freiheitsrechte und wirtschaftspolitischen Postulate, schließlich mit besonderem Gewicht sozialpolitische Schutzmaßnahmen zugunsten der Arbeiter und Handwerker und begleitend dazu eine Regulierung bzw. Eindämmung des Fabrikwesens.

Das Programm der SchL zeugte von der Wandlung Stojałowskis vom klerikalen Bauernagitator zum sozial übergreifend orientierten Christlichsozialen. Die besondere Betonung der Arbeiterfrage lag ja auf der inhaltlichen Linie von *Rerum Novarum*, hing aber auch damit zusammen, dass Stojałowski während seines Aufenthalts in Schlesien seit Beginn der 1890er-Jahre intensiv mit dem Schicksal der Arbeiterschaft konfrontiert worden war. Auf dieser programmatischen Basis, in Kurzfassung wiederholt in einem eigens erlas-

¹³⁹⁾ John W. Boyer, *Political Radicalism in Late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848–1897*, Chicago 1981, S. 344.

¹⁴⁰⁾ Siehe das Statut dieses Vereins in *Nowy Wieniec Polski 1894* (Beilage Nov./Dez.) sowie die Registrierungsakten in CDIAL, Fond 146, Opis 58, Spr. 390.

¹⁴¹⁾ Program stronnictwa ‚chrześcijańsko-ludowego‘ czyli ‚chrześcijańsko-społecznego‘ oraz Statut ‚Związku chrześcijańsko-społecznego‘ w Białej [Das Programm der Christlichen Volkspartei bzw. der Christlichsozialen Partei sowie das Statut des christlichsozialen Verbands in Biala], o. J. (1896). Abgedruckt auch in: Pawłowski, *Stronnictwa*, S. 62–69.

senen Wahlaufruf, zog die SchL trotz der physischen Absenz ihres Führers (der sich gerade im ungarischen „Exil“ befand), aber mit Unterstützung der Sozialdemokraten im Jahre 1897 mit sechs Abgeordneten in den Reichsrat ein, um dort die Reihen der außerhalb des Polenklubs agierenden Opposition zu verstärken.¹⁴²⁾ Der zweite Triumph folgte wenig später: Im Herbst desselben Jahres konnte er in Rom seine Wiederaufnahme in die Kirchengemeinschaft erwirken und wiederum nur ein halbes Jahr später zog er selbst in den Reichsrat ein. Befreit von den moralischen Fesseln des Kirchenbanns und ausgestattet mit der Immunität des Abgeordneten, intensivierte nun Stojałowski seine politische Tätigkeit, einerseits durch eine unablässige Agitation auf dem Lande und andererseits durch Versuche, seine Partei auf eine solide organisatorische und finanzielle Basis zu stellen.¹⁴³⁾

Rerum Novarum war allerdings Inspirationsquelle nicht nur für den rebellischen Priester, sondern auch für die „offizielle“ Kirche, die durch ihr Oberhaupt zum Handeln aufgerufen worden war. Die kirchliche Autorität hatte traditionell ihren festen Platz im Schoße des Krakauer Konservatismus, dessen politische Grundtendenz sie gemeinsam mit den Eliten aus adligem Großgrundbesitz und Wissenschaft bestimmte. Dieses solide Bündnis prägte auch noch jene Großveranstaltungen der 1890er-Jahre, welche unter dem unmittelbaren Einfluss der Enzyklika stattfanden: die Katholikentage, der erste im Jahre 1893 in Krakau, der zweite drei Jahre später in Lemberg, beide von den höchsten politischen Autoritäten protegiert. Unter den gefassten Beschlüssen sollten zwei besondere Folgewirkungen zeigen: die Schaffung einer katholischen Volkspresse und der Aufbau eines katholischen Vereinswesens. In den 1890er-Jahren entstanden etwa 30 solche der „katholischen Bewegung“ (*Ruch katolicki*) verpflichtete Zeitungen, von denen allerdings etliche nur kurzlebig waren. Parallel dazu verlief die nicht weniger produktive Vereinsbewegung, die politische Vereine wie den von der Tageszeitung *Głos Narodu* protegierten „Christlichsozialen Verein“ (*Stowarzyszenie chrześcijańsko-społeczne*) in Krakau¹⁴⁴⁾, vor allem aber eine schnell wachsende Zahl christlicher Arbeiter- und Berufsvereinigungen entstehen ließ.¹⁴⁵⁾ Im Rahmen der letztgenannten Vereinsbewegung zeigten sich in der zweiten Hälfte der 1890er-Jahre zwei parallel laufende Entwicklungen: zum einen das Streben nach einer Zusammenfassung der bestehenden Vereine in einem bürokratisch strukturierten Dachverband, zum anderen das Eindringen in das Feld der Politik. Nachdem während der Reichsratswahlen von 1897 erstmals auf der Basis der westgalizischen katholischen Arbeiterver-

¹⁴²⁾ Vgl. Abschnitt II.

¹⁴³⁾ Allein zwischen November 1897 und Februar 1898 veranstaltete die Stojałowski-Partei etwa 100 Manifestationen: *Wieniec Polski* 20. 2. 1898 (6), S. 1. Der Organisationsfrage widmete sich vor allem die Versammlung vom März 1899 in Krakau.

¹⁴⁴⁾ Ziel dieses im Juli 1897 gegründeten Vereins war die „praktische Erweiterung der christlichen Idee in sozialer Hinsicht durch Schutz und Unterstützung der geistigen und materiellen Interessen der christlichen Bevölkerung“ und insbesondere der „hartnäckige Kampf gegen den verderblichen Einfluss des jüdischen Elements“, dessen Entfernung aus Gericht und Schule man anstrebe. Ab 1898 geriet der Verein in den Einflussbereich Stojałowskis (Organ: *Hasło*, Losung), wo er als städtisches Pendant zur SchL gedacht war. Als Nukleus einer eigenständigen Partei blieb er allerdings bedeutungslos.

¹⁴⁵⁾ Als bedeutendste seien die Arbeitervereine „Freundschaft“ (*Przyjaźń*, Krakau), „Einigkeit“ (*Jedność*, Lemberg) und „Arbeit“ (*Praca*, Tarnów) sowie der gleichnamige Gesellenverein (Krakau) und der Handwerkerverein „Eintracht“ (*Zgoda*, Krakau) genannt.

eine allgemeine Wahlempfehlung sowie ein eigener Kandidat aufgestellt worden war, beschloss der im selben Jahr gegründete „Verband der katholischen Arbeitervereinigungen“ (*Związek stowarzyszeń robotniczych katolickich*) in seiner dritten Vollversammlung im Sommer 1898 die Gründung einer Partei, die im Dezember desselben Jahres als „Katholisch-Nationale Partei“ (*Stronnictwo Katolicko-Narodowe*, SKN) ausgerufen wurde. Offizielles Organ wurde *Łączność*. Die SKN erklärte die christliche Religion und Moral sowie Vaterlandsliebe und Gleichberechtigung der Nationalitäten und sozialen Schichten zu ihren Grundsätzen. Im weiteren stellte sie – ganz im Sinne der katholischen Soziallehre – der individualistischen Konkurrenzgesellschaft die Vision der auf Gleichberechtigung und Harmonie beruhenden Ständegesellschaft auf Basis der Berufsvereinigungen gegenüber.¹⁴⁶⁾ Der harmonistische Grundzug, die Idee vom „Ausgleich der Stände“ (*zgoda stanów*) unterschied die SKN von dem klassenkämpferischen Ton der SchL, während die gesamtgesellschaftliche Optik der Hauptunterschied zum bäuerlichen ZSch darstellte. Neben Krakau wurden lokale Zentren in Tarnów gegründet, wo der dortige Bischof Ignacy Łobos mit Unterstützung des Abgeordneten Michał Żyguliński eine intensive politische Kampagne gegen den dreieinigen Feind, Sozialdemokraten, PSL und Stojałowski, entfaltete. In Lemberg bestand zur selben Zeit ein um den Erzbischof Józef Bilczewski agierender Kreis unter der Führung des Chirurgen Ludwik Rydygier dem – gewissermaßen als zweites offizielles Parteiorgan – die Tageszeitung *Ruch katolicki* (katholische Bewegung) verpflichtet war.

Nach dem Erfolg der SchL bei den Wahlen von 1897 und der mit viel publizistischem Aufwand gefeierten Gründung der SKN ein Jahr später setzte in den Folgejahren eine Phase der Stagnation ein. Der publizistische Schwung erlitt einen Rückschlag, als im Sommer 1898 nach schweren antisemitischen Exzessen über weite Teile Westgaliziens der Ausnahmezustand verhängt wurde und die antisemitische Presse (allerdings in geringerem Maße als die nicht involvierte sozialdemokratische) teilweise unter strengere behördliche Aufsicht kam. In den Jahren 1899 und 1900 verstarben sodann zwei besonders aktive Figuren der klerikalen Bewegung, der Jesuitenobere Jan Badeni und der erwähnte Bischof Łobos. Auch nahm wohl die neue der sozialen Frage gewidmete Enzyklika *Graves de communi* (Januar 1901) etwas von dem durch ihre Vorgängerin ausgelösten Schwung, mahnte sie doch zu Behutsamkeit bei der Umsetzung der „christlichen Demokratie“.¹⁴⁷⁾ Die Hauptursache für die fortdauernde innere Schwäche der christlichsozial-klerikalen Bewegung war jedoch ihre Zersplitterung. Schon Ende 1898 hatte sich die Fraktion der SchL – paradoxerweise als Folge der Wahl ihrer Leitfigur Stojałowski in den Reichsrat – gespalten, worauf (wie üblich) eine entsprechende Spaltung in der Presseszene folgte.¹⁴⁸⁾ Die Abtrün-

¹⁴⁶⁾ Program Stronnictwa Katolicko-Narodowego [Das Programm der Katholisch-Nationalen Partei] (Sonderbeilage Grzmot 12. 11. 1898, 46). Die Programmpunkte im einzelnen umfassten jeweils einen Teil zu Administration, Schulwesen, allgemeiner Wirtschaft und Arbeiterschaft. Im Juni 1899 wurde aus dem Kreis der neu gegründeten Partei ein gleichnamiger politischer Verein in Krakau gegründet. Siehe *Łączność* 14. 5. 1899 (20), S. 1 und 25. 6. 1899 (26), S. 1 f.

¹⁴⁷⁾ Turowski, *Historia ruchu*, S. 83. Der nicht nur von letzterem geäußerten Vermutung, *Graves communi* habe bremsend auf den politischen Klerikalismus in Galizien gewirkt, steht allerdings die Tatsache gegenüber, dass die Aktivisten dieses Lagers in den folgenden Jahren stets positiv und gleichgeordnet mit *Rerum Novarum* auf die Enzyklika von 1901 Bezug nahmen.

¹⁴⁸⁾ Siehe die Hintergründe in Abschnitt II. Das Organ hieß *Obrona Ludu* (Volksverteidigung).

nigen, der Priester Andrzej Szponder und der Anwalt Michał Danielak, fanden bei den Reichsratswahlen von 1900/01 die Unterstützung des einflussreichen Chefredakteurs von *Głos Narodu* Kazimierz Ehrenberg. Die in diesem Zusammenhang proklamierte „National-Antisemitische Partei“ (*Stronnictwo Narodowo-Antysemickie*, SNA) war samt ihres angeblichen Parteiausschusses allerdings nicht viel mehr als ein Phantom, das mit Hilfe des erwähnten Zeitungsorgans am Scheinleben gehalten wurde. Über die Propagierung von Kandidaten kam diese „Partei“, deren großes Vorbild die Wiener Christlichsozialen waren, nicht hinaus. Sie trug nur zur weiteren Fragmentierung der antisemitisch gesinnten Wählerschaft vor allem in Krakau bei.¹⁴⁹⁾

Ein neuerlicher Aufschwung sollte erst gegen Ende des Jahres 1905 eintreten. Ausgangspunkt war nun nicht die Aktivierung einer Basisbewegung, sondern ein Akt der politischen Konsolidierung „von oben“, aus dem Kreis der politischen Elite heraus. Die Voraussetzungen dafür waren bereits 1901 geschaffen worden mit dem Eintritt der SchL-Fraktion in den Polenklub. Dieser bei einer Parteiversammlung im November desselben Jahres gutgeheiβene Schritt sollte in erster Linie als Signal der Solidarität in einem zunehmend bedrohten nationalen Umfeld (vor allem durch Preußen) verstanden werden.¹⁵⁰⁾ In einer zweiten Resolution wurde zudem die Eventualität einer Zusammenarbeit mit den anderen katholischen Gruppen (also SKN und ZSch) formuliert, deren Abgeordnete schon bisher dem Polenklub angehört hatten. Diese Option wurde nur wenig später mit der Begründung des „Zentrum“ (*Centrum*) als Fraktion innerhalb des Wiener Polenklubs in die Tat umgesetzt, allerdings explizit mit der Perspektive, eine solche gemeinsame Plattform auf den Landtag und auf gemeinsame politische Aktionen im Land auszudehnen.¹⁵¹⁾

Dazu kam es jedoch erst vier Jahre später, als der wichtigste Fürsprecher einer Konsolidierung des klerikalen Lagers, der Priester Leon Pastor, auch in den Landtag gewählt wurde und zudem die innenpolitische Situation gegen Ende 1905 in Bewegung geriet. Als erster Schritt hin zu einer vertieften Integration der diversen katholischen Kräfte im Lande wurde typischerweise die Presse ins Visier genommen. Die Schaffung einer solchen homogenisierten Teilöffentlichkeit gelang allerdings nur partiell, denn anstelle eines zentralen Parteiorgans wurde nur eine wechselseitige Unterstützungsvereinbarung von sechs Zeitungsorganen erreicht. Im März 1906 folgte die offizielle Konstituierung und die Veröffentlichung des Programms.¹⁵²⁾ Neu war darin, dass nun dem nationalen Grundsatz dieselbe fundamentale Bedeutung zugesprochen wurde wie dem Prinzip der „Christlichen Demokratie“ (*Demokracja Chrześcijańska*). Genannt wurde die Verteidigung der gesamt-polnischen Interessen gegen ihre Feinde, die (Sprach)-Nationalisierung des Schulwesens und der Ämter sowie die Garantie der „polnischen Nationalrechte“ (*praw narodowych polskich*) in Schlesien und der Bukowina. Zur christlichen Demokratie gehörten neben den moralischen Werten – Glaube, Nationalität, Familie und Eigentum – die demokratischen Postulate, der Schutz der „arbeitenden Schichten“ (*pracujące warstwy*), Bauern, Handwer-

¹⁴⁹⁾ Siehe dazu Näheres in Abschnitt II.

¹⁵⁰⁾ Zum Parteikongress von 1901 und dessen Resolution: *Wieniec* 24. 11. 1901 (47), S. 722–726.

¹⁵¹⁾ Näheres dazu in Abschnitt II.

¹⁵²⁾ Program Polskiego Centrum Ludowego czyli stronnictwa chrześcijańskiej demokracji [Das Programm des Polnischen Volkszentrums oder der Partei der christlichen Demokratie], Biała 1906. Das Programm bei Pawłowski, *Stronnictwa*, S. 128–132.

ker, Arbeiter. Weniger genau nahm man es mit der politischen Gleichberechtigung, wurde doch nach wie vor (und trotz der veränderten Lage) nur das allgemeine, nicht aber das gleiche Wahlrecht als Forderung aufgestellt. Schließlich kam als dritter Hauptpunkt die insbesondere von der SKN eingebrachte Vertretung der Interessen der Kirche und des geistlichen Standes hinzu.

Auf dieser politischen Plattform nahm das „Polnische Volkszentrum“ (*Polskie Centrum Ludowe*, PCL) unter der Führung Pastors zunächst erfolgreich an den Wahlen zum Reichsrat von 1907 teil. Nur ein halbes Jahr später, im Oktober 1907, kam es jedoch bereits zum Bruch, und zwar genau entlang der 1906 übertünchten Grenze zwischen der SKN, die den konservativen Klerikalismus repräsentierte und von Geistlichen getragen wurde, und der SChL, die sich in der agitatorischen Tradition Stojałowski als volksnah und basisdemokratisch verstand. Die Position des dritten Partners, des ZSCh, war vorerst noch in der Schwebe. Klärung brachte das Jahr 1908 mit dem Eintritt der PSL in den Polenklub und der Berufung Bobrzyński zum Statthalter. In der sich nun sukzessive verfestigenden Blockbildung wurde das klerikale Lager endgültig zerrissen. Einzelne Exponenten schlossen sich der „geläuterten“ PSL an und gerieten dadurch in das Bobrzyński-Lager. Dazu gehörten Pastor (allerdings nur kurzzeitig) sowie Stanisław Potoczek, dessen Übertritt das faktische Ende des ZSCh als Partei bedeutete. Das „Zentrum“ selbst existierte nominell weiter, geriet aber unter die Führung ostgalizischer Gutsbesitzer (Włodzimierz Kozłowski) und agierte nach den Wahlen von 1911 als konservativster Kern im Rahmen des Landtags gegen den Statthalter.

Die SChL ging im Jahre 1909 ein Bündnis mit den Nationaldemokraten ein in Gestalt des sogenannten „Nationalen Volksverbands“ (*Związek Narodowo-Ludowy*, ZN-L). Die vier Grundsätze, auf denen dieses Bündnis beruhen sollte, trugen freilich stärker die Handschrift der Nationaldemokraten als diejenige der Christlichsozialen, eine Tatsache, die zweifellos die Stärkeverhältnisse richtig widerspiegelte¹⁵³). Über taktische Motive der Partnersuche oder aktuelle politische Forderungen hinaus gab es zwischen beiden Parteien gewisse Gemeinsamkeiten der politischen Weltanschauung. Dazu zählte vor allem die ausgeprägt anti-deutsche Haltung, welche sich Stojałowski in seinen vielen Jahren in Schlesien angeeignet hatte, während sie für die Nationaldemokraten zum Kernbestand ihrer politischen Orientierung gehörte. Dazu gehörte, als Gegenstück, der seit 1905 stark auflebende Neoslawismus in beiden Gruppierungen. Verbindend war vor allem in den unmittelbaren Vorkriegsjahren auch der Antisemitismus, der sich in diesem Bündnis als klerikal-rassistische Verbindung manifestierte.

Foren, in denen diese Gemeinsamkeiten zum Ausdruck kommen konnten, waren die Parlamente sowie koordinierte Auftritte bei den offiziellen Parteianlässen und Wahlkämpfen. 1910 ging das altgediente Leitorgan der SChL, *Wieniec-Pszczółka*, in die Hände des Nationaldemokraten und Präses des ZN-L, Jan Zamorski, über, der auch die Nachfolge des im Oktober 1911 verstorbenen Stojałowski als Parteivorsitzender der SChL übernahm. Im

¹⁵³) Die Grundsätze lauteten: Nationalisierung des Volkes, Gleichstellung aller Schichten auf Grundlage christlicher Gerechtigkeit, politische Selbstverwaltung, kulturelle und wirtschaftliche Eigenständigkeit. Außerdem gab es, im speziellen Teil, eine Übernahme des nationaldemokratischen Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht mit nationalem Kataster. Das Programm in: *Ojczyzna* 13. 6. 1909 (24), S. 1 f.

Mai 1913 traten unter dem Eindruck des bischöflichen Sukkurses des Antiblocks westgalizische klerikal-konservative Exponenten des ehemaligen Zentrums um die Krakauer Zeitung *Prawda* dem nationaldemokratisch-christlichsozialen Bündnis bei. In Vorbereitung auf einen unter gemeinsamer national-christlicher Losung zu führenden Landtagswahlkampf verbündete man sich als „Nationaler Christlicher Volksverband“ (*Narodowy Związek chrześcijańsko-ludowy*, NZCh-L) und setzte dieses Bündnis als Fraktion im Landtag fort. Auf der Ebene der Parteiorganisationen folgte im September desselben Jahres die faktische Fusion der Leitungsgremien und lokalen Komitees von SDN und SChL, im Mai 1914 schließlich die Fusion der beiden zugehörigen Parteiblätter, *Ojczyzna* und *Wieniec-Pszczółka*.¹⁵⁴⁾

Eine vierte Gruppe des ehemaligen „Zentrums“ nützte das entstandene politische Vakuum, um eine neue Organisation zu gründen, die „Polnische Christlichsoziale Partei“ (*Polskie Stronnictwo Chrześcijańsko-Socjalne*, PSCoS).¹⁵⁵⁾ Diese im November 1908 in Krakau ausgerufene Partei knüpfte insofern an die Tätigkeit der SKN an, als sie ebenfalls eng mit den christlichsozialen Berufsverbänden verbunden war, insbesondere mit dem 1906 unter dem Patronat des Kardinals Puzyna gegründeten „Polnischen Verband der Katholischen (seit 1908: Christlichen) Arbeiter“ (*Polski Związek Zawodowy Katolickich/Chrześcijańskich Robotników*). Ihre eigenständige Präsenz in der Öffentlichkeit verdankte sie allerdings in erster Linie den zahlreichen öffentlichen Auftritten der verantwortlichen Redakteure derjenigen Zeitungen, die sich zu ihren Organen erklärten: *Głos Narodu*, *Postęp* (Fortschritt) und *Mysł Robotnicza* (Arbeitergedanke), die letzteren beiden gleichzeitig Verbandsorgane. Entsprechend besetzt war der Parteivorstand: Redakteure, Verbandsvertreter und – als Brücke zu den Parlamenten – fünf Abgeordnete, drei von ihnen Priester.

Wurden hier moderne Züge einer gesellschaftlich solide abgestützten Organisation erkennbar, so versuchte man diesen Zug noch dadurch zu akzentuieren, dass man sich das positive Image einer jungen, unverbrauchten Generation zulegte, die insbesondere an der Dynamik der deutschösterreichischen Christlichsozialen teilzunehmen gedachte, die mittlerweile im Reichsrat zu den stärksten Kräften gehörten. Auch dem umfangreichen Programm war der Versuch eines Modernitätsschubs anzumerken, etwa hinsichtlich der besonderen Hervorhebung einer ökonomischen und sozialpolitischen Organisationstätigkeit, der Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht oder dem Betonen des polnischen Unabhängigkeitsstrebens. Etwa ein Drittel des Textes war der „Judenfrage“ gewidmet. Unter Bewahrung einer bemüht sachlichen, scheinobjektiven Argumentationsweise rückte man auch hier das nationale Moment in den Vordergrund. Den Juden wurde zwar die Pflege ihrer (als durchwegs fremd taxierten) Eigenart zugestanden, im „polnischen Haus“ (*dom polski*) seien sie jedoch nur Gäste, und zwar gefährliche Gäste, vor denen sich die „legitimen“, christlichen Hausbewohner zu schützen hätten.¹⁵⁶⁾

¹⁵⁴⁾ Zum Vereinigungsprozess siehe *Słowo Polskie* 23. 9. 1913 (443), S. 1, 24. 9. 1913 (445), S. 1 und 23. 5. 1914 (215), S. 1.

¹⁵⁵⁾ Außerhalb von Wahlzeiten firmierte diese Organisation zumeist unter dem Namen „Christlichsozialer Verband“ (*Związek chrześcijańsko-socjalny*) und definierte sich als „Vereinigung von Menschen einer Religion, einer Nationalität auf dem Feld der national-gesellschaftlichen und volksbezogenen Arbeit auf Grundlage der Lehre von Christus“. *Polski Kalendarz chrześcijańsko-socjalny na rok 1910* [Polnischer christlichsozialer Kalender für das Jahr 1910], Kraków 1910, S. IV.

¹⁵⁶⁾ Das Programm findet sich ausführlich bei Turowski, *Historia Ruchu*, S. 105–108.

Die PSChS erreichte nie den Status einer in sich festgefügtten Partei. Nicht der Parteitag (nach der Gründungsversammlung wurde nur noch ein solcher, im Mai 1910, einberufen), sondern die spontane politische Kundgebung in und um Krakau wurden ihr Signum. In dieser durchaus lokal beschränkten agitatorischen Präsenz, unterstützt durch die beträchtliche Reichweite der ihr nahestehenden Organe, *Głos Narodu* und *Postęp*, lag ihre Bedeutung. Schwach war die Verbindung zu den parlamentarischen Gremien, zumal die ihr zugehörigen Abgeordneten nicht einmal einen eigenen Klub bzw. eine Unterfraktion bildeten.¹⁵⁷⁾ Derart marginalisiert im Rahmen der seit 1907 agierenden politischen Gruppierungen und deren Blockbildungen, ging die PSChS bei den Reichsratswahlen von 1911 leer aus und verschwand daher bereits im Folgejahr von der Bildfläche. Noch einen letzten Versuch einer Parteibildung gab es schließlich vor dem Ausbruch des Weltkriegs. Nicht zum ersten Mal war die oberste Garde der Kirche involviert und ebenfalls nicht zufällig die stets besonders aktive Tarnówer Diözese. Deren Bischof Leon Wałęga initiierte im Dezember 1913 die „Katholische Volkspartei“ (*Stronnictwo Katolicko-Ludowe*, SKL), die im Mai des Folgejahres noch zu einer Art Gründungsversammlung gelangte. Als Präses fungierte der Mitbegründer des ZSCh von 1893, Jan Potoczek, der, stets konservativ geblieben, sich mit seinem Bruder Stanisław nach dessen Abgang zur PSL endgültig überworfen hatte. Die SKL und ihr Organ *Lud Katolicki* (Polnisches Volk) blieben über 1918 hinaus als vorwiegend lokale Kraft von einer gewissen Bedeutung.¹⁵⁸⁾

Damit kommen wir zu einer abschließenden Evaluierung des in diesem Kapitel besprochenen politischen Lagers. Auffallend ist zunächst die Vielzahl an Parteiformationen (insgesamt sechs), die zwischen 1893 und 1914 entstanden. Trotz der Zersplitterung ist ein gemeinsamer Nenner zu erkennen. Er lässt sich in der sog. „Christlichen Demokratie“ festmachen, welche etwa das PCL in Anlehnung an die päpstliche Enzyklika von 1901 zu ihrem Leitspruch erklärte. Kennzeichnend war demnach eine im jeweiligen Falle in spezifischer Weise interpretierte Kombination von basisbezogener, volksnaher Politik und einem christlichen, katholischen politischen Bekenntnis. Große Unterschiede gab es freilich in der Gewichtung. So stand ja das „Ch“ des ZSCh für „bäuerlich“ (*chlopski*), während das christliche Bekenntnis als selbstverständlich für ein gesundes bäuerliches Selbstverständnis galt. Im Falle der SCHL stand es hingegen für „christlich“ (*chrześcijański*), musste also zentral sein sowohl als integrierender Begriff (gerichtet an alle arbeitenden, unterdrückten usw. Volksschichten) als auch als exkludierender Begriff (hinsichtlich der Juden). SKN und PSChS richteten sich demgegenüber in erster Linie an die städtische Unterschicht und untere Mittelschicht – Arbeiter, Gesellen und Handwerker. Abgesehen von dieser Differenzierung hinsichtlich des sozialen Zielpublikums bestand das größte interne Spannungsmo-

¹⁵⁷⁾ In ihrer zweiten Hauptversammlung im Mai 1910 wurden eine Reihe interner Vorhaben beschlossen, jedoch keinerlei Position in der vorherrschenden politischen Frage der Zeit, der Landtagswahlreform, eingenommen. Siehe *Postęp* 21. 5. 1910 (21), S. 1f.

¹⁵⁸⁾ Konefal, *Katolicko-ludowe organizacje*, S. 42–46. Als Verein nannte die Partei sich „Polnischer Katholischer Volksverband“ (*Związek katolicko-narodowy*). Programm und Statut finden sich gesondert veröffentlicht in der Broschüre: *Instrukcja dla mężów zaufania Polskiego Związku katolicko-ludowego* [Instruktion für die Vertrauensmänner des katholischen-völkischen Verbands], Tarnów o. J. Zum Leitspruch erkor man (freilich nicht als erste Organisation): „Gott und Vaterland“ (*Bóg i Ojczyzna*).

ment im Verhältnis zur Kirchenhierarchie, das auch nach der „Absolution“ Stojałowski von 1897 wirksam blieb. Nach 1908 wirkte zudem die Ausrichtung in der landespolitischen Blockbildung zunächst eher desintegrierend als vereinigend. Erst der berühmte Hirtenbrief vom April 1913, der den Sturz Bobrzyńskis zur Folge hatte, gab ein Signal für das katholische Lager West- und Ostgaliziens, sich hinter die konservative Autorität seiner obersten Kirchenvertreter zu scharen. Ausdruck hiervon war der schon erwähnte „Nationale Christliche Volksverband“ (NZCh-L), dem sich sowohl klerikal-konservative, christlichsoziale wie auch nationalklerikale Zeitungen zuordneten.

Erstrangige Bedeutung als gemeinsam eingesetztes, aktives Instrument der politischen Mobilisierung kam dem Antisemitismus zu, auch dies freilich in verschiedenen Schattierungen (von primitivsten bis zu pseudowissenschaftlichen Formen), Intensitäten (am Schwächsten beim ZSch) und zeitlichen Kontexten (am Stärksten in den Jahren 1897/98). Beide erwähnten Elemente, die volksverbundene Attitüde (der Schutz vor der jüdischen „Ausbeutung“) und die christliche Rahmenideologie (die „unchristliche“ Ethik der Juden) verstärkten sich dabei wechselseitig. Zunächst, seit den 1890er-Jahren ging es schwerpunktmäßig um die Identifizierung von jüdischer Gesinnung mit gesellschaftlicher Zersetzung und um die angebliche Unterhöhnung einer bislang intakten christlichen Welt durch den mit dem Aufstieg des Judentums verbundenen modernen Säkularismus. Der wirtschaftliche Kampf gegen die Juden stand im Vordergrund, ausgedrückt in dem durch fast alle „christlich-demokratischen“ Teilgruppen (wieder mit Ausnahme des ZSch) gehenden Slogan: „Kauft nur bei Christen“ (*Kupujcie tylko u Chrześcijan*).¹⁵⁹ Im Zuge der fortschreitenden nationalen Aufladung der Ideenwelt des christlichen Lagers nach 1907, die im Bündnis des Antiblocks auch ihren politischen Ausdruck fand, rückte die bereits zuvor wirksam behauptete „antinationale“ Gesinnung der Juden weiter in den Vordergrund. Dass der Triumph des Antiblocks gegen den liberal-reformerischen Kurs des Bobrzyński-Lagers mit Hilfe der höchsten kirchlichen Würdenträger geschah (Hirtenbrief vom April 1913, s. o.), wurde von den christlich-antisemitischen Parteien als Bestätigung ihres eigenen Glaubenssatzes gedeutet, der von einem Dualismus von christlicher und jüdischer Welt ausging. Nicht anders ist die Resolution des Hauptrats der SchL im Mai 1913 zu verstehen, die in ihrem vierten Punkt lautete: „Recht und Gerechtigkeit gibt es nur dort, wo keine Juden sind, und das Wohl der Nation ist auf der Seite, wo unsere ehrwürdigsten Erzbischöfe stehen.“¹⁶⁰)

Von großer Bedeutung war überhaupt das Feld der Leitsprüche, Embleme und Symbole. Gerade die Stilisierung der Sozialdemokratie zum Inbegriff einer bösen Gegenwelt der Unmoral und Gottlosigkeit ließ es angebracht erscheinen, gewissermaßen zur Neutralisierung parallele Sprachschöpfungen zu kreieren. Etwa der Leitspruch des ersten Katholikentags: „Katholiken aller Stände, vereinigen wir uns“ (*Katolicy wszystkich stanów łączmy się!*) oder der Untertitel des Stojałowski-Blatts *Pszczółka*: „Schrift für die christlichen arbeitenden Klassen“ (*Pismo dla chrześcijańskich klas pracujących*). Ebenso groß und vielfältig war die Welt der Bilder. So illustrierte *Pszczółka* den ebengenannten Spruch mit einer Art

¹⁵⁹) Erstmals nachweisbar ist dieser Slogan im Jahre 1893 in *Głos Narodu*. Der nationale Kampf mittels propagiertem Wirtschaftsboykott war freilich keine galizische Erfindung, sondern nahm wie so vieles in der modernen politischen Kultur der Monarchie seinen Anfang in Böhmen.

¹⁶⁰) *Słowo Polskie* 27. 5. 1913 (241), S. 1.

Heiligen Familie zu dritt, wobei die eine der beiden anmutigen weiblichen Personen eine Säge, Symbol der Arbeitstätigkeit, in der Hand hielt. Zentrale Bedeutung als Symbol hatte allerdings in den verschiedensten Varianten das Kreuz, nicht nur auf Abbildungen, sondern auch als übergroßes „Mahnmal“ in den Dörfern, wo seine Aufpflanzung und Segnung als Akt der geistigen Inbesitznahme des Ortes verstanden werden konnte. Schließlich sind die Parteilieder nicht zu vergessen, deren Melodie dem bekannten patriotischen Liedschatz entnommen wurden oder aber wiederum dem politischen Gegner entwendet und dem Eigenen hinzugefügt wurden.¹⁶¹⁾

Eine andere Frage richtet sich nach den typologischen Merkmalen der hier besprochenen Parteien. Ähnlich wie das ideologische Profil war der erreichte Organisationsgrad höchst unterschiedlich. Solide konstituiert schien der auf den Bezirk Neusandez und Umgebung beschränkte bäuerliche ZSch. Das lässt sich in erster Linie darauf zurückführen, dass dieser eben ein politischer Verein war, dem von Gesetzes wegen eine Periodizität der Versammlungen und eine Basis aus zahlungspflichtigen Mitgliedern vorgeschrieben war. Dasselbe gilt nicht für die SchL, die zwar Ansätze einer Parteireform in Richtung zahlender Mitgliedschaft und Parteiverwaltung (Kanzlei) kannte, jene aber kaum in die Tat umsetzte. Hinderlich war hier zweifellos die überragende Autorität Stojalowskis, der nicht bereit war, sich ernsthaft internen, nicht von ihm selbst gesteuerten Regulierungsmechanismen unterzuordnen. Es herrscht hier zuweilen der Eindruck vor, dass die SchL nur nominell als Organisation bestand, um dem Verband der „Anhänger Stojalowskis“ (so der inoffizielle Name der Gruppe im Reichsrat) das Gewicht einer kollektiven Verankerung zu geben. Die stark unter bischöflicher Kuratel stehende SKN~ der Jahrhundertwende wie auch die dem Bruch von 1907 folgende PSChS entsprachen wiederum dem Gewerkschaftsmodell, ging ihnen doch ein organisiertes Verbandswesen voraus. Allerdings wurden die christlichen Berufsvereinigungen nie zu Teilen der Partei (wie das Modell der „indirekten Komiteeparteien“ dies vorgibt¹⁶²⁾), sondern existierten parallel zur Parteiorganisation, verbunden mit dieser mittels personeller Doppelfunktionen und gemeinsamen Presseorganen. Im Laufe der Zeit lässt sich zudem deutlich eine Tendenz zur Verselbständigung der Parteiorganisation feststellen.

Das PCL von 1906/7 schließlich kann überhaupt nur bedingt als Partei bezeichnet werden, da es faktisch ein Zusammenschluss der parlamentarischen Eliten von ZSch, SchL und SKN darstellte. Es war allerdings auch wieder mehr als eine Fraktion, denn es umfasste Reichsrat und Landtag, stützte sich auf eine entsprechende Koalition von Presseorganen und führte sogar politische Manifestationen im Lande unter ihrem Namen durch. Nie gelang es jedoch dem klerikalen Lager, eine Parteiorganisation zu schaffen, die territorial übergreifend und gleichzeitig in der Tiefe verankert war. Die Zentren blieben lokal verortet, in Abhängigkeit von der Aktivität des jeweiligen Bischofs oder von besonderen lokalen Verhältnissen (Neusandez). Das große Vorbild, die deutsch-österreichischen Christlichsozialen, blieb bei weitem unerreicht.

¹⁶¹⁾ So wurde die ZSch-Hymne „Noch lebt das polnische Volk“ (*Jeszcze żyje naród polski*) unter Verwendung der Melodie von „Noch ist Polen nicht verloren“ gesungen (*Związek Chłopski* 21. 11. 1900, 33, S. 265 f.), während derjenige der katholischen Arbeiter die sozialdemokratische „Rote Fahne“ (*Czerwony Sztandar*) zur Grundlage hatte. Die Hymne der SchL „Fahne des Kreuzes“ in *Wieniec-Pszczółka* 8. 12. 1901 (49), S. 761 f.

¹⁶²⁾ Duverger, Politische Parteien, S. 36–41.

e) Die Sozialdemokraten

Von allen politischen Richtungen in Galizien war die sozialdemokratische die am stärksten von externen Einflüssen geprägte – ideologisch, organisatorisch und kollektivbiographisch. Auf der Suche nach ihren galizischen Wurzeln stößt man jedoch sehr bald auf das nationalpatriotische Milieu der Demokraten und damit auf Lemberg in den 1870er- und 1880er-Jahren. Dorthin übersiedelte im Jahre 1870 Bolesław Limanowski, später gemeinhin bekannt als Begründer des nationalen Flügels des polnischen Sozialismus. Damals in seinem fünfunddreißigsten Lebensjahr stehend, hatte er als Teilnehmer an der Vorphase des Januaraufstands und Verbannter in Sibirien seine patriotische Feuerprobe hinter sich. Soziologische Studien in Moskau und Dorpat und intensive Lektüre während seiner Verbannung hatten ihn aber auch mit Denken in gesellschaftlichen Kategorien und, vor allem über die Schriften von Ferdinand Lassalle, mit sozialistischem Gedankengut vertraut gemacht. „Galizien“ bedeutete nun, dass Limanowski Foren fand, in denen er auf legale Weise seine progressiven Ideen verbreiten konnte: in den Lemberger demokratischen Zeitungen *Dziennik Polski* und *Gazeta Narodowa* und in den von den Demokraten geschaffenen Vereinen.

Ein als Sonderdruck veröffentlichter Vortrag im Handwerkerverein *Gwiazda* („Über die Arbeiterfrage“, 1871) sollte dem Verfasser größere Bekanntheit verschaffen. Der Gedanke dieser Schrift, die Forderung nach einer Organisation der Arbeiter als Träger des dritten Produktionsmittels (neben Land und Kapital) nach Muster des westlichen Auslands, zeugte nicht nur von wissenschaftlicher Bildung, sondern auch von seiner Kenntnis über internationale Trends in der Arbeiterbewegung. Er fiel aber auch in Lemberg selbst auf fruchtbaren Boden: Unter Führung der Drucker, die aufgrund ihrer Nähe zum Buchstaben nicht nur in Galizien eine Vorreiterrolle spielten, hatte sich hier bereits ein aktives, klassenbewusstes Milieu der Handwerkergehilfen zu entwickeln begonnen, dessen erste kollektive Aktion, die Druckerstreiks von 1870, zu jenem Zeitpunkt bereits ein Jahr zurücklag und sich bis 1873 ausweiten sollte. Parallel dazu erfolgte die Herausgabe von Zeitschriften, zunächst reine Interessenorgane, dann, ab Ende der 1870er-Jahre, mit deutlich politischem Profil. Eine Führungsrolle bei der Koordinierung dieses sich zunehmend radikalisierenden Milieus übernahmen wiederum junge Intellektuelle, einerseits polnische, die ihre nationalpolitischen Ideale mit sozialpolitischem Engagement verknüpften, andererseits ruthenische, die durch die Schriften von Mychajlo Drahomanov zu national- und sozialemanzipatorischem Denken gekommen waren. Solange der Idealismus und die prekären Umstände ihres Handelns sie verband, gab es noch keine Widersprüche in nationaler Hinsicht.¹⁶³⁾

¹⁶³⁾ John-Paul Himka, *Socialism in Galicia. The Emergence of Social Democracy and Ukrainian Radicalism 1860–90*, Cambridge/Mass. 1983; Elżbieta Hornowa, *Ukraiński obóz postępowy i jego współpraca z polską lewicą społeczną w Galicji 1876–95* [Das ukrainische fortschrittliche Lager und dessen Zusammenarbeit mit der polnischen sozialen Linken in Galizien 1876–1895], Wrocław 1968. Grundlegend: Walentyna Najdus, *Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska 1890–1919* [Die Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und Schlesiens], Warszawa 1983. Der gedruckte Vortrag Limanowskis: Bolesław Limanowski, *O kwestii robotniczej* [Über die Arbeiterfrage], Lwów 1871.

Der Lemberger Sozialistenprozess vom Januar 1878 gilt allgemein als Zäsur in der Geschichte des galizischen Sozialismus. Er machte einerseits den Sozialismus in einer breiten Öffentlichkeit bekannt und trieb andererseits die führenden Aktivisten ins ausländische Exil oder in eine semi-konspirative Sphäre, die der ideologischen Geschlossenheit förderlich war. In Lemberg wurde die Zeitschrift *Praca* zum eigentlichen Kristallisationskern sozialistischer Kreise. In ihren Spalten erschienen 1879 und 1880 umfassende politische Programme, die trotz ideologischem Unterbau pragmatisch auf demokratische Reformen (allgemeines Wahlrecht) und Arbeiterschutzmaßnahmen abzielten. Im Januar und Mai 1881 wurden sodann in Genf zwei grundlegende Programme veröffentlicht, das „Programm der galizischen Sozialisten“ und das „Programm der galizischen Arbeiterpartei“. Verfasser waren die Lemberger Ivan Franko, Boleslaw Czerwieński und Ludwik Inlaender, die alle auch zum Redaktionsstab von *Praca* gehörten.

Die Autoren legten besonderen Wert auf einen theoretischen Positionsbezug, der nun deutlich marxistisch ausfiel, allerdings unter Annahme einer sanften, „evolutionären Revolution“. Vor allem ließ sich das Lemberger multinationale Linksmilieu (und im speziellen die Handschrift des Ruthenen Franko) in den Erörterungen der Nationalitätenproblematik erkennen, die, weder als „bourgeois“ ignoriert noch nach der Art von Marx und Engels in den Kategorien „historischer“ und „nicht-historischer“ Nationalitäten wertend differenziert, sondern konsequent im Sinne einer anzustrebenden nationalen Gleichberechtigung (inklusive der Juden) behandelt wurde. Die damit einhergehende Verwerfung des Konzepts von Polen in den Grenzen von 1772, das als historisches Symbol der Unterdrückung verstanden wurde, machte nicht weniger als die Adoption des marxistischen Geschichts- und Gesellschaftsverständnis die Distanz zum Lemberger liberaldemokratischen Milieu deutlich, aber auch zu Limanowski und dem um ihn gruppierten Verein „Polnisches Volk“ (*Lud Polski*), der in seinem ebenfalls 1881 veröffentlichten Programm das nationale Unabhängigkeitsstreben mit sozialistischen Ideen verknüpfte.¹⁶⁴)

In Krakau, der Stańczyken-Hochburg, fehlte sowohl das aktive soziale Milieu der Lemberger Handwerkerbewegung als auch die intellektuell fruchtbare multinationale Mischung der Landeshauptstadt. In dieses Vakuum zog es die exilierten Exponenten der polnisch-sozialistischen Bewegung aus dem Königreich, allen voran deren Führungsfigur Ludwik Waryński (seit 1878 in Krakau), Begründer des sozialrevolutionär-internationalistischen Flügels des polnischen Sozialismus, der im „Brüsseler“ Programm von 1879 seinen Niederschlag fand. Die agitatorische Tätigkeit eines rasch entstandenen Krakauer Waryński-Kreises unter Studenten und Handwerkern kam zu einem abrupten Ende, als zwei Jahre nach Lemberg (1880) auch in Krakau ein – wesentlich größerer – Sozialistenprozess stattfand. In dessen Folge emigrierte Waryński ebenfalls zunächst nach Genf, um dann 1882 in Warschau die erste sozialistische Partei, *Proletariat*, zu gründen, deren Organ *Robotnik* (Arbeiter) allerdings bezeichnenderweise wiederum in Krakau erschien. Die Schließung dieses Organs und die folgenden harten Maßnahmen gegen den angeschlossenen Sympathisanten-Kreis (Warschauer Prozess von 1885) bereiteten dem auf externe Inspiration angewiesenen Krakauer Sozialismus ein vorläufiges Ende, während die Lemberger Bewegung zwar

¹⁶⁴) *Polskie Programy Socjalistyczne 1878–1918. Zebrał i opatrzył komentarzem historycznym Feliks Tych* [Polnische sozialistische Programme 1878–1918, zusammengestellt und historisch kommentiert von F. T.], Warszawa 1975, S. 81–97 (*Praca*), S. 141–146 (*Lud Polski*).

stagnierte, aber dank dem Fortbestehen von *Praca* und einer reduziert aktiven Handwerkerbewegung doch nicht zum Stillstand kam.

Der Wendepunkt kam auch hier am Ende der 1880er-Jahre. Ursächlich waren allerdings nicht wie in den bisherigen Fällen die schicksalhaften Landtagswahlen von 1889, sondern externe Faktoren, der Hainburger Einigungskongress von 1888/89 und die II. Internationale von 1889. Der dort beschlossene 1. Mai als Arbeitertag wurde bereits im Folgejahr begangen, propagandistisch unterstützt von *Praca* und einer neugegründeten zweiten Lemberger Arbeiterzeitung, die vor allem die Eisenbahner im Visier hatte, *Robotnik* (Arbeiter). Getragen vom Erfolg dieser Veranstaltung und zusätzlich ermuntert durch die Nicht-Verlängerung des 1886 eingeführten Anarchistengesetzes und die Gründung der ruthenischen „Radikalen Partei“ (s. u.), riefen diese beiden Zeitungen im November 1890 die erste galizische sozialdemokratische Partei aus, die „Arbeiterpartei“ (*Partia Robotnicza*, PR).

Die PR war zunächst nicht mehr als eines jener hohlen Gebilde, konstruiert aus einem Kreis von Aktivisten (vor allem Handwerkern und Studenten) und deren konsolidierter veröffentlichter Meinung (*Praca* und *Robotnik* erklärten sich als Parteiorgane). Es fehlte sowohl ein Programm (im Aufruf war lediglich von „sozialdemokratischen Prinzipien“ die Rede) als auch eine Organisation. Schon im Folgejahr wurde allerdings einiges an innerer Substanz und äußerem Gewicht hinzugewonnen, einerseits durch die Initiierung eines der Partei zugeordneten, rasch wachsenden Bildungsvereinswesens (*Si a = Kraft*), andererseits durch die Teilnahme ihrer führenden Exponenten an zwei externen Anlässen, dem 2. Kongress der Österreichischen Sozialdemokratischen Partei und dem Brüsseler Kongress der Internationale. Hinsichtlich der Problematik des nationalen Selbstverständnisses der Partei, die von Beginn an virulent gewesen war, gaben die beiden Veranstaltungen allerdings konträre Signale aus: In Wien trat man als Vertreter eines Kronlands auf, das Polen, Ruthenen und Juden beheimatete, während man sich in Brüssel mit den polnischen Delegierten aus den anderen Teilungsgebieten zusammenschloss und sich also implizit als polnische Partei definierte. Die Frage, ob Territorium oder Nation sollte in den folgenden Jahren zentrale Bedeutung erlangen.¹⁶⁵⁾

Mit der Abhaltung des ersten Parteikongresses in Lemberg zu Beginn des Jahres 1892 gelang es, die neue Partei öffentlichkeitswirksam in der politischen Arena zu etablieren. Ihre Teilnahme an der Struktur der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs und damit die Adoption von deren Programm legte eine Namensänderung nahe. Mit der ebendort beschlossenen Umbenennung in „Galizische Sozialdemokratische Partei“ (*Galicyska Partia Socjaldemokratyczna*, GPSD¹⁶⁶⁾) wurde diese Affiliation präzisiert, allerdings mit

¹⁶⁵⁾ Zum Verhältnis von Parteibildung und nationaler Problematik siehe vor allem Kerstin S. Jobst, Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die polnische und ukrainische Sozialdemokratie in Galizien von 1890 bis 1914. Ein Beitrag zur Nationalitätenfrage im Habsburgerreich, Hamburg 1996.

¹⁶⁶⁾ Unter diesem Namen ist die Partei in die Geschichte eingegangen, obwohl die zeitgenössisch üblichere Form zumeist anders lautete, nämlich „Sozialdemokratische Partei in Galizien“ (*Socjalno-demokratyczna Partia w Galicji*). Infolge der Einbeziehung der Nachbarkronländer in die Partei wurde die territoriale Kennzeichnung durch Schlesien und die Bukowina (bis zu deren Verselbständigung 1897) erweitert.

Rücksicht auf die besondere Rolle der Intelligenz ohne die einschränkende Nennung der Arbeiterschaft. Gleichzeitig wurde das territoriale Kriterium (Galizien) durch diese revidierte Namensgebung nachdrücklich bekräftigt. Damit befand man sich in einer Linie mit der Tendenz in der Gesamtpartei, welche anlässlich ihres 2. Parteitages im Juni desselben Jahres den Aufbau eines Organisationsprinzips nach Maßgabe der administrativen Grenzen beschlossen hatte. Derselbe Parteitag hatte der neuentstandenen innerparteilichen radikalen Opposition eine Abfuhr erteilt, die revolutionäre mit partei-föderalistischen Ideen zu verbinden versuchte.

Auch Galizien hatte eine Spielart dieser sogenannten „Unabhängigen“. Zentrum war ein Kreis um den Redakteur der schon traditionsreichen Zeitung *Praca*, Józef Daniluk. Dieser, selbst ruthenischer Herkunft, widersetzte sich dem Beschluss des ersten Parteikongresses der PR/GPSD, sein Organ der neu konstituierten Partei unterzuordnen und trat für die Bewahrung der alten Werte ein: Beibehaltung konspirativer Traditionen statt bedingungsloser Reformismus, Unabhängigkeit und Föderalismus statt Gehorsam gegenüber dem Wiener Partei-„Zentralismus“, Internationalismus statt schleichende Polonisierung.¹⁶⁷⁾ Diese Bewegung der Lemberger „Unabhängigen“ erlangte wegen mangelnder programmatischer Klarheit und fehlendem organisatorischem Potenzial, aber auch infolge ihrer internen Zersplitterung nie die Kraft, eine eigene Partei zu bilden. Sie blieb auf Zeitungsorgane (nach der bereits 1892 eingestellten *Praca* die Wochenschrift *Monitor*), populäre Einzelpersonen (Ernest Breiter) und einen wenig erfolgreichen Bildungsverein (*Świt* Morgenrot) beschränkt.

Die Absonderung der Lemberger „Unabhängigen“ stellte sich als Niederlage der älteren, übernational orientierten Generation dar, die noch außerhalb bürokratisierter Parteistrukturen agierte hatte. Die neue Generation wurde vor allem verkörpert durch den jungen, dynamisch aufstrebenden Ignacy Daszyński, der an das sozialistische Potenzial der polnischen Freiheitsidee und an den Sonderstatus der Polen glaubte, den er in seiner vielzitierten Rede während des gesamtösterreichischen Parteikongresses von 1892 ausdrückte.¹⁶⁸⁾ Seine auf dieser Grundlage (nicht etwa auf einem antiruthenischen Reflex) beruhenden Bemühungen, die GPSD als polnische Partei zu konstituieren, trugen nach 1892 sukzessive Früchte. Förderlich war zunächst eine Verlagerung von dem durch die Sezession der „Unabhängigen“ geschwächten Lemberger Milieu nach Krakau, dem traditionellen polnisch-patriotischen Zentrum. Hier war inzwischen dank des beachtlichen Erfolgs des lokalen *Si a*-Ver eins ein günstigerer Boden für ein sozialdemokratisches Milieu entstanden, das nun entscheidend gestärkt wurde durch die Gründung einer neuen Parteizeitung, *Naprzód* (Vorwärts), die seit 1893 unter Daszyńskis Leitung stand. Parallel dazu verstärkten sich innerhalb der mit der GPSD kooperierenden ruthenischen Radikalen Partei (s. u.) die marxis-

¹⁶⁷⁾ In diesem letzten Punkt stellt dies eine Kehrtwende zu früheren Positionen dar, als gerade *Praca* im Vergleich zu *Robotnik* nationalere Töne, etwa hinsichtlich der 1. Mai/3. Mai-Kontroverse, angeschlagen hatte. Dazu Jobst, *Zwischen Nationalismus*, S. 47 f. und 58.

¹⁶⁸⁾ Wegen der Verpflichtungen gegenüber den Stammesbrüdern jenseits der Grenzen könne man nicht wie die anderen ganz in die österreichische Partei eingefügt werden. Zitiert unter anderem bei Walentyna Najdus, *The Relation of the Polish Social Democrats in Galicia to the Habsburg Empire and the Austrian Social Democratic Workers Party*, in: *Studies in East European Social History*, hrg. von Keith Hitchins, Leiden 1977, Bd. 1, S. 66–93, hier 80 f.

tisch orientierten Kräfte, die auf die Gründung einer eigenen sozialdemokratischen Partei drängten.

Beide Tendenzen erhielten einen entscheidenden Anstoß durch die vor allem von tschechischer Seite forcierte Entwicklung der österreichischen Gesamtpartei von einer deutsch dominierten, auf Basis der Länder organisierten Partei hin zu einer auf nationalen Grundlagen konstituierten Parteienföderation. Intern abgeschlossen wurde dieser Prozess am 6. Gesamtparteitag im Juni 1897 durch das neue Parteistatut, seine gesellschafts- und staatspolitische Erweiterung erfuhr er im Brünnener Nationalitätenprogramm von 1899. Noch im Herbst 1897, also im Anschluss an den 6. Gesamtparteitag, beschloss der 5. Parteitag der GPSD, sich in dem Moment als polnische Partei zu konstituieren, wenn die Ruthenen zu einer eigenen Parteigründung schritten. Diese Bedingung erfüllte sich – unerwarteterweise – erst zwei Jahre später, am Ende des Jahres 1899, so dass die Partei das neue Jahrhundert als „Polnische Sozialdemokratische Partei“ (*Polska Partia Socjalno-Demokratyczna*, PPSD) in Angriff nahm.¹⁶⁹⁾

Damit war die nationale Problematik innerhalb der Partei freilich noch nicht ganz gelöst, verblieb doch die Frage des jüdischen Separatismus, der vor allem durch die Gründung des „Bund“ (1897) im russischen Teil großen Auftrieb erhalten hatte. Im Gegensatz zur ruthenischen Organisationsbildung war für die Absonderung einer jüdischen Partei weder die Unterstützung der Parteiführung noch das Desinteresse der Wiener Zentrale zu erwarten. Viele der Assimilation verpflichtete jüdische Parteipolitiker wandten sich im Gegenteil vehement gegen einen solchen Schritt. Erst als es dennoch im Mai 1905 zur Gründung einer jüdischen sozialdemokratischen Partei kam, antwortete die PPSD mit der Schaffung einer jüdischen Sektion innerhalb der Partei, die sich freilich später ebenfalls verselbständigte (s. unter 3c).

Die nationale Problematik war ein zunächst verdrängtes Problem der als Klassenpartei angelegten österreichischen Sozialdemokratie, die dem immensen desintegrativen Druck der nationalen Ideologie letztlich nicht standhalten konnte. Die Situation in der galizischen Partei war zusätzlich dadurch gekennzeichnet, dass der zum Wohlgefallen der Wiener Parteiführung vorgebrachte theoretische Anspruch, übernational zu sein, von Beginn an mit der sozial bedingten Realität, der faktischen Dominanz der Polen, in krassem Widerspruch stand. Zweitens wirkte die Etablierung der sozialdemokratischen Parteien jenseits der Grenzen als mächtiger Ansporn für die PR/GPSD, sich als überstaatlich verankerte polnische Partei zu legitimieren. Der Umstand, dass man auf diese Weise politisch „nationaler“ vernetzt war als die Rivalen, wäre als Bonus gegenüber den anderen polnisch-galizischen Parteien zu verbuchen gewesen, welche die nationale Parole vorwiegend in ihrer Rhetorik führten. Tatsächlich aber sah man sich im politischen Alltagsgefecht gerade mit dem Etikett der „unnationalen“ oder „antinationalen“ Partei konfrontiert.

Diese Ausgrenzung der Sozialdemokratie aus dem jeweiligen Verband der national definierten politischen Gesellschaft war zwar ein europaweit verbreitetes Phänomen. Im Kontext des österreichischen Vielvölkerstaates konnten jedoch in der Öffentlichkeit verankerte Abwehrreflexe gegen den Deutschzentrismus, der nun in Gestalt der Österreichischen

¹⁶⁹⁾ Dieser neue Parteiname wurde nie durch einen offiziellen Beschluss sanktioniert. In der Vollversion nannte sich die Partei „Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska“.

Sozialdemokratischen Partei wiederzukehren schien, nutzbar gemacht werden. Umso bedeutsamer war der Beschluss jenes 6. Gesamtparteitags, der eine national-föderative Struktur einführte. Wenn demnach in Zukunft die Kompetenz des Gesamtparteitags auf solche Fragen zu beschränken war, die für alle nationalen Organisationen (Landesparteitage) gemeinsam waren, dann klang dies auffallend ähnlich wie die seit langem von den progressiven galizischen Demokraten in der Nachfolge Smolkas vergeblich angestrebte, strikt föderative Kompetenzverteilung zwischen Reichsrat und Landtag.¹⁷⁰⁾

Dennoch waren dem autonomen Handeln der GPSD/PPSD durch ihre Einbindung in die gesamtösterreichische Partei reale Beschränkungen auferlegt. Verbindlich war zunächst vor allem das Parteiprogramm: Hainfeld 1889 (ergänzt 1892) und dann das revidierte, im Akzent etwas stärker reformistische „Wiener“ Programm von 1901.¹⁷¹⁾ Demnach lauteten die politischen Grundlinien: Wissenschaftlicher Sozialismus, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Vorreiterrolle des Proletariats, Erziehung zu Klassenbewusstsein und Stärke durch die Partei; dann: Aufhebung aller Freiheitsbeschränkungen, Demokratisierung (insbesondere das allgemeine und gleiche Wahlrecht) und Sozialgesetzgebung zugunsten der Arbeiter (insbesondere Achtstundentag), 1901 unter anderem zusätzlich: Trennung von Kirche und Staat, Abschaffung der Todesstrafe, Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts und Gleichstellung der Frau. Die marxistischen Grundannahmen konnten ohne weiteres übernommen werden, da sie nur theoretische Bedeutung hatten, gleichzeitig aber das Gefühl einer wissenschaftlichen Fundierung vermittelten.

Die praktischen Vorgaben, also im Speziellen die politischen und sozialpolitischen Forderungen waren wiederum flexibel den Landesbedürfnissen anzupassen und durch eigene Akzente zu ergänzen, vor allem über das Instrument der Resolutionen, welche der Landesparteitag zuhanden der Gesamtexekutive und des Parlamentsklubs beschloss. Diese beiden Instanzen waren die Schaltstellen, welche Gesamtpartei und Landespartei inhaltlich und personell verknüpften. Deren Beschlüsse wie auch die Resolutionen des Gesamtparteitags wurden mittels der Parteiorgane der politischen Gefolgschaft in den Ländern und Sprachregionen zugänglich gemacht und gegebenenfalls später durch die Landesparteitage offiziell als Grundlage der eigenen Politik zur Kenntnis genommen. Nach 1899 war es wiederum Pflicht der jeweiligen Parteioffizien, dem Gesamtparteitag Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten. Schließlich gab es symbolische Gesten, welche die innere Verbindung und Solidarität der nationalen Parteien unter Beweis stellen sollten, etwa die Gepflogenheit, wechselseitig einen Gast zu schicken oder zumindest durch ein Begrüßungstelegramm anwesend zu sein.

Im Zeitverlauf verselbständigten sich die national konstituierten Landesparteien gegenüber der Gesamtpartei. Die dem Beschluss einer Umgestaltung in eine Föderativpartei (1897) folgenden acht Jahre lassen sich als Periode des produktiven Miteinanders der autonomisierten nationalen Parteien der österreichischen Sozialdemokratie umschreiben.

¹⁷⁰⁾ Zur nationalen Problematik der österreichischen Sozialdemokratie insgesamt siehe Hans Mommsen: *Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat*, Bd. 1, Wien 1963 sowie Raimund Löw, *Der Zerfall der „Kleinen Internationale“*. Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreichs 1889–1914, Wien 1984.

¹⁷¹⁾ Klaus Berchtold (Hg.), *Österreichische Parteiprogramme 1868–1966*, Wien 1967, S. 137–139 und 145–148.

Erstrangige Bedeutung als kohäsives Element hatte zweifellos der Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht, der ohne regionale Anpassungsschwierigkeiten propagiert werden konnte und im reichsweiten Generalstreik vom November 1905 auch in Galizien seinen symbol- und machträchtigen Höhepunkt erlebte. Unmittelbar vorangegangen war der ganz dem Wahlkampfthema gewidmete Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der denn auch bezeichnenderweise der letzte sein sollte. Nach der großen Reichsratswahlreform verlagerte sich der Wahlrechtskampf auf die Länder, insbesondere in Galizien, wo die Landtagswahlreform überhaupt zum politischen Leitthema werden sollte. Wichtiger noch für die fortschreitende Desintegration waren jedoch insbesondere im polnischen Fall die gesamtpolitischen Veränderungen – die Umwälzungen in Russland und das sich stetig aufheizende nationalistische Klima. Beides verstärkte die Orientierung hin zu den nationalen Bruderparteien jenseits der Grenzen, aber auch eine Annäherungstendenz gegenüber den nicht-sozialistischen polnischen Parteien Galiziens.

Nach 1905 wurde also jenes Miteinander der sozialdemokratischen Parteien sukzessive zu einem Nebeneinander, das sich allerdings im polnisch-deutschen Falle als ein durchwegs harmonisches gestaltete. Diesem positiven Verhältnis lag ein Gefühl der Dankbarkeit der polnischen gegenüber der deutsch-österreichischen Partei zugrunde, die – so Daszyński während deren Parteitag von 1912 – die einzige Schutzmacht war, welche ihre Hand über die noch schwache polnische Organisation gehalten hatte. Tatsächlich zehrte diese während vieler Jahre von beträchtlichen materiellen Zuwendungen seitens der Wiener Partei. Die Loyalität der Polen zeigte sich insbesondere in der ebenfalls weit zurückreichenden vermittelnden Tätigkeit im deutsch-tschechischen Antagonismus, der eine interessante Parallele zur vermittelnden Rolle des Polenklubs zwischen denselben Antagonisten in der Reichspolitik darstellte.

Das sollte sich insbesondere in der großen Krise von 1911 zeigen, die von der separatistischen Bewegung der tschechischen Gewerkschaften ausging und in einer Parteispaltung der tschechischen Sozialdemokratie endete. In diesem Fall kam hinzu, dass die Polen zur selben Zeit mit einer strukturell ganz ähnlich begründeten Sezession der ebenfalls unter einem Hegemonisierungstrauma leidenden ruthenischen Partei zu kämpfen hatten. Nach dem Zerfall des Reichsratsklubs (siehe Abschnitt III) kam es schließlich Ende 1912 zu einem letzten, allerdings durch die Internationale inspirierten, konzertierten Akt der Gesamtpartei, als die Exekutivkomitees der nationalen Parteien ein Antikriegsmanifest erließen. Für die Polen war dies zweifellos eine halbherzige Sache, waren ihre führenden Parteipponenten doch gleichzeitig intensiv mit dem Aufbau einer paramilitärischen Organisation beschäftigt.

Als Forum für die Entwicklung und Präsentation eines eigenständigen Profils fungierten, wie erwähnt, die Landesparteitage, die zwischen 1892 und 1914 dreizehn Mal abgehalten wurden. Nicht minder wichtig war die Presse, welche auch während der „zentralistischen“ Phase aufgrund der Sprachbarriere einer engeren ideologischen Kontrolle seitens der Exekutivorgane der Gesamtpartei entzogen war. Überblickt man die Verhandlungen und Resolutionen der Parteitage sowie die von der Parteipresse erarbeiteten zentralen inhaltlichen Schwerpunkte, so ergeben sich vier Bereiche, in denen die polnische Sozialdemokratie Galiziens stets wiederkehrend einen selbstgewählten inhaltlichen Schwerpunkt setzte, der ihr gegenüber der Gesamtpartei ein eigenes Gepräge gab: das Verhältnis zu den polnischen „Bruderparteien“ jenseits der Staatsgrenzen, die Agrarfrage, die Gewerkschafts-

frage sowie die Parteiorganisation. Schließlich stand auch das Feld der Selbstrepräsentation im Spannungsfeld zwischen Gesamtsozialdemokratie und national-regional geprägter Identität.

Zunächst das Verhältnis zu den Bruderparteien. Dieses wurde in dem Moment zu einem politischen Problem, als die polnische Sozialdemokratie der anderen Teilungsgebiete sich in mehrere Richtungen spaltete und damit die propagierte dreifache Solidarität parteipolitisch konkretisiert werden musste. Enge Beziehungen bestanden von Beginn an zur Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS), die, unter Führung Limanowskis in Paris gegründet, seit 1893 in Kongresspolen aktiv wurde und für die bekannte Vorrangigkeit der nationalen Unabhängigkeit gegenüber der sozialen Revolution stand. Dieser nationalen, strikt antirussischen Linie sah sich die Führung der PPSD in der Folge bei allen nach links abweichenden Strömungen verpflichtet. Zunächst spielte Daszyński eine aktive Rolle bei der versuchten Ausgrenzung der von Rosa Luxemburg geführten Sozialdemokratie des Königreichs Polen (ab 1900: und Litauens) (SDKP/SDKPiL) aus der Internationale.

Nach der Jahrhundertwende verlagerten die rivalisierenden Gruppen selbst – PPS, PPS-Proletariat (eine 1900 gegründeten Splittergruppe) und SDKPiL – ihre Hauptorgane in die westgalizische Metropole, wodurch sich ein Einflusskreis um diese Organe herausbildete, der das lokale politische Monopol der PPSD auszuhöhlen drohte. Zusätzlich veranlasst durch den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges, proklamierte darauf das Exekutivkomitee der PPSD das offizielle, als exklusiv verstandene Bündnis zwischen PPSD und PPS (*Sojusz bratni*: brüderliches Bündnis), das trotz erheblicher Gegenwehr durch den (9.) Parteikongress vom Herbst 1904 abgesegnet wurde. Nach Ausbruch der Russischen Revolution geriet jedoch die strikt nationale Linie Daszyńskis verstärkt ins Wanken, als innerhalb der PPS ein linker Flügel für die aktive Zusammenarbeit mit den russischen Sozialdemokraten zur Erreichung der politischen Ziele eintrat.

Angesichts der beträchtlichen Unterstützung, welche diese „Jungen“ (seit Ende 1906 „PPS-Lewica“) auch in der PPSD fand, konnte die Mehrheit der Parteiführung ihre Unterstützung der „Alten“ unter Pilsudski (dann „PPS-Frakcja“) nicht offiziell machen (Neutralitätserklärung des 10. Parteikongress vom Mai 1906). Der vorwiegend von Krakau aus organisierte, von der PPSD mitunterstützte Aufbau paramilitärischer Formationen unter der Führung Pilsudskis stärkte jedoch in der Folge nachhaltig die Achse PPSD – PPS und schwächte die Präsenz der Linken in Galizien. Unter diesen Umständen konnte es die Parteileitung im Jahre 1912 wagen, beide Parteien unter das Dach der TKSSN (s. o.) zusammenzuführen. Der ein Jahr später folgende 13. Parteikongress, der letzte vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, segnete trotz neuerlicher Kritik an der eigenmächtigen Vorgangsweise der Exekutive diesen Schritt ab und legte damit endgültig den Weg fest in der bevorstehenden militärischen Auseinandersetzung.

Ein zweiter thematischer Bereich, der wiederholt zu Debatten und Richtungsstreitigkeiten führte, betraf die Haltung in der Agrarfrage, dessen besondere Relevanz in Galizien durch die stark landwirtschaftlich geprägte sozial-ökonomische Struktur gegeben war. Auf die spezifischen Voraussetzungen Galiziens hatte bereits der einzige polnische Delegierte am Hainfelder Parteikongress aufmerksam gemacht, ohne dass seine Anregungen berücksichtigt worden wären. Weder das damals beschlossene noch das Wiener Programm von 1901 widmete sich gesondert der Agrarbevölkerung. Im Hintergrund standen die großen

Schwierigkeiten der gesamteuropäischen Sozialdemokratie, aus dem durch Marx und seinen Interpretatoren vorgegebenen theoretischen Raster heraus dem Bauerntum eine positive Rolle zukommen zu lassen. Die Galizier selbst, deren Stärke im Rahmen der Gesamtpartei nie in Beiträgen zu dogmatischen Fragen lag, konnten auch in den internen Debatten keine Klarheit in dieser Frage finden.

Auch die Parteiführung der GPSD/PPSD war schließlich von städtischen Intellektuellen und Handwerker- bzw. Arbeitereliten dominiert. Daher kam es auch hier trotz verschiedener Anstöße von Seiten der ruthenischen Radikalen, aber auch polnischer Aktivisten (Jan Kozakiewicz) in den 1890er-Jahren (3. bis 5. Parteikongress, 1894–1897) nie zu einem ideologisch kohärenten Agrarprogramm. Letztlich beschränkte man sich auf eine pragmatische Zugangsweise, welche sich auf eine allgemeine agitatorische Präsenz auf dem Lande konzentrierte: Seit 1896 erschien eine eigene sozialdemokratische Bauernzeitung, *Prawo Ludu* (Volksrecht), ab 1902 unterstützte man aktiv den als Klassenkampf gewerteten Agrarstreik (8. Parteikongress von 1903) und während des 10. Parteikongresses von 1906 beschloss man die Einrichtung einer Zentralorganisation für die Landbevölkerung, die allerdings nie ins Leben trat.¹⁷²⁾

In allen europäischen Ländern stand die Geschichte der Sozialdemokratie in einem engen Verhältnis zum frühen Arbeiterassoziationswesen. Das galt auch für Galizien und die polnische Sozialdemokratie. Auch hier waren die Assoziationen älter als die Partei und hatten in der Form der Handwerker- und Gesellenbewegung sowie der Arbeiterbildungsvereine zu deren Entstehung wesentlich beigetragen. Nach Gründung der Partei kehrte sich dieses Verhältnis um, und nun wurde diese, vor allem mittels ihrer Presseorgane, zum wesentlichen Motor beim weiteren Ausbau der Assoziationen. Der Anstoß kam jedoch wiederum zu einem wesentlichen Grad von außen, von der Gesamtpartei, welche aufgrund der fortgeschritteneren Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung noch wesentlich stärker auf die Assoziationen als Bausteine der Partei setzte. Schon Hainfeld hatte zum Aufbau von „Gewerkvereinen“ aufgerufen. Am ersten österreichischen Gewerkschaftskongress im Jahre 1893 war die ideelle Verbindung zur Sozialdemokratie festgelegt worden, und das im Folgejahr beschlossene Parteistatut empfahl den Parteiangehörigen, sich ihrer jeweiligen Branchenorganisationen anzuschließen – oder auch einem Bildungsverein oder politischen Verein. Gerade die Inkludierung der Bildungsvereine war eine Konzession an die „rückständigen“ Regionen der Monarchie, nicht zuletzt an Galizien.

Die Zugehörigkeit zur österreichischen Gesamtpartei lieferte in den Folgejahren einen wichtigen Impuls für die polnisch-galizische Partei und ihre Aktivisten, die Organisation von Gewerkschaften voranzutreiben. Während des 5. Parteitags (1897) wurde beschlossen, noch stärker als bisher die Gewerkschaften in die politischen Anstrengungen einzubeziehen und der 6. Parteitag (1899) bestätigte die „unauflösliche Einheit“ von gewerkschaftlicher und politischer Bewegung und verpflichtete die Parteimitglieder, Arbeiterassoziationen anzugehören. Vielfach wurden auch die Mitgliedsbeiträge über diese eingezogen. Wie eng das Verhältnis war, zeigt sich schließlich auch an der Tatsache, dass der erste galizische

¹⁷²⁾ Dazu Näheres bei Michał Śliwa, *Kwestia rolna w myśli programowej Polskiej Partii Socjalno-Demokratycznej Galicji i Śląska* [Die Agrarfrage im programmatischen Denken der PPSD], in: *Studia Historyczne* 28/2 (1985), S. 245–265 sowie Najdus, *Polska Partia Socjalno-Demokratyczna*, S. 175–192; Jobst, *Zwischen Nationalismus*, S. 62–72 und 125–128.

Gewerkschaftskongress von 1899 schlicht eine Erweiterung des damaligen Parteitags war. Nach der Jahrhundertwende war man, auch dies dem allgemeinen Trend folgend, aus prinzipiellen Überlegungen heraus bemüht, jene enge Verflechtung sukzessive zu lösen. Im Parteistatut von 1901 wurde zwar die verpflichtende Zugehörigkeit zu Gewerkschaft bzw. Arbeiterbildungsverein verankert, jedoch gleichzeitig die Vertrauensmänner auf lokaler Ebene von den Assoziationen entkoppelt, zugunsten der Konzeption einer reinen Mitgliederpartei auf individueller Basis. Am 10. Parteitag von 1906 waren erstmals keine Assoziationsvertreter anwesend, und auch das hierbei beschlossene Statut führte eine klare Trennung der beiden Bereiche ein, nicht zuletzt, um die zu diesem Zeitpunkt ganz auf die Wahlreform konzentrierte Partei von zusätzlichem Konfliktstoff zu entlasten.

Damit ist schon das vierte Dauerthema der Partei angesprochen: die Organisationsfrage. Deren besondere Bedeutung für die Sozialdemokratie im allgemeinen ergab sich aus ihrem Selbstverständnis als politisches Instrument der Massen, deren Erfassung einen ganz anderen Grad der Penetration in die Gesellschaft und der internen Effizienz bedingte als die periodische Mobilisierung einer Gemeinschaft von Wählern. Allerdings handelte es sich hierbei insbesondere für die Sozialdemokratie in den „rückständigen“ Provinzen zunächst einmal um eine theoretische Zielvorgabe, deren Umsetzung nur äußerst langsam realisiert werden konnte. Als der österreichische Gesamtparteitag von 1892 das Ziel formulierte, die Rolle der Zeitungsredaktionen als Zentralpunkte der Partei durch ein System von gewählten Vertrauensmännern auf Bezirksebene zu ersetzen, gab der polnische Delegierte (Daszyński) zu bedenken, in Galizien müsse man noch länger beim alten System bleiben, weil etwaige Vertrauensmänner sofort aus ihrem Orte abgeschoben würden.¹⁷³⁾

Im Vordergrund stand in der Tat weit mehr die Agitation via Medienpräsenz, Versammlungen und Streiks als die Schaffung einer stabilen, örtlich lokalisierten Organisationsbasis. Um hier dennoch voranzukommen, wurden in Ausführung der revidierten Organisationsstatuten der Gesamtpartei von 1894¹⁷⁴⁾ zwei Kreisorganisationen als „Agitationsbezirke“ geschaffen, einen jeweils für West- und einen für Ostgalizien mit Sitz in Krakau bzw. Lemberg, deren erste „Landeskonferenzen“ Ende 1893 bezeichnenderweise in den jeweiligen Zeitungsredaktionen (*Naprzód* bzw. *Robotnik*) stattfanden. Die Parteiorgane dienten als Verwaltungszentrum und Zahlstelle, die Geldmittel wiederum kamen einem sogenannten „Agitationsfond“ und einem „Pressefond“ zugute.

Jene Zweiteilung der Partei in einen west- und einen ostgalizischen Bezirk wurde erst 1897 aufgehoben, als man die Einrichtung eines zentralen Exekutivorgans in Krakau beschloss, dem nun vier Agitationsbezirke (Lemberg, Krakau, Przemyśl sowie Teschen) untergeordnet waren. Im Jahre 1901 gelang es dann, die inzwischen gewachsenen Organisationen und Strukturen zu dem schon erwähnten Parteistatut zusammenzuschneiden, das sich zwar an dasjenige der deutschen Partei anlehnte, aber gleichzeitig die spezifischen Verhältnisse im Kronland berücksichtigte. Grundelement war nun das Parteimitglied, das nicht mehr wie zu Beginn lediglich aufgrund seiner politischen Gesinnung definiert war, sondern zur Zahlung einer Parteisteuer verpflichtet wurde, die teils der lokalen Organisa-

¹⁷³⁾ Verhandlungen des dritten österreichischen socialdemokratischen Parteitages abgehalten zu Wien am 5., 6., 7., 8. und 9. Juni 1892 in den Drei Engel-Sälen, Wien 1892, S. 134 f.

¹⁷⁴⁾ Verhandlungen, S. 193–196 (Absatz III). Das erste Statut wurde 1892 erlassen.

tion (in dezentral zu beschließender Höhe) und teils der zentralen Parteiverwaltung zuffloss. Das Parteimitglied war seinem Wohnort zugeordnet, wo es ein Ortskomitee wählte.

Die nächst höher liegende Ebene wurde von den erwähnten vier Bezirksorganisationen gebildet, denen später zwei weitere (Stanislaw und Stryj) hinzugefügt wurden. Als höchstes Organ fungierte der alle zwei Jahre einzuberufende „Kongress“ (Parteitag), der sich aus den Orts- und Bezirksdelegierten sowie dem Parteivorstand und den Abgeordneten zusammensetzte. Das revidierte Parteistatut von 1906 schaltete im Hinblick auf die große Wahlreform zwischen Orts- und Bezirksebene noch die Wahlkreisorganisation ein. Im Rahmen der Gesamtpartei bildeten bereits seit 1897 die Wahlkreise der allgemeinen Wahlkurie die territorialen Grundeinheiten, während galizienintern dieses Prinzip wegen der enormen Größe der Wahlkreise damals nicht durchgeführt werden konnte. Ausführende Organe waren schließlich der vom Kongress zu wählende Vorstand sowie das mit dem laufenden Geschäft betraute Exekutivkomitee, das faktisch den größten Einfluss auf den Kurs der Partei ausübte.¹⁷⁵⁾

Die mangelhafte Aktivität der Ortskomitees und deren geringe Kommunikation mit der Zentrale ließen den 11. Parteikongress (1908) erneut Ergänzungen des Statuts vornehmen und Resolutionen beschließen, welche die Parteibasis aufwerten (direkte Delegiertenwahl, Präsenz in den Vororten, Einrichtung von Arbeiter- und Bauernbibliotheken) und gleichzeitig die Parteieuxekutive stärken sollten (Erhöhung der Mitglieder des Exekutivkomitees, einheitliche Parteisteuer, Einrichtung eines Parteisekretariats). In dieselbe Richtung ging die Resolution des 12. Parteitags (1911), die zur Gründung von politischen Vereinen in den Orten aufrief. Die Diskussionen in den Parteigremien und die verabschiedeten Resolutionen zeigen deutlich, dass weite Teile des Statuts nicht über die Normvorgabe hinaus kamen. Das Parteisekretariat blieb vorerst unrealisiert, die Erfassung der Mitglieder bruchstückhaft und die Einziehung der Parteisteuer ineffizient. Ein einheitliches System von Mitgliederlegitimation gegen Beitragsleistung konnte nur ansatzweise durchgeführt werden, da alte Formen (Koppelung von Parteisteuer mit Zeitungsabonnement, Assoziationen als Zwischeninstanzen) weiterbestanden. Immerhin wuchs die Zahl der registrierten Parteimitglieder bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf 16000 Personen (gegenüber 30000 organisierten Gewerkschaftern und 70000 Wählern). Allerdings blieben große weiße Flecken auf der sozialdemokratischen Landkarte bestehen, denn noch an den letzten Parteitagen waren nur etwas über ein Drittel der politischen Bezirke (fast ausschließlich durch die Hauptorte) Galiziens mit Delegierten vertreten.

Als letztes wäre die kulturelle Identität und Repräsentation der Partei anzusprechen, die sich in der politischen Sprache, der Symbolik und den historischen Identifikationen erfassen lässt. In diesem Feld scheint die bindende Kraft der österreichischen und internationalen Sozialdemokratie gegenüber der Tendenz zur nationalen Desintegration überwogen zu haben. So wurde der überwiegende Teil der sprachlichen Elemente von der internationalen Sozialdemokratie übernommen, etwa die diversen Wortschöpfungen wie „Genosse“ (*Towarzysz*, später auch „Genossin“: *Towarzyszka*) oder der Spruch der Internationale, „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“, der bei jeder Gelegenheit die Zugehörigkeit zu einer

¹⁷⁵⁾ Der Vorstand setzte sich jeweils in etwa je zur Hälfte aus Vertretern der Intelligenz und der „Arbeiterschaft“ (nach wie vor viele aus dem Druckergewerbe) zusammen.

größeren politischen Bewegung kenntlich machte. Dasselbe gilt auch für die diversen Symbole und Embleme: rote Nelke, rote Fahne (generell die Farbe Rot), dann die verschlungenen Hände mit dem Hammer als häufigstes Parteiemblem auch der GPSD/PPSD.

Besondere Bedeutung kam der 1. Mai-Feier zu, darüber hinaus ganz allgemein der manifestierenden Masse (etwa als politische Demonstrationsgemeinschaft oder als Streikgemeinschaft) als Symbol der Macht und Legitimation der Vielen. Der 1. Mai stand zwar in den polnischen Gebieten in einem pikanten Verhältnis zum großen nationalen Gedenktag des 3. Mai. Mit Ausnahme des 100. Jahrestags von 1891, als es in jener Frühphase der Parteigeschichte zu internen Kontroversen über die Beteiligung hier und dort kam, stellte der 1. Mai jedoch den zwei Tage später begangenen, als „bourgeois“ erklärten Feiertag klar in den Schatten. Bei den Liedern handelte es sich ebenfalls zum großen Teil um Importware (Internationale, Arbeiter-Marseillaise), das beliebteste Lied allerdings war eine eigene (galizische) Schöpfung (*Czerwony Sztandar*: Rote Fahne).

Hinsichtlich der historischen Helden und damit der Selbsteinordnung in die geschichtliche Entwicklung standen an vorderster Stelle die großen Ahnen der Sozialdemokratie: Marx und Lassalle, gelegentlich Engels, die genau wie bei den deutsch-österreichischen Parteitagern zumeist als Büsten den Kongresssaal schmückten. Immerhin erschienen die polnischen Figuren zuweilen in Porträts an den Wänden, verstorbene Aktivisten wie der Bruder Daszyńskis (Felix), die Mitbegründer der ersten Partei Antoni Mańkowski und Bolesław Czerwieński (letzterer auch Schöpfer von *Czerwony Sztandar*), oder der frühe Märtyrer Ludwik Waryński. Wäre Limanowski nicht erst in der Zwischenkriegszeit 100-jährig verstorben, hätte er es bestimmt schon vor dem Krieg bis zur Büste gebracht. So wurde er, der seit 1907 in Krakau lebte und als einer der wenigen auch weiterhin theoretische Beiträge leistete, als lebender „Patriarch des polnischen Sozialismus“ verehrt, dem man im November 1910 aus Anlass seines 75. Geburtstags, seiner 50-jährigen literarischen Tätigkeit und seiner 40-jährigen „Arbeit für den Sozialismus“ eine Huldigungsfeier darbrachte. Abgesehen von diesen Helden der Parteigeschichte vereinnahmte man zentrale Figuren der nationalen Geschichte und interpretierte sie als Vorläufer der Sozialismus, so insbesondere Mickiewicz und Kościuszko, an deren Erinnerungstagen man, ausgestattet mit den parteieigenen Symbolen, teilnahm. Nach der Jahrhundertwende bedurfte es allerdings im Zuge der Nationalisierung der Gesamtgesellschaft immer weniger einer solchen parteiideologischen Rechtfertigung, wie sich vor allem an der vorbehaltlosen Teilnahme an der antipreußisch akzentuierten Grunwald-Feier von 1910 zeigte.¹⁷⁶⁾

f) Die Nationaldemokraten

Die polnischen Nationaldemokraten gelangten als letzte politische Gruppierung in Galizien, erst nach der Jahrhundertwende, zu einer Parteigründung. Politische Ideologie und personelle Rekrutierung lassen sich wie im Falle der PSL und der Sozialdemokraten in den späten 1870er- und 1880er-Jahren im Königreich Polen (mit starken Verbindungen zur russischen Inteligencja) lokalisieren. Eine neue, nicht mehr von der Katastrophe von 1863 geprägte Generation von Intellektuellen stellte der etablierten Welt der Rationalität, des Fortschritts Glaubens, der sozialen Exklusivität eine Gegenwelt des Idealismus, der politi-

¹⁷⁶⁾ Dazu kurz Jobst, *Zwischen Nationalismus*, S. 202–204.

schen Tat und des sozialen Engagements gegenüber. Im Rahmen dieser Oppositionshaltung gegenüber der bestehenden geistigen Ordnung waren die Grenzen zwischen zukünftigen Nationaldemokraten, Sozialdemokraten und Volksparteilern noch durchaus undefiniert, zumindest durchlässig.

Die gemeinsamen Wurzeln der drei genannten Parteirichtungen lassen sich nicht zuletzt biographisch festmachen: Jan Ludwik Popławski, einer der wichtigsten Theoretiker und Organisatoren der Partei, hatte die Schule der russischen *Narodniki* durchlaufen, ebenso wie Bolesław Wyslouch, der nachmalige Gründer der Volkspartei. Die von Popławski geleitete Zeitschrift *Głos*, die als erstes nationaldemokratisches Organ gilt, war weitgehend ein Warschauer Pendant zu Wyslouchs *Przegląd Społeczny* (s. o.), zu dessen regelmäßigen Beitragenden wiederum unter anderen Limanowski gehörte, aber auch der zweite Theoretiker der frühen Nationaldemokratie, Zygmunt Balicki. Dieser war damals von seiner Studienzeit in St. Petersburg her ebenso bekennender Sozialist wie der spätere galizische Parteiführer Stanisław Grabski, der noch in den frühen 1890er-Jahren leitender Redakteur der Berliner polnischsprachigen *Gazeta Robotnicza* (Arbeiterzeitung) war. Eine entsprechend diffuse Orientierung hatten auch die in den 1880er-Jahren gegründeten, nachmalig nationaldemokratisch beherrschten Organisationen – die 1887 in der Schweizer Emigration geschaffene „Polnische Liga“ (*Liga Polska*) sowie ihr Ableger im Königreich, die Studentenorganisation „Verband der Polnischen Jugend“ (*Związek Młodzieży Polskiej*, kurz *Zet*). Gemeinsam war allen die Verbindung von nationalem Tatendrang und sozialem Befreiungsideal und die vage politische Vorstellung einer zukünftigen Nationalgesellschaft auf der Grundlage des Volkes, des *Lud*.¹⁷⁷⁾

Die Separierung dieses zunächst verwobenen intellektuell-oppositionellen Milieus in divergierende politische Strömungen geschah im wesentlichen in den 1890er-Jahren. Als wichtigste Schritte sind zu nennen: die Gründung der „Nationalen Liga“ (*Liga Narodowa*) in Warschau als Nachfolgeorganisation der Polnischen Liga (1893); die Proklamation des ersten politischen Manifests der Nationalen Liga als „Programm der Nationaldemokratischen Partei“ (1897); schließlich die Neugründung der Studentenorganisation *Zet* auf einer neuen, schärfer formulierten ideologischen Plattform (1898). Als führende Figur bei allen diesen Initiativen, die den Weg in eine schlagkräftige, vom Königreich aus agierende Geheimorganisation wiesen, wirkte der junge Roman Dmowski. Gleichzeitig trat in der politischen Ideologie eine konzeptionelle Verengung ein. Die Antwort, welche die nationaldemokratischen Theoretiker auf die Krise der modernen Gesellschaft, auf die Entwurzelung der Menschen, auf das soziale Elend und auf die geistige Orientierungslosigkeit entwarfen, fand sich nun immer expliziter in der Konstruktion und Hypostasierung der Nation – gedacht als eine zu homogenisierende Gemeinschaft (Verschmelzung von *Lud* und *Naród*), deren Entstehung man nicht dem Wirken der Zeit anvertrauen könne, sondern die aktiv geschaffen werden müsste durch (männliche) Willenskraft, Ordnung, Disziplin und Autorität, ohne moralische Restriktionen und mit klarer Benennung der ewigen, „natürlichen“ Feinde. Diese Gedankenwelt eines modernen, integralen Nationalismus wurde

¹⁷⁷⁾ Zur Formierungsgeschichte der nationaldemokratischen Ideologie und ihrer Fortentwicklung in eine Ideologie des Hasses vgl. die Studie von Brian Porter, *When Nationalism Began to Hate: Imagining Modern Politics in Nineteenth-Century Poland*, New York 2000, hier insbes. S. 75–134.

kurz nach der Jahrhundertwende in zwei Schlüsseltexten festgehalten, in Dmowskis „Gedanken eines modernen Polen“ und in Balickis „Nationaler Egoismus und Ethik“.¹⁷⁸⁾

Beide eben genannten Schriften erschienen im Jahre 1902 und nicht zufällig in Lemberg. Tatsächlich spielte Galizien in dieser Phase der ideologischen Formierung der Nationaldemokratie vor allem die Rolle eines publizistischen Freigeheges. Seit 1895 schon redigierten Dmowski und Popławski von Lemberg aus das theoretische Hauptorgan der Bewegung, *Przegląd Wszechpolski* (Allpolnische Rundschau, daher auch der Beiname „Allpolen“) und seit 1896 zeichnete Popławski von Krakau aus verantwortlich für das der Landbevölkerung gewidmete Blatt *Polak* (Pole). Der unmittelbare Einfluss dieser vorwiegend auf das Königreich ausgerichteten Organe auf die politische Szene in Galizien war zunächst gering. Als mittelfristig bedeutsamer erwies sich der Einfluss auf die akademische Jugend insbesondere in Lemberg sowie die Unterwanderung bestehender Organisationen wie des Volksschulvereins (TSL), des Sokol und (etwas später) der Gesellschaft der Landwirtschaftskreise (TKR) mit nationaldemokratischem Gedankengut und Personal. Immerhin war auch in Galizien genügend Raum vorhanden für eine politische Kraft, welche mit der Politik der provinziellen Selbstgenügsamkeit brechen wollte und an deren Stelle eine in ein national-integratives Vokabular eingebettete gesamtpolnische Vision anbot.

Tatsächlich verdankte die polnische Nationaldemokratie Galiziens ihre Entstehung keineswegs nur der ideologischen und organisatorischen Inspiration von außen. Vielmehr hatte sie auch autochtone, galizische Wurzeln, und zwar im Milieu der Demokraten der Landeshauptstadt Lemberg. Verfolgt man einige der politischen Biographien, so lässt sich die Loslösung der Nationaldemokraten von ihren ideellen Ziehv Vätern wiederum auf jene Wende von 1889/90 zurückführen, als die Demokraten ihren ersten Schritt hin zu einer dezidierten Oppositionspolitik wagten. Zu dieser Zeit wirkte der Lemberger Ökonomieprofessor Stanisław Głąbiński, später Führer der galizischen Nationaldemokraten, als amtierender Chefredakteur der *Gazeta Narodowa*. In Reaktion auf jene Wende nach links plädierte Głąbiński in einem programmatischen Artikel für die Unterordnung demokratischer, fortschrittlicher und anderer „westlicher Parolen“ (*has a zachodnie*) unter das nationale Ziel und begründete dies mit dem polnischen Sonderfall, dem Fehlen eines selbständigen Nationalstaats. In einer Zeit der politischen Krise im polnischen Lager formulierte er damit eine Maxime, die nicht nur für ihn selbst, sondern auch für jenes ehemalige Paradeorgan der Demokraten gültig bleiben sollte. Sie entsprach zweifellos den Bedürfnissen einer neuen Generation urbaner Mittelschichten, die anstelle der tradierten Werte von Vernunft und Toleranz dezidierte Antworten auf den Zerfall der nationalen Gesellschaft in Klassenparteien, auf die antipolnische Unterdrückungspolitik in Preußen und auf die wachsenden nationalen Spannungen in Ostgalizien, verlangten.¹⁷⁹⁾

¹⁷⁸⁾ Vgl. dazu die vornehmlich ideengeschichtlich orientierte Studie von Roman Wapiński, *Narodowa Demokracja 1893–1939. Ze studiów nad dziejami myśli nacjonalistycznej* [Nationale Demokratie 1893–1939. Studien über die Geschichte des nationalistischen Denkens], Wrocław etc. 1980. Die erwähnten Primärtexte: Roman Dmowski, *Myśli nowoczesnego Polaka* [Gedanken eines modernen Polen], Lwów 1902; Zygmunt Balicki, *Egoizm narodowy wobec etyki* [Nationaler Egoismus und Ethik], Lwów 1902.

¹⁷⁹⁾ Stanisław Głąbiński, *Wspomnienia polityczne. Część pierwsza: Pod zaborem austriackim* [Politische Erinnerungen. Erster Teil: Unter dem österreichischen Teilungsgebiet], Pelpin 1939, S. 20 f.

Das Jahr 1902 markierte eine weitere Zäsur in der Geschichte der galizischen Nationaldemokratie, und zwar nicht nur in Bezug auf deren Verhältnis zu den Demokraten, sondern allgemeiner hinsichtlich ihres Entwicklungsprozesses hin zur einer der wirkungsmächtigen Faktoren der galizischen politischen Szene. In diesem Jahre gelangte eine der größten galizischen Tageszeitungen, das Lemberger *Słowo Polskie* (Polnisches Wort), in die Hände der Nationaldemokraten. Die Übernahme dieses bisher von den (Links-)Demokraten kontrollierten Blatts öffnete den „Allpolen“ definitiv die Türen zur Arena der galizischen Landespolitik. Nur wenige Monate später eroberten sie auch einen Platz im höchsten repräsentativen Organ des Staates, als der erwähnte Głabiński im Zuge einer Nachwahl als erster nationaldemokratischer Abgeordneter in den Reichsrat einzog. Als neue Akteure im Kreise der politischen Meinungsbildner des Kronlands gaben sich die Exponenten der galizischen Nationaldemokratie als gemäßigte oppositionelle Kraft zu erkennen, die wiederum ähnlich wie die Demokraten Teilnahme am Polenklub mit kritischer Distanz in Sachfragen und im politischen Stil kombinierten. Die Kritik gründete nicht wie im Falle der Volkspartei und der Sozialdemokraten auf einer sozialen Alternativ-Vision, sondern richtete sich gegen die von den Stańczyken geprägte Politik des Loyalismus und der allmeingesellschaftlichen Stagnation, die eher mit institutionellen Reformen denn mit demokratiepolitischen Neuerungen angegangen werden sollte.

Besonderes Gewicht legte die neue Kraft auf die alte Forderung nach der Sonderstellung Galiziens, die sie allerdings nicht alleine nationalpolitisch, sondern vor allem auch ökonomisch begründete.¹⁸⁰⁾ Ein zweites, allerdings aus dem Lemberger nationalkonservativen Milieu bereits bekanntes Element war der direkte, pauschalisierende antiruthenische Standpunkt, der nach der Jahrhundertwende durch den Konflikt um die Lemberger Universität und den Agrarstreik in Ostgalizien besondere Brisanz verliehen bekam. Unter dem Aspekt der Wahrung des nationalen Besitzstands in Ostgalizien und nicht der Demokratisierung wurde denn auch die ebenfalls aktuelle Wahlrechtsfrage behandelt, in der die Nationaldemokraten eine mittlere Position einnahmen.¹⁸¹⁾ Keine Rolle spielte hingegen vorerst der Antisemitismus. Im Gegenteil: Die ausführliche und gleichzeitig sachliche Berichterstattung zu in- und ausländischen Pogromen oder auch der Abdruck einer positiv kommentierten Proklamation jüdisch-polnischer Öffentlichkeitspersonen machen deutlich, dass ein Nahverhältnis zu polnisch-national gesinnten jüdischen Kreisen bestand, deren (auch finanzieller) Einfluss auf die frühe Partei in Galizien tatsächlich groß war.¹⁸²⁾ Bekämpft wurden nicht anders als bei den anderen Parteien der „antipolnische“ Zionismus,

Zur nationaldemokratischen Partei in Galizien Adam Wator, *Działalność Stronnictwa Demokratyczno-Narodowego w zaborze austriackim do roku 1914* [Die Tätigkeit der Nationaldemokratischen Partei im österreichischen Teilungsgebiet bis 1914], Szczecin 1993, hier insbes. S. 13–34.

¹⁸⁰⁾ Stanisław Głabiński, *Idea samodzielnosci a finanse Galicji* [Die Idee der Selbständigkeit und die Finanzen Galiziens], Lwów 1902; Władysław Studnicki, *Wyodrębnienie Galicji* [Die Aussonderung Galiziens], Lwów 1902.

¹⁸¹⁾ *Słowo Polskie* 3. 1. 1903 (4), S. 1 f.

¹⁸²⁾ Siehe die sachliche Berichterstattung zu den russischen Pogromen in: *Słowo Polskie* 11. 12. 1905, S. 3 sowie den Aufruf in der Beilage derselben Ausgabe „An unsere Mitgläubigen“ (*Do naszych Współwyznawców*). Vgl. auch Wator, *Działalność*, S. 41. Ergänzend dazu Abschnitt IV über die soziale Zusammensetzung der Abgeordneten.

während die von den nationaldemokratischen Theoretikern vom Schlage Dmowskis be-
reitegelegte integrale Ausgrenzung der Juden aus der polnischen Nationalgesellschaft (noch)
keine Resonanz fand. Man brauchte die Juden als Verbündete gegen die Ruthenen. Auch
sonst bewegte sich im Zeitraum zwischen der Etablierung der Medienpräsenz in Galizien
und der eigentlichen Parteigründung der politische Stil im Rahmen der üblichen politi-
schen Polemik. Die Hinwendung zur Landespolitik kam der Adaptierung eines sachlich-
pragmatischen Tons zugute, der in auffälligem Kontrast zur radikalen Ideologie der theo-
retischen Schriften der Nationaldemokratie stand.

Bereits 1903 begannen die zunächst geheimgehaltenen Vorbereitungen für die Grün-
dung einer politischen Partei in Galizien, nachdem im selben Jahr ein zweites Programm
der Partei im russischen Teil realpolitischere Töne angeschlagen hatte. Als Kristallisations-
kern der späteren Parteibildung agierte auch in Galizien die Nationale Liga, welche Filialen
in Lemberg und Krakau unterhielt, zum zweiten aber auch ein Netzwerk von Personen, die
sich um den erworbenen *Sowo Polskie* gruppierten und daher nicht selten aus dem Milieu
der Demokraten kamen. Während Popławski nach wie vor eine zentrale Rolle spielte, blie-
ben die beiden anderen Chefideologen Balicki und Dmowski eher im Hintergrund und
verließen bei Ausbruch der Russischen Revolution das Land in Richtung St. Petersburg.
An einer ersten Versammlung im Januar 1904 unter Beteiligung von 60 Personen wurde
eine Kommission gewählt, welche mit der Ausarbeitung von Programm und Organisation
betraut wurde. Erst knapp zwei Jahre später, im Dezember 1905, gelangte man im Zuge ei-
ner zweiten Parteiversammlung an die Öffentlichkeit und gab das Parteiprogramm der
„Polnischen Demokratisch-Nationalen Partei im Staate Österreich“ (*Polskie Stronnictwo
Demokratyczno-Narodowe w Państwie Austriackiem*, SDN), kurz „Nationaldemokratische
Partei“, bekannt. Gleichzeitig wurde die Parteiorganisation beschlossen. Diese sah zah-
lende Mitglieder (nach Maßgabe der Einkommenshöhe) vor sowie eine gerade für neue
Parteien typische Form der Organisation, welche auf lokalen „Vertrauensmännern“ be-
ruhte, die für die Rekrutierung von Mitgliedern und den Aufbau lokaler Strukturen, hier
von sog. „Kreisen“ (*ko a*) bzw. (ab 20 Mitgliedern) „Komitees“ (*komitety*) verantwort-
lich waren. Vertrauensmänner und Delegierte waren berechtigt, am Parteitag teilzunehmen,
welcher neben der Beratung der Haupttrichtlinien der Partei den Vorstand zu wählen hatte.
Dieses sog. „Hauptkomitee“ (*komitet g Źwny*) wurde erstmals während jener Parteiver-
sammlung von 1905 gewählt und bestimmte den Reichsratsabgeordneten Głabiński zu
seinem Vorsitzenden.¹⁸³⁾

Für die Öffentlichkeit bestimmt war jedoch vor allem das Parteiprogramm.¹⁸⁴⁾ Darin
wurde als Ausgangspunkt „die Einheit der polnischen Nation, ihr Recht und ihre Fähigkeit
zu einem unabhängigen politischen Dasein“ proklamiert. Um diesem als natürlich verstan-
denen Recht Geltung zu verschaffen, sollten drei Ziele im Vordergrund stehen: Stärkung
der politischen Autonomie, Verteidigung der nationalen Interessen und Mobilisierung der

¹⁸³⁾ Zur Vorgeschichte vgl. Wątor, *Działalność*, S. 35–44.

¹⁸⁴⁾ Program Stronnictwa Demokratyczno-Narodowego w Państwie Austriackiem. Uchwalony na II.
Zjeździe stronnictwa w dn. 8. i 9. XII. 1905 r. we Lwowie [Das Programm der Demokratisch-Na-
tionalen Partei im österreichischen Staat. Verabschiedet an der zweiten Parteiversammlung am 8.
und 9. 12. 1905 in Lemberg], Lwów 1905. Abgedruckt auch bei Pawłowski, *Stronnictwa*, S. 94–
116.

breiten Massen. Die Kräftigung des nationalen Geistes hinsichtlich seiner kulturellen und materiellen Güter war einerseits durch eine Befreiung vor fremden (explizit: deutschen) Elementen und andererseits durch den Glauben an die Kraft des polnischen Volkes (*lud*), seinen „gesunden Geist und angeborenen nationalen Instinkt“ zu bewerkstelligen. Diesem kollektiven Vorgang im Innern sollte die staatsübergreifende Bewusstseinsbildung des Polentums entsprechen. Bemerkenswerterweise wurde dieses Polentum selbst explizit als eine überethnische und überkonfessionelle Gemeinschaft derjenigen definiert, die „die polnische Kultur angenommen haben und ohne Vorbehalt die nationalen Bestrebungen teilen“. Hier bestätigte sich nochmals die oben festgestellte „pragmatische“ Haltung gegenüber den Juden. Auch im Verhältnis zu den außerhalb der nationalen Gemeinschaft Stehenden wollte man sich „entsprechend der politischen Traditionen unserer Geschichte“ in Toleranz und gutnachbarschaftlichen Beziehungen üben. Auch hier wird also nicht der in den theoretischen Schriften reflektierte Bruch mit dem liberal-freiheitlichen Erbe der *Demokracja Polska* erkennbar, sondern dieses sogar explizit der eigenen Tradition zugeordnet. Ambivalent war hingegen das Verhältnis zur Demokratisierung. In deutlichem Kontrast zu den sozial-oppositionellen Kräften und den Links-Demokraten wurde die zentrale Stellung der Wahlrechtserweiterung als Instrument des „politischen Fortschritts des Volkes“ in Frage gestellt und auf die Belastung des Volkskörpers durch die Wahlrechtskämpfe hingewiesen. Dem als mechanistisch-formalistisch abqualifizierten Instrument des allgemeinen und gleichen Wahlrecht, das auf eine individuelle Gleichberechtigung abziele, wurde ein organisches, auf kollektiven Werten aufbauendes Konzept gegenübergestellt, welches auf einer „wahren Vertretung aller Schichten und Interessen“ und auf einer Schulung des nationalen und gesellschaftlichen Bewusstseins durch eine gestärkte Gemeinde- und Bezirksautonomie aufbaute. Von der Selbstverwaltung als Lebensschule hatten schon die Demokraten der 1860er-Jahre gesprochen, damit aber die Erziehung zum mündigen Bürger gemeint. Nun ging es nicht um politische Reife im Staatswesen, sondern um nationale Kraft und Einheit im Kampf gegen eine feindliche Umwelt.

Im zweiten, den politischen Zielen im Einzelnen gewidmeten Teil des Programms wurde jene verfassungsmäßige Umgestaltung der Verhältnisse in Richtung einer Verselbständigung (*samodzielność*) Galiziens und einer Stärkung der Selbstverwaltung auf dem Wege einer Verwaltungsreform spezifiziert. Dazu gehörte neben der Dezentralisierung von Kompetenzen auch die Verantwortlichkeit des Statthalters vor dem Landtag. Zur Stärkung der Gemeindeselbstverwaltung wurde nicht die Vereinigung von Gemeinde und Gutsbesitz verlangt, die schon lange einen zentralen Platz im Forderungskatalog der Demokraten und Liberalkonservativen einnahm, sondern der Weg über beiden Seiten verantwortliche Organe und über eine Zusammenlegung von Gemeinden gesucht. Diese Kompromisshaltung war zweifellos Zeichen einer Rücksichtnahme auf die in der Partei einflussreichen Kreise des ostgalizischen Großgrundbesitzes.

Im Kapitel über die „Sicherung und Ausweitung der bürgerlichen Freiheiten“ wurde die Wahlreform ausdrücklich im Hinblick auf die „Wahrung des Übergewichts des polnischen Elements“ beurteilt und daher dem Gleichheitsprinzip eine Absage erteilt. Auch die Förderung des Schulwesens behandelte man vorrangig unter der Perspektive der nationalen Interessenwahrnehmung. Abgesehen von der bekannten Forderung nach Polonisierung von Sprache und Unterrichtsstoff, hier radikalisiert durch die explizit verlangte Abschaffung des obligatorischen Deutschunterrichts, sollte ein Schwergewicht auf Leibeserziehung

und selbständige Charakterbildung gelegt werden, beides im Dienste der nationalen Kräftigung. Ein weiteres Unterkapitel war der Hebung der Wirtschaft (Finanzpolitik, Förderung des Bauernstands, Industrialisierung) sowie, als bereits fester Bestandteil politischer Programme seit den 1890er Jahren, der Sozialgesetzgebung gewidmet. Schließlich ging es in einem letzten Teil um die Erhöhung des Einflusses der Polen im österreichischen Staate. Dieser Punkt widersprach in gewisser Weise der auf nationale Autonomisierung hinzielenden Grundtendenz des Programms, da er letztlich auf eine stärkere Einbindung der Polen in die zentralstaatlichen Institutionen hinauslief. Fünf Ziele wurden hier genannt: Erhöhung der Anzahl galizischer Mandate im Reichsrat, Solidarität der polnischen Vertreter ebendort, Förderung strikt national gesinnter Repräsentanten, Verantwortlichkeit der Reichsrats- gegenüber den Landtagsabgeordneten und schließlich Erhöhung der Anzahl polnischer Beamter in den Zentralbehörden.

Radikal am nationaldemokratischen Programm von 1905 waren keineswegs die politischen Forderungen, sondern alleine die Konsequenz, mit der alle Probleme unter dem Aspekt der nationalen Interessenwahrnehmung behandelt wurden. Im Parteienspektrum Galiziens stand die neue Kraft trotz ihrer oppositionellen Vergangenheit nun der politischen Rechten näher als der Linken. Deutlich wurde diese politische Orientierung etwa an der strikt ablehnenden Haltung gegenüber den revolutionären Entwicklungen in Russland, die als anarchistisch, also dem eigenen elitären Ordnungsdenken zuwiderlaufend, verurteilt wurden und auch unter dem Aspekt der nationalen Solidarisierung eine negative Beurteilung erfuhren. Als innenpolitischer Indikator erwähnt wurde bereits die Position in der Wahlreformfrage. Das von den Nationaldemokraten abgelehnte Prinzip des allgemeinen und gleichen Wahlrechts (für Männer) wurde ja im Zeitpunkt der Aktualisierung dieser Frage im Herbst 1905 bereits von Linksdemokraten, Volkspartei und Sozialdemokraten gefordert. Die Situation änderte sich jedoch bald darauf grundsätzlich. Zunächst spielte der zum Parteiführer avancierte Abgeordnete Głabiński eine führende Rolle in den Verhandlungen der Wahlrechtskommission des Reichsrats. Diese endeten in einer Sonderregelung für Galizien, die insofern den Zielvorstellungen der Nationaldemokraten entsprach, als zwei ihrer leitenden Postulate im Wahlgesetz Berücksichtigung fanden: die Wahrung des „nationalen Besitzstands“ in Ostgalizien (dank einer Aufweichung des Gleichheitsprinzip durch die Einführung der Doppelmandate in den Landwahlkreisen) und die Forderung nach einer weitergehenden Autonomisierung des Kronlands.¹⁸⁵⁾

Konnte Głabiński dies als persönlichen Sieg seines Verhandlungsgeschicks verbuchen, so folgte der Triumph für die Partei kurze Zeit später, in den Reichsratswahlen selbst, als die Nationaldemokratische Partei schlagartig zur stärksten polnischen Gruppierung im Abgeordnetenhaus avancierte. Damit änderte sich aber auch die Position in der Frage der Landtagswahlreform, die nun in den Vordergrund rückte. Da sie sich von einem entsprechend ausgestalteten Landtagswahlrecht einen ähnlichen Erfolg versprach, engagierte sich die SDN an vorderster Front für das allgemeine und gleiche Wahlrecht zum *Sejm*, allerdings auch hier unter Garantieforderungen hinsichtlich des „nationalen Besitzstands“ im Osten. Als Bündnispartner dienten die Demokraten, mit denen sie eine „Demokratische Union“ (*Unia Demokratyczna*) schlossen, welche im Vorfeld der Landtagswahlen von 1908

¹⁸⁵⁾ Siehe dazu Näheres in Abschnitt III.

jene Forderung der Landtagswahlreform als politisches Programm auf ihre Fahnen schrieb.¹⁸⁶) Zu Zeiten dieser „Union“, als Demokraten und Nationaldemokraten im Landtag gemeinsam den „Klub der Landtagslinken“ (*Klub lewicy Sejmowej*) bildeten und im Reichsrat mit vereinigten Kräften den ersten nicht-konservativen Präses des Polenklubs, Stanisław Głabiński, durchsetzten, wurde auch die politische Rhetorik den taktischen Erfordernissen angepasst, die Abgrenzung gegenüber den in der Landespolitik nach wie vor dominierenden Konservativen hervorgehoben und das verbindende Erbe der demokratischen Idee beschworen.

Eine der Ursachen für den politischen Erfolg von 1907 war die zeitopportune Verbindung von rhetorischer Scheinradikalität und nationalem Fanatismus einerseits mit einem sozial strukturerehaltenden politischen Profil andererseits. Diese Kombination ließ die Nationaldemokraten sowohl die wachsenden Schichten der neuen Mitte, insbesondere der Akademiker und Beamten, als auch einflussreiche konservative Kreise vor allem in Ostgalizien gewinnen. Den politischen Erfolg nutzend, intensivierten die Verantwortlichen die unmittelbare Präsenz im Lande, einerseits mittels politischer Adhoc-Versammlungen, andererseits über den systematischen Aufbau lokaler Parteioorganisationen. Parallel dazu wurde unter Leitung der jungen, autoritären Führungsfigur Stanisław Grabski das Organisationsgefüge gestrafft: Das am Sonderparteitag von Ende 1907 beschlossene revidierte Parteistatut sah zusätzlich zu den bestehenden Organen eine unter Grabskis Leitung stehende, sog. „Organisationskommission“ (*komisja organizacyjna*) vor, die weitgehende Kontrollbefugnisse gegenüber den örtlichen Komitees besaß. Außerdem wurde ein Parteibüro eingerichtet mit insgesamt sechs Planstellen. Eine weitere Stärkung der Parteileitung auch gegenüber den parlamentarischen Gremien wurde am nachfolgenden Parteitag im Januar 1909 beschlossen, zu einem Zeitpunkt, als die Rivalität zwischen Partei und Fraktion bereits spürbar war. Die Konzeption der Partei als schlagkräftige politische Kampftruppe hatte tendenziell Vorrang gegenüber der Herstellung eines hohen Identifikationsgrads zwischen Organisation und Öffentlichkeit. Folglich wurde die letztere nur äußerst selektiv über die parteiinternen Entscheidungsprozesse oder die personelle Zusammensetzung der diversen Organe in Kenntnis gesetzt. Das Parteistatut wurde nie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Auch die als „Versammlung“ (*zjazd*) titulierten Parteitage hatten nicht denselben Stellenwert, wie dies bei den „Kongressen“ der Sozialdemokraten oder der Volkspartei der Fall war.¹⁸⁷)

Trotz dieser letztlich elitären Parteikonzeption war seit 1907 auch eine starke Entwicklung der Parteimitgliedschaften und der organisierten örtlichen Parteikomitees festzustellen. Versammelte der Parteitag von Ende 1907 200 bis 300 Leute, so waren es gut zwei Jahre später etwa 500 bis 600. Ende 1908 ging man bereits von ca. 20000 Parteimitgliedern aus. Hauptsächlich waren diese Gewinne an lokalen Parteistellen und registrierten Mitgliedern auf die nun einsetzende Verbreitung auf dem flachen Lande zurückzuführen. Was den „alten“ Demokraten nie gelungen war, nämlich die Gewinnung der polnischen (und das hieß vor allem westgalizischen) Landbevölkerung, wurde nun zu einem Schwer-

¹⁸⁶) Abgedruckt in *Ojczyzna*, 19. 1. 1908 (3), S. 35–37. Die Nationaldemokraten legten schon im Herbst 1908 einen Wahlrechtsentwurf vor, der allerdings im Gegensatz zum Reichsratswahlrecht von der Schaffung nationaler Kataster ausging.

¹⁸⁷) Dazu auch Feldman, *Stronictwa*, Bd. 2, S. 223.

punkt nationaldemokratischer Parteipolitik, dem nicht zuletzt das erwähnte Bündnis mit der hier bereits recht gut verankerten SchL Stojałowski's diente. Zur Unterstützung erschien das 1903 gegründete Bauernblatt *Ojczyzna* seit 1907 in Krakau. Getragen durch dieses Presseorgan, setzte die wohl heftigste parteipolitische Rivalität in der galizischen Spätzeit (die gleichzeitig bereits auf die Zweite Republik hinwies) ein, diejenige zwischen Nationaldemokraten und Polnischer Volkspartei um die Kontrolle der ländlichen Organisationen (TSL, TKR) und um die Stimmengunst der westgalizischen Landbevölkerung. In der städtischen Politik Krakaus spielten die Nationaldemokraten hingegen dank der vereinigten Kraft von Stańczyken und Demokraten nur eine geringe Rolle. Erst im Jahre 1910 wurde in Krakau – in den Redaktionsräumen von *Ojczyzna!* – überhaupt eine Filiale des Lemberger Parteibüros eingerichtet.

Die ersten sechs Parteitage, von 1904 bis 1912, fanden allesamt in der ostgalizischen „Metropole“ statt, erst der letzte derartige Anlass wurde im Mai 1913 im zentralgalizischen Rzeszów abgehalten, einer alten Hochburg der politischen Bauernbewegung und der PSL. Die Ereignisse ab 1909, der Konflikt um den Landtag und die Universität, verstärkten eher noch die Rolle Lembergs als intellektuelles Zentrum und Steuerzentrale der SDN. Die Umsetzung der für die Nationaldemokraten zentralen Vision, eine Partei jenseits ständischer Schranken zu sein, wurde somit erheblich erschwert durch die spezifisch galizische Problematik von Westgalizien und Ostgalizien: Dort beruhte die potenzielle Stärke auf der Masse der Landbevölkerung, hier auf dem im städtischen Milieu virulenten nationalen Antagonismus.¹⁸⁸⁾ Das Selbstverständnis als „gesamtnationale“ (*ogólnonarodowa*) Partei ließ sich ebenfalls schwer umsetzen im Hinblick auf die Arbeiterschaft. Ein im Königreich im Jahre 1905 gegründeter „Nationaler Arbeiterverband“ (*Narodowy Związek Robotniczy*) fand im wenig industrialisierten Galizien geringe Resonanz. Hinzu kamen permanente interne Streitigkeiten und die nur schwer anfechtbare Führungsposition der PPSD, so dass letztlich der Einfluss auf die Arbeiterschaft gering blieb. Im Vergleich zur wesentlich machtpolitisch bedingten Rivalität mit der Volkspartei blieb daher der Gegensatz zur Sozialdemokratie primär ideologisch-diskursiv bestimmt – Internationalismus gegen Nationalismus, Anarchie gegen Ordnung, Sozialisierung gegen Bewahrung des Privatbesitzes.

Dem großen Aufschwung nach dem Wahlsieg von 1907 folgten eine Reihe von Rückschlägen in den Jahren 1909 bis 1911, deren Vorgeschichte allerdings zumindest bis 1908 zurückging. Die Ernennung Michał Bobrzyński's zum Statthalter machte einen dezidierten Gegner der Nationaldemokraten zum mächtigsten Mann in Galizien, der konsequent danach trachtete, die als aufrührerisch, rücksichtslos und in allen Belangen unberechenbar qualifizierte Partei zu schwächen, um damit gleichzeitig eine innenpolitische Stabilisierung über einen von den Nationaldemokraten perhorreszierten Ausgleich mit den Ruthenen herbeizuführen. Der bis Mitte 1909 vollzogene fliegende Wechsel der SDN vom Bündnis mit den Demokraten (Demokratische Union) hin zur klerikal-konservativen Christlichen Volkspartei (Nationaler Volksverband) war zunächst ein deutliches Signal einer Wende nach rechts und gleichzeitig ein entscheidender Schritt bei der Formierung des mehrfach

¹⁸⁸⁾ Bezeichnend daher die Äußerungen Grabski's anlässlich des Parteitags vom Januar 1909, wonach die Aufgabe der Organisationstätigkeit in Westgalizien eine Konsolidierung der erreichten Stärke zu sein habe, während im Osten der Widerstand gegen die „feindliche ruthenische Bewegung“ im Vordergrund zu stehen habe. *Słowo Polskie* 7. 1. 1909 (9), S. 2.

erwähnten Dualismus zwischen (Statthalter-)Block und Antiblock. Innerhalb des Antiblocks spielte die SDN als die am besten organisierte politische Kraft die zentrale Rolle, insbesondere im Hinblick auf die Mobilisierung der Öffentlichkeit. Sie machte nun endgültig die Ruthenenfrage zur Schicksalsfrage Galiziens und, wie eine Resolution des Parteitags von 1909 besagte, die Verteidigung des polnischen „nationalen Besitzstands“ vor dem Vordringen der Ruthenen auf allen Gebieten zur ersten Aufgabe nationaldemokratischer Politik.¹⁸⁹⁾

Im öffentlichen Diskurs entwickelte die Partei bis zum Exzess das Bild der omnipräsenten Bedrohung der polnischen Nation, deren einzige Rettung die Nationaldemokratie selbst sein könnte. Als eigentliche Schutzmacht vor der „Ruthenisierung“ (*rutenizacja*) Galiziens sah sie sich in der Rolle eines Verteidigers vor Anarchie und kulturellem Zerfall, wurde doch der nationale Rivale als inhärent gewalttätig und kulturell minderwertig qualifiziert. Dieser durch die Verhärtung der innerpolnischen Fronten radikalisierte Positionsbezug kam zwar mittelfristig der Stellung der Partei in Teilen der Öffentlichkeit insbesondere Lembergs zugute, ging aber kurzfristig auf Kosten der inneren Einheit und wenig später der politischen Stellung in den Repräsentativorganen. Dass die radikalisierte Haltung die innere Einheit gefährdete, hing mit dem autoritären Führungsstil in der Partei (Stanisław Grabski) zusammen, der einem innerparteilichen Diskurs nur geringen Spielraum gewährte. Eine erste Sezession trat mit der Absonderung einer Gruppe von „Jungen“ aus der Nationalen Liga ein, welche seit 1909 mit der Zeitung *Rzeczpospolita* ein Forum der ideellen Opposition gegen die Parteilinie schufen, ohne die Grundsätze nationaldemokratischer Politik in Frage zu stellen.¹⁹⁰⁾ Ein gravierenderer Bruch ereignete sich ein Jahr später, und nun waren die höchsten Entscheidungsgremien beteiligt. In diesem Fall waren strukturelle Ursachen mitentscheidend: Im Gegensatz zu PSL und PPSD war im Falle der SDN die Funktion des Parteiführers und des Vorsitzenden der Fraktion (bzw. der Unterfraktion innerhalb des Polenklubs) nicht in einer Person vereinigt, seitdem Głabiński die Führung des Polenklubs übernommen hatte und die Parteizentrale in Lemberg durch das Duo Jan Gwalbert Pawlikowski und Stanisław Grabski geleitet wurde. Während die Fraktion lokal, also „galizisch“ bzw. „österreichisch“ dachte, tendierte die in enger Verbindung zur Nationalen Liga stehende Parteiführung dazu, ihre politischen Visionen stärker in gesamtpolnischen Maßstäben zu entwickeln. Fern vom Wiener politischen Parkett, vom Knäuel persönlicher Loyalitäten, von wechselseitiger Postenvergabe und parlamentarischer Taktik, nahm die Parteiführung eine „prinzipiellere“ Haltung ein als die Fraktion, insbesondere wiederum hinsichtlich der Person des Statthalters.

Zum Eklat kam es im Mai 1910, als der Parteitag in bisher nur aus der Pressepolemik bekannter Schärfe zum Kampf gegen das „System der Landesregierung“ aufrief, dem die Opferung „nationaler Interessen zugunsten der uns feindlich gesinnten ukrainischen Partei“ und die Demoralisierung des öffentlichen Lebens vorgeworfen wurde. Obwohl Parlamentarier an jenem Parteitag anwesend waren und der Resolutionstext sogar von einem Reichsratsabgeordneten (Jan Zamorski) eingebracht wurde, führte der nachfolgende Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit dazu, dass sich die Fraktion von der Resolution

¹⁸⁹⁾ *Slowo Polskie* 8. 1. 1909 (11), S. 2.

¹⁹⁰⁾ Näheres dazu bei Adam Wątor, *Powstanie grupy „Rzeczpospolitej“* [Die Entstehung der Gruppe ‚Rzeczpospolita‘], in: *Szczecińskie Studia Historyczne* 6 (1992), S. 91–120.

distanzierte. Um eine Parteisplaltung entlang der Linie Partei/Fraktion zu verhindern, rang sich eine Ende Juni 1910 einberufene Krisensitzung des Hauptkomitees zu einer einigermaßen schwammigen Erklärung durch, wonach Parteitagsbeschlüsse zwar in jedem Fall verbindlich seien, die parlamentarische Taktik zur Erreichung der vorgegebenen Ziele aber der Fraktion überlassen bliebe. Nicht verhindern konnte man allerdings, dass die Fraktion durch drei Austritte geschwächt wurde. Die Konsequenzen zeigten sich im folgenden Jahr auch bei den Reichsratswahlen von 1911. Deren für die SDN desaströser Ausgang erbrachte aber vor allem den Beweis, dass auch nach 1907 in Galizien nur derjenige gewinnen konnte, der die administrative Macht, verkörpert durch den Statthalter, auf seiner Seite oder zumindest nicht gegen sich hatte.¹⁹¹⁾

Folgt man der Chronologie weiter bis zum Ersten Weltkrieg, so lässt sich ab 1912 wieder von einem Aufschwung der galizischen Nationaldemokraten sprechen. Drei Erfolge sind vor allem zu benennen: der Triumph in der Universitätsfrage, die Abdankung Bobrzyńskis und die Landtagswahlen von 1913. Alle drei Ereignisse waren in der damaligen Konstellation gleichzeitig politische Erfolge des gesamten „Antiblocks“, wurden aber doch zurecht in erster Linie der Agitationstätigkeit der Nationaldemokraten zugeschrieben. Zugute kam der Partei die allgemeine politische Stimmung unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg, die nationalistischen Parolen einen fruchtbaren Boden lieferte und paramilitärischen Formationen wie den parteinahen Sokoln zusätzlichen Auftrieb verliehen. Die von ruthenischer Seite seit langem geforderte Schaffung einer eigenen Universität in Lemberg, für die es in der Habsburgermonarchie bereits namhafte Vorbilder (namentlich Prag) gab, wurde von der Nationaldemokratie im Jahre 1912 zur Schicksalsfrage hochstilisiert, von der ähnlich wie vom Ausgang der Wahlreformdebatte der „nationale Besitzstand“ der Polen in Galizien und insbesondere der polnische Charakter (*polskość*) Lembergs abhing.

Als nun die im Polenklub herrschende „Block“-Mehrheit bereit schien, die Obstruktion der Ruthenen sowie die drohende Blockierung der Wehrvorlage im Reichsrat mit jener Konzession zu begegnen, war dies ein Signal für die SDN, alle Kräfte gegen einen solchen Schritt zu mobilisieren. Petitionen, Delegationen und vor allem Manifestationen nicht nur in den Straßen Lembergs, sondern in vielen Provinzstädten zeigten die organisatorische Potenz, über welche die Partei inzwischen verfügte. Dem Stärkebeweis folgte der politische Triumph, das Abrücken des Polenklubs von der Idee einer Universität in der Landeshauptstadt, den die SDN als Sieg der „nationalen Meinung“ (*opinia narodowa*) feierte. Ein Jahr später folgte der zweite Triumph, der bereits mehrfach erwähnte, im Sinne des Antiblocks geschriebene apostolische Brief gegen die Wahlreform und die Demission Bobrzyńskis, wenig später der Erfolg bei den Landtagswahlen, welche dem Antiblock eine Mehrheit und der Parteienkoalition des „Nationalen Volksverbands“ ein Plus von fünf Mandaten bescherten, allerdings unter Hinnahme einiger schmerzlicher Niederlagen, insbesondere derjenigen des Parteiführers Grabski. Der letzte Parteitag der SDN vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, der mitten in jene Zeit des Umschwungs im Mai 1913 fiel, wurde denn auch als eine eindrucksvolle Demonstration einer Großpartei inszeniert, die über 2000 Delegierte zu versammeln vermochte.

¹⁹¹⁾ Siehe den Wortlaut der Resolution unter anderem in: *Gazeta Narodowa* 24. 5. 1910 (116), S. 3. Näheres zu den Implikationen für die Fraktion unter Abschnitt III.

Zwei Aspekte der nationaldemokratischen politischen Ideologie sind noch gesondert zu betrachten: die Haltung zu Kirche, Klerikalismus und Antisemitismus einerseits, die Frage der „außenpolitischen“ Orientierung, insbesondere die Haltung zu Russland andererseits. Im erstgenannten politischen Feld spiegelte sich mit aller Deutlichkeit die Wendung von einer linken zu einer rechten Partei wider. Das von den Parteiideologen vorwiegend in den 1890er Jahren konstruierte national-ideologische Fundament gründete gerade nicht auf der noch unter den Demokraten lange wirksamen Idee der Katholizität der polnischen Nation, sondern auf einem „modernem“ Konzept einer Nation aus in Gegenwart und Zukunft gebundenem Willen und kollektiver Stärke. Im Parteiprogramm von 1905 fehlte denn auch jeder Hinweis auf Religion und Kirche, sowohl in den Grundsätzen als auch im speziellen Teil (etwa im Schulwesen).

Als Zäsur hat der große politische Erfolg des Jahres 1907 zu gelten, der vom Beitritt einer Reihe von Priestern begleitet war. Gerade auch mit dem Ziel, sich von der PSL, dem schärfsten Rivalen im Kampf um die Landbevölkerung, ideologisch abzugrenzen, forcierte die SDN nun, seit 1907, ihr Profil als kirchen- und religionsbejahende Partei. So wurde am Parteitag von Ende 1907 das bestehende Programm mit einem Passus ergänzt, wonach sich die nationaldemokratische Partei der Pflege der religiösen Grundsätze und Gefühle der „mehrheitlich katholischen“ polnischen Nation verpflichtet fühle. In den programmatischen Grundsätzen des „Nationalen Volksverbands“ (Bündnis mit Stojalowski, s. o.) von 1909 wurde die christliche Gerechtigkeit als Grundlage eines schichtübergreifenden Nationskonzepts festgelegt. Die folgende Blockbildung sah alle mehr oder weniger säkularen Parteien (Liberaldemokraten, Volkspartei und Sozialdemokratie) beim Gegner, die klerikalen aber (neben der SchL auch das von hohen Klerikern mitgeprägte „Zentrum“ innerhalb der podolakischen Fraktion) auf der eigenen Seite des Antiblocks, eine Konstellation, welche die Aufnahme klerikaler Inhalte und rhetorischer Versatzstücke ebenfalls förderte. Gleichzeitig begannen einige der Partei nahestehende hohe kirchliche Würdenträger wie Suffraganbischof Władysław Bandurski eine gesellschaftlich äußerst wirkungsvolle Rolle bei der Nationalisierung öffentlicher Gedenkereignisse („Grunwald“, 1910) zu spielen.¹⁹²⁾

Auch eine Wandlung im politischen Stil wurde bemerkbar: Dem Parteitag von 1913, kurz nach der Torpedierung der Wahlreform, ging erstmals in der Parteigeschichte ein Gottesdienst voran. Es folgte eine Huldigung der Bischöfe als Verteidiger der moralischen Grundlagen der Nation und ein Angriff gegen die Blockparteien, denen vorgeworfen wurde, die Bauern im Osten den Ruthenen und die katholischen Bürger den Juden ausgeliefert zu haben. Diese antisemitische Note war nicht gänzlich neu, hatte sich allerdings bisher im Rahmen der üblichen Alltagspolemik gehalten, eingesetzt gegen die „verjudeten“ Demokraten und Sozialdemokraten. Ungewohnt war vor allem die gleichrangige Behandlung des antisemitischen mit dem bisher dominierenden antiruthenischen Reflex. Letzterer hatte bis dahin im Verhältnis zum Ersteren nicht zuletzt deshalb eine untergeordnete Rolle gespielt, weil die Partei nach wie vor einen nicht unbedeutenden Teil ihrer Wählerschaft im gehobenen, stark jüdisch geprägten Bürgertum besaß. Auch im Vorfeld der Wahlen von 1913 gab es denn auch genau aus diesem Grund Bedenken hinsichtlich der taktischen Klugheit eines forcierten Antisemitismus. Insgesamt lässt die parallele Entwicklung von

¹⁹²⁾ Binder, Kirche und nationale Festkultur.

steigendem klerikalem Einfluss und wachsendem Antisemitismus die These zu, dass der in Galizien relativ spät entwickelte nationaldemokratische Antisemitismus nicht primär auf das in den 1890er-Jahren vor allem von Roman Dmowski entworfene ethnisch-rassische Fundament zurückzuführen war, sondern auf die innenpolitisch bedingte Blockkonstellation und die begleitende Klerikalisierung des nationalkonservativen Lagers in Ostgalizien.

Die Frage der Orientierung der SDN in der Konstellation der staatlichen Mächte gewann mit den Veränderungen in Russland und den wachsenden internationalen Spannungen seit 1908 zunehmend an Brisanz, sowohl im innerparteilichen Diskurs als auch, angesichts des gestiegenen Einflusses der Partei in den parlamentarischen Gremien, aus der Perspektive der anderen politischen Kräfte und des Staates. Die Nationaldemokratische Partei gilt vielfach als diejenige Kraft, welche die polnische Unabhängigkeit mit der Hilfe Russlands anstrebte. Nicht immer kommt deutlich genug zum Ausdruck, dass es sich hierbei um eine vage politische Option (keinesfalls um eine feste oder gar unumstrittene Doktrin) handelte, die vor dem Ersten Weltkrieg vorwiegend im russischen Teilungsgebiet im Umkreis von Roman Dmowski erwogen wurde, konzentriert in den Jahren 1905 bis 1909. In Galizien stieß sie kaum auf fruchtbaren Boden. Zwar galt auch im österreichischen Teilungsgebiet: Der größte Feind war Preußen, das mit seiner Germanisierungspolitik Methoden der nationalen Machtstrategie anwandte, zu denen das im Innern schwache Russland gar nicht fähig war. Ging es um moderne Kategorien des „nationalen Besitzstands“, ging es also um Boden und Menschen, drohte die Gefahr einer Beeinträchtigung der polnischen Lebensinteressen im Dauerkampf der Nationen weit mehr von Westen her als von Osten, wo noch „traditionelle“ Methoden der Unterdrückung durch Herrschaft dominierten.

Es war denn auch kein Zufall, dass die angewandten politischen Mittel wie auch die Formen der Selbstdarstellung und des Vokabulars der SDN an den Vorgaben des deutschen Gegners orientiert waren, denn nur mit denselben Waffen konnte man sich erfolgreich verteidigen. In der Hierarchie der äußeren Feinde befand sich also Preußen klar an oberster Stelle, während Russland verblasste – genauso wie im Innern der Antiruthenismus den Antisemitismus in den Schatten stellte. Gegen Deutsche und Ruthenen befand sich Polen im Zweifrontenkrieg, wie Parteiführer Grabski schon Ende 1907 in einer lokalen Parteiversammlung bemerkte.¹⁹³⁾ Genau wie im Falle des Verhältnisses zu den Juden war die freundliche Haltung gegenüber Russland lediglich eine Sache der Relativität, beruhend auf oberflächlicher Taktik, nicht auf tiefergehender Sympathie. Entsprechend war auch der Neoslawismus ein Produkt des Antigermanismus und nicht der Russophilie. Gerade in Galizien stand letzterer zum einen das tief sitzende antirussische Erbe des galizischen demokratischen Milieus entgegen, aus dem sich die Handlungsträger der Nationaldemokraten zu einem gewichtigen Teil rekrutierten, und zum anderen die innerrussische Situation nach 1909, vor allem die Chelm-Affäre (1912) und die Rückkehr zur russischen Unterdrückungspolitik, die einmal mehr zeigten, wie gut es einem doch in Österreich ging.

Wenn die Option für Österreich dennoch nur selten offen erklärt wurde, so hatte dies drei Ursachen. Man wollte einen innerparteilichen Konflikt mit den pro-russischen Strömungen vermeiden; man wollte sich gegenüber dem bitter bekämpften, angeblich bedingungslos austrophilen Statthalterblock abgrenzen, der die Ruthenen stärken wollte, um die

¹⁹³⁾ Ojczyzna 12. 1. 1908 (2), S. 19.

Russen zu schwächen und dabei die eigene Nation im Ostteil des Landes opferte; schließlich: Österreich war Verbündeter des Erzfeinds Deutschland, und es war keineswegs ausgeschlossen, dass sich beide im Falle eines Sieges die Beute aufteilen würden. Trotz diesen Vorbehalten vermehrten sich seit dem Ausbruch des ersten Balkankrieges die Signale der galizischen parteieigenen oder -nahen Organisationen in Richtung einer pro-österreichischen Option, etwa durch den Beschluss des Parteitags vom März 1912, im Aufruf des als Gegenstück zur KSSN ausgerufenen Zentralen Nationalkomitees (*Centralny Komitet Narodowy*) vom August 1913 und schließlich in der Gründung des „Obersten Nationalkomitees“ (*Naczelny Komitet Narodowy*, NKN) in Wien im August 1914.¹⁹⁴)

Als letztes sollte auch hier kurz der Aspekt der symbolischen und verbalen Selbstpräsentation der SDN betrachtet werden. Die Partei gab infolge ihres erwähnten elitären Selbstverständnisses als politische Kaderorganisation zunächst nur ein schwaches Bild ihrer spezifischen Identität in der Öffentlichkeit ab. Die Tatsache, dass sich die Nationaldemokratie nicht mit einer sozialen Schicht identifizierte, sondern gerade eine solche Identifikation zugunsten einer gesamtpolnischen Vision zu überwinden suchte, wirkte ebenfalls nicht förderlich auf die Präsentation eines einprägsamen Bildes. Ihr imaginierter politischer Brennpunkt, die polnische Nation, war ein Konstrukt, das nur schwer in konkrete Bilder zu fassen war. Bemühte man die Historie, so ließ sich auch hier, in einer erfolgreichen oder zumindest heldenhaften Nationalgeschichte nicht viel Neues entdecken, das nicht schon die Demokraten (und viele andere) beansprucht hatten. Kościuszko, der Feldherr, mehr als Mickiewicz, der Dichter; für bäuerliche Bedürfnisse speziell Kasimir der Große.

Von den historischen Gedenktagen spielte die Grunwald-Feier von 1910 infolge ihrer antipreußischen Implikationen eine außerordentlich wichtige Rolle, drei Jahre später auch die 50-Jahr-Feier des Januaraufstands. Zum „Nationalfeiervtag“ (*Święto narodowe*) erklärte man mit mehr Nachdruck als die übrigen politischen Exponenten den 3. Mai, als Lied sang man bevorzugterweise das Lied der Legionen. Erst spät (wenn man etwa mit der Sozialdemokratie vergleicht) setzte sich ein einheitliches Parteisymbol durch, der weiße Adler auf rotem Grund, der auf den Ausgaben der Parteikalender und während des letzten Parteitags auch in der Form eines Parteiabzeichens zu sehen war. Stärke und Disziplin, zwei zentrale Elemente der Parteiideologie, waren am ehesten in den streng gegliederten Massenaufmärschen der Sokoln auf eine in Abbildungen replizierbare, quasi-symbolische Ebene zu heben.

Schließlich das weite Feld der politischen Sprache. Das allen modernen Parteien gemeinsame Stereotyp „Einigkeit im Innern/Stärke nach außen“ wurde über die Partei hinaus zur Überlebensideologie für die Gesamtgesellschaft erklärt und in die verbale Leitformel des „Nationalen Besitzstands“ gefasst, den es zu erweitern und vor allem zu verteidigen galt. Jene im Diskurs der Nationaldemokratie (und nicht nur dieser) allgegenwärtige Leitformel umfasste wiederum insbesondere drei Kernelemente, denen ihrerseits ein Requisit von Schlagwörtern zugeordnet war: das nationalegoistische („Jedem das Seine“), das integrationistische („Nieder mit den Ständen, es lebe die Nation“) und das kämpferisch-aktio-

¹⁹⁴) Wątor, *Działalność*, S. 165–179; Wapiński, *Narodowa Demokracja*, S. 104–140; Antoni Giza, *Neoslavizm i Polacy 1906–1910* [Der Neoslawismus und die Polen], Szczecin 1984.

nistische („Kampf aller in der Verteidigung aller“). Mit Hilfe dieser eingängigen verbalen Formeln, aber auch ausgestattet mit der inzwischen gesammelten politischen Erfahrung ihrer Eliten und einem stetig erweiterten Rückhalt in der Gesellschaft, wurde die Nationaldemokratische Partei eine der Hauptkräfte im politischen Spektrum der Zweiten Polnischen Republik.

2. Das ruthenische Parteiwesen

a) Die Radikalen

Bei der Besprechung des polnischen Parteiwesens wurde im Hinblick auf die Entstehung moderner Parteien das Jahr 1889 als Zäsurmarke identifiziert. Für das ruthenische Parteiwesen lässt sich dasselbe über das Jahr 1890 sagen. Im Grunde handelt es sich denn auch um eine einzige, für die politische Geschichte Galiziens insgesamt gültige Zäsurmarke. Innere Veränderungen wie die Ernennung des gegenüber den Ruthenen reformfreundlicher gesinnten westgalizischen Konservativen Kazimierz Badeni zum Statthalter (1888), vor allem aber die Landtagswahlen von 1889, welche die uneingeschränkte Hegemonie der polnischen Konservativen erschütterten, brachten die politische Szene Galiziens in Bewegung. Sie gaben jenen alternativen Kräften in beiden nationalen Lagern einen signifikanten Anstoß, die ohnehin durch die Liberalisierung im Gesamtstaat (Nicht-Verlängerung des Anarchistengesetzes) und die organisatorische Konsolidierung der österreichischen und internationalen Sozialdemokratie Aufwind spürten. Die erste galizische Partei, welche vor dem Hintergrund dieser Gesamtkonstellation ins Leben gerufen wurde, war die ruthenische Radikale Partei, deren Gründungsdatum (Oktober 1890) demjenigen der ersten galizischen sozialdemokratischen Partei sogar noch um einen Monat vorausging.

Die Vorgeschichte der Radikalen Partei geht allerdings auf die 1870er-Jahre zurück, als der Ethnograph und politische Theoretiker Mychajlo Drahomanov, Führer der progressiven Ukrainophilen in Russland, zunächst über Studentenzeitschriften und anschließend von seinem Genfer Exil aus Einfluss auf junge ruthenische Intellektuelle ausübte. Seine alternativen gesellschaftliche Entwürfe und seine weder Alt- noch Jungruthenen aussparende Kritik an den politischen Zuständen in Galizien hatten eine enorme Wirkung auf die ruthenischen Studenten der Lemberger Universität. Im Unterschied zur primär literarisch inspirierten ersten ukrainophilen Welle ein Jahrzehnt zuvor handelte es sich nun von Beginn an um eine genuin politische Bewegung, untermauert freilich durch den sozialen Realismus des Schriftsteller-Politikers Ivan Franko. Wie in jenem Fall folgte erst nach einer gewissen politischen „Inkubationszeit“ in den 1880er Jahren mit Schwergewicht auf Pressearbeit eine zweite Phase, die Gründung von Organisationen und das Eindringen in Institutionen. Die erste Phase verlief noch in Kooperation mit Vereinen und Organen der ruthenischen Populisten (*Narodovci*), aber auch polnischer progressiver Gruppen. Die unverkrampte Nähe zur polnischen Linken hatten die Radikalen ebenfalls von den Populisten der 1860er- und 1870er-Jahre geerbt, deren Nachfolger sich inzwischen infolge ihrer Beteiligung am politischen Alltagsgeschäft emanzipiert hatten und in ihrem antipolnischen Nationalstolz den Russophilen kaum nachstanden.

Die endgültige Abkehr der Radikalen von den Populisten geschah, wie erwähnt, an der Wende zu den 1890er-Jahren vor dem beschriebenen gesamtpolitischen Hintergrund. Hinzu kamen gestiegene soziale Unruhe auf dem Lande und Streiks in den Städten, ein Konsolidierungsprozess innerhalb den bisher eher verstreut operierenden radikalen Aktionszentren (Lemberg, Stanislau, Kolomea) sowie schließlich persönliche Rivalitäten und Ambitionen wie die Absetzung Mychajlo Pavlyks, des neben Franko führenden Aktivisten, von der Redaktionsleitung von *Bat'kivscyna*. Zunächst entstand denn auch hier, wie so oft, ein eigenes, von Pavlyk und Franko im Januar 1890 gegründetes Zeitungsorgan, *Narod* (Volk), das von Beginn an schwerpunktmäßig gesellschaftspolitisch ausgerichtet war und in seine Spalten zahlreiche programmatische Beiträge Drahomanovs aufnahm, aber auch der Öffentlichkeit die programmatische und organisatorische Unzulänglichkeit der Populisten vor Augen zu führen versuchte. Dabei spielten bereits Vorboten einer politischen Neuorientierung der Populisten eine Rolle, welche später als „Neue Ära“ in die Geschichte eingehen sollte: Auf Initiative des neuen Statthalters und unter Einbindung des Metropoliten sollten die polnisch-ruthenische Dauerfehde beendet und die gegenseitigen Beziehungen mittels Einzelkonzessionen an die ruthenischen nationalen Wünsche auf eine neue Grundlage gestellt werden. Diese Kompromissbereitschaft der führenden Populisten mit dem polnischen Establishment diente den Radikalen als wichtiges Abgrenzungsmotiv gegenüber der ukrainophilen Hauptströmung. Zum Zeitpunkt ihrer faktischen öffentlichen Kundmachung im Landtag (s. u.) lag allerdings die Gründungsversammlung der „Ruthenisch-Ukrainischen Radikalen Partei“ (*Rusinska-Ukrajinska Radykalina Partija*, R-URP) vom Oktober 1890 bereits mehr als ein Monat zurück.¹⁹⁵⁾

Der Name der neuen Partei war in mehrfacher Hinsicht innovativ. Hier erschien erstmals auf dem Banner einer politischen Organisation der Name „ukrainisch“, allerdings noch nicht allein stehend: Die galizische Öffentlichkeit assoziierte mit diesem Begriff im allgemeinen noch die russische Ukraine jenseits der Grenzen. Der Bindestrich in „Ruthenisch-Ukrainisch“ sollte gerade dieser Erläuterung dienen, also nicht etwa zwei Teile zusammenführen, was einer sprachlichen Verfestigung der politisch bedingten Trennung bedeutet hätte. Der Begriff „Radikal“ signalisierte nichts anderes, als dass man eine vor allem von polnischer Seite verwendete, negativ besetzte Bezeichnung der eigenen Gruppe von Aktivisten positiv umdeutete und als Parteisignum verwendete. „Radikal“ war man vor allem aufgrund der gesellschaftspolitischen Forderungen und der kritischen Haltung gegenüber Kirche und Traditionen. Schließlich der Begriff „Partei“, auch er erstmals als offizielle Bezeichnung einer Organisation verwendet. Es war kein Zufall, dass hier *partija* und nicht *storonnyctvo* verwendet wurde. Man fühlte sich der westeuropäischen Linken zugehörig und gedachte, gleich dieser eine neue Form von politischer Organisation darzustellen, die sich auf die Massen stützte.¹⁹⁶⁾

Das Neue an der Radikalen Partei war jedoch nicht auf dieses Selbstverständnis beschränkt. Im Gegensatz zu den „Räten“ wurde die R-URP nicht auf der Grundlage von

¹⁹⁵⁾ Zur „Neuen Ära“ Ihor Čornovol, *Pol's'ko-ukrajins'ka ugoda 1890–1894 rr.* [Der polnisch-ukrainische Ausgleich], Lviv 2000 sowie Czesław Partacz, *Od Badeniego do Potockiego: stosunki polsko-ukraińskie w Galicji w latach 1888–1908* [Von Badeni bis Potocki. Polnisch-ukrainische Beziehungen in Galizien in den Jahren 1888–1908], Toruń 1996, S. 45–83.

¹⁹⁶⁾ Näheres zur Entstehung der Radikalen Partei bei Himka, *Socialism*, S. 141–172.

Machtpositionen in den parlamentarischen Gremien oder mit dem institutionellem Rückhalt bestehender Vereinsorganisationen gegründet. Sie definierte sich vielmehr alleine über ein konkretes politisches Programm und ließ dabei die Phrase vom homogenen nationalen Volkskörper hinter sich. Nicht mehr ein einheitsstiftendes, nationales Ziel war der Ausgangspunkt, sondern konkrete sozioökonomische „Realitäten“. Parteitage wurden nicht mehr aus Anlass von Wahlen oder außergewöhnlichen politischen Situationen einberufen, sondern als jährliche Veranstaltungen institutionalisiert. Dies geschah – im Gegensatz zu den meisten polnischen Parteien – in konstanter Regelmäßigkeit in den letzten Dezembertagen jedes Jahres, bis zum letzten Parteitag von 1913 insgesamt 24 Mal. Es entstand erstmals eine Parteipresse im engeren Sinne des Wortes, ein Zeitungsblatt, das sich offiziell als Parteiorgan deklarierte. Man bediente sich auch einer neuartigen politischen Rhetorik, welche derjenigen der Sozialdemokratie entlehnt war – etwa: *Tovarys* (Genosse) oder *Robitnyj narod* (werk tätiges Volk). Loyalitätsparenen galten nun nicht mehr der Nation, sondern dem Volk – und der Partei. Freilich war man in anderen Belangen bei der realen Umsetzung noch weit entfernt von westlichen Vorbildern. Es lässt sich noch lange nicht von einer breit abgestützten „Mitgliederpartei“ sprechen, zumal die primär anvisierte Bauernbevölkerung eine schwer zu organisierende Masse war. Im Jahre 1899 hatte das vier Jahre zuvor gegründete Monatsblatt *Hromads'kyj Hološ*, welches unter der Leitung des jungen Aktivisten Vjačeslav Budzynov's'kyj die Nachfolge von *Narod* als Hauptorgan der Radikalen angetreten hatte, gerade einmal 650 Abonnenten.¹⁹⁷⁾ Die R-URP kam kaum über den Zustand eines verstreut agierenden, auf einzelne Bezirke konzentrierten Adhoc-Verbands hinaus. Sie blieb eine vor allem in der Anfangsphase von Universitätsstudenten geprägte säkulare Intelligenzpartei. Die Landbevölkerung versuchte man, mittels politischer Aktionen wie Volksversammlungen und Agrarstreiks zu mobilisieren. Später wurden einzelne parteinahe Vereine geschaffen, ein eigener Bildungsverein (*Postup*: Fortschritt) sowie Schützenvereine (*Sic*).¹⁹⁸⁾

Das Parteiprogramm von 1890 hatte neben dem „Drahomanovismus“ noch einen zweiten Ideenlieferanten, den Marxismus. Marx und Drahomanov hatten einiges gemeinsam, mehr aber noch Trennendes¹⁹⁹⁾: Dem Geschichtsdeterminismus stand der Glaube an die Gestaltbarkeit der Zukunft durch politische Arbeit gegenüber, dem Industrieproletariat als revolutionärer Klasse die Bauernschaft als Basis für die Umgestaltung der Gesellschaft und der positiven Bewertung der Nationalstaaten der Hang zu Staatskepsis und Subsidiaritätsprinzip. Der erstgenannte Konfliktpunkt zwischen passiver Revolutionserwartung und politischem Aktivismus stellte einen Grundwiderspruch dar, mit dem die marxistisch orientierte Sozialdemokratie selbst überall zu kämpfen hatte. Auch seine Lösung ist bekannt, von Hainfeld 1889 und dann Erfurt 1891: Neben einem Grundsatzprogramm („Maximalprogramm“, „Prinzipienerklärung“), in dem von wissenschaftlichem Sozialismus und Kollektivierung die Rede war, stand ein „praktischer“ Teil („Minimalprogramm“), der die

¹⁹⁷⁾ Hromads'kyj Hološ 15. 12. 1899 (24), S. 1.

¹⁹⁸⁾ Zum studentischen Charakter: Beim Parteikongress von 1895 etwa bildeten Studenten den weit überwiegenden Teil der etwa 50 Teilnehmer und auch über die Hälfte der Redner. Siehe Dilo 31. 12. 1895 (282), S. 3.

¹⁹⁹⁾ Ivan L. Rudnytsky, Drahomanov as a Political Theorist, in: Essays in Modern Ukrainian History, hrg. von Peter L. Rudnytsky, Edmonton 1987, S. 203–253.

kurz- und mittelfristigen Reformpunkte enthielt. Im Falle der R-URP umfasste dieser letztere Teil diverse wirtschaftliche und rechtliche Maßnahmen, allgemeines Wahlrecht für beide Geschlechter, Unentgeltlichkeit und Entdogmatisierung der Schulbildung. Rhetorisch ins Visier nahm man das „gesamte werktätige Volk“, tatsächlich galten die wirtschaftspolitischen Forderungen aber vorwiegend der Agrarbevölkerung. Das dritte Spannungsmoment war von besonderer Brisanz, wurde doch mit dem problematisierten Stellenwert nationalstaatlicher Ziele die Frage einer zukünftigen ruthenisch-ukrainischen Staatlichkeit aufgeworfen. Ein solches Ziel wurde tatsächlich nicht erwähnt, sondern vielmehr dem Prinzip der territorial definierten Autonomie ohne Berücksichtigung nationaler Gesichtspunkte das Wort geredet. Das Nationale wurde auf eine Förderung des entsprechenden Bewusstseins beschränkt. Im Ganzen trug das Programm von 1890 also trotz einiger marxistischer Einsprengsel weit mehr die Handschrift Drahomanovs und seiner pragmatisch denkenden und handlungswilligen Anhänger in Galizien.²⁰⁰⁾

Bis zu den Parteigründungen von 1899 blieben dennoch die genannten drei Punkte als Spannungsmomente vorhanden. Nach der Abspaltung des sozialdemokratischen Flügels, die seit dem Parteitag von 1897 vorgezeichnet war, konnte sich die R-URP offen als eigenständige, dem Aktivismus verpflichtete Agrarpartei deklarieren, die sich für den staatsgestützten Kauf oder die Enteignung des Großgrundbesitzes einsetzte. Bei der nationalen Frage trat mit dem schwindenden Einfluss der Anhänger Drahomanovs und der nationalen Radikalisierung in Galizien eine Hinwendung zu einer positiven Beurteilung einer ukrainischen Staatlichkeit ein, die sich bereits im revidierten Programm von 1895 ausdrückte, hier allerdings noch in einem Zweckverhältnis zur sozialen Revolution: Nur auf dem Boden nationaler Unabhängigkeit sei Sozialismus zu verwirklichen, woraus die Forderung nach einem selbständigen Territorium bestehend aus den ruthenischen Teilen Galiziens und der Bukowina abgeleitet wurde. Den schärfsten Ausdruck fand dieser Gedanke allerdings in der im selben Jahr erschienenen Schrift „Ukraina irredenta“ des Parteiaktivisten Julijan Bačyns'kyj, in dem zum ersten Mal die Unabhängigkeit der Ukraine unter Einbeziehung des russischen und österreichischen Staatsgebiets gefordert wurde.

Nach der Abspaltung des nationalliberalen Flügels und der Gründung der Ukrainischen Nationaldemokratischen Partei (UNDP, s. u.) geriet die R-URP in eine schwere Existenzkrise, zumal sich auch ihr Aushängeschild Franko der neuen Sammelkraft zugewandt hatte. Nachdem der R-URP bei den Reichsrats- und Landtagswahlen von 1900/01 sämtliche Mandate verloren gegangen waren, beschloss die Parteiführung im Jahre 1902 die Selbstauflösung und die Einstellung des bisherigen Parteiorghans. Faktisch blieben allerdings in einigen lokalen Zentren, so insbesondere im Bezirk Kolomea unter dem Advokaten Kyrylo Tryl'ovs'kyj, gewisse Strukturen erhalten. Dies kam den Radikalen zugute, als sie im Herbst 1904 nach einer Veranstaltung zur Feier der dreißigjährigen publizistischen Tätigkeit Pavlyks die Wiederbelebung der Partei beschlossen. Hintergrund war die Aussöhnung der beiden in den Parlamenten verbliebenen ukrainophilen Kräften, der Natio-

²⁰⁰⁾ Vgl. das Parteiprogramm in: *Narod* 15. 10. 1890 (20), S. 1 und die breitere Erörterung bei Himka, *Socialism*, S. 167–169 sowie bei Kerstin Jobst, *Zwischen Nationalismus*, S. 42–45. Zum Problem der Staatlichkeit im Speziellen John-Paul Himka, *Young Radicals and Independent Statehood: The Idea of a Ukrainian Nation-State 1890–1895*, in: *Slavic Review* 41 (1982), S. 219–235.

naldemokraten und der Nationalkonservativen. Auch der von der UNDP enttäuschte Franko schloss sich der Partei nun wieder an.

Dank der frisch belebten politischen Szene seit dem Umbruchsjahr 1905 konnte die Radikale Partei ihre Stellung nun dauerhaft festigen. 1907 zog sie auch wieder in das Parlament ein. Infolge der Einbeziehung der zunehmend hegemonial auftretenden UNDP in die politische Verantwortung im Reichsrat und Landtag sahen sich die Radikalen in ihrer Rolle als linke Alternative zur angeblich allzu kompromissbereiten ruthenischen Führungselite bestärkt. Das zeigte sich insbesondere in der Wahlreformfrage, deren halbherzige Sonderlösung für Galizien die Exponenten der R-URP aufs Schärfste verurteilten. Diese Haltung kam besonders deutlich in der Resolution des Parteitag vom Dezember 1906 zum Ausdruck: Aus dem Ergebnis der Wahlrechtsverhandlungen müsse der Schluss gezogen werden, dass von Österreich nichts Gutes mehr zu erwarten sei und daher nur solche Kandidaten zu wählen seien, welche die Unabhängigkeit anstrebten. Als Ziel am Horizont stünde die ukrainische Republik. In einem ähnlich resoluten Ton wurde die Überführung allen Bodens – gutsherrlichen, staatlichen und kirchlichen – in bäuerliche Hände gefordert. In den Verhandlungen um die Landtagswahlreform, bei denen die Radikalen trotz ihrer wiedererlangten parlamentarischen Präsenz ohne Einfluss blieben, setzte sich jene Oppositionsrolle fort, in Gestalt der bedingungslosen Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht, einem Punkt, der immerhin von Beginn an in ihrem Programm gestanden war.²⁰¹⁾

Die symbolische Ebene figurierte seit der Gründung der R-URP als wichtiges Element ihrer Selbstdarstellung als Partei. Wenn dabei das Singen von Liedern einen besonders hohen Stellenwert einnahm, so lässt sich dies unmittelbar auf den großen Einfluss des studentischen Milieus gerade in der Entstehungsphase zurückführen. Studentenkultur, ausgeprägt vorhanden in den universitären Korporationen, floss direkt ein in die von Parteien und Parteiversammlungen geprägte politische Kultur. Als eigentliche Parteihymne fungierte das im Jahre 1880 von Ivan Franko gedichtete *Ne pora*. Die erste von vier Strophen lautete folgendermaßen:

„Es ist nicht an der Zeit, nicht an der Zeit, nicht an der Zeit
Dem Russen und dem Polen zu dienen
Genug des alten Unrechts gegen die Ukraine
Für uns ist die Zeit gekommen, nur für die Ukraine zu leben.“²⁰²⁾

Aufgrund seines politischen Inhalts und dem unverhohlenen herrschaftskritischen, aufwieglerischen Ton wurde das Franko-Lied immer wieder zum Signal eines Eingreifens der Behörden. Gerade dies hatte jedoch wiederum zur Folge, dass es sehr bald über die R-URP hinaus weite Verbreitung in der zunehmend radikalisierten ruthenischen Gesellschaft fand. Viele Volksversammlungen auf dem Land schlossen mit dem Lied, und es diente insbesondere auch wieder den Studenten als identitätsstiftende Hymne, als sie nach der Jahrhundertwende in ihren Umzüge durch die Stadt Lemberg für eine eigene Universität eintraten. Neben „Noch ist die Ukraine nicht verloren“ (*Šce ne umerla Ukrajina*, s. u.) bekleidete *Ne*

²⁰¹⁾ Das Programm von 1895 in Dilo 31. 12. 1895 (282), S. 3 und die Resolution von 1906 *ibid.*, 2. 1. 1907 (273/1906), S. 1 sowie in *Levyc'kyj, Istorija*, S. 283f. bzw. 430.

²⁰²⁾ Ivan Franko, *Z veršyn i nyzyn. Zbirnyk poezij* [Von Höhen und Niederungen. Sammlung von Gedichten], L'viv 1887, S. 69f.

pora die Funktion einer Nationalhymne, zumal ihr Verfasser in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ebenfalls parteiübergreifend bereits den Rang eines lebenden Nationalhelden einnahm.²⁰³⁾

Abgesehen von Liedern gab es auch andere, visuelle Formen der Symbolik, welche insbesondere an den Parteikongressen zum Ausdruck kamen. In diesem Fall ging es nun nicht mehr primär um das Stiften emotionaler Gehalte, sondern um die Darstellung der politischen und geistigen Wurzeln der Partei. Dabei kam deutlich jene doppelte Orientierung zum Ausdruck, welche schon oben angedeutet wurde: Nation und Revolution. So wehten sowohl gelb-blaue, die Ukraine repräsentierende Fahnen in den Versammlungssälen als auch rote Fahnen, welche den revolutionären Anspruch darstellen sollten. Als Büsten repräsentiert waren sowohl Sevčenko, der Nationaldichter, als auch Karl Marx. Der Letztere verschwand allerdings nach der Trennung von der ruthenischen Sozialdemokratie, die Thema des folgenden Unterkapitels ist.²⁰⁴⁾

b) Die Sozialdemokraten

Die ruthenische Sozialdemokratische Partei hatte ihrerseits zwei miteinander verwachsene parteigeschichtliche Wurzeln, so dass ihre Gründung kurz vor der Jahrhundertwende als ein zweifaches Herausschälen aus bereits bestehenden Parteiorganisationen zu verstehen ist: Zum einen handelte es sich um die gerade besprochene Radikale Partei, die R-URP. In dieser gab es von Beginn an eine Strömung, die sich unzufrieden zeigte mit der im Parteiprogramm von 1890 reflektierten Reverenz an Drahomanov und die bemüht war, den auch noch im Parteiprogramm von 1895 beschworenen „wissenschaftlichen Sozialismus“ marxistisch zu deuten, um damit gleichzeitig Anschluss zu finden an eine überregional bedeutsame, dynamische Kraft, die internationale Sozialdemokratie. Die andere Wurzel war gerade die galizische sozialdemokratische Partei (PR bzw. GPSD, s. Kapitel 2.2.e) selbst, ein Zweig der österreichischen Partei, in deren Reihen bekanntlich auch Ruthenen Platz hatten. Kam also dort, in der R-URP, im Laufe der 1890er-Jahre ein ideologischer Klärungsprozess in Gang, so handelte es sich hier um einen Prozess der nationalen Desintegration, der von polnischer Seite forciert wurde: Wie bereits bemerkt, litt der übernationale Anspruch der galizischen Sozialdemokratie von Beginn an unter dem allgemeinen galizischen Syndrom der polnischen Dominanz, die allerdings von polnischer Seite positiv dazu benutzt wurde, die Umwandlung der Partei in eine auch offiziell polnische voranzutreiben und zu diesem Zweck den Prozess der Verselbständigung der Ruthenen hin zu einer eigenen Parteigründung zu fördern.

Die entscheidenden internen Debatten und institutionellen Vorgänge, die zur Gründung dieser Partei führten, spielten sich in der R-URP ab, die von der GPSD gerne als Schwesterpartei behandelt wurde, regelmäßig bei deren Parteitagen Gaststatus erhielt und gemeinsam mit ihr politische Aktionen durchführte. 1896 wurde im Rahmen der R-URP

²⁰³⁾ Harald Binder, Der nationale Konflikt um die Universität Lemberg, in: *Místo národních jazyku ve výuce, vědě a vzdělání v Habsburské monarchii 1867–1918/Position of National Languages in Education, Educational System and Science of the Habsburg Monarchy 1867–1918*, hrsg. von Harald Binder, Barbora Krívohlavá und Luboš Velek, Praha 2003, S. 183–215.

²⁰⁴⁾ Jobst, Zwischen Nationalismus, S. 92.

ein eigenes Gremium gegründet, das sich „Komitee der Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei“ nannte. 1897 kam es während des Parteitags zum Bruch mit dem sozialdemokratischen Flügel. Dieser besaß allerdings in der Parteileitung eine starke Position, wie sich im Mai 1899 zeigte, als der Vorstand sich zunächst zugunsten einer Umbenennung und Statutenveränderung im Sinne einer sozialdemokratischen Partei aussprach. Die kurz darauf abgehaltene Vertrauensmännerversammlung verwarf allerdings diese Entscheidung, worauf die sozialdemokratische Minderheit unter Protest den Saal verließ und damit das Signal zur Abspaltung gab. Offiziell gegründet wurde die Partei im September in Lemberg unter dem Namen „Ukrainische Sozialdemokratische Partei“ (*Ukrajinska Socjalnodemokratyčna Partija*, USDP). Parteiorgan wurde die seit 1900 in Lemberg erscheinende Halbmonatsschrift *Volja* (Freiheit), seit 1906 dann das aus Czernowitz nach Lemberg transferierte Blatt *Zemlja i Volja* (Land und Freiheit).²⁰⁵⁾

Die USDP erbt viele der Strukturprobleme der alten R-URP. Auch bei ihr gab es eine Kluft zwischen dem von der Partei proklamierten Selbstverständnis und der politischen Realität. Das Selbstverständnis leitete sich vornehmlich aus der Zugehörigkeit zur großen Familie der österreichischen und internationalen Sozialdemokratie ab, das einerseits politische Rückendeckung, andererseits aber Einschränkung der Selbständigkeit bedeutete. Programmatisch war man gebunden, vor allem an das Brünner Nationalitätenprogramm von 1899 und das Wiener Programm von 1901. Diese Tatsache wurde am ersten Parteikongress im Jahre 1903 diskussionslos zur Kenntnis genommen. Anpassungen an die politische und gesellschaftliche Realität des so anderen „galizischen Schauplatzes“ konnten folglich (wie bei der polnischen PPSD) nur im Rahmen von Parteitage resolutions erfolgen. Eine zentrale Bedeutung musste auch hier die Frage nach der sozialen Zielgruppe erlangen. Die ruthenische Sozialdemokratie war wie ihre Vorgängerpartei in erster Linie dem Schicksal der Landbevölkerung verpflichtet. Auch diese Haltung war anhand des Parteitags von 1903 deutlich ablesbar, der unter dem starken Eindruck der ostgalizischen Agrarstreiks stattfand. Demnach erkannte man die äußerst wichtige Rolle der Bauernschaft im ruthenischen (ukrainischen) nationalen Leben an und maß der Vermittlung von Klassenbewusstsein für die Bauernbevölkerung und deren Organisation höchste Priorität zu. Eine Brücke zum Selbstverständnis der internationalen Sozialdemokratie und gleichzeitig ein Element der Abgrenzung gegenüber der R-URP wurde in der besonderen Hervorhebung des landlosen Agrarproletariats gesehen, das gemeinsam mit dem Kleinbaurntum die zukünftige „proletarische Armee“ bilden sollte. Auch andere sozialdemokratische Kernforderungen wie diejenige nach Arbeiterversicherung und Arbeitsinspektoren sowie die Unterstützung der Agrarstreiks konnten dadurch glaubwürdig vertreten werden.²⁰⁶⁾

Das ebenfalls am Parteitag von 1903 beschlossene Organisationsstatut sah eine Struktur vor, welche auf örtlichen Institutionen und Vertrauensleuten aufbauen und als Parteigremien ein Exekutivkomitee, eine Parteikonferenz und einen Parteikongress umfassen sollte. Diese Struktur konnte nie in vollem Maße verwirklicht werden. Die Parteikonferenz blieb bedeutungslos, während der Kongress bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs lediglich fünfmal einberufen wurde und vornehmlich der inneren Konsolidierung der Partei in kri-

²⁰⁵⁾ Näheres zum Prozess der Parteibildung bei Jobst, Zwischen Nationalismus und Najdus, Polska Partia Socjaldemokratyczna.

²⁰⁶⁾ Die Parteitage resolution von 1903 in: Naprzód 28. 3. 1903 (86), S. 1.

tischen Phasen diene. Für eine darüber hinaus gehende festere Einbindung der Basis in den institutionellen Prozess der Parteientwicklung, die eine regelmäßige Abhaltung der Kongresse nahegelegt hätte, war gerade diese Basis zu schwach entwickelt. Als äußerst schwierig erwies es sich, eine eigene politische Klientelschicht in der ländlichen Gesellschaft zu isolieren und in irgendeiner Weise dauerhaft an die Partei zu binden. Aber auch die für westliche Länder charakteristische operationelle Grundlage im städtischen Arbeitervereinswesen war hier nicht gegeben, weil die soziale Basis einerseits zu schmal war und andererseits deren Ausbau zu einem selbständigen organisatorischen Gefüge durch die politischen Umstände in der galizischen Sozialdemokratie behindert wurden:

Die freiwillige Einbindung in eine übernationale Organisation hieß nämlich im galizischen Kontext, dass man sich weiterhin in einem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber der weit mächtigeren polnischen Partei befand, insbesondere bei der Durchführung von Wahlen und anderen gemeinsam veranstalteten politischen Aktionen. Die polnische PPSD aber duldet keinerlei Konkurrenz zu ihren eigenen Berufsorganisationen in den Städten. Wenn also zunächst die Aufgabenteilung Stadt/Land von der ruthenischen Partei geduldet wurde, so entsprach dies einer realistischen Einschätzung der eigenen Stärke, ließ sich aber auch in Verbindung mit gewissen polonophilen Neigungen (oder gar einer partiellen Polonisierung) von Exponenten wie Mykola Hankevyč und Semen Vityk bringen, welche die Vorreiterrolle der Polen für die ruthenische Organisation anerkannten und außerdem dem Freiheitspotential eines unabhängigen polnischen Staates im Gegensatz zu ihren Konnationalen der anderen ruthenischen Parteien Einiges abgewinnen konnten. Letztlich hatten sie die USDP auch nur deshalb gründen können, weil sie den wachsenden antipolnischen Reflex ihrer damaligen Parteikollegen aus der R-URP nicht geteilt hatten. Im Übrigen wirkte die Beteiligung der Parteispitzen der USDP (namentlich wiederum Hankevyč) an den Führungsgremien der PPSD wie auch der Fraktionen ebenfalls vorerst einer Desintegration entgegen.

Der Abbau des relativ reibungslosen wechselseitigen Harmonieverhältnisses erfolgte schleichend und war selbstverständlich nicht unabhängig von der Entwicklung des allgemeinen zwischennationalen Klimas, welches nach der Jahrhundertwende gerade im akademischen Milieu, dem Hort der ruthenischen Sozialdemokratie, durch den angeheizten Universitätsstreit eine signifikante Verschlechterung erfuhr. Im Jahre 1903 kam es zur Gründung eines selbständigen ruthenischen Arbeiterbildungsvereins (*Volja*), einem wichtigen Schritt also bei den Emanzipationsbestrebungen des ruthenischen Arbeitermilieus. Von großer längerfristiger Bedeutung waren dann die Entwicklungen in Russland und die Gründung der dortigen ukrainischen sozialistischen Parteien schon im Vorfeld der Ereignisse des Jahres 1905. Damit ergab sich wie schon für die polnischen Sozialdemokraten in den 1890er-Jahren eine parteipolitische Alternative zum innergalizischen sozialdemokratischen Bezugssystem, nämlich die national definierte parteiliche Solidarität über die Grenzen hinweg, was sich bei den Ruthenen umso mehr als Aufwertung ihres stets prekären politischen Selbstwertgefühls niederschlug.

Entscheidend zur Verschärfung trugen allerdings innergalizische Vorgänge bei. Eine bereits während des zweiten USDP-Kongresses im Januar 1906 erkennbare innerparteiliche Opposition unter der Führung von Volodymyr Levyns'kyj, welche die Vernachlässigung des ruthenischen Proletariats in den Städten beklagte, erhielt wichtigen Auftrieb durch den polnisch-ruthenischen Disput um die Reichsratskandidatur Hankevyčs in Lemberg. Diese

Kandidatur wurde am Ende von der Krakauer PPSD-Führung mit dem Argument des „polnischen Charakters“ der Landeshauptstadt vereitelt, worauf von ruthenischer Seite mit der Gründung eigener städtischer Parteisektionen begonnen wurde. Am dritten Parteikongress im März 1909, der wie üblich unter reger Teilnahme polnischer „Genossen“ stattfand, wurde die Gewerkschaftsfrage und die Schaffung selbständiger ruthenischer Fachverbände erneut thematisiert. Eine offene Konfrontation konnte jedoch vermieden werden. Stattdessen wurden Maßnahmen beschlossen, welche den ruthenischen Wünschen entgegenkamen, ohne die Einheit der Gewerkschaften zu gefährden, namentlich die Herausgabe ukrainischsprachiger Fachblätter, die Berücksichtigung des Ukrainischen bei Parteidokumenten und die Berufung von Gewerkschaftssekretären mit ukrainischen Sprachkenntnissen.

Einen wichtigen Anstoß zur Spaltung der Partei gaben die parallel laufenden separatistischen Strömungen in der tschechischen Partei, die ebenfalls ihre primäre Ursache in der Gewerkschaftsproblematik hatten. Tatsächlich gab es auch enge Kontakte zwischen den beiden oppositionellen Strömungen. In einer Parteikonferenz in Lemberg 1911 kam es erstmals zum Eklat, als die der polnisch-ruthenischen Zwitterpolitik angeklagten Hankeyč und Vityk unter Protest den Versammlungssaal verließen. Endgültig vollzogen wurde die Spaltung in ein ruthenisch-autonomistisches und ein propolnisches Lager während des vierten Parteikongresses im Dezember desselben Jahres, als es die Separatisten um Levyn's'kyj waren, welche den Sitzungsort verließen, nachdem die Versammlung es knapp abgelehnt hatte, die polenkritischen Beschlüsse der erwähnten Parteikonferenz vom Januar zu übernehmen. Wie üblich reklamierten beide Seiten die rechtmäßige Nachfolge der bisher geeinten Partei für sich, und wie üblich wurde die Trennung sogleich verfestigt durch die Gründung eines selbständigen Presseorgans: *Vpered* (Vorwärts) erschien seit Ende 1911 als Gegenpart zu *Zemlja i Volja*. Dabei blieb es aber, denn zum Aufbau einer getrennten Organisation und Mitgliederbasis fehlten politische Kraft und personelle sowie materielle Ressourcen, zumal ja schon die geeinte Mutterpartei an solchen Mängeln gelitten hatte. Folglich standen sich also nicht zwei Parteiorganisationen gegenüber, sondern zwei Meinungsgruppen, welche sich um einzelne Personen und Redaktionen scharten.²⁰⁷⁾

Dieser Zustand erinnerte an den Anfang galizischer Parteigeschichte, betraf aber nun ein politisches Lager, das stets besonders bemüht war, Modernität und Effizienz zu verkörpern. Die Differenzen zwischen *Vpered*-Fraktion und *Zemlja i Volja*-Fraktion waren dabei kaum programmatischer Natur. Sie leiteten sich aus dem ruthenischen Grundproblem in Galizien ab, dem Verhältnis zu dem stets mächtigeren nationalen Gegenüber, den Polen. In der von den jeweiligen Presseorganen getragenen Rhetorik erhielt diese nationalpolitische Differenz dann die übliche Verstärkung in Gestalt von wechselseitigen Etikettierungen wie nationalistisch gegen polenhörig oder – im Kontext der Krise der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie – Separatismus gegen Zentralismus. Für die Wiener Parteileitung verschwammen aus der Distanz tatsächlich tschechischer und ruthenischer Separatismus zu einem Gesamtpphänomen, und entsprechend harsch war die Kritik an den zurückliegenden Ereignissen in jener fernen Ecke des Reiches, die man doch sonst so bequem der

²⁰⁷⁾ Zum vierten Parteikongress siehe auch ausführlich: Napród 6. 12. 1911 (282), S. 5 und 7. 12. 1911 (284), S. 5.

polnischen Obhut hatte überlassen können – ganz ähnlich übrigens, wie dies auch die ministeriellen Stellen in Wien mit Galizien zu tun pflegten.

Angesichts der schwachen programmatischen Basis und der geringen Ressourcen beider Fraktionen kann es wenig erstaunen, dass jene Parteispaltung nur vorübergehender Natur war. Als wesentlichste Triebkraft für die sukzessive Wiederannäherung wirkte allerdings die bei allen Nationalitäten der Habsburgermonarchie, insbesondere aber auch bei den Polen, feststellbare Tendenz der unmittelbaren Vorkriegsjahre, das eigene nationale Lager unter Überwindung von Parteigrenzen zu konsolidieren. Parallel dazu bemühte sich nicht nur die autonomistische Fraktion, sondern auch der stärkere, weil nach wie vor materiell gestützte „polenfreundliche“ Flügel um einen Ausbau der Präsenz in den Berufsvereinigungen. Eine schwerwiegende Kontroverse zwischen PPSD und *Zemlja i Volja*-Fraktion und gleichzeitig eine gravierende Schwächung der letzteren trat schließlich Mitte Juni 1913 ein, als der damals einzige ruthenische Reichsratsabgeordnete, Semen Vityk, aufgrund angeblichen persönlichen Fehlverhaltens aus dem deutsch-österreichischen Parlamentsklub ausgeschlossen wurde, wo er Hospitantenstatus genoss. Diese Diskreditierung des langjährigen Kämpfers für eine geeinte polnisch-ruthenische Sozialdemokratie in Galizien lasteten die Ruthenen der PPSD an. Als während des 5. USDP-Parteitag im März 1914 die Wiedervereinigung vollzogen wurde, war dies nicht zuletzt tatkräftiger Hilfe externer sozialdemokratischer Kräfte aus dem russischen Reich und der Bukowina (Parteiblatt *Borba*) zu verdanken. Als sich schließlich bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs die ruthenischen Sozialdemokraten den überparteilichen nationalen Organisationen anschlossen, hatte das Prinzip der nationalen Solidarität endgültig die übernationale Klassengesinnung verdrängt.

Am Ende sollte auch hier noch kurz die Frage von Repräsentation und Parteisymbolik berührt werde. In dieser Hinsicht war die USDP zunächst fraglos sozialdemokratisch, also „internationalistisch“ geprägt, etwa hinsichtlich des politischen Vokabulars, das man bereits von der Radikalen Partei übernommen hatte. In zweiter Linie war aber auch die dominierende polnische Partei bestimmend. Bei den Parteitag sang man nicht nur das „eigene“ Lied, *Salijte*, sondern auch die Czerwieński-Hymne von der „Roten Fahne“, und zwar sowohl in einer ukrainischen Sprachversion (*Cervonyj Prapor*) als auch im polnischen Originaltext.²⁰⁸ Auch eigene Helden besaß man keine, keinen Waryński und keinen Limanowski. Die Schwäche im Bereich der Selbstdarstellung entsprach daher der gesamtpolitischen Schwäche der ruthenischen Sozialdemokratie in Galizien.

c) Die Nationalkonservativen/Christlichsozialen

In den frühen 1890er-Jahren liegt auch die Geburtsstunde eines anderen politischen Lagers, dessen Wurzeln allerdings ebenfalls weiter zurückgingen, zumindest bis in die 1880er-Jahre. Damals hatte sich unter tatkräftiger Unterstützung des Metropoliten Sylvester Sembratovyč ein politischer Kreis um die Zeitschrift *Myr* gebildet, welcher umfassende politische Mäßigung mit klerikal-konservativer Gesinnung gegen die aufkommenden säkular-materialistischen Strömungen verband. Dieses Lager war „national“ im Sinne einer ukrainischen Nationsidee in entschiedenster Ablehnung der Russophile. Es war klerikal-konservativ im Sinne seiner politischen Gesamtvision einer konstruierten ruthenischen

²⁰⁸) Vgl. etwa den Bericht zum Parteitag von 1903 in *Naprzód* 28. 3. 1903 (86), S. 1.

Gesellschaft mit der griechisch-katholischen Kirche als ideeller Leitinstanz. Bei der Entstehung einer eigentlichen politischen Organisation spielte dann die erwähnte „Neue Ära“ (1890–1894) die Hauptrolle. Im Jahre 1894, als bereits alles auf das Scheitern jener Politik des Ausgleichs und der Verständigung hindeutete, traten zwei der prominentesten Populisten der ersten Stunde, Oleksandr Barvins'kyj (bereits Chefredakteur von *Myr*) und Anatol Vachnjanyn, für eine Fortsetzung jener Politik in Galizien ein (s. u.). Bei der Landtagswahl von 1895 trat die Barvins'kyj-Gruppe erstmals mit einem eigenen Wahlkomitee auf, das sogar eine Mehrheit der ruthenischen Sitze eroberte, freilich mit kräftiger Hilfe von administrativen und kirchlichen Stellen.²⁰⁹⁾

Auf dieser Basis entstand im Oktober 1896 der Katholische Ruthenisch-Nationale Verband (*Katolykyj rusko-narodnyj Sojuz*, KRNS). Sein Ziel war die Hebung des Volkswohls auf moralisch-religiöser, katholischer Grundlage und eine Politik des Pragmatismus und der Zusammenarbeit.²¹⁰⁾ Zwischen diesen beiden Grundelementen, Katholizismus und nationalpolitischer Kompromissbereitschaft, bestand eine sachliche Verbindung. „Schaltstelle“ war der griechisch-katholische Metropolit, der als Institution stets in einer Doppelrolle agierte, einerseits als nationale Autorität, als höchste moralisch-religiöse Instanz in der ruthenischen nationalen Gemeinschaft, andererseits als katholische Autorität, eingespannt in ein religiös-politisches Loyalitätsdreieck zwischen Lemberg, Wien und Rom. Hierauf gründete das Konzept der nationalpolitischen Mäßigung, das insbesondere Sylvester Sembratovyč seit seiner Amtsübernahme 1885 durch aktive Einmischung in die Wahlen zu fördern trachtete. Wer für die Fortsetzung der von Sembratovyč mitinitiierten „Neuen Ära“ plädierte, zeigte sich also kirchenloyal und hoffte, den Katholizismus zur geistigen Grundlage eines harmonischen Zusammenlebens in Galizien zu machen. Allerdings wäre es unrichtig, im KRNS nur den verlängerten Arm des Metropoliten zu sehen. Eine zentrale Rolle bei der Bewahrung eines eigenständigen politischen Profils spielte die ebenfalls 1896 gegründete, als offizielles Organ des KRNS firmierende Tageszeitung *Ruslan*, die im Gegensatz zum erwähnten Blatt *Myr* unabhängig vom Metropoliten blieb und daher nur mit Vorbehalt als dessen ideeller Nachfolger zu bezeichnen ist.²¹¹⁾ Die Eigenständigkeit von KRNS und *Ruslan* zeigte sich mit aller Deutlichkeit bereits im Dezember 1896 anlässlich eines neuerlichen politischen Vorstoßes Sembratovyčs und wenig später bei den Reichsratswahlen von 1897.²¹²⁾

²⁰⁹⁾ Vgl. Taras Antoševs'kyj, *Do istoriji chrystyjans'ko-suspil'noho ruchu v. Schidn. Halyčyni kincja XIX – poč XX st.* (Zur Geschichte der christlich-sozialen Bewegung in Ostgalizien) (Lviv 1997). Wichtig auch die Erinnerungen Barvins'kyjs: Oleksandr Barvins'kyj, *Spomyny z moho žyttja. Obrazky z hromadianskoho i pysmenskoho rozvytku rusyniv* [Erinnerungen aus meinem Leben. Bilder aus der gesellschaftlichen und literarischen Entwicklung der Ruthenen], 2 Bde., Lviv 1912–1913. Allgemein zu Religion und Kirche John-Paul Himka, *Religion and Nationality in Western Ukraine. The Greek Catholic Church and the Ruthenian National Movement in Galicia 1867–1900*, Montreal-Kingston 1999.

²¹⁰⁾ Das Programm in *Narodna Časopys* 16. 10. 1896 (224), S. 1.

²¹¹⁾ *Ruslan* verdankte seine Qualität und dauerhafte Präsenz innerhalb der politischen Öffentlichkeit Galiziens jedoch ebenfalls einer starken externen Unterstützung, wie eine Reihe von Archivbelegen demonstrieren. CDIAL, Fond 146, Opis 4, Spr. 871. Neben *Dilo* war *Ruslan* wohl das am besten redigierte ukrainischsprachige Blatt der Zeit.

²¹²⁾ Siehe Abschnitt II.

Die Gründung der KRNS ist zu einem wichtigen Teil auf die innergalizischen politischen Entwicklungen, namentlich die Konsolidierung des Parteiwesens, zurückzuführen. Darüber hinaus bereitete sich jedoch in der zweiten Hälfte der 1890er-Jahre europaweit ein fruchtbarer Boden für einen modernen politischen Katholizismus vor, in dessen Namen eine polnisch-ruthenische Versöhnung trotz der hier gegebenen vielfachen Belastungen aus der Vergangenheit (Katholisierung als kaschierte Polonisierung) greifbar schien. In Lemberg war nur wenige Monate vor der Gründung des KRNS der zweite Katholikentag über die Bühne gegangen, an dem Barvins'kyj und Vachnjanyn als Hauptpersonen aktiv teilgenommen hatten. Der gemeinsame Kampf galt den neuen atheistisch-materialistischen, die soziale Ordnung sprengenden Ideologien, die auch in der ruthenischen Gesellschaft in Gestalt der Radikalen und Sozialdemokraten ihren Niederschlag gefunden hatten. Im ideologischen Abgrenzungskampf zwischen Klerikalkonservativen und „Mehrheits-*Narodovci*“ des Volksrats erhielt erneut der Begriff *narod* die diskursive Schlüsselfunktion. Beide Seiten erklärten, die wahren Populisten zu sein und reduzierten den Gegner zu einer Personenclique (*Barvincuky* gegen *Romancukysty*). Beide sprachen dem Gegner „nationale Qualität“ ab, weil er mit „anationalen Elementen“ kooperierte: im einen Fall mit den Russophilen, im anderen Fall mit den polnischen Eliten. Hinzu kam der Vorwurf an die KRNS, ihrem Namen entsprechend nur konfessionelle Partei zu sein, während doch *Narod* eine absolut zu setzende moralische Qualität impliziere, die ohne Einschränkungen irgendwelcher Art zu gelten habe.

Dies waren die in Galizien üblichen intellektuellen Scharmützel, an denen die KRNS dank *Ruslan* als ebenbürtiger Partner teilnehmen konnte. Auf welch schwachen Füßen die Bewegung jedoch politisch stand, zeigte sich im Zuge des Heranwachsens der 1899 gegründeten UNDP zur dominierenden Kraft in der ruthenischen politischen Gesellschaft. Nun zog das bisherige Markenzeichen Antirussophilie nicht mehr, da die Nationaldemokraten deutlich Distanz zu den Russophilen markierten. Dem Grundgedanken einer polnisch-ruthenischen Kooperation wurde die Grundlage entzogen, als die Leitfigur Barvins'kyj nach 1900 zurück zu einer schärferen Oppositionshaltung fand. Die sukzessive Versöhnung der UNDP mit der Kirchenspitze unter Andrij Septyc'kyj ließ das Gespenst des Antiklerikalismus verblassen. Schließlich ging auch noch mit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts die politische Basis im Reichsrat verloren. Erst im Jahre 1911 kam es neuerlich zu einem gewissen Aufschwung, der vor allem mit dem politischen Erfolg der deutschösterreichischen Christlichsozialen zusammenhing. Deren Abkehr von den eigenen sozialradikalen Wurzeln hin zu einer integrierenden konservativen Volkspartei entsprach zweifellos dem Wunsch der ruthenischen Klerikalkonservativen, eine ähnliche Rolle in Galizien spielen zu können. Gemeinsamer Orientierungspunkt mit den christlichsozialen Parteien anderer Völker, auf die man sich ausdrücklich bezog, sollte die ordnende Autorität der katholischen Kirche sein.

Kurz nach den Reichsratswahlen von 1911 kam es daher unter diesen Prämissen zur Gründung des „Christlichsozialen Verbands“ (*Chrystyjansko-Suspilinyj Sojuz*, ChSS). Vorangegangen war bereits eine unter gleichem Namen stehende Vereinsgründung, in deren Statuten als Vereinsziel die „Bewahrung und Unterstützung der geistigen und materiellen Angelegenheiten der christlichen Bürger“ definiert wurde.²¹³) Da es sich hier also um eine

²¹³) Statut Chrystyjans'ko-Suspil'noho Sojuzu u Lvovi [Das Statut des Christlich-Sozialen Verbands in Lemberg], Lviv 1911. Zitiert auch bei Antoševs'kyj, *Do istoriji*, S. 28.

Partei mit dem rechtlichen Status eines politischen Vereins handelte, war man gesetzlich dazu verpflichtet, nicht nur eine statutarisch festgelegte Organisationsstruktur (Hauptversammlung, siebenköpfiger Ausschuss inkl. Präsident und Vizepräsident) zu begründen, sondern auch die Hauptversammlungen streng periodisch (einmal jährlich) durchzuführen.

An der eigentlichen Gründungsversammlung im Juni 1911 nahmen etwa 70 Personen teil. Sie waren einem Aufruf gefolgt, der die Leitgedanken der neuen politischen Kraft in den vier Punkten zusammenfasste: Erweckung und Unterstützung des nationalen Bewusstseins im Volk; christlicher Gedanke und Bewahrung der kirchlichen Rechte; Mobilisierung des Volks für das staatliche Leben; wirtschaftliche Entwicklung. Während die einleitende Beschwörung des nationalen Gedankens zur parteiübergreifenden Standardformel der Zeit gehörte, setzten die beiden folgenden Punkte doch eigene Akzente. So sollte das Christlich-Katholische auch die Grundlage für gute Beziehungen mit den Polen abgeben, welche im Kontext der Auseinandersetzungen um die Landtagswahlreform einer Dauerbelastung ausgesetzt waren. Das Verhältnis zum österreichischen Staat sollte von einem neuen, gesunden Loyalismus des Volkes zu seinem Staat geprägt sein, denn ein wechselseitiges Wohlverhältnis zwischen beiden sei Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben, zumal die Habsburgermonarchie noch immer die besten Verhältnisse für die Entwicklung des Volkes schaffe.²¹⁴⁾

Die der Öffentlichkeit präsentierten politischen Vorstellungen der ruthenischen Christlichsozialen klangen ebenso wie das umständlich formulierte Vereinsziel seltsam weltfremd und anachronistisch angesichts der Verhärtung der nationalen Fronten in Galizien und des sich verschärfenden Diskurses von der Vernachlässigung der Ruthenen durch Wien und der daraus gezogenen Schlussfolgerung, nur mit eigener Kraft zu Selbständigkeit zu gelangen. Der ChSS teilte denn auch das Schicksal seiner Vorgänger, nämlich „Kopfgeburt“ zu sein, ohne Glieder in der Gesellschaft. Der erste gewählte Ausschuss (*Starsyna*), bestehend aus 13 Personen mit der altgedienten Leitfigur Oleksandr Barvins'kyj als Parteipräsidenten, war ein akademisch-geistliches Gremium, nahmen doch in ihm nicht weniger als sechs Professoren und fünf Priester Einsitz.²¹⁵⁾ Die Mobilisierung konservativ gesinnter Massen misslang oder wurde nicht angestrebt, wie die Meidung von Massenveranstaltungen oder die weitgehende Ignorierung des Antisemitismus als Ideologie mit Mobilisierungspotenzial auch in der ruthenischen Gesellschaft zeigen.

Die Begrenzung auf christliche Mitglieder war zwar, dem Grundgedanken folgend, statutarisch festgelegt, als offensives politisches Mittel wurde der Antisemitismus jedoch nicht eingesetzt. Dazu fehlte nicht zuletzt ein entsprechend vordisponiertes soziales Milieu von ruthenischen Handwerkern und Arbeitern. Auf dem flachen Land hingegen war weder die operationelle Basis noch offenbar der Bedarf an einer explizit kirchlichen politischen Kraft vorhanden. Die Ukrainische Nationaldemokratische Partei, die stärkste politische Kraft, hatte es vermocht, gerade auf der lokalen Ebene die Geistlichkeit zu gewinnen und sich dadurch den Charakter einer Integrationspartei zu verleihen. Unter diesem Aspekt erschie-

²¹⁴⁾ Ruslan 2. 7. 1911 (145), S. 1. Ein detailliertes Parteiprogramm mit offiziellem Charakter wurde nie ausgearbeitet, wohl aber verschiedentlich Resolutionen verabschiedet, so etwa am Parteitag von 1912, als in insgesamt 24 Punkten der Öffentlichkeit die Grundpositionen der Partei dargelegt wurden. Ruslan 31. 12. 1912 (294), S. 2.

²¹⁵⁾ Die Zusammensetzung des Ausschusses in: Ruslan 2. 7. 1911 (145), S. 1.

nen die aus dem eigenen *Narodovci*-Lager kommenden Nationalkonservativen bestenfalls als überflüssige Erscheinung oder dann als erkatholisch oder polonophil. Dass letzteres eine polemische Überspitzung darstellte, zeigte der dezidiert im Sinne der nationalen Interessenwahrnehmung gehaltene Resolutionskatalog des zweiten Parteitags vom Dezember 1912, in dem sowohl bei der Wahlreformfrage als auch in der Angelegenheit der ruthenischen Universität in Lemberg der Standpunkt der tonangebenden Kraft im ruthenischen politischen Spektrum übernommen wurde.²¹⁶⁾

d) Die Nationaldemokratische Partei

Nur wenige Monate nach der Ausrufung der Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei kam es im Dezember 1899 zur Gründung der nun schon mehrfach erwähnten Nationaldemokratischen Partei (UNDP), die sich in der Folge als stärkste politische Kraft unter den Ruthenen etablieren sollte.²¹⁷⁾ Im Wesentlichen handelte es sich bei dieser Partei um eine Fortführung des beschriebenen politischen Verbands der Populisten, der auf der Basis einer kleinen Gruppe von Parlamentariern sowie dem affilierten Vereins- und Pressewesen auch nach der Wende von 1890 weiterbestanden hatte. Die Gründung der R-URP wurde den Populisten zum Ansporn, sich selbst in die Richtung einer modernen Partei zu bewegen. Dazu gehörte auch die Formulierung einer umfassenderen programmatischen Grundlage. Zum anderen verlangte die erwähnte „Neue Ära“, also die von den Populisten des Volksrats (gegen den Willen der Radikalen und Russophilen) getragene polnisch-ruthenische Spannungspolitik, eine Anpassung des politischen Erscheinungsbilds, das in einem neuen Programm zu entwerfen war.

Nach dem zuweilen als epochal qualifizierten (und überschätzten) Auftritt des Vorsitzenden der Landtagsfraktion Julijan Romančuk am 27. November 1890 im *Sejm*, der als Geste der Versöhnung durch die Öffentlichkeit ging, hatte der Volksrat in seiner Plenarsitzung am Jahresende der neuen Linie seine volle Unterstützung gegeben und Romančuk zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Jene auch programmatisch unterlegte Landtagsrede Romančuks sowie die Verlautbarungen der Reichsratsfraktion mussten in jenem neuen Programmwurf berücksichtigt werden, den der Ausschuss des Volksrats dann im Frühjahr 1892 verabschiedete, zu einem Zeitpunkt also, als die Politik der kleinen Konzessionen, der eigentliche Inhalt der „Neuen Ära“ aus der Sicht der Ruthenen, die meisten positiven Resultate brachte.²¹⁸⁾

Als politisches Subjekt, als „Wir“ wurden im Programm von 1892 die „galizischen Ruthenen“ (*My Rusyny halyki*) angerufen, die ein Teil des ruthenisch-ukrainischen 20 Millionen Volkes mit einer tausendjährigen historischen Vergangenheit seien. Die ersten sechs von zehn Punkten des folgenden Programms bezogen sich auf die bereits vielfach be-

²¹⁶⁾ Ruslan 29. 12. 1912 und 31. 12. 1912 (293 bzw. 294).

²¹⁷⁾ Grundlegend auch hierfür Levyckyj, *Istorija*, insbes. 324–332, sowie die Dissertation von Vasyľ Rasevyč, *Ukrajins'ka Načional'no-Demokratyčna Partija 1899–1918* [Die Ukrainische Nationaldemokratische Partei 1899–1918], Geisteswiss. Kandidaten-Dissertation, Universität L'viv 1996.

²¹⁸⁾ Die wichtigsten Konzessionen gehörten in den Bereich der Kulturpolitik: die Einrichtung eines Lehrstuhls für ukrainische Geschichte in Lemberg, die Einführung des phonetischen Alphabets in den Schulen und die Gründung eines ruthenischen Gymnasiums in Kolomea. Siehe ausführlich Cornovol, *Pol'sko-ukrajins'ka uroda*, S. 133–162.

schworene Zukunftsvision für die ruthenische Nationalität als einer nationalbewussten, innergesellschaftlich harmonischen, von Demokratie, Fortschritt und Wissenschaft getragen und im Verband der anderen Nationalitäten gleichberechtigten Volksgemeinschaft. In den folgenden Punkten spiegelte sich hingegen die momentane politische Situation wider, die einen Ton der Mäßigung nahe legte und unverkennbar an die Landtagsdeklaration vom November 1890 anknüpfte: Bekenntnis zu Glaube und Sitte, Schutz der kirchlichen Rechte, Versöhnung mit den Polen, Zusammenarbeit mit einer den Ruthenen geneigten Regierung. Als die Hauptversammlung im Dezember desselben Jahres dieses Programm guthieß, passten die von Parteiführer Romančuk dargebotenen Begleittöne schon nicht mehr ganz zu jener harmonischen Grundmelodie des Programms, denn inzwischen hatte sich aufgrund kleinerer Vorkommnisse das zwischennationale Verhältnis verschlechtert, so dass manche dem Ausgleichsgedanken nicht wohlgesonnene Exponenten im Anschluss an jene Vollversammlung bereits vom Ende der Entspannungspolitik sprachen.²¹⁹⁾

Ihr eigentliches Ende fand die „Neue Ära“ allerdings erst zu Beginn des Jahres 1894, als ihr Hauptinitiator, Statthalter Badeni, mit einer schnöden Bemerkung im Landtag den Stolz der Ruthenen verletzte. Institutionell besiegelt wurde die Beendigung des tiefgreifendsten und längsten nationalen Ausgleichsexperiments in Galizien dann während einer außerordentlichen Hauptversammlung des Volksrats im Mai desselben Jahres. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits zwei Meinungslager innerhalb der Populisten herausgebildet. Das erste, angeführt von Oleksandr Barvins'kyj und Anatol Vachnjanyn, stand für eine Fortsetzung der Ausgleichspolitik und setzte insbesondere auf eine „Koalition“ mit der Regierung in Wien. Es besaß die Mehrheit in der Reichsratsfraktion. Das zweite unter Romančuk plädierte für eine Rückkehr zur Oppositionsrolle unter dem Motto der Prinzipienpolitik. Es bekam die überwältigende Unterstützung von der Versammlung, die gleichzeitig an Romančuk die Empfehlung aussprach, den Reichsratsklub zu verlassen.²²⁰⁾

Nach der institutionellen Verselbständigung der Gemäßigten als Wahl- und dann Parteiorganisation (1895/1896, s. o.) wurde das ideologische Erscheinungsbild der Verbliebenen entsprechend kompakter – eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Parteigründung einige Jahre später. Der nationale Alleinvertretungsanspruch, ein bedeutsames legitimatorisches Instrument im zeitgenössischen politischen Diskurs, war fortan in drei Richtungen zu definieren – gegenüber den russophilen Altruthenen, den „internationalistischen“ Radikalen (aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten) und nun auch den „polonophilen“ Konservativen. Andererseits ließ die Abkehr von der „Neuen Ära“ und die neue Rivalität mit den von polnischer Seite unterstützten Nationalkonservativen eine taktische Annäherung an die Russophilen zu, ungeachtet der dem russophilen Konservatismus entgegenstehenden Reorientierung des Volksrats nach links. Unter diesem Vorzeichen standen gemeinsam mit den Russophilen durchgeführte Volksversammlungen (*Vice*) in den Jahren 1895 und 1897 sowie das weiter unten zu beschreibende Wahlbündnis von 1897. Die Rückkehr zur Prinzipienpolitik, welche von der durch beispiellosen Machtmissbrauch gekennzeichneten Wahlen von 1895 und 1897 nur gefördert wurde, schlug sich nieder in Hauptversammlungsresolutionen, so etwa Ende 1897, als erneut die Forde-

²¹⁹⁾ Čornovol, Pol's'ko-ukrajins'ka ugoda, S. 169. Zum Parteitag die ausführlichen Berichte in Dilo 27. – 30. 12. 1892 (282–285), jeweils S. 1 f.

²²⁰⁾ Bericht in Dilo 4. 5. 1894 (89), S. 1 f.

zung nach einer Teilung Galiziens ausgesprochen wurde, ein Punkt, der im (nach wie vor theoretisch gültigen) Programm von 1892 nicht berücksichtigt worden war.

Weniger der Bedarf an einer neuerlichen programmatischen Grundlage, als vielmehr die Vorgänge innerhalb der Radikalen Partei (der erwähnte doppelte Absetzungsprozess von sozialdemokratisch und national gesinnten „Jungen“) waren es dann, welche den politischen Kreis der Populisten zur Schaffung einer institutionellen Neugründung am Ende des Jahres 1899 veranlasste. Für den explizit national-integrativ gesinnten Teil der Radikalen war nach der Abkehr des Volksrats von der Ausgleichspolitik der „Neuen Ära“ die Bedingung für eine Wiederannäherung an denselben gegeben. Wie erinnerlich, hatte die R-URP selbst in ihr Programm von 1895 eine national-territoriale Komponente aufgenommen. Die Landtagswahlen von 1895 sahen dann erstmals ein konsolidiertes Vorgehen von Radikalen und Populisten. Eine wichtige Rolle sollte auch der nach Lemberg auf den Lehrstuhl für Geschichte berufene Mychajlo Hruševs'kyj spielen, dessen Idee einer Konsolidierung der national-progressiven Kräfte auch Ivan Franko, Aushängeschild der Radikalen, zu überzeugen vermochte. Wahrnehmbar als eigenständige politische Kraft innerhalb der Radikalen wurde der nationale Flügel erst zu Beginn des Jahres 1899, zunächst mit der Schaffung eines eigenen programmatischen Zeitungsorgans, *Buducnist* (Zukunft), und dann durch die Gründung eines überparteilichen „Komitees der Lemberger Ruthenen“ (*Komitet L'vivských Rusyniv*). Die Verhandlungen zwischen diesem und dem altetablierten Volksrat führten im Dezember 1899 zur Proklamierung der „Ukrainischen Nationaldemokratischen Partei“ (*Ukrajinska Nacionalino-Demokratycna Partija*, UNDP).²²¹⁾

Auch in diesem Fall war der Parteiname politisches Bekenntnis und Programm. Der Begriff „Ukraine“ war zwar noch nicht Teil der offiziellen Behördensprache, hatte sich aber doch in seiner grenzüberschreitende Dimension inzwischen verbreitet. „Nationaldemokratisch“ (unter Verwendung des modernen *nacionalino*) signalisierte die Erkenntnis, dass die Schaffung einer ukrainischen Nationalgesellschaft untrennbar mit einer Demokratisierung verbunden sein müsse. Dieser schon bei den Populisten bestehende Grundsatz war nun in Zeiten einer sich intensivierenden Diskussion um die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zu einer der aktuellsten politischen Forderungen geworden. Der Begriff *partija* schließlich bürgerte sich erst sukzessive ein. In der Anfangszeit war *storonnyctvo* weit üblicher (etwa auch auf dem Parteistempel), was eventuell mit der erwähnten „Linkslastigkeit“ des erstgenannten Terminus zusammenhing. *Partija* implizierte noch immer eine sozial definierte Teileinheit, während man sich selbst, die Tradition des Volksrats fortsetzend, als integrative Kraft im Hinblick auf das Volksganze verstand. Am liebsten verwendete man daher eine integralistische Terminologie: Die jährliche Hauptversammlung galt nicht als Parteiveranstaltung, sondern als „Volkskongress“ (*Narodnyj Žyžyzd*) mit der Funktion eines „Volksparlaments“ (*Narodnyj Sojm*). Das Programm vom Dezember 1899 wurde nicht als solches einer Partei vorgestellt, sondern (wie schon 1892) als dasjenige der „galizischen Ruthenen“ mit dem Charakter eines National- oder Volksprogramms (*Narodna programa*). Ab etwa 1905 wurde die Partei auch von außen, von Seiten der politischen Gegner, vermehrt schlicht als „ukrainische Partei“ (*ukrajinska partija*) bezeichnet, was auch mit ihrer inzwischen erreichten dominierenden Stellung in der ruthenischen Gesellschaft zusammenhing.

²²¹⁾ Zu diesem Prozess siehe ausführlich Rasevyč, *Partija*, S. 14–43.

Das Parteiprogramm von 1899 ersetzte offiziell dasjenige des Volksrats von 1892. Es behielt grundsätzlich seine Gültigkeit bis zum Ende der Monarchie, ergänzt durch Parteitage-resolutionen, etwa Ende 1906 und 1913. In seinem nationalen Blickwinkel stand es durchaus in der Tradition seines Vorgängerprogramms, formulierte allerdings dazu ein weit konkreteres Maßnahmenpaket. Als Endziel wurde die Schaffung eines einheitlichen ruthenisch-ukrainischen nationalen Organismus proklamiert, mittelfristig die Vereinigung Ostgaliziens und der Nordbukowina zu einer autonomen Provinz und kurzfristig, unter Zugrundelegung der gegebenen Staatsstruktur, die Teilung der Behörden und die nationale Autonomie im Lande. Hinsichtlich der russischen Ukraine und der Karpato-Ukraine wollte man sich auf Anstrengungen zur Hebung des nationalen Bewusstseins beschränken. Weiters wurde die Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts bei Abschaffung der Wahlkurien (also faktisch auch des gleichen Wahlrechts) sowie eine proportionale Vertretung der nationalen Minderheit gefordert, in wirtschaftlicher Hinsicht die Nationalisierung der Landwirtschaft durch Ankauf „fremdnationalen“ Grundbesitzes und die Hebung des Bauernstands durch verschiedene ökonomische und institutionelle Maßnahmen, in kultureller Hinsicht den Ausbau des ruthenischen Schulwesens mit dem Ukrainischen als Unterrichtssprache- bzw. Pflichtfach, die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts, die Gründung einer ruthenischen Universität, die Schaffung eines eigenen Landesschulrats und schließlich die Befreiung der „ruthenischen Kirche“ von Fremdelementen.²²²⁾

Die Nationaldemokratische Partei schuf sich Ende 1899 nicht nur ein Programm, sondern auch ein Organisationsstatut, das am Parteitag von 1901 in revidierter Fassung verabschiedet wurde.²²³⁾ Nicht unüblich für die Zeit, sah es ein mehrstufiges Modell vor mit drei Organen, dem erwähnten Volkskongress (*Narodnyj Z'jzjd*), sodann dem Weiteren Volkskomitee (*Syrsyj Narodnyj Komitet*) und dem Engeren Volkskomitee (*Tisnysyj Narodnyj Komitet*). Das Engere Volkskomitee war das eigentliche Ausschussorgan, dem zum einen die Steuerung des politischen Alltagskurses oblag, inklusive etwa der Herausgabe politischer Broschüren und der Organisation öffentlicher Manifestationen, und zum anderen die Organisation der parteiinternen Angelegenheiten, insbesondere Aufbau, Kontakt und Kontrolle der Bezirks- und Ortskomitees. Versammlungen wurden je nach Bedarf einberufen, besonders häufig in Wahljahren, 1911 etwa insgesamt 55, 1913 45-mal.²²⁴⁾ Die Mitglieder des 13-köpfigen Engeren Volkskomitees wurden zur einen Hälfte vom Volkskongress gewählt, zur anderen Hälfte direkt durch den Ausschuss des weiterexistierenden Volksrats gestellt, dessen Vorsitzender (als dreizehntes Mitglied) zudem gleichzeitig Parteipräsident der UNDP war.

Das Weitere Komitee hatte zunächst vor allem die Funktion, die wichtigsten Entscheidungsträger und die Verbindungsinstanzen zur Öffentlichkeit institutionell einzubinden. Einsitz nahmen also die Abgeordneten von Landtag und Reichsrat sowie die verantwortlichen Redakteure der Parteiblätter: *Dilo* und *Svoboda*, dann auch die in Wien herausgege-

²²²⁾ Das Programm in *Dilo* 28. 12. 1899 (281), S. 1. Vgl. auch die Analyse bei Rasevyč, *Partija*, S. 82–92.

²²³⁾ Erstmals veröffentlicht in *Dilo* 24. 1. 1903 (8), S. 1 (*Narodna organizacyja*).

²²⁴⁾ Vgl. den Tätigkeitsbericht an den jeweiligen Parteitagen in: *Dilo* 26. 12. 1911 (285) und 26. 12. 1913 (287), S. 1 ff.

bene Monatsschrift „Ruthenische Revue“ bzw. „Ukrainische Rundschau“ sowie das populär gestaltete *Narodne Slovo* (Volkswort, seit 1912). Als dritte das Weitere Komitee konstituierende Gruppe war eine unbestimmte Anzahl hervorragender Aktivisten bestimmt, welche durch den Parteitag gewählt werden sollten. Der Aufgabenkreis des Weiteren Komitees war nicht ausdrücklich definiert. Praktisch ergab es sich, dass dieses Gremium zu wichtigen Fragen, etwa hinsichtlich parlamentarischer Taktik, Wahlvorbereitungen oder Organisationsfragen Stellung bezog und auch Entscheidungen fällte, die dann vom Engeren Komitee umgesetzt wurden. Von großer Bedeutung war etwa das Manifest zur Wahlreform im Dezember 1905, das die Grundlage für einen entsprechend lautenden Resolutionskatalog des wenig später tagenden Volkskongresses abgab.²²⁵⁾

Der Volkskongress selbst schließlich sollte, wie bereits bemerkt, die Funktion eines nationalen Parlaments erfüllen, der Idee nach also dem galizischen *Sejm*, in dem sich die Ruthenen in einer permanenten Minderheitsrolle befanden, als legitimes Organ gegenübergestellt werden. Tatsächlich verliefen diese alljährlich Ende Dezember abgehaltenen Veranstaltungen nach dem Muster anderer Parteitage. Im Vordergrund standen die Berichte der politischen Funktionsträger in den Repräsentativorganen und den Parteigremien, dann die in Resolutionen verpackten Vertrauensbezeugungen seitens der Versammlung gegenüber jenen Funktionsträgern und schließlich allgemeine politische Entschlüsse, welche der Parteitag wiederum zuhanden seiner politischen Vertreter verabschiedete. Teilnahmeberechtigt waren neben dem gesamten Weiteren Volkskomitee die „Organisatoren“ und ihre Stellvertreter sowie dort, wo bereits ein Bezirksorgan bestand, von diesem gewählte Delegierte. Die Zahl der Teilnehmer an den Parteitagen wuchs folglich mit dem Ausbau der Parteiorganisationen und den politischen Vereinen, die trotz massiver Behinderung der Behörden unter verschiedenen Namen (zumeist *Narodna Rada* oder *Ruska Rada*) nach dem Muster des Lemberger Volksrats gegründet wurden.²²⁶⁾ Zur Vergrößerung trug auch die wachsende Zahl der Abgeordneten bei sowie der vertretenen Presseleute, welche als Mitglieder des Weiteren Komitees teilnahmeberechtigt waren. Insgesamt nahmen an den Parteitagen in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg mehrere Hundert Personen teil.

Im Organisationsstatut der UNDP von 1901 fanden die zwei Wurzeln – Populisten und Radikale Partei – ihren Niederschlag. Die Populisten hatten in der neuen Partei lediglich die programmatisch etwas klarer definierte, neu etikettierte Fortsetzung ihres Volksrats erblicken wollen, der auf der Grundlage eines zentralisierten Vereinsnetzes mit beherrschendem Einfluss der politischen Funktionsträger zu agieren hätte. Die Exponenten der Radikalen um *Buducnist* hatten sie hingegen als einen neuen Typus von Massenpartei interpretiert, den sie selbst in der R-URP mangels operationeller Basis nicht hatten realisieren können. Die Konzeption der Radikalen blieb weitgehend in der Rhetorik stecken, während sich in der Praxis die Vorstellung der Populisten durchsetzte. Das lässt sich an den strukturellen Gegebenheiten ablesen, namentlich am bestimmenden Einfluss der politischen Funktionsträger gegenüber der Parteibasis, sodann an der Parteiterminologie, namentlich am Vorzug des älteren Begriffs *storonnyctvo* gegenüber *partyja*, schließlich und vor

²²⁵⁾ Dilo 13. 12. 1905 (267), S. 1

²²⁶⁾ Aufschlussreich hierzu der Bestand in CDIAL, Fond 146, Opus 58, Spr. 406–414, in dem sich die Anträge auf Gründung ruthenischer politischer Vereine wie auch deren Behandlung durch die Behörden befinden.

allein an der Stellung des Volksrats im Rahmen der Parteistruktur: Der Volksrat blieb, wie gesehen, als selbständiger politischer Verein bestehen, der nicht zufällig unmittelbar vor dem jährlichen Parteitag seine eigene Jahresversammlung abhielt.

Das hatte praktische Gründe, denn viele Vereinsfunktionäre waren gleichzeitig Parteifunktionäre, vor allem aber legte das erwähnte Recht des Volksrats, die Hälfte des Engeren Volkskomitees zu stellen, eine zeitliche Zusammenlegung beider Versammlungen nahe. Diese Konstruktion war umso problematischer, als der Vorsitzende des Volksrats gleichzeitig Parteipräsident war und folglich die eigentliche Parteiversammlung weder ihren Präsidenten wählen konnte noch überhaupt die Mehrheit seines eigenen Exekutivorgans.²²⁷⁾ Einem Beschluss des Parteitags von 1911 zufolge wurde diese Inkongruenz nur insoweit korrigiert, als fortan auch der Parteipräsident durch den Volkskongress gewählt werden sollte und sich damit auch das Mehrheitsverhältnis zwischen gewählten und delegierten Ausschussmitgliedern (neu jeweils sieben plus Präsident) zugunsten der ersteren umkehrte. Vorstöße, welche das Delegationsrecht des Volksrats stärker reduzieren oder ganz abschaffen wollten, blieben erfolglos.²²⁸⁾

Die im Organisationsstatut von 1901 umrissene Parteistruktur war Gegenstand ständiger interner Debatten. Zunächst ging es vor allem darum, die Präsenz in den politischen Bezirken Ostgaliziens außerhalb Lembergs zu verstärken. Wollte man sich tatsächlich als ruthenisches Ersatzparlament legitimieren, so musste diese Präsenz möglichst flächendeckend realisiert werden. Ein wesentlicher Schub in die Richtung einer in der territorialen Breite agierenden Parteiorganisation ergab sich durch die Reichsratswahlreform. Gewissermaßen als Auftakt dazu wurden im November und Dezember 1905 etwa 100 Manifestationen in der ostgalizischen Provinz durchgeführt, koordiniert, geplant und publizistisch verbreitet durch die zentralen Instanzen und Presseorgane der Partei.²²⁹⁾ Im Folgejahr erging ein Katalog von Instruktionen an die lokalen Stellen, welche deren Kompetenzen und Verpflichtungen auf Bezirks- und Gemeindeebene fester umrissen.

Die Stellung der Bezirksorgane im Gefüge der Parteigremien wurde im weiteren durch die erwähnte, vom Parteitag von 1911 verabschiedete Statutenreform aufgewertet. Demnach sollten die Bezirks-„Organisatoren“ und deren Stellvertreter, also die wichtigsten Kontaktpersonen in der Provinz, direkt im Weiteren Volkskomitee Einsitz nehmen und die Bezirksorganisationen selbst ein Vorschlagsrecht bezüglich der vom Volkskongress zu wählenden „hervorragenden Männer“ (s. o.) erhalten, deren Zahl nun auf 50 festgelegt wurde. Mit der Integration der Bezirksvertreter in das Weitere Volkskomitee erhielt dieses

²²⁷⁾ Als Inhaber dieser Doppelfunktion eines Vereins- und Parteipräsidenten wurde im Jahre 1902 der altgediente Julijan Romančuk durch den Advokaten Kost' Levyč'kyj abgelöst, der sich insbesondere nach seiner Wahl in den Reichsrat und Landtag (1907/1908) als stärkste Figur innerhalb der UNDP etablierte.

²²⁸⁾ Das revidierte Statut von 1911 in Stepan Baran, *Naša prohrama i organizacyja. Prohrama i organizacyja ukrajins'koji nacyonal'no demokratyčnoji (narodnoji) partyji* [Unser Programm und unsere Organisation. Programm und Organisation der Ukrainischen Nationaldemokratischen Partei], L'viv 1913. Das Gewicht der Versammlungen des Volksrats nahm im Laufe der Zeit im Verhältnis zu den Parteitagen deutlich ab, so dass sich am Ende dessen Funktion praktisch auf die Wahl der Delegierten der Parteivorstands beschränkte.

²²⁹⁾ Dilo 27. 12. 1905 (277), S. 1 f.

den Rang eines „kleinen Parteitags“, der etwa im Jahre 1911 250 Personen umfasste. Am eigentlichen Volkskongress desselben Jahres erschienen Delegierte von 82 Gerichtsbezirken, womit etwa zwei Drittel aller Gerichtsbezirke Ostgaliziens vertreten waren.²³⁰⁾

Ein Problem, welches die UNDP mit allen zeitgenössischen Parteien teilte, war dasjenige der Parteimitgliedschaft und, damit zusammenhängend, der Parteifinanzierung. Wie in anderen Fällen definierte sich das Mitglied zunächst nach seiner Gesinnung und seinem auf das Wohl der Partei ausgerichteten Handeln. Entsprechend unbestimmt war die Formulierung im Organisationsstatut von 1901. Die wiederum allgemein feststellbare Entwicklung hin zu einer Mitgliedschaft auf Basis eines finanziellen Beitrags war wegen der erwähnten Doppelstruktur von Verein (Volksrat) und Partei zusätzlich erschwert, da viele politische Aktivisten bereits Jahresbeiträge in den Volksrat (bzw. dessen politischen Pendant in der Provinz) einzahlten und damit aufgrund der engen Verknüpfung von beiden Organisationen auch die Partei indirekt finanzierten. Gleichzeitig verlangte aber insbesondere der seit 1903 initiierte und ab 1905 beschleunigte Ausbau der Präsenz in den Provinzen eine genauere Erfassung und damit Definition der Parteimitglieder. Hinzu kam mit dem wachsenden Aufgabenkreis die dringende Notwendigkeit, die Partei auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen. Prinzipiell finanzierte sich die Partei aus so genannten Fonds: dem „Volksfond“ (*Narodnyj Fond*), seit 1906 zusätzlich einem eigens eingerichteten Wahlfond (*Bojevnij Fond* = Kampffond). Zur Speisung derselben wurde die Öffentlichkeit in den Parteiorganen aufgerufen.

Eine gesicherte Grundlage bot dies nicht. Der Parteitag von Dezember 1908 beschloss daher nach einem vorangehenden Entscheid des Weiteren Komitees endgültig die Einführung einer Parteisteuer, und zwar in unterschiedlicher Höhe, ob Intelligenz oder „gewöhnlicher“ Bürger bzw. Bauer. Es folgte die Ernüchterung, denn aufgrund der dauerhaft beklagten schlechten Zahlungsmoral konnte nur ein kleiner Teil der Parteikosten tatsächlich über die Parteisteuer finanziert werden, im Jahre 1911 zum Beispiel gerade einmal 13 %.²³¹⁾ Man reagierte mit der festgeschriebenen Regelung, dass fortan nur diejenigen zum jährlichen Volkskongress zugelassen würden, welche die Parteisteuer zur Gänze bezahlt hätten. Damit war der Parteitag der UNDP endgültig umdefiniert von einer Veranstaltung, die nur auf dem Delegationsprinzip beruhte, zu einer solchen, die auf der Basis einer Kombination von Delegations- und Mitgliedschaft beruhte. Alle diese Veränderungen gingen einher mit einer Bürokratisierung der Partei. Zentrale Verwaltungsstelle war die zu Beginn des Jahres 1903 eingerichtete sogenannte „Volkskanzlei“ (*Narodna Kanceljarija*), die einerseits kostenlose Rechtsberatung für jedermann anbot, also ganz im Sinne des umfassenden Selbstverständnisses der Partei als Dienststelle für das Volk definiert war, zum anderen innerparteilich die Korrespondenz und Verwaltung der Partei wie auch des Volksrats besorgte. Im Jahre 1904 waren es noch 1500, sieben Jahre später bereits 5500 Briefe, Zirkulare und Anweisungen, welche, verfasst von zwei Angestellten, die Kanzlei am Marktplatz 10 in Lemberg, dem sog. *Prosvita*-Haus verließen.²³²⁾

Die Korrespondenz der Kanzlei, die Beratungen und Beschlüsse des Weiteren Volkskomitees, die Communiqués und Maßnahmen des Engeren Volkskomitees, schließlich die

²³⁰⁾ Dilo 29. 12. 1911 (288), S. 5.

²³¹⁾ Dilo 27. 12. 1911 (286), S. 2.

²³²⁾ Dilo 25. 7. 1904 (154), S. 2.

Tätigkeitsberichte, Debatten und Resolutionen der Parteitage geben Aufschluss über die Schwerpunkte der politischen Tätigkeit der UNDP in den Jahren 1899 bis 1914. Zu den Themen, welche die Partei in ihren Anfangsjahren mehrfach beschäftigten, gehörte die Migrationsfrage, die, soweit es die temporäre Arbeitsbeschäftigung in westlichen Ländern betraf, im Sinne der Kaufkraftgewinnung positiv beurteilt wurde, während die Emigration nach Übersee eher ein Verlust an „Volkssubstanz“ darstellte.²³³⁾ Ein weiterer zentraler Bereich stellte die Agrarfrage dar, wo die Partei einerseits legale Wege der Überführung von Gutsbesitz in bäuerliches (und damit nationales) Eigentum anstrebte, andererseits aber auch den Agrarstreik als politisches Mittel befürwortete.²³⁴⁾ Zu einem kohärenten Agrarprogramm gelangte die Partei nie, obwohl der Parteitag von 1906 in einem der wenigen Fälle von Eigeninitiative den Ausschuss zu einem entsprechenden Schritt veranlasst hatte.²³⁵⁾ Nationalpolitik besaß die uneingeschränkte Priorität, und dazu gehörte insbesondere die Förderung der eigenen institutionellen Stellung und damit die Wahlreform, das Dauerthema schlechthin. Bereits ein Schwerpunkt im Programm von 1899, wurde die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht seit 1905 zum Standardrepertoire der Parteitage, und zwar, dem Gang der Dinge entsprechend, zu meist in der Form eines Protestes gegen die Aufweichung dieses Prinzips als Folge politischer Konzessionen an die polnische Seite.

Eine Zäsur markierte zweifellos der überwältigende Sieg der UNDP bei den Reichsratswahlen von 1907, der die Partei in ihrem Anspruch bestätigte, in einem Volksparlament die einzig legitime, weil nationalintegrative Kraft zu sein. Obwohl sie diese Führungsrolle im *Sejm* zunächst mit den Russophilen zu teilen hatte²³⁶⁾, wurde die Partei auch in der Landespolitik zur dominierenden Kraft. Dies lag vor allem auch an der politischen Strategie des Statthalters Michał Bobrzyński, dessen Ausgleichspolitik nur noch auf die ruthenischen Nationaldemokraten als Verhandlungspartner bauen konnte, nachdem die Klerikal-Konservativen kein Volksmandat erhalten hatten. Damit gerieten die Parteiführer der UNDP allerdings in das stets mit der Übernahme von Verantwortung einhergehende Dilemma zwischen Pragmatismus und Prinzipienpolitik. Die Lösung war eine Doppelstrategie von einerseits deklamatorischen Beschwörungsformeln, Drohgebärden, selektiver Obstruktionspolitik im Landtag und Oppositionspolitik im Reichsrat und andererseits flexibler Kompromiss- und Verhandlungsbereitschaft.

Nur auf diese Weise konnten die politischen Niederlagen im Hinblick auf die beiden nationalpolitischen Hauptanliegen der Vorkriegsjahre einigermaßen verkraftet werden: die gewaltige Zurückstufung der eigenen Erwartungen hinsichtlich der ruthenischen Man-

²³³⁾ Die Parteikanzlei war die wichtigste Beratungsstelle für Ausreisewillige. Im Jahre 1904 waren fast 2/3 der Korrespondenzen der saisonalen Migration gewidmet. *Dilo* 25. 7. 1904 (154), S. 2.

²³⁴⁾ Vgl. dazu den Entschluss des Weiteren Volkskomitees vom 29. 9. 1902, der auch die Einrichtung eines Streikfonds beinhaltete, zitiert bei Levyc'kyj, *Istorija polityčnoji dumky*, S. 371. Der Hauptteil der Resolution in *Dilo* wurde zensuriert: *Dilo* 3. 10. 1902 (210/211), S. 1.

²³⁵⁾ *Dilo* 27. 12. 1906 (268), S. 1.

²³⁶⁾ Lautete das Verhältnis von Nationaldemokraten zu Russophilen nach den Reichsratswahlen von 1907 17 zu 5, so ergaben die Landtagswahlen von 1908 ein Gleichstand von 9 zu 9. Das sollte sich erst, und zwar drastisch, 1913 ändern, als 24 errungenen nationaldemokratischen Mandaten nur mehr 2 russophile gegenüberstanden. Siehe Binder, *Parteiwesen und Parteibegriff*, S. 239 f.

datszahl im Landtag (von ursprünglich 40 über 30 auf 27 Prozent) und der Misserfolg in Sachen Gründung einer ruthenischen Universität in Lemberg. Wiederholt definierte sich die UNDP als Partei der strikten Opposition gegen die Regierungen und holte sich die Bestätigung dieses Selbstverständnisses von den Parteitagern. Gleichzeitig blieb jedoch die Loyalität zum Staat und seiner Dynastie intakt. Das im UNDP-Programm formulierte Fernziel, die Gründung eines geeinten, unabhängigen ukrainischen „nationalen Organismus“ wurde nie, auch nicht in Zeiten schärfster Oppositionspolitik, in konkrete politische Aktionen umgesetzt. Die Einheit mit den Ukrainern jenseits der Grenzen, seit 1905 zunehmend ein Element in der politischen Rhetorik, blieb stecken im weiten Feld der Imagination. Gerade vor dem Hintergrund der gewachsenen internationalen Spannungen vor dem Ersten Weltkrieg wurde man sich wie selten zuvor der eigenen Schwäche im internationalen Machtspiel bewusst, erinnerte sich der Vorzüge des österreichischen Verfassungsstaats und griff zurück auf den angestammten Thronloyalismus, der ja gerade bei den neu zu integrierenden einfachen Volksschichten in kaum vermindertem Maße verbreitet war.

Das Selbstverständnis der UNDP als moderner nationaler Integrationspartei schlug sich in der politischen Sprache nieder. Bereits erwähnt wurde die in vielen Ausprägungen vorhandene sprachliche Identifizierung der Parteigremien als Institutionen des Volkes bzw. der Nation. Gerade die harmonisierende Zusammenführung aller Volksschichten sollte die Partei von anderen politischen Kräften abheben, insbesondere von den mit der eigenen Parteigeschichte am engsten verwobenen Radikalen, deren politische Hetze gegen die städtische Intelligenz und den Priesterstand man verurteilte.²³⁷⁾ Als ebenso einseitig ausgerichtet, aber auf die andere Seite hinneigend, lehnte man die Klerikal-Konservativen (Christlichsozialen) als „konfessionalistisch“ ab.²³⁸⁾ Die Mitte war das Idealmaß, politisch (im Sinne der Mäßigung) und soziologisch (im Sinne der sozialen Integration). Ein Blick auf die faktische soziale Zusammensetzung des (Weiteren und Engeren) Volkskomitees, also des Parteiausschusses, zeigt jedoch, dass die säkulare und geistliche Intelligenz die bestimmende Rolle in der Partei spielte, die bäuerlichen Schichten hingegen nur selten in die oberen Sphären der Partei gelangten.²³⁹⁾

Das Feld der Parteesymbolik schließlich war eher schwach besetzt, und das lag wohl wiederum an dem erwähnten integrationistischen Selbstbild. Je schwächer der politisch-soziale Fokus, desto geringer die Möglichkeiten und auch der Bedarf an einer prägnanten Symbolik. Die „Nationalfarben“ blau-weiß und der verbreitetste Nationalhymnus (*See ne umerla*, daneben auch *Ne pora*) tauchten gelegentlich auf, spielten aber keine mit den radikalen Parteien vergleichbare Rolle der Identitätsstiftung. Erst am letzten Parteitag, im Jahre 1913, wurde erstmals auch ein Parteeabzeichen ausgehändigt, allerdings gegen Entgelt, ging es doch gerade damals vorwiegend um die Sanierung der Parteifinanzen.²⁴⁰⁾

²³⁷⁾ Dilo 2. 1. 1907 (273/1906), S. 1.

²³⁸⁾ Dilo 26. 10. 1896 (232), S. 1.

²³⁹⁾ Von den 87 (durch den Volksrat bzw. Volkskongress) gewählten Mitgliedern des Weiteren Volkskomitees gehörten 44 der weltlichen Intelligenz (davon 20 Advokaten und 10 Professoren/Lehrer), 23 dem Priesterstand und 11 dem Bauernstand an. Im Engeren Komitee war der letztere allerdings bereits gar nicht mehr vertreten. Siehe die Namensliste in Dilo 27. 12. 1906 (268), S. 1 f. und, ergänzend, 28. 12. 1906 (269), S. 2.

²⁴⁰⁾ Dilo 23. 12. 1913 (284), S. 1.

e) Die Russophilen

Die Russophilen erholten sich in den 1890er-Jahren von der großen Krise, die sie nach dem Hochverratsprozess von 1882 erfasst hatte. Willkommene Hilfe bot ihnen dabei der Richtungswechsel der Populisten, ihres großen innerruthenischen Rivalen: Die „Neue Ära“ verschuf den russophilen politischen Akteuren die Möglichkeit, sich als wahre und konsequente Vertreter der ruthenischen Volksinteressen zu profilieren. Nach der wegweisenden Rede Romančuks im Landtag im November 1890 spalteten sich daher die sieben russophilen Abgeordneten vom Ruthenenklub ab und schufen eine eigene Fraktion, die sich dem Kampf gegen die Kompromisspolitik der Populisten verschrieb. Die Opposition der Russophilen gegen die „Neue Ära“ war nicht nur darin begründet, dass sie sich ins Abseits gestellt sahen durch das taktische Manöver ihrer politischen Mitstreiter der unmittelbaren Vergangenheit. Eine der wichtigsten Neuerungen, welche den Populisten von polnischer Seite zugestanden wurden, traf nämlich ins Herz der althergebrachten russophilen politischen Identität: die Einführung der phonetischen Schrift in den Schulen, die im Jahre 1892 vom Landesschulrat beschlossen wurde. Gegen diesen Schritt, als „Attentat gegen unser Alphabet und unsere Orthographie“ bezeichnet, mobilisierte der Ruthenische Rat alle seine Kräfte (Petitionen, Delegationen, Publikationen), letztlich vergebens.²⁴¹⁾

Im Zusammenhang mit der Opposition gegen die „Neue Ära“ kam es auch zu einer scheinbar unmöglichen Gesinnungskoalition mit den Radikalen, die allerdings auf russophiler Seite gerade nicht von jenen traditionsverpflichteten, konservativen Kulturrussophilen getragen wurde, sondern von einer jungen Generation pro-russisch gesonnener Intellektueller, die mit Hang zur russischen Linksintelligenz ähnlich progressive Ansichten vertrat wie die galizischen Radikalen. Eine wichtige Rolle als Zentrum dieser „Jungen“ spielte der Wiener Studentenverein *Bukovyna*, der sich denn auch im Dezember 1890 ebendort mit der akademischen Verbindung der Radikalen, *Sic*, im Zeichen des gemeinsamen Kampfes gegen die Neue-Ära-Ideologie verbrüdete.²⁴²⁾ Weitere wechselseitige Sympathiekundgebungen spielten sich in den jeweiligen Zeitungsorganen ab, umso mehr, als sich beide Pressemilieus zusammenfanden als Opfer kirchlich verordneter Leseverbote.²⁴³⁾ In die Offensive ging allerdings auch der von den Etablierten beherrschte Ruthenische Rat, der im Jahre 1892 die erste russophile „Volksversammlung“ (*Vice*) in Lemberg gegen die „Neue Ära“ durchführte. Im selben Jahr wurde auch beschlossen, die Aktivität des Vereins auf den verschiedensten Feldern zu intensivieren und das Leitungsgremium gegenüber Außenstehenden stärker zu öffnen. Im Laufe der 1890er Jahre bemühte man sich im Weiteren, die Präsenz in der Provinz auszubauen, wo in verschiedenen Bezirken selbständige Komitees mit einer eigenen Organisations- und Führungsstruktur entstanden.²⁴⁴⁾

²⁴¹⁾ Siehe dazu den Tätigkeitsbericht für die Jahre 1892 bis 1900 in: Halyčanin 26. 5. 1900 (108), S. 2; dort auch das Zitat.

²⁴²⁾ Ćornovol, Pol's'ko-ukrajins'ka ugoda, S. 186.

²⁴³⁾ So richtete sich das bischöfliche Rundschreiben vom Dezember 1892 sowohl gegen die radikalen Blätter *Narod* und *Chliborob* als auch gegen das russophile *Halyckaja Rus*. Siehe dazu auch Binder, Ruthenische Presse.

²⁴⁴⁾ „Halyčanin“ 26. 5. 1900 (108), S. 2.

Das Ende der „Neuen Ära“ und die Formierung der kirchen- und staatsprotegierten Gruppe der Klerikal-Konservativen führten zu einer neuen Phase der Kooperation der Russophilen mit den „linken“ Populisten um Romančuk. Diese sogenannte „Konsolidierung“ (*konsolidacyja*) zwischen Ruthenischem Rat und Volksrat wurde in einer Vollversammlung des letzteren im Dezember 1896 offiziell gutgeheißen. Zu Höhepunkten der neuen ukrainophil-russophilen Freundschaft wurden die Schaffung eines einheitlichen Wahlkomitees bei den Reichsratswahlen von 1897 und die gemeinsame Planung und Durchführung der 50-Jahr-Feiern zur Grundentlastung im Jahre 1898. In dieser Zeit waren auch die russophilen Presseorgane, die seit 1893 bestehende Tageszeitung *Halyčanyn* (Galizier) und das Wochenblatt *Russkoje Slovo* (Ruthenisches Wort), bemüht, die Gemeinsamkeiten beider Lager herauszustreichen und die Differenzen, insbesondere die nationalpolitischen, herunterzuspielen.

Dieses politische Experiment fand jedoch mit der Gründung der UNDP im Dezember 1899 ein abruptes Ende. Die Russophilen reagierten auf diesen als Verrat gebrandmarkten Schritt nur eine Woche später mit der Proklamierung einer eigenen neuen Organisation, der sie ebenfalls das Etikett einer „Partei“ verliehen, der „Ruthenisch-Nationalen Partei“ (*Rusko-narodnaja partija*, RNP). Dies geschah zunächst in der Form einer Kundmachung (*otziv*) des Ruthenischen Rats in den beiden erwähnten Parteiblättern. Mitgeliefert wurden gleich die programmatischen Prinzipien: Nationale und kulturelle Einheit des gesamten ruthenischen Volkes (*russkoho naroda*); Entwicklung von Bildung und Kultur ohne Bruch mit den überlieferten Grundlagen; Verteidigungshaltung gegenüber dem nationalen Gegner und dem Sozialismus und Förderung der eigenen nationalen Kräfte; Wertschätzung des galizischen Dialekts bei Anerkennung der Hilfe, welche die allgemeinrussische Sprache (*obsčerusskij jazyk*) und Literatur für den Selbstausdruck des Volkes anbietet; Nützung aller politischen Mittel zur Erreichung der folgenden Ziele: Nationale Autonomie, Sprachen- und Schulgesetzgebung nach Bedürfnissen der ruthenischen Nation, Steuerreform, Förderung der ökonomischen Entwicklung.²⁴⁵⁾

Die Gründung der RNP war eine Trotzreaktion, aber nicht nur. Die Schaffung von Parteien lag im Trend der Zeit. Außerdem waren Parallelen zur Entstehungsgeschichte der UNDP nicht zu verkennen: In beiden Fällen agierte als Kernorganisation ein bestehender politischer Verein, auf den nun als eigentlicher Katalysator für die Umwandlung in eine (zumindest dem Anspruch nach) moderne Partei eine Gruppe junger, in Kategorien der Massenpolitik denkender Aktivisten einwirkte. Dennoch war die Rolle der jungen Radikalen in der Vorgeschichte der UNDP wiederum eine ungleich bedeutsamere als diejenige der jungen Russophilen bei der Schaffung der RNP. Erstere verfügten in der R-URP und dem Presseorgan *Buducnist* über Organisation und Meinungsforum, letztere bildeten vorderhand noch eine weitgehend unorganisierte Gruppe „junger Wilder“ mit nur vereinzelt Exponenten in den Parteiorganen. Das zitierte Programm war ohne Zweifel nach wie vor dem Konzept der Kultur-Russophilie verpflichtet. Eine neuartige, politische Russland-Neigung war nicht zu erkennen.

Eine deutliche Sprache spricht auch die Zusammensetzung der Teilnehmer an der eigentlichen konstituierenden Versammlung im Februar 1900: Von den 182 erschienenen Delegierten waren nicht weniger als 128 Priester – ein klarer Hinweis auf die ungebrochen

²⁴⁵⁾ „Halyčanin“ 4. 1. 1900 (287/1899), S. 1 f.

prägende Rolle jenes im Kern konservativen Standes- und Berufsmilieus der Russophilen. Während dieser Versammlung wurde auch ein Organisationsstatut verabschiedet, das wiederum in Teilen wie eine Kopie des UNDP-Statuts anmutet: Der Ausschuss mit Namen „Volksrat“ (*Narodnij Sovet*) sollte auch in diesem Fall vom Vorsitzenden des bestehenden politischen Vereins – hier des Ruthenischen Rats – präsiert werden, im Weiteren zu gleichen Teilen aus Delegierten desselben und von der Vertrauensmännerversammlung (entsprechend dem Parteitag) gewählten Mitgliedern und schließlich aus den Redakteuren der Parteizeitungen bestehen. An der zweiten Parteiversammlung im Februar 1903, die (gemäß eigenen Angaben) immerhin bereits 350 Personen umfasste, wurde neben einer Aufstockung der Ausschussmitglieder auf 18 auch die Einrichtung eines „Weiteren Volksrats“ beschlossen, in den wie im Falle der UNDP die Bezirks-Vertrauensmänner Einsitz nehmen sollten, die allerdings vom engeren Ausschuss bestimmt, also nicht autonom delegiert wurden.²⁴⁶⁾

Wurde hier zunächst die Nationaldemokratische Partei zum ungeliebten Vorbild der eigenen Parteistruktur, so zeigte die politische Praxis der Folgejahre, dass sich die Aufgabenteilung zwischen den diversen Organen nicht in gleicher Weise umsetzen ließ. Die RNP blieb weitgehend ein Produkt der politischen Phantasie, geboren einerseits aus dem krampfhaften Bemühen, den Zug der Zeit nicht zu verpassen, andererseits aus dem ernsthaften Bestreben, die Provinz erfolgreicher in die Gesamtstrukturen einzubinden. Letzteres Vorhaben misslang weitgehend. Die Vormachtstellung des Ruthenischen Rats, als Lemberger Verein, und damit der politischen Elite der Hauptstadt blieb auch nach 1900/1903 bestehen. Dessen Ausschuss war es, der als zentrale Wahlorganisation fungierte und der auf die aktuellen politischen Ereignisse reagierte, beispielsweise auf die Ankündigung der großen Wahlreform Ende 1905, die man ohne Einschränkung unterstützte. Beide Funktionen, Wahlen und politische Proklamationen, hatten bekanntlich im nationaldemokratischen Fall das Volkskomitee, also die Parteiexecutive, übernommen.

Jene „undemokratische“ Kompetenzverteilung bedurfte der Legitimation. Man fand sie in einer Analogie zu den staatlichen Organen: Der Parteitag als Parlament (dies noch konform mit der UNDP), der Volksrat aber als parlamentarische Kommission und der Ruthenische Rat als Regierung, die nicht primär repräsentieren, sondern handlungsfähig sein müsse.²⁴⁷⁾ Das Faktum der weitgehend missglückten territorialen und sozialen Integration weist noch auf einen zweiten Unterschied zu den Nationaldemokraten hin, der wieder mit der Entstehungsgeschichte zusammenhängt: Während die UNDP ein gelungenes Experiment der Integration auch der verschiedenen politisch-ideologischen Gruppen darstellte, besaß die RNP von Beginn an kein vergleichbar solides Fundament. Die RNP sollte vielmehr einige Jahre später gerade die erste Organisation sein, in der die Parteispaltung vollzogen wurde.²⁴⁸⁾

²⁴⁶⁾ Vtoryj zjezd mužej dovırja Russko-narodnej partii vo Lvovi [Die zweite Vertrauensmännerversammlung der Russisch-Nationalen Partei in Lemberg], Lvov 1904; Halyčanin 8. 2. 1903 (20/21) S. 1 f. Starker Mann, weil Vereins- und Parteipräsident, war in diesen Jahren der Advokat Ivan Dobrjans'kyj, der erst durch den Coup von 1909 (s. u.) abgesetzt wurde.

²⁴⁷⁾ Halyčanin 28. 12. 1907 (280), S. 1 f.

²⁴⁸⁾ Zur Gründung der RNP siehe Halyčanin 4. 1. 1900 (287/1899), S. 1 sowie zur ersten konstituierenden Sitzung der Partei mittels einer Vertrauensmännerversammlung im Februar 1900 Halyčanin 13. 2. 1900 (25), S. 1.

Das politische Profil, welches die Russophilen in den Jahren nach der Gründung der RNP über ihre Zeitungsorgane der Öffentlichkeit präsentierten, fand folglich seinen konzentrierten Ausdruck weiterhin in den jährlichen Versammlungen des Ruthenischen Rats. Im Juni 1902 wurde bei einem solchen Anlass eine umfangreiche Resolution verabschiedet, die acht Monate später in weiten Teilen wörtlich von der erwähnten zweiten „Partei“-Versammlung der RNP übernommen wurde.²⁴⁹⁾ Das narrative Grundmuster dieser Resolution folgte der bekannten Logik vieler anderer Reden und Verlautbarungen, wie wir sie auch von der UNDP kennen: Die Nation als natürliches Subjekt mit einem Recht auf gleichberechtigte Existenz im Staate – Verletzung dieses Rechts durch die Machthaber vor allem im Kronland selbst – historisch begründeter (1848!) Anspruch der eigenen Organisation auf die politische Vertretung der Nation – schließlich Aufruf zur Opposition und zur inneren Stärkung der Volksgemeinschaft. Auch der Forderungskatalog glich in vielen Punkten demjenigen der Nationaldemokraten: administrative Teilung Galiziens und Angliederung der Nordbukowina, sprachliche Gleichberechtigung, Demokratisierung des Wahlrechts, wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen zugunsten der Landbevölkerung. Die Differenz lag noch immer vornehmlich in den ideellen Grundlagen, in der Beurteilung derjenigen beiden Elemente, welche nach russophiler Meinung die „Existenz, Kraft und Würde“ der ruthenischen Nation ausmachte: die stammesmäßige und kulturelle Einheit mit der „gesamtrussischen“ (*obsčerusskij*) Nation und die untrennbare Einheit von ruthenischer Nationalität und ruthenisch/russischer (*russkij*) Kirche.²⁵⁰⁾

Wenn sich hier die Russophilen zu Beschützern der Kirche, deren nationalkultureller Führungsrolle und Eigenständigkeit gegenüber dem Staat, erklärten, so teilten sie diesen Anspruch mit den ukrainophilen Nationalkonservativen – allerdings gingen die jeweiligen Vorstellungen über das Wesen dieser Kirche zwischen katholischer und orthodoxer Welt auseinander. Ein Nahverhältnis zu jenen ukrainophilen Klerikal-Konservativen bestand auch hinsichtlich der Beurteilung der Agrarstreiks, die in einer eigenen Resolution im Jahre 1903 als leichtfertige und unbedachte Aktion kritisiert wurden. Gerade in jenen Jahren des verschärften sozialen Klimas akzentuierte das russophile Lager seine Rolle als Kraft der Tradition und Beständigkeit, der politischen Seriosität und Besonnenheit. Ein letztes Mal konnte diese Rolle im April 1908 konsequent wahrgenommen werden, als die Russophilen den Mord an Statthalter Potocki klar verurteilten. Jenem Selbstbild entsprechend, lauteten die Formen der kollektiven Selbstbezeichnung: „konservative“ oder „historische“ Partei.²⁵¹⁾ Die politische Außenwelt – Polen und nationalukrainische Ruthenen – rezipierte und multiplizierte dagegen mit eindeutigen politischen Absichten ausschließlich die nationale Orientierung und sprach von Moskalophilen bzw. Moskvophilen, im Wissen um die vielfältigen negativen Assoziationen, die sich in der Öffentlichkeit mit diesen Bezeichnungen erwecken ließen.²⁵²⁾

²⁴⁹⁾ Halyčanin 3. 6. 1902 (113), S. 1 und Halyčanin 5. 2.–8. 2. 1903 (18–20/21), jeweils S. 1 f.

²⁵⁰⁾ Halyčanin 8. 2. 1903 (20/21), S. 1.

²⁵¹⁾ Beispiele für diese Selbstbezeichnung finden sich etwa in den Grundsatzreden der Versammlung des Ruthenischen Rats im Mai 1902. Siehe Halyčanin 31. 5. 1902 (111), S. 1.

²⁵²⁾ Der Begriff „Russophile“ war vornehmlich im Deutschen gebräuchlich, da sich in diesem Sprachraum unmissverständlich die Verbindung zum russischen Staat herstellen ließ. Bei den slawischen

Mit den Umwälzungen in Russland im Jahre 1905 verschoben sich so manche Koordinaten in der galizischen Politik. In besonderem Maße traf dies für diejenigen zu, die seit langem die intensivsten Beziehungen zum Zarenreich gepflegt hatten: die Russophilen. Die Jungen in der Partei erhielten durch die Ereignisse gewaltigen Auftrieb, da sich nun der Koloss im Norden auch politisch in die Richtung eines modernen, demokratischeren Staates zu bewegen schien. Auch wenn zunächst in der Kampagne für die Reichsratswahlreform (schon weniger dann bei den Reichsratswahlen selber) Solidarität innerhalb des russophilen Lagers vorrangig blieb, wagte man es doch immer mehr, auf Nebenschauplätzen auch öffentlich den altgedienten Herren entgegenzutreten, etwa im *Kackovskýj*-Verein, in der *Matycja* oder im *Narodnyj Dim*-Verein, wo es während der Hauptversammlung im Jahre 1906 zu einem symptomatischen Streit um die Person des Bibliothekars kam, der sich in seinen Schriften gegen den angeblichen Obskurantismus und die Verschrobenheit der Alten aussprach und die Jungen aufrief, sich den Idealen der russischen Kreise anzuschließen, welche den zaristischen Despotismus bekämpften.²⁵³) Die Revolte der Jungen gegen die Etablierten stellte ein klassisches Beispiel einer Generationenablösung dar, wie sie die ruthenische Gesellschaft schon in den 1860er-Jahren beim Aufstieg der Ukrainophilen erlebt hatte. Bedingt durch die Plötzlichkeit des massendemokratischen Wandels sowohl in Russland als auch in Österreich ging nun allerdings alles wesentlich schneller.

Entscheidende Bedeutung sollte den Geschehnissen in den Sommermonaten des Jahres 1907 im Umfeld des gerade neu eröffneten demokratischen Reichsrats zukommen. Eine zunächst mühevoll zusammengefügte gesamtruthenische Fraktion (allerdings ohne die Sozialdemokraten) zerbrach unter dem Getöse eines heftigen medialen Disputs im begrifflichen Spannungsfeld zwischen „kleinrussischer“, „ruthenischer“ und „ukrainischer“ nationaler Identität.²⁵⁴) Im Zuge dieser Auseinandersetzung verschwanden nicht nur die letzten Hoffnungen auf eine Versöhnung zwischen Ukrainophilen und Russophilen. Gleichzeitig spielte sich ein nicht minder heftiger Konflikt innerhalb des russophilen Lagers ab, zwischen Gemäßigten und Radikalen. Mitte Juli 1907 rief eine von etwa 1000 Personen besuchte Parteiversammlung der RNP diejenigen russophilen Abgeordneten, welche noch an eine gemeinsame ideelle Basis mit den Ukrainophilen glaubten, dazu auf, den Ruthenenklub zu verlassen. Außerdem wurde ein Protest gegen die Nicht-Anerkennung der russischen Nation und des Russischen als Landessprache beschlossen. Mit Letzterem nahm die Parteiversammlung Bezug auf ein nur wenige Tage zurückliegendes, denkwürdiges Ereignis im Wiener Reichsrat: auf die in russischer Sprache gehaltene Parlamentsrede des radikalen „Neukurslers“ Dmitryj Markov, die mit einem Wortenzug geendet hatte. Ovationen für den zum parlamentarischen Helden erkorenen Markov und faule Eier für den Gemäßigten-Führer Mychajlo Korol' schienen zu unterstreichen, dass die Basis den Radikalen zuneigte. Allerdings wurde die Rechtmäßigkeit der Parteiversammlung des 15. Juli angezweifelt, da man feststellte, dass eine Menge nicht autorisierter Personen vor allem aus dem Studentenmilieu teilgenommen und prägend mitgewirkt hatte.

Völkern und Sprachen war hingegen der Wortstamm „Rus“ zweideutig, implizierte er doch insbesondere für die Ukrainer eine positiv rezipierte Vergangenheit.

²⁵³) Siehe den Bericht in *Dilo*, 28. 12. 1906 (269), S. 2.

²⁵⁴) Dazu und zum Folgenden siehe Näheres in Abschnitt III, S. 435 f.

Die Rede Markovs stellte insofern einen Bruch in den bisherigen Gepflogenheiten im russophilen Lager dar, als dieses sich hinsichtlich seiner Außenwirkung bisher geflissentlich um Unschärfe in der Konturierung seiner Russophilie bemüht hatte. Die heftigste Gegenreaktion kam jedoch von Seiten der ukrainophilen Nationaldemokraten, welche in den Bemühungen, das Russische in Österreich zu etablieren, den bedrohlichsten Angriff auf ihren eigenen, jahrelangen Kampf um die Gleichberechtigung des Ukrainischen sahen. Die Sommermonate standen im Zeichen einer Flut nationaldemokratisch geleiteter Versammlungen in der Provinz gegen den angeblichen nationalen Verrat Markovs und seiner Kumpanen. Vor diesem Hintergrund wurde die Spaltung innerhalb des russophilen Lagers selbst in den Hintergrund gedrängt, zumal der Prager Slawenkongress vom Sommer 1908 die Möglichkeit bot, auf einer breiteren Basis Gesinnungsgemeinschaft zu demonstrieren. Ein entscheidender Schritt in Richtung Parteispaltung folgte dann doch noch im Herbst desselben Jahres. Ausgangspunkt war erneut eine parlamentarische Rede, dieses Mal im Landtag. Korol' nutzte die Gelegenheit einer Plenardebatte, um in aller Öffentlichkeit zu bekräftigen, was er schon in lokalem Rahmen vertreten hatte: sein ausschließliches Bekenntnis zur Kulturrussophilie, seine heimatliche Verwurzelung im Kleinrussischen bzw. Ruthenentum und gleichzeitig seine Ablehnung jeglicher finanzieller Unterstützungen seitens Russlands.²⁵⁵⁾

Dieser Auftritt löste erneut eine Medienkampagne aus, nun vor allem angetrieben durch eine neu gegründete Zeitung, *Rus'*. In deren Umkreis wurde die verächtlich als *Rutenci* (germanisierte bzw. austrifiziertere Version von „Ruthenen“ ohne Wortstamm *Rus*) bezeichnete Gruppe um Korol' des Verrats an den echtrussischen Werten bezichtigt.²⁵⁶⁾ Dieses Blatt war es auch, welches maßgeblich die Spaltung auf der Ebene der Parteiorgane vorbereitete. In seinen Spalten fand sich der Aufruf, zur definitiven Eroberung der RNP zu schreiten. Im Dezember 1908 sprach eine Vertrauensmännerversammlung in Brody ein Misstrauensvotum gegen Korol' und die Parteiführung aus, und drei Monate später, im Februar 1909, gelang es dann, in einem Handstreich Volodymyr Dudykevč zum Präsidenten zu küren, dies nachdem die Gemäßigten den Saal verlassen hatten. Als kurz darauf auch der Ruthenische Rat in die Hände der Radikalen geriet, lief die Situation auf eine Konfrontation zwischen den Parteiorganisationen (RNP und RuR) und der russophilen Fraktion im Reichsrat und Landtag hinaus, wo die gemäßigte Mehrheit Dudykevč zum Rücktritt als Fraktionsvorsitzenden zwang.

Die endgültige Trennung folgte im November 1909: Die nunmehr von Neukurslern beherrschte Leitung der RNP schloss die Gruppe der Gemäßigten aus und gründete auf

²⁵⁵⁾ In der polonisierten Orthographie der Landtagsprotokolle: *Ja niko y ne buw i niko y ne budu wykorusom* (Ich war nie Großrusse und werde es nicht sein). Das war einer der Kernsätze, die insbesondere für diejenigen (polnischen) Ohren bestimmt waren, welche in jenen Tagen die Wahl eines ruthenischen Landesausschussmitglieds und dessen Stellvertreter zu bestimmen hatten.

²⁵⁶⁾ Traditionell lautete der korrespondierende Begriff zu Ruthene *Rusyn*, ein Wort, das dank seines Stammes („Rus“) auch von den Russophilen positiv gedeutet werden konnte. Demgegenüber war *Rutenci* eine Verballhornung von „Ruthenen“. In der polnischen und ukrainischen Presse wurde erst jetzt die Differenzierung „Altruthene“ (*starorusyn*)/Russophiler (*rusoŹy*) zur Charakterisierung von konservativ-habsburgloyalen zu progressiv-russlandorientierten Gruppen oder Aktivisten üblich.

dieser Basis eine neue Organisation, die „Russische Nationale Organisation“ (*Russkaja Narodnaja Organizacija*, RNO). Die Gemäßigten erklärten sich dagegen als wahre Erben der RNP und gründeten von dieser aus ebenfalls eine neue politische Organisation, den „Galizisch-Ruthenischen Rat“ (*Halyčko-Russkaja Rada*, HRR). Es dauerte allerdings andert-halb Jahre, bis eine ins Lemberger „Volkshaus“ (*Narodnyj Dim*) einberufene Vollversammlung das Grundsatzprogramm der neuen politischen Organisation verabschiedete.²⁵⁷⁾ Darin berief man sich auf die Erkenntnisse der Wissenschaft und auf eine tausendjährige Geschichte, welche die national-kulturelle Einheit der Rus bis in die Gegenwart konstituierte.

Dabei wurde zur Selbstbezeichnung konsequent, auch etwa im Zusammenhang mit der Sprache, der Begriff „Kleinrussen/„kleinrussisch“ verwendet, eine Wortwahl, die im Zusammenhang stand mit dem Überhandnehmen von „Ukraine“/„ukrainisch“ auf der politischen Gegenseite und bereits bei der Gründung des reichsrätlichen Ruthenenklubs verwendet worden war.²⁵⁸⁾ Loyalität wurde explizit gegenüber der griechisch-katholischen Kirche erklärt, nicht jedoch gegenüber der Dynastie oder dem Staat. Obwohl dieses Gemäßigten-Programm vom Frühjahr 1911 außerdem in einem breiten Katalog von Forderungen die Bedürfnisse der Massen berücksichtigte, waren es doch die radikalen Neukursler, welche eher glaubhaft machen konnten, dass sie sich auf der Höhe der gesellschaftlichen Dynamik befanden. Mitbedingt durch ihre effizientere Organisation, konnten sie, die Radikalen, die politischen Wettkämpfe der Folgejahre zwischen den beiden russophilen Richtungen für sich entscheiden.

Angefügt seien hier noch einige Bemerkungen zur repräsentativen Selbstdefinition der Russophilen. Gerade die Tatsache, dass man sich gegenüber den ukrainophilen Rivalen vor allem kulturell abzugrenzen versuchte – etwa als „historische“ Partei – lässt erahnen, dass Formen der Repräsentation eine wichtige Rolle spielten. An erster Stelle standen zweifellos Sprache und Orthographie, die bewusst als Erkennungsmerkmal der russophilen Presse eingesetzt wurden. Einen zentralen Platz nahm dabei das Doppel-S in *russkyj* ein. Diese Schreibweise entsprach der russischen und sollte symbolhaft die Zugehörigkeit der galizischen Ruthenen zur gesamtrussischen Geschichte und Kultur anzeigen. Als man zu Beginn der 1890er-Jahre beschloss, dieses Wort in deutschen Texten mit „russisch“ zu übersetzen, war dies noch immer in diesem Sinne gemeint. Erst die Neukursler nach 1900 bezogen *russkyj* tatsächlich auf das russische Volk, dem sie angehören wollten, wie die erwähnte Rede Markovs – gerade sie ein hochsymbolischer Akt – zeigte.

Zum kulturellen Repräsentationsgut gehörten neben Sprache und Orthographie auch die Verwendung des Datums, das in den russophilen Presseorganen noch lange dem julianischen Kalender folgte. In späteren Jahren wurde das westliche (gregorianische) Datum in Klammern beigefügt – allerdings nachgestellt, nicht umgekehrt, wie bei den ukrainophilen Organen, die später auf das in der Orthodoxie gebräuchliche Datum gänzlich verzichteten. Die Bevorzugung des Kirchenkalenders hatte primär mit der klerikalen Prägung der Russophilen zu tun, welche sich etwa auch im Stil der Parteiversammlungen niederschlug. Der Gottesdienst als Initiationsakt war üblich, und noch im Jahre 1902 wurde die Versammlung des Ruthenischen Rats von einem älteren Mitglied dazu aufgerufen, zunächst den

²⁵⁷⁾ Halyčany 31. 5. 1911 (63), S. 1. Vgl. auch Czas 3. 4. 1911 (152), S. 1.

²⁵⁸⁾ Vgl. Abschnitt III.

Auferstandenen Christus anzurufen.²⁵⁹⁾ Solches kam bei den Ukrainophilen nicht mehr vor. Entsprechende Tendenzen finden sich auch in den für die Landbevölkerung bestimmten Parteiorganen.

Auch die Lieder der Russophilen waren andere. Weder war es opportun, die Ukraine anzurufen (wie in *Sce ne umerla Ukrajina*) noch Russland vor die Tür zu weisen (wie in *Ne pora*). Allerdings brachte erst die junge Generation der radikalen Russophilen die Tradition des Liedersingens in die Parteitage ein. Nationaler Radikalismus verband sich nun auch hier mit sozialrevolutionärem Eifer, denn die Jungen sangen ein Lied, das schon die russischen *Narodniki* in den 1880er-Jahren für sich entdeckt hatten: *Dubinuska* (Knüppelchen), ein aus den 1860er-Jahren stammendes Arbeiterlied mit russischer Volksmelodie, dessen Inhalt immer auch für politische Deutungen gut war.²⁶⁰⁾

3. Das jüdische Parteiwesen

a) Ansätze einer Parteibildung: Die *Ń*, disch-Poleni (*Żydzi-Polacy*)

In den Abschnitten über das polnische und ruthenische Parteiwesen wurde die Wende zu den 1890er-Jahren als Zäsurmarke im Entstehungsprozess moderner politischer Parteien interpretiert. In der Folge entstanden nicht nur Organisationen mit neuartigen Namen, Inhalten und Ideologien, welche eine Politik für die Massen auf ihre Fahnen schrieben; auch die älteren politischen Kräfte, die auf Honoratiorenstrukturen und -gesinnung beruhten, wurden sukzessive von jenem Paradigmenwechsel hin zur Massenpolitik erfasst – nicht zuletzt im Wissen darum, dass es im Zeitalter des Massenwahlrechts um das eigene politische Überleben ging. Die Frage stellt sich nun, wie die jüdischen politischen Eliten, die im Rahmen polnischer Organisationen agierten (also „politisch assimiliert“ waren) und zunehmend auch national-kulturell dominant polnisch gesinnt waren, auf die politisch-sozialen Herausforderungen reagierten. Genügte es, jene Neuorientierung hin zu den Massen gemeinsam mit den polnischen Organisationen zu vollziehen, oder lag in der Massenpolitik ein emanzipatorisches Potential, das wegführte von der polnischen Bevormundung hin zu einer selbständigen jüdischen Politik, freilich ohne jüdischen Nationalismus?

Es gab diesen Weg. Der erste, der ihn beschritt, war Joseph Samuel Bloch, Rabbiner in Wien-Floridsdorf, der im Jahr der russischen Pogrome (1881) mit seiner gegen August Rohling gerichteten Schrift „Gegen die Antisemiten“ die Grundlage bildete für eine Neudefinition jüdischer Politik. Bloch, seine „Österreichische Wochenschrift“ (gegr. 1883) und die von ihm gegründete „Österreichisch-Israelitische Union“ (1884) schufen eine neue Qualität bei der Bewertung jüdischer Politik. Während bisher die Teilnahme an den polnischen Organisationen eine Zurückstellung der jüdischen Perspektive hinter polnisch-national-liberale Inhalte und Deutungen implizierte, machte Bloch die gezielte Abwehr des Antisemitismus gepaart mit einer Stärkung des jüdischen Selbstbewusstseins und einem Österreich-Patriotismus zum zentralen Anliegen seines Wirkens. Der Floridsdorfer

²⁵⁹⁾ Halyčany 31. 5. 1902 (111), S. 1.

²⁶⁰⁾ Gazeta Narodowa 4. 11. 1909 (252), S. 1. Zum Thema Symbole, Rituale, Vorbildkult der Russophilen siehe auch Wendland, Russophile, S. 313–321.

Rabbiner entfaltete große Wirkung unmittelbar in Galizien, von wo er im Übrigen selbst stammte. 1883 wurde er in einem galizischen Wahlbezirk in den Reichsrat gewählt und gehörte während der folgenden 12 Jahre als galizischer Mandatsträger dem Polenklub an. Die damit einhergehende Verbindung zur lokalen Wählerschaft wie auch die Verbreitung seiner „Wochenschrift“ unter den nach wie vor in der deutschen Sprache beheimateten jüdischen Eliten Galiziens sicherten ihm und seiner sog. „Jüdischeren Richtung“ eine wichtige Stellung im Lande.²⁶¹⁾

Der Antisemitismus als gesteuerte Massenbewegung war allerdings in Galizien selbst in den 1880er-Jahren noch von geringer Bedeutung. Die polnisch teil-akkulturierten, innerhalb polnischer Organisationen agierenden jüdischen Eliten konnten noch einigermaßen glaubwürdig die Meinung vertreten, der Antisemitismus sei ein Phänomen unzivilisierter russischer Horden oder deutscher intellektueller Spießer, während er dem polnischen Freiheitsdenken grundsätzlich entgegenstünde. Eine solche Externalisierung des Antisemitismus ging noch konform mit dem polnischen nationalen Selbstbewusstsein, das gerne auf seine historisch-moralische Sonderrolle rekurrierte. Diese Koordinaten änderten sich fundamental in den 1890er-Jahren, als der Antisemitismus zunächst in seiner national-klerikalen Spielart auch in die polnische politische Gesellschaft einbrach und dabei teilweise mitgetragen wurde von jenen polnischen konservativen Eliten, mit denen die jüdischen Kreise über die bestehenden politischen Organisationen verbunden waren.

Signalcharakter kam der Rede des Grafen Stanisław Tarnowski anlässlich des ersten Katholikentags von 1893 zu, als dieser unverhohlen zu einem ökonomischen Kampf gegen das jüdische „Fremdelement“ aufrief. Gleichzeitig aber grenzte er sich ab von dem Antisemitismus, den er als pöbelhafte Massenerscheinung verurteilte. Dies hinderte die Angesprochenen selbstverständlich nicht daran, die Ausfälle des konservativen Grafen für die eigenen Zwecke zu verwenden. Die „politisch Assimilierten“ gerieten außerdem innerjüdisch unter Druck von Seiten der jungen nationaljüdischen Bewegung, die sich ebenfalls in jenem Jahre 1893 erstmals organisatorisch konsolidierte. Obwohl noch politisch machtlos, musste deren doppelte Stoßrichtung zweifelsohne potenziell bedrohlich wirken: Bruch mit dem offensichtlich gescheiterten Konzept der politischen Assimilation und Bruch mit der tradierten Elitenpolitik zugunsten der jüdischen Massen – eine junge, unverbrauchte Generation mit neuen, klaren Antworten auf die sozialen, politischen und nationalen Fragen der Zeit.

In dieser Zeit des Übergangs vollzog sich auch ein Wandel auf der Ebene der Selbst- und Fremdbezeichnungen. Während im nationaljüdischen Vokabular „Assimilation“ und alle seine sprachlichen Variationen zum Schimpfwort gegen die „polonisierten“ Eliten wurden, wandte sich der innerpolnische Diskurs zunehmend ab von der älteren Kollektivbezeichnung des „Polen mosaischer Konfession“. An deren Stelle setzte sich eine Alternative ohne religiös-konfessionelle Bedeutungskomponente durch, welche das Jüdische formal-linguistisch auf dieselbe Ebene hob wie das Polnische: *Żyd-Polak*, wörtlich „Jude-Pole“, hier (im Grunde unbefriedigend) als „Jüdisch-Pole“ übersetzt. Insoweit dieser Wandel nicht nur Ausdruck der gesunkenen Bedeutung religiöser Inhalte war, sondern auch ein neues Selbst-

²⁶¹⁾ Zu Bloch jetzt Ian Reifowitz, *Imagining an Austrian Nation, Joseph Samuel Bloch and the Search for a Supraethnic Austrian Identity 1846–1918*, New York 2003.

bewusstsein der jüdischen Eliten reflektierte, muss man dem die neue Desorientiertheit gerade dieser Jüdisch-Polen innerhalb des polnischen Lagers entgegenhalten.

Traditionell lag deren politische Heimat seit den 1860er-Jahren bekanntlich bei den polnischen Demokraten. Mit ihnen hatte man die vielen Jahre der Zusammenarbeit mit den Konservativen bestritten und sich teilweise in oppositioneller Rhetorik geübt. Das Nahverhältnis war verständlich: Die Demokraten setzten sich ein für mehr Patriotismus (und den wollten gerade die Juden gerne zeigen), für mehr Bürgergesellschaft (die mangelnde gesellschaftliche Implementierung der liberalen Ordnung war gerade ihr Anliegen), für eine Laizisierung der Gesellschaft (eine ideelle Grundvoraussetzung für die soziale Gleichstellung der Juden) und für die Förderung der Städte und ihrer Wirtschaft (das überwiegende Milieu der galizischen Juden). Mit den Demokraten bestritt man aber folglich auch die beschriebenen Krisen, die sich seit den 1890er-Jahren in diesem Lager manifestierten. Gesucht waren Antworten auf die soziale Frage und auf das Phänomen der nationalen Desintegration. Die Alternative lautete auch für die Jüdisch-Polen: Mehr Patriotismus unter Inkaufnahme von weniger sozialer Progressivität oder Bewahrung des progressiven Kerns unter Aufgabe der absoluten Vorrangigkeit einer national-polnischen Ideologie. Die Lösung in ihren Extremvarianten lautete schließlich: Nationaldemokratie oder Sozialdemokratie. In diesen beiden Lagern finden wir denn auch Abkömmlinge aus dem tradierten jüdisch-demokratischen Milieu.²⁶²⁾

Es gab aber auch Möglichkeiten, dem angestammten polnisch-demokratischen Lager die Treue zu halten und gleichzeitig die jüdische Komponente zu akzentuieren. Diesen Weg bestritt die 1895 erschienene, dem Lemberger linksdemokratischen Milieu um den Polnischen Demokratischen Verein (TDP, s. o.) nahestehende Zeitung *Postępy* (Fortschritt) unter dem nachmaligen sozialdemokratischen Führer Herman Lieberman, die sich der „Bildung des jüdischen Volkes“ verschrieb. Im Vorfeld der Wahlen zur allgemeinen Wählerkurie des Jahres 1897 entstand in Krakau die sog. „Partei der Unabhängigen Juden“ (*Partia Niezawisych Żydów*, PNŻ). Gründer und Vorsitzender war Adolf Gross, prominente Figur im Krakauer Milieu der polnischen Demokraten. Seit 1905 erschien eine eigene Wochenschrift in Krakau (*Tygodnik*), die sich zum Organ dieser Partei, nun auch „Jüdische Demokratische Partei“ (*Żydowska Partia Demokratyczna*) genannt, erklärte.

Postępy und „PNŻ/*Tygodnik*“ waren gleichzeitig „assimiliert“ und „jüdisch“: Sie verneinten zwar das Bestehen einer eigenen jüdischen Nationalität, bekannten sich aber zu einer jüdischen „Individualität“, einer gruppenbildenden Qualität also, die über das gemeinsame religiöse Bekenntnis hinaus ginge. Politisch bekämpften sie den Zionismus, betrieben aber gleichzeitig eine diesem verwandte dezidiert jüdische Politik. Dazu gehörte die vollumfängliche Emanzipation der Juden (als in der Tradition des Liberalismus stehendes Hauptziel), die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, der Kampf gegen den Antisemi-

²⁶²⁾ Ein solches Beispiel bildet der links von den Demokraten stehende Publizist und Politiker Wilhelm Feldman, der bereits zu derjenigen Generation gehörte, welche durch die Polonisierung der Schulen im Geiste des polnischen Patriotismus politisch sozialisiert war. Siehe dazu: Ezra Mendelsohn, Jewish Assimilation in Lviv. The Case of Wilhelm Feldman, in: Nationbuilding and the Politics of Nationalism. Essays on Austrian Galicia, hrg. von Andrei S. Markovits und Frank E. Sysyn, Cambridge/Mass. 1982, S. 94–110.

tismus und eine Wahlreform der Kultusgemeinden, welche den niederen jüdischen Schichten eine Vertretung ihrer Interessen ermöglichen würde.²⁶³⁾

Die Angriffe gegen die „Jüdisch-Konservativen“ der *Kahal*-Majoritäten, ein wichtiger geistiger Nährboden für die Partei, und die Wahlallianz mit den Sozialdemokraten verunmöglichten es Gross, nach seiner Wahl in den Reichsrat dem Polenklub beizutreten. Unter Inkaufnahme einer gewissen Selbstisolierung namentlich gegenüber seinen polnisch-demokratischen Weggefährten war es dem Parteiführer der PNZ damit möglich, ohne Rücksicht auf Fraktionszwänge jüdische und demokratiepolitische Postulate in das parlamentarische Forum einzubringen.²⁶⁴⁾ Erst nach 1910 kam es zu einer stärkeren Annäherung an das galizische (jüdische und polnische) Establishment. Ab diesem Zeitpunkt und nach der De-facto-Spaltung der Nationaldemokraten wurde die inzwischen konsolidierte Partei der galizischen Demokraten tatsächlich zum wichtigsten Sammelbecken der jüdischen Eliten rechts der Sozialdemokraten.

Die genannten Organe und Organisationen stellten zweifellos eine Antwort auf die Krise der Demokraten im Sinne einer Option für deren emanzipatorische Tradition dar. Gleichzeitig implizierte diese Option eine Distanzierung gegenüber den konservativ beherrschten polnischen Institutionen, denen man vorwarf, gleichgültig zu sein gegenüber dem Schicksal der Juden und unverzeihbare Kompromisse einzugehen mit antisemitischen Elementen, dies ausschließlich mit dem Ziel, die eigene Vormachtstellung im Lande (unter Missbrauch der nationalen Parole) zu bewahren.²⁶⁵⁾ Tatsächlich lassen sich aber auch beim liberalkonservativen Teil des politisch assimilierten jüdischen Establishments, das vor allem aus Wirtschaftstreibenden und Freiberuflern bestand, Bestrebungen erkennen, auf die Herausforderungen der Massenpolitik zu reagieren und dem Antisemitismus entgegenzutreten, also polnisch zu bleiben und dennoch die Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerungsgruppen zu vertreten. So wurde Mitte der 1890er-Jahre auf Initiative jüdischer Landtagsabgeordneter ein „Komitee zur Unterstützung der jüdischen Bevölkerung“ (*Komitet pomocy dla ludności żydowskiej w Galicyi*) geschaffen, das unter anderem eine Enquete zur Erhebung einer Berufsstatistik durchführte.²⁶⁶⁾ Im Zusammenhang mit den Pogromen von 1898 setzte sich ein Teil der Jüdisch-Polen in den parlamentarischen Gremien für die verfolgten Glaubensgenossen ein und trat damit allen Bestrebungen entgegen, die Ursachen zu verwischen oder zu ideologisieren oder gar die Schuldigkeit an den Ereignissen zulasten der Juden umzudrehen.²⁶⁷⁾

²⁶³⁾ Das im Jahre 1905 in der ersten Nummer von „Tygodnik“ veröffentlichte Parteiprogramm auszugswise in Feldman, *Stronniczka*, 2. Bd., S. 311 f. Siehe auch den Grundsatzartikel zur Assimilationsfrage in *Tygodnik* 5. 1. 1906 (1), S. 1. Feldman gibt irrtümlicherweise 1900/1901 als Gründungszeit der Partei an. Siehe auch Zbikowski, *Żydzi krakowscy*, S. 91.

²⁶⁴⁾ Vgl. dazu Näheres in Abschnitt III.

²⁶⁵⁾ Ein solcher Fall war etwa die Aufnahme des Chefredakteurs des antisemitischen *Głos Narodu* in die Reihen des konservativ beherrschten Zentralwahlkomitees. Siehe *Postęp* 6. 9. 1895.

²⁶⁶⁾ Ebd. 13. 9. 1895.

²⁶⁷⁾ Im Juni traten die jüdischen Abgeordneten aus Galizien zu Beratungen zusammen und beschloßen, vom Statthalter Piniński Abhilfe für die materiellen und immateriellen Schäden zu verlangen. Siehe *Neue Freie Presse* 7. 6. 1898 (12146), S. 8.

In diesen Handlungsweisen waren zwar Ansätze vorhanden, den aktuellen Problemen, insbesondere dem Antisemitismus und der sozialen Frage, zu begegnen, jedoch noch nicht im Rahmen einer separaten Organisationsbildung. Beschleunigend in letztere Richtung wirkte erst die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zum Reichsrat. Im Januar 1907 kam es in Lemberg zu einer von assimilierten Abgeordneten unter der Führung des Advokaten Natan Loewenstein einberufenen politischen Versammlung, die von ca. 200 Teilnehmern besucht wurde. Resultat war die Gründung einer „Jüdischen Landesorganisation“ (*Krajowa organizacja żydowska*) bestehend aus einem Zentralkomitee in Lemberg und diversen Ortskomitees.²⁶⁸) Als Ziel wurde die Förderung der politischen und ökonomischen Interessen der Juden definiert, gleichzeitig aber im Hinblick auf die inzwischen stark angewachsene zionistische Bewegung mittels einer Resolution unmissverständlich erklärt: „Wir sind polnische Juden und wollen es bleiben.“²⁶⁹) Zwei Monate später trat diese Jüdische Landesorganisation mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, der diese doppelte politische Zielrichtung erneut bekräftigte: für eine jüdische Interessenpolitik und für eine Solidarität mit dem Polenklub. Ähnliche Vorgänge spielten sich im Jahre 1911 ab, als jüdische Vertreter von der polnischen Wahlorganisation nicht nur eine bestimmte Anzahl von Mandaten verlangten, sondern auch inhaltliche Forderungen stellten, wie etwa eine Revision der Schankgebühren und eine judenfreundliche Ausgestaltung des zur Diskussion stehenden neuen Landtagswahlrechts.²⁷⁰)

In diesen Entwicklungen seit 1907 finden wir in der Tat Ansätze zu einer selbständigen Parteibildung. Ähnlich wie im Falle der jüdischen Sozialdemokratie (s. u.) lag der Ursprung dieses Vorgangs in der Notwendigkeit begründet, in Zeiten der Demokratisierung die eigene Volksgruppe bei Wahlkämpfen für die übergeordnete politische Organisation zu gewinnen: dort für die gesamtösterreichische sozialdemokratische Partei, hier für die polnischen Organe. Im Gegensatz zum sozialdemokratischen Fall kam es jedoch nie zu einer durchgreifenden organisatorischen Verselbständigung der Jüdisch-Polen. Dies lag zum einen an der großen Sogkraft der nationalen Ideologie in Zeiten gesteigerter nationaler Erregung vor dem Ersten Weltkrieg. Jede Schaffung einer straffer konzipierten jüdisch-polnischen Parteiorganisation hätte gerade die fürs eigene politische Überleben unabdingbare Integration der jüdischen Eliten in die mächtigen polnischen Organisationen aufs Spiel gesetzt. Ohne eine solche Separierung insbesondere wieder im Bereich der Wahlorganisation war aber andererseits auch keine weitergehende Verselbständigung zu erzielen. Angesichts der – trotz Überwiegens des demokratischen Lagers – ausgeprägten inneren Heterogenität der Jüdisch-Polen wäre es zudem schwierig gewesen, ein konsistentes gemeinsames Programm aufzustellen, das weiter gegangen wäre als die Proklamierung einer jüdischen Interessenpolitik bei Bewahrung der Loyalität zum Polentum und zum österreichischen Staat. Auch hier sollte jedoch abschließend darauf hingewiesen werden, dass die politische Notwendigkeit, sich dem polnischen Lager einzufügen, nicht bedeutete, dass nicht auch hier,

²⁶⁸) Tygodnik 11. 1. 1907 (2), S. 1.

²⁶⁹) Kurjer Stanisławowski 13. 1. 1907 (1112), S. 1.

²⁷⁰) Gazeta Narodowa 3. 5. 1911 (101), S. 2 (nach einem Bericht der *Nowa Reforma*). Bereits in den 1890er Jahren war es üblich gewesen, den Jüdisch-Polen von Seiten der Polen eine Anzahl Mandate einzuräumen. Vgl. Landau, Hausjuden, S. 11.

unter den Eliten, im Privaten eine stärkere Orientierung an den eigenen jüdischen Wurzeln stattgefunden hätte.²⁷¹⁾

b) Zionismus und Jüdische Nationalpartei

Die in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts aufkommende und sich rasch verbreitende jüdische Nationalbewegung speiste ihre Kraft aus jenem durch den modernen Antisemitismus initiierten neuartigen kollektiven Selbstbewusstsein und Selbstverständnis der Juden Europas, das in Österreich als erstes von dem erwähnten Joseph Samuel Bloch verkörpert wurde. Die durch die Feindschaft der Umwelt bedingte Rückbesinnung auf die jüdische Identität fiel dabei in der Habsburgermonarchie auf fruchtbaren Boden, da hier im Gegensatz etwa zum Deutschen Reich jüdisches Stammesbewusstsein auch unter aufgeklärten Kreisen lebendig geblieben war. Dieses Faktum lässt sich hauptsächlich mit der politischen Situation im habsburgischen Vielvölkerstaat erklären, in welchem geringerer Assimilationsdruck und mehr Spielraum für alternative (und multiple) Identitäten bestand.²⁷²⁾ Der Weg von einem mehr als nur konfessionell begründeten ethnischen Bewusstsein zur Selbsterklärung als Nation war hier nicht weit, insbesondere deshalb nicht, weil ja Prozesse der Nationsbildung in der Habsburgermonarchie als Vorbilder zur Verfügung standen.

In besonderem Maße gilt dies für das in sich multiethnische Galizien. Hier kam aber noch entscheidend hinzu, dass man nur in diesem ehemals polnischen Gebiet überhaupt von einer jüdischen Massenbevölkerung sprechen konnte, welche abgesehen von einer dünnen urbanen Schicht weitestgehend ihre sprachliche und kulturelle Eigenheit bewahrt hatte. So erscheint es denn nicht erstaunlich, dass Galizien zum eigentlichen Zentrum der jüdischen Nationalbewegung in der Habsburgermonarchie wurde, sobald die Massen als Faktor in der Politik Geltung erlangten. Ebenso wenig kann es überraschen, dass gerade in diesem Kronland die neue politische Bewegung aufs engste mit dem Element der sozialen Emanzipation gekoppelt war. Die Mobilisierung der bisher im politischen Abseits stehenden, nicht oder nur geringfügig akkulturierten Schichten in den letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts kann als Bedingung und Folge der national-jüdischen Bewegung bezeichnet werden.²⁷³⁾

²⁷¹⁾ Siehe dazu auch den Bericht in Czas 1911, 237 (26. 5. 1911), S. 1. „Die galizische Assimilationspartei hat sich gespalten in Alt- und Jungassimilanten. Die Jungen sind radikale Allpolen und machen in Demokratie. Die Alten sind zumeist fortschrittliche Demokraten und machen in Konservatismus.“ Jüdische Zeitung 16. 2. 1912 (7), S. 3.

²⁷²⁾ Marsha L. Rozenblit, The Jews of Germany and Austria. A Comparative Perspective, in: Austrians and Jews in the Twentieth Century. From Franz Joseph to Waldheim, hrsg. von Robert S. Wistrich, New York 1992, S. 160–180.

²⁷³⁾ Für die folgenden Ausführungen wurden vor allem verwendet: Adolf Gaisbauer, Davidstern und Doppeladler. Zionismus und jüdischer Nationalismus in Österreich 1882–1918, Wien 1988; Moses Landau, Geschichte des Zionismus in Österreich-Ungarn, phil. Diss. Wien 1932 sowie die bereits zitierten Überblicksdarstellungen und die Presse. Zur Frühphase des Zionismus jetzt auch: Joshua Shanes, Neither Germans nor Poles. Jewish Nationalism in Galicia before Herzl, 1883–1897, in: Austrian History Yearbook 34 (2003), S. 191–213.

Zwischen Blochs „Jüdischerer Richtung“ und dem frühen Zionismus bestanden zweifellos starke ideelle und politische Affinitäten. Der fundamentale Unterschied, welcher dann in den 1890er-Jahren mit aller Deutlichkeit zum Tragen kam, betraf das divergierende nationalpolitische Konzept. Bloch verneinte das Bestehen einer eigenen jüdischen Nation und bekämpfte mit Entschiedenheit den Gedanken einer eigenen „Heimstätte“ für das jüdische Volk. Im selben Jahr 1882, als der Floridsdorfer Rabbiner mit galizischen Wurzeln seine Anti-Rohling-Schrift veröffentlichte, erschien, wie oben erwähnt, noch eine zweite Schrift, welche dann zur Bibel des Zionismus vor Herzls „Judenstaat“ werden sollte: Leon Piskers Broschüre „Autoemanzipation“, geschrieben unter dem unmittelbaren Eindruck der russischen Pogrome.

Bereits im Jahre 1883 kam es zur Gründung des ersten zionistischen Vereins in der galizischen Landeshauptstadt, *Mikra Kodesch* (Heilige Schrift), später umbenannt in *Zion*. Dieser Verein sollte für die nächsten zehn Jahre als der kleine (1891: 90 Mitglieder), aber sehr aktive Kern der jüdisch-nationalen Bewegung in Galizien fungieren. Es war dies ein Kulturverein, wie es auch polnische und ruthenische Kulturvereine in Lemberg gab. Auf dem Veranstaltungsprogramm standen Vorträge (etwa zur jüdischen Geschichte), Lesungen (vornehmlich der hebräischen Sprache), Sprachkurse (Hebräisch) und Feste (Makka-bäerfeier). Charakteristisch für diese Jahre war die enge Verbindung mit dem jungen nationaljüdischen Milieu in Wien, das sich im akademischen Verein *Kadimah* (Vorwärts, gegr. 1883) sammelte. Im Prinzip lieferte Galizien Wien weitgehend das Personal, bestand doch der Kern von *Kadimah* aus Galiziern, die dann (wie der Mitbegründer von *Mikra Kodesch* Ruben Bierer) wenig später in ihre Heimat zurückkehrten, um dort den eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen. Nathan Birnbaum, ebenfalls Mitbegründer von *Kadimah* und die zentrale Figur des österreichischen Frühzionismus, war nur eine Generation von Galizien entfernt. Die von ihm gegründete und geleitete Zeitung „Selbst-Emanzipation“, benannt nach Leon Piskers erwähnter Schrift, fungierte faktisch auch als Organ des Lemberger *Zion*, da nur hier regelmäßig und wohlwollend über dessen Tätigkeit berichtet wurde. Umgekehrt trug *Zion* durch seinen dadurch erreichten hohen Bekanntheitsgrad dazu bei, dass sich das Wort „Zionismus“ seit den frühen 1890er-Jahren als Bezeichnung der gesamten jüdisch-nationalen Bewegung durchzusetzen begann.²⁷⁴⁾

Im Jahre 1891 begann dann eine neue Ära in der nationaljüdischen Bewegung Galiziens, die gleichzeitig eine Phase der Rivalität zwischen Wien und Lemberg einleitete. Auch sie ging vom Lemberger *Zion* aus, und die Schlagworte hießen „Organisation“, „Parteibildung“. Das bedeutete zunächst einmal Zusammenfassung des Erreichten zur effizienteren Umsetzung der gemeinsamen Ziele der galizischen nationaljüdischen Bewegung. Dabei war dieses Erreichte zu jenem Zeitpunkt eher bescheiden: Zu Beginn des Jahres 1891 gab es neben dem Lemberger Verein lediglich noch drei weitere zionistische Vereine in Galizien, insgesamt etwas über 200 Mitglieder. Alle lagen wie Lemberg im Osten des Kronlands: in Stryj, Drohobycz und in Bolszowce (Bezirk Rohatyn).²⁷⁵⁾ Die Notwendigkeit, die

²⁷⁴⁾ Jakob Toury, Die jüdische Presse im österreichischen Kaiserreich. Ein Beitrag zur Problematik der Akkulturation 1802–1918, Tübingen 1983, S. 94.

²⁷⁵⁾ Selbst-Emanzipation 2. 1. 1891 (1). Gaisbauer, Davidstern, S. 63. Seit der Mitte der 1880er-Jahre waren außerdem Vereine in Stanislau, Tarnów und Rzeszów entstanden, die jedoch offenbar zu Beginn der 1890er-Jahre nicht mehr existierten. Siehe ebd. S. 47.

Organisation der Bewegung auf eine höhere Ebene zu bringen, kam also nicht aus einer inneren Zwangslage heraus. Sie wurzelte vielmehr in den unmittelbaren politischen Zeitumständen, der politischen Dynamik der frühen 1890er-Jahre und insbesondere in den Parteigründungen der galizischen Sozialdemokratie, welche ihre hohe Attraktivität für junge, politisierte galizische Juden bereits zu zeigen begann. Dieses Streben nach organisatorischer Zusammenfassung, gekoppelt mit der Lancierung einer verbindlichen Programmatik, geriet nun in Konflikt mit ähnlichen Bemühungen aus den Wiener Kreisen um Nathan Birnbaum, *Kadimah* und dem Kolonisationsverein *Admas Jeschurun*, die ebenso vom herrschenden politischen Zeitgeist vorangetrieben waren.

Der nun entstehende Konflikt zwischen „Wien“ und „Lemberg“ gründete in den ganz unterschiedlichen Voraussetzungen, unter denen in den beiden Zentren jüdischnationale Politik wahrgenommen und umgesetzt wurde. Die Wiener Kreise sahen die habsburgische Haupt- und Residenzstadt als zukünftigen Mittelpunkt einer internationalen zionistischen Bewegung. Begründung: Wien als Hauptstadt eines Nationalitätenstaates und als Begegnungsort von West und Ost. Demgegenüber verstanden die Galizier die Funktion Lembergs als lokales Zentrum einer jüdischen Landespolitik, das infolge seiner weiter entwickelten Vereinsaktivität und seines großen jüdischen Bevölkerungsanteils als Ausgangspunkt und Kristallisationskern für die weitere Entwicklung der Bewegung dienen sollte. „Galizien macht den Anfang“ lautete hier die Parole.²⁷⁶⁾ Im Prinzip folgte man in Lemberg also eher einem föderalistischen Modell, indem man argumentierte, dass die sprachlichen und kulturellen Bedingungen in den verschiedenen Regionen in Ost und West zu unterschiedlich für eine zentrale Steuerung seien. Akzentuiert wurde diese Betrachtungsweise durch den Umstand, dass „Wien“ bis dahin in seiner Grundausrichtung auf den Kolonisationsgedanken konzentriert war, während in Lemberg die nationalkulturelle Erweckung – „Landespolitik“ und „Gegenwartsarbeit“ als die beiden zentralen Begriffe – im Vordergrund stand. In der Tat konnte nur hier eine jüdische Volksbewegung zu einer eigenständigen nationalen Kraft werden, als dritte neben der polnischen und ruthenischen. Allerdings waren die Widersprüche zwischen einer Kolonisation Palästinas und einer gegenwartsorientierten Landespolitik wiederum nicht derart gravierend. Gerade für den von Pinsker geprägten Birnbaum erschienen beide Elemente auch als Bestandteile eines Gesamtkonzepts: Palästina als geistige Heimstätte und Zufluchtsort für europäische Juden sowie als Projektionsfläche zur Stärkung des kollektiven Selbstbewusstseins auch in der Diaspora, nicht aber als ein Ziel der totalen Massenemigration.

Die Kontroverse um die Gewichtung des zionistischen Programms wurde letztlich vor allem durch den Verlauf der Zeit entschärft, wenn auch nie aufgehoben. Die starke Beschränkung der Einwanderung durch die Hohe Pforte nahm der „reinen“ Kolonisationsidee viel von ihrem Schwung, worauf Birnbaum seinen „Neuen Kurs“ proklamierte, die Hinwendung zu Propaganda und Agitation. Andererseits führte eine breite Kampagne zur Gründung zahlreicher auf die Unterstützung der Kolonisation konzentrierter Vereine, die sich seit 1893 in einem österreichweiten Verband (*Zion*) sammelten. Dieser war allerdings wiederum stark galizienlastig, stammten doch 19 der 23 Einzelvereine im Jahre 1895 aus

²⁷⁶⁾ Selbst-Emancipation 1. 6. 1891 (11), S. 5.

diesem Kronland.²⁷⁷⁾ Schließlich machte der Gang der Dinge klar, dass tatsächlich nur in Galizien die Bedingungen für die Gründung einer politischen Partei vorhanden waren. Seit Ende 1892 verfügte der Lemberger Verein über ein eigenes, polnischsprachiges Organ, *Przyszłość* (Zukunft), das den selbständigen Weg zu einer Parteigründung ebnen sollte.

Nach Vorbereitung durch ein vorwiegend aus Mitgliedern des Lemberger *Zion* bestehenden Komitees fand bereits im April 1893 in der galizischen Landeshauptstadt eine sog. „Konferenz der Nationaljuden“ statt. Anwesend waren Vereinsdelegierte und Gruppen aus sieben galizischen Städten und aus Czernowitz sowie Birnbaum als Herausgeber der „Selbst-Emanzipation“. Obwohl die delegierenden Einzelvereine dieselben waren wie im Falle der parallel laufenden Bemühungen um einen österreichweiten Verband der Kolonisationsvereine, ging man hier einen Schritt weiter. Man verlieh der Veranstaltung den Rang eines Parteitags, und im Namen einer damit konstituierten „Jüdisch-Nationalen Partei in Galizien“ beschloss man einen Katalog programmatischer Grundsätze. Im Gegensatz zum üblichen Verfahren, wonach das Gründungskomitee der konstituierenden Sitzung ein ausgearbeitetes Programm vorlegte, welches durch den Parteitag nur in Einzelheiten modifiziert oder ergänzt wurde, stellten sich die 1893 verabschiedeten „Grundsätze“ der Jüdisch-Nationalen Partei als eine Summe von Anträgen dar, welche im Zuge dieser Versammlung eingebracht worden waren.²⁷⁸⁾

Wie lauteten diese „Grundsätze“? Als Ziel der Parteitätigkeit wurde „die Wiedergeburt des jüdischen Volkes mit dem Endziel des Wiederaufbaus eines jüdisch-nationalen Körpers in Palästina“ erklärt. Zur Erreichung dieses Ziels bemühte man die bekannten Requisiten einer national-kulturellen Bewegung: Gründung von Schulvereinen, Lesehallen und Leihbibliotheken sowie Herausgabe von Broschüren und preiswerten Büchern zur Stärkung des national-kulturellen und historischen Bewusstseins. Besonderes Gewicht wurde dabei auf die Förderung des Hebräischen gelegt, und zwar nicht primär mit dem Ziel, das Hebräische als säkulare Literatursprache zu heben, sondern vor allem (und dies ist bekanntlich das Spezifikum der jüdischen nationalen Bewegung in ihrer sprachlichen Komponente) erst einmal diese Sprache als „nationale Konversationssprache“ zu verbreiten, beispielsweise mittels hebräischer Konversationsvereine oder der Herausgabe jiddisch- und polnischsprachiger Broschüren zur „Erweckung eines Interesses für die hebräische Sprache“. Gleichrangig (aber nicht vorrangig) wurde die Unterstützung der Kolonisationsbewegung nach Palästina genannt. Beides zusammen, nationalkultureller Aufbau und Kolonisation, wies auf die verbindenden Bestrebungen der gesamteuropäischen zionistischen Bewegung hin und wurde daher nicht zufällig von Birnbaum als Antrag eingebracht.

Die „reinen“ Galizier aus dem Vorstand von *Zion* unterstrichen dagegen in einem gesonderten zweiten Punkt die Notwendigkeit, „die Interessen der Juden im Lande zu verteidigen“ und daher „eine selbständige Politik in Galizien zu betreiben“. Dazu gehörte an erster Stelle der Kampf um die Vorherrschaft in der Kultusgemeinde, desjenigen innerjüdischen politischen Ortes, wo sich die Macht der Assimilierten, der „*Kahal*-Juden“ (so die despektierliche Bezeichnung) konzentrierte. Dazu gehörte im Weiteren der ökonomische Bereich, insbesondere die Gründung von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

²⁷⁷⁾ Gaisbauer, Davidstern, S. 80.

²⁷⁸⁾ Selbst-Emanzipation 18. 5. 1893 (6), S. 2 f.

Letzteres war wiederum ein Feld, in dem die jüdische Bevölkerung gerade in jüngster Zeit massiv in die Defensive geraten war infolge der gezielt gegen den jüdischen Handel gerichteten Kampagne der Bauernparteien und der „christlich“ inspirierten Kreise, die nur zwei Monate später, im Juli 1893, durch den erwähnten Katholikentag von oberster Stelle sanktioniert wurde. Als dritter Punkt wurde schließlich die Gründung von „jüdischen Volksvereinen zur Hebung des geistigen und moralischen Niveaus der Volksmassen angestrebt“, ein für alle Nationalbewegungen charakteristischer Bestandteil basisbezogener politischer Arbeit.

Die Konferenz legte im weiteren die Umriss der Organisationsstruktur fest. Delegiertentage (Parteitage) sollten jährlich stattfinden und jeweils Anlass geben zur Wahl eines Exekutiv- und Agitationskomitees. Das Selbstverständnis des Zionismus als einer internationalen Bewegung verlangte im Weiteren eine Klärung des Verhältnisses zur jüdischen Nationalbewegung insgesamt. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die mit einer ähnlichen Grundproblematik konfrontiert war, gab es jedoch noch gar keinen organisierten politischen Verband weder auf internationaler Ebene noch innerhalb des österreichischen Staates, zu dem man organisatorisch in ein Verhältnis treten konnte. Folglich war der verabschiedete Passus, wonach sich die galizische Partei der Leitung und den Beschlüssen der „jüdisch-nationalen Partei aller Länder“ unterwerfe, eine Projektion in die Zukunft, die keine unmittelbare Relevanz hatte.²⁷⁹⁾ Realen Wert kam dagegen dem Beschluss zu, alle galizischen Kolonisationsvereine dem tatsächlich existierenden, bereits erwähnten Verband *Zion* einzugliedern. Schließlich wurden, auch dies ein fester Bestandteil jeder Parteigründung, die Parteiorgane festgelegt. Dabei gelangte man wiederum zu einem Kompromiss zwischen internationaler (österreichischer) und galizischer Ausrichtung, indem sowohl die Wiener „Selbst-Emancipation“ als auch das Lemberger *Przyszłość* in diesen Rang gehoben wurden.

Unerwähnt blieb im Grundsatzprogramm von 1893 ein anderer fundamentaler Bestandteil politischer Parteien: der Bezug zu den Staatsorganen und insbesondere das Streben nach einer Machtbeteiligung an den parlamentarischen Vertretungen. Dieses Versäumnis wurde am zweiten Parteitag im September 1894 nachgeholt, den bereits etwa 100 Delegierte aus 30 Städten besuchten. Dem Beschluss dieses Parteitags gemäß wollte man auf der Basis entsprechend erarbeiteter politischer Grundsätze an den galizischen Wahlkämpfen teilnehmen und darüber hinaus für das allgemeine Wahlrecht agitieren. Übertragen wurden diese Aufgaben, zu denen auch die Schaffung eines im inneren demokratisierten Kultusgemeinerverbands gehörte, einem unmittelbar danach gegründeten politischen Verein, welcher im November 1894 den Segen der Statthalterei erhielt. Schließlich wurde während des Parteitags vom September auch die Parteileitung mittels einer Diversifikation der Aufgabenbereiche (Schaffung zweier Agitationskomitees, für West- bzw. Ostgalizien) sowie durch die Gründung eines Parteisekretariats effizienter gemacht. Alle diese Bemü-

²⁷⁹⁾ Im November 1893 wurde in Krakau durch eine Vertrauensmännerversammlung unter Leitung von Birnbaum eine gesamtösterreichische nationaljüdische Partei ausgerufen, die sich an den Lemberger Beschlüssen orientierte und auch einen Vorstand wählte, faktisch jedoch in diesem Stadium der Proklamation stecken blieb, da sich neben der galizischen Organisation keine zweite Landespartei etablieren konnte. Siehe Selbst-Emancipation 15. 11. 1893 (18), S. 3–5.

hungen um die Schaffung einer handlungsfähigen jüdischnationalen Kraft in Galizien blieben ohne Parallelen in anderen Teilen der Österreich-Ungarischen Monarchie.

Die „Jüdisch-Nationale Partei in Galizien“ ist bedeutsam als erster Versuch einer programmatisch fundierten zionistischen Parteibildung im Kontext der politisch so regsamen 1890er-Jahre in Galizien. In der Landespolitik spielte sie jedoch faktisch keine Rolle. Von wesentlich größerer Tragweite waren Ereignisse, die sich zunächst ohne Zutun der selbstbewusst agierenden Galizier abspielten: Um die Mitte der 1890er-Jahre trat Theodor Herzl auf die Bühne des Geschehens („Der Judenstaat“: 1896) und setzte mittels der Zionistenkongresse neue Maßstäbe in der Organisationsarbeit. Herzl steckte auch die inhaltlichen Ziele neu ab. Das auf dem Basler Gründungskongress von 1897 festgestellte oberste Prinzip, die Gewinnung eines eigenen Staates für das jüdische Volk durch diplomatische Mittel („politischer Zionismus“), stand im Widerspruch sowohl zum Prinzip der Gegenwartsarbeit („Galuth-Nationalismus“) wie auch zur praktischen Kolonisationsarbeit („praktischer Zionismus“), welche beide in Galizien durch ein fest verankertes, sehr aktives Vereins- und Verbandswesen vertreten waren. Galizien wurde daher zum Hort der innerzionistischen Opposition gegen Herzl. Hinzu kam die Tatsache, dass in Galizien die Religiös-Orthodoxen, die sich vom westlich-aufgeklärten Denken und Handeln Herzls abgestoßen fühlten, eine nicht unbedeutende Gruppe unter den Anhängern des Zionismus bildeten.

Erst die außerordentliche Dynamik der Herzlschen Bewegung, dann die organisatorisch unterstützte sukzessive Durchsetzung der Grundsätze des „politischen Zionismus“ auch in den galizischen Kolonisationsvereinen (Auflösung des Hauptvertreters des „praktischen Zionismus“, des Tarnówer *Ahavas Zion*, um 1900) und andererseits die Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Gegenwartsarbeit in das offizielle Programm am ersten österreichischen Zionistentag im März 1901 in Olmütz ermöglichten die Eingliederung der galizischen Organisationen. Eine von den galizischen Vereinen beschickte Landeskonferenz im Juni 1901 segnete diese Eingliederung ab, wurde doch in einer Resolution das Basler Programm mit dem schlichten Wortlaut „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“ als verpflichtend erklärt. Schließlich folgte ein nicht minder bedeutsames Signal in Richtung Föderalisierung von Seiten des fünften Zionisten-Kongresses im Januar 1902, der in seinem revidierten Organisationsstatut den Landesorganisationen weitgehend freie Hand bei der Ausgestaltung ihrer internen Strukturen ließ.²⁸⁰⁾

Dank der institutionellen Vorgänge in den Jahren 1901/1902, die im zweiten österreichischen Zionistentag im Mai 1902 ihren Abschluss fanden, konnte sich die galizische zionistische Bewegung wie die Sozialdemokratie als Teil einer internationalen Bewegung verstehen, deren Exekutivorgane sich allerdings abgesehen von der Geldrequirierung (Schekel) wenig in die praktische Umsetzung der programmatischen Vorlagen einmischte. Die drei institutionell verankerten Stufen lauteten: Auf internationaler Ebene der „Kongress“ bzw. sein Exekutivorgan, das (engere und weitere) „Aktionskomitee“; auf der staatlichen Ebene die „Landesorganisation“ bzw. das „Landeskomitee“; und schließlich auf Kronland-Ebene die Distriktsorganisation bzw. das Distriktskomitee. Baustein des Distrikts und da-

²⁸⁰⁾ Siehe die entsprechenden Berichte im zionistischen Zentralorgan „Die Welt“: 29. 3. 1901 (13), S. 1–5 (Olmützer Zionistentag); 21. 6. 1901 (25), S. 2–6 (Galizische Landeskonferenz); 10. 1. 1902 (2), S. 1–12 (Zionistenkongress).

mit der Gesamtorganisation waren die einzelnen zionistischen Vereine, die ein breites inhaltliches Spektrum vom Bürgerverein über den Turnerverein, Studentenverein und Arbeiterverein bis zum Frauenverein umfassten. Galizien nahm aufgrund seines besonders aktiven Vereinswesens auch wiederum eine Sonderstellung ein, gab es hier doch nicht eine Distriktsorganisation, sondern (seit Mai 1902) deren drei: West-, Ost- und Südgalizien, später (seit 1907) sogar deren vier (Podolien). Sowohl der Distrikt Südgalizien (mit dem Zentrum Stanislau) als auch der Distrikt Podolien (mit Tarnopol) lagen im Ostteil des Kronlands. Hieraus wird ersichtlich, dass Ostgalizien gegenüber Westgalizien ein deutliches Übergewicht besaß, welches auch aus dem Verhältnis der Anzahl von Vereinen deutlich wird: Im Jahre 1907 brachte es Westgalizien auf 50 Vereine in 21 Städten, Ostgalizien insgesamt aber auf 203 Vereine aus 77 Städten.²⁸¹⁾

Gestärkt durch die institutionelle Absicherung, intensivierten die galizischen Exekutivorgane nach der Jahrhundertwende ihre Bemühungen, in die diversen Vertretungskörperschaften einzudringen. Der Kampf um die Kultusgemeinden war das Hauptthema des 3. österreichischen Zionistentags im Juni 1903 und des ostgalizischen Distriktstags desselben Jahres, der sich gegen jede Kompromisspolitik in dieser Sache wandte.²⁸²⁾ Bei den Kultusgemeinden wie auch bei den parlamentarischen Körperschaften auf allen Ebenen stellte vorderhand das restriktive Wahlrecht das größte Hindernis für einen Erfolg im größeren Stil dar. Im Reichsrat saß immerhin bereits seit 1897 ein Abgeordneter aus der Bukowina, Benno Straucher, der sich der jüdisch-nationalen Idee verpflichtet sah. Bei den Reichsratswahlen von 1900/01 kam es erstmals auch in Galizien zur Kandidatur eines Jüdischnationalen.

Einen veritablen Einschnitt bedeutete die seit Herbst 1905 lancierte große Wahlreform, und zwar nicht nur im Hinblick auf die tatsächlich erfolgreiche Wahl jüdischnationaler Kandidaten zwei Jahre später, sondern auch hinsichtlich der inneren Organisation der galizischen Zionisten und ihres Verhältnisses zur österreichischen Gesamtorganisation. Angesichts der nun erstmals realistisch gewordenen Perspektive einer Vertretung jüdischnationaler Abgeordneter im höchsten österreichischen Repräsentativorgan sahen sich die galizischen Zionisten dazu veranlasst, neue Wege in der Parteiorganisation zu beschreiten, um ihre politische Schlagkraft im Lande zu erhöhen. Auf ihre Initiative hin wurde eine außerordentliche Landeskonferenz für den 1./2. Juli 1906 nach Krakau einberufen, deren einziges Traktandum lautete: „Stellungnahme der Zionisten zur innerpolitischen Betätigung“. In der Tat brach nun vor dem Hintergrund der veränderten innenpolitischen Lage in Österreich der alte Grundsatzkonflikt um das Wesen der zionistischen Bewegung in neuer Schärfe aus. Die Debatte war nun keine akademische mehr. Mit den dramatisch gestiegenen Erfolgsaussichten einer landespolitischen Betätigung wuchsen die Befürchtungen der „reinen“ Zionisten, mit einer solchen Ausrichtung würde von der langfristig allein erfolgversprechenden Lösung der „Judenfrage“, der Gewinnung Palästinas als Heimstätte für das jüdische Volk, auf verhängnisvolle Weise abgelenkt. Andererseits bedeutete für die in Galizien konzentrierten Exponenten einer „reinen“ Landespolitik die langfristig angestrebte Besiedlung des Heiligen Lands einen nicht weniger verhängnisvollen Abzug der nun zum realen Faktor gewordenen Massenwählerschaft.

²⁸¹⁾ Siehe die Auflistung bei Gaisbauer, Davidstern, S. 239–244.

²⁸²⁾ Gaisbauer, Davidstern, S. 111–115.

Den Planern und Teilnehmern der außerordentlichen Landeskonferenz von 1906 war klar, dass die Umformung der österreichischen Landesorganisation in eine exklusiv der Landespolitik gewidmete nicht mit dem Gründungsgeist und den herrschenden Ansichten in der zionistischen Weltorganisation zu vereinbaren war. Als einzige Lösung bot sich die institutionelle Auslagerung durch die Neugründung einer „politischen Partei“ im engeren Sinne an. Die Konferenz erteilte grünes Licht für einen solchen Schritt, bestimmte aber gleichzeitig vier programmatische Grundsätze, unter denen eine solche zu agieren hätte: jüdisch-national, sozialfortschrittlich, gut österreichisch und massenorientiert. Unter diesen Vorgaben konstituierte sich unmittelbar im Anschluss an die Landeskonferenz die neue Organisation inoffiziell unter dem Namen „Jüdische Nationalpartei“ (JNP), der man euphorisch die Qualität einer West- und Ostjudentum vereinigenden Organisation zuschrieb.

Tatsächlich zeigte die Zusammensetzung der Teilnehmer auch hier wiederum eine Vorherrschaft Galiziens, kamen doch 92 der 135 Delegierten aus diesem Kronland. Bezeichnenderweise sprach man sich unter Vorbehalt eines endgültigen Beschlusses seitens der zu wählenden Parteileitung gegen eine zionistische Namensgebung der Partei aus, erkannte aber dennoch das Basler Programm als Grundlage an. Die programmatischen Vorgaben der Landeskonferenz wurden durch eine Reihe von Punkten ergänzt und präzisiert: im Bereich der individuellen und kollektiven Freiheit (strikte Umsetzung staatsbürgerlicher Gleichberechtigung, nationale Autonomie und Minderheitenschutz), der politischen Rechte (allgemeines und Proportionalwahlrecht für alle Vertretungskörper), der Kulturpolitik (Schaffung einer jüdischen theologischen Fakultät, Akademie und eines Lehrerbildungsseminars) sowie der Wirtschafts- und Sozialpolitik (Revision der Gewerbegesetzgebung, Wirtschaftsförderung). Schließlich beschloss man die Gründung eines politischen Reichsvereins sowie die Schaffung eines Zentralwahlkomitees und bestellte die Parteileitung, deren Vorsitz der bewährte und populäre Abgeordnete Straucher übernahm.²⁸³)

Die Gewinnung von drei galizischen Mandaten bei den Reichsratswahlen von 1907 und die erstmalige Konstituierung eines national-jüdischen parlamentarischen Klubs veränderten die Bedingungen jüdischer Politik in Galizien. Neben den Vereinen und der zionistischen Parteioorganisation entstand nun eine dritte Formation, die jüdisch-nationale Fraktion. Durch sie ergaben sich nicht nur neue Möglichkeiten der Einbringung und Öffentlichmachung jüdischnationaler Forderungen. Der gesamte Stellenwert des zionistischen Anliegens in Österreich und Europa erhielt durch diesen Schritt in die offizielle politische Repräsentation eine neue Qualität. Gleichzeitig sah sich die inner- und außerjüdische Gegnerschaft nun einem ernsthafteren politischen Widersacher gegenüber, dem nicht mehr nur mit Rhetorik zu begegnen war. Und schließlich veränderte sich auch das innerzionistische Verhältnis der „Galizier“ zur österreichischen Gesamtorganisation, mittelbar auch zum zionistischen Weltkongress.

Zunächst stärkte die mit den Wahlgängen verbundene außerordentliche Aktivität des galizischen Milieus dessen Selbstbewusstsein und gleichzeitig dessen Drang, sich noch

²⁸³) Die Welt 13. 7. 1906 (28), S. 7–10; Österreichische Wochenschrift 6. 7. 1906 (27), S. 452 und 13. 7. 1906 (28), S. 468–470; Jüdische Zeitung 11. 5. 1907 (1), S. 2. Das Programm wurde entgegen der Ankündigung nie abschließend redigiert und auch nicht veröffentlicht, was später als schwerer Fehler angesehen wurde.

deutlicher auf die eigenen Füße zu stellen. Vorbereitet durch einen entsprechenden Beschluss des 5. österreichischen Zionistentags im Juni 1907, beschloss eine im November desselben Jahres durchgeführte galizische Landeskonferenz die Schaffung eines eigenen Zentralkomitees in Lemberg, dem die nunmehr vier Distriktkomitees untergeordnet wurden. Da sich kurz darauf die westösterreichischen Distrikte in entsprechender Weise in Wien bündelten, war seither der inhärente Dualismus zwischen Wien und Lemberg auch institutionell in den beiden Zentralkomitees verankert.²⁸⁴⁾

Nachdem sich eine weitere galizische Landeskonferenz im April 1909 mit großer Mehrheit für eine aktive Landespolitik eingesetzt hatte, forcierte das mit der Arbeit betraute neunköpfige Zentralkomitee (5 Lemberger Delegierte sowie je zwei aus den Distrikten) die politischen Agenden mit den Schwerpunkten: Nationalpolitik (Anerkennung der jüdischen Nationalität, Revision der Registrierpraxis bei den Volkszählungen und den Studentenkatalogen, jüdische Wählerkurie in der Bukowina und in Galizien, Gleichberechtigung der Juden in Armee und Verwaltung), Kulturpolitik (Gründung von Schulvereinen, Lesehallen u. s. w.), Wirtschaftspolitik (Gründung von Kreditinstitutionen, Bekämpfung der diskriminierenden Wirtschaftsgesetzgebung) sowie Kultusgemeinde-Politik (Streben nach einem nationaljüdisch beherrschten Kultusgemeinerverband). In der für Galizien zentralen Frage der Landtagswahlreform verlangte man die vollständige Demokratisierung unter Einbeziehung der Frauen, die Schaffung einer jüdischen Kurie und 20 von 200 vorgesehenen Sitzen im neuen Landtag. Dieser Forderungskatalog wurde vom Lemberger Zentralkomitee zu Beginn des Jahres 1912 aufgestellt, zu einem Zeitpunkt also, als die galizischen und österreichischen Zionisten infolge des Verlustes aller Reichsratsmandate im Jahre 1911 über keine politische Basis mehr im Zentralparlament verfügten. Dieses Missverhältnis zwischen politischer Dynamik der jüdisch-nationalen Bewegung und ihrer mangelnden Repräsentation in den Vertretungskörperschaften dauerte an bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Die zionistische Bewegung in Galizien war, wie beschrieben, zunächst ein Konglomerat von Vereinen, welche sich der Idee des Nationaljudentums und des in einem unterschiedlichen zeitlichen und praktischen Rahmen gefassten Ziels einer Besiedlung Palästinas verschrieben hatten. Die heterogene Struktur und die breit interpretierbare politische Grundlage ließen eine Reihe von unterschiedlich ausgerichteten Strömungen zu, von denen zwei gesondert zu nennen sind: der sozialistische Zionismus um die Organisation *Poale Zion* und der orthodoxe Zionismus um *Mizrachi*. Beide Richtungen begannen nach der Jahrhundertwende organisatorisch Gestalt anzunehmen, und in beiden Fällen spielte Galizien eine zentrale Rolle.

Nach dem von Ber Borochov, dem Haupttheoretiker von *Poale Zion*, konstruierten Zusammenhang zwischen Zionismus und Sozialismus konnte ein erfolgreicher Klassenkampf nur auf der Basis „normaler“ innerjüdischer Klassenstrukturen geführt werden, die wiederum erst nach der Gewinnung und Besiedlung eines eigenen Territoriums eintreten würden.²⁸⁵⁾

²⁸⁴⁾ Die Bukowina gliederte sich erst im Jahre 1910 als faktisch dritte selbständige Landesorganisation aus. Angeführt durch den Wiener „Jüdischen Nationalverein“, fanden insbesondere nach 1909 verschiedentlich Bemühungen statt, jenen Zerfall der gesamtösterreichischen Organisation rückgängig zu machen (Gesamtkonferenz vom April 1910), allerdings ohne durchgreifenden Erfolg.

²⁸⁵⁾ Robert S. Wistrich, *Socialism and the Jews. The Dilemmas of Assimilation in Germany and Austria-Hungary*, London–Toronto 1982, S. 148f. und Gaisbauer, *Davidstern*, S. 388–391.

Seine im Jahre 1900 in Jekaterinoslaw gegründete Organisation breitete sich rasch nach Galizien aus, wo sie vor allem in den Handelsangestellten-Vereinigungen Fuß fasste. Auf deren organisatorischer Basis kam es im Mai 1904 zum Gründungsparteitag der „Zionistisch-Sozialistischen Arbeiterpartei Österreichs“ in Krakau. Schließlich sollten alle sechs Parteitage (1904–1912) in Galizien (Krakau und Lemberg) abgehalten werden. In die „große“ Politik konnte diese Strömung jedoch nie aktiv eingreifen. Ihre Rolle in den Reichsratswahlen beschränkte sich auf Unterstützungserklärungen, die interessanterweise 1907 (Jüdischnationale) und 1911 (Sozialdemokraten) unterschiedlich ausfielen. Ihre damit ausgedrückte ungeklärte Zwischenstellung zwischen Zionismus und Sozialismus war neben dem auch bei ihr ungelösten Spannungsverhältnis zwischen Gegenwartsarbeit („Galuth-Klassenkampf“) und „reinem“ Zionismus das größte ideologische Belastungsmoment der Partei.

Die orthodoxen Zionisten waren innerhalb der Gemeinschaft der Rechtgläubigen eine Minderheit. Der weit größere Teil der Orthodoxen fasste es als schwere Sünde auf, vor dem Erscheinen des Erlösers ins Heilige Land zurückzukehren. Dennoch verstanden es die orthodoxen Zionisten, eine internationale Organisation aufzubauen, die zunächst ebenfalls von Russland ausging. Eine der drei Zentralstellen wurde in Kolomea eingerichtet und ihre Zuständigkeit auf Galizien und die Bukowina festgelegt. Die *Misrachi* sahen sich als das „jüdische Gewissen“ des Zionismus und beschränkten ihre Tätigkeit auf den Versuch, die zionistische Weltorganisation im Sinne eines jüdischen Traditionalismus zu beeinflussen. Ganz auf ihre Mission im zukünftigen Palästina konzentriert, gab es für sie kein Konfliktmoment zwischen Gegenwarts- und Zukunftspolitik, ein Umstand, der sich auch in ihrem insgesamt passiven Verhalten bei den Wahlauseinandersetzungen ausdrückte.

Auch dieser Unterabschnitt sollte mit einem Blick auf die Formen der Symbolik und rhetorischen Repräsentation beschlossen werden. Unter den Symbolen spielten der Davidstern, der Sechszackige Leuchter sowie (als universelles Symbol der Zukunftsverheißung) die aufgehende Sonne die zentrale Rolle. Sie wurden von der internationalen zionistischen Bewegung übernommen.²⁸⁶⁾ Im Unterschied zu den anderen nationalen Bewegungen, welche über ein breites Angebot an verwendbarem Lied- und Textgut verfügten, konzentrierten sich die Zionisten auf ein einziges Lied, welches stets bei den politischen Anlässen gesungen wurde: die *Hatikwah*, die spätere Nationalhymne des Staates Israel.²⁸⁷⁾ Die politische Rhetorik wurde vor allem verwendet, um sich von der innerjüdischen Konkurrenz abzugrenzen. „Assimilation“ selbst wurde zum zentralen Gegenbegriff der eigenen Gruppenidentität erklärt und damit in das Arsenal der politischen Schlagwörter aufgenommen, zuweilen verstärkt durch Abwandlungen wie „Assimilationssucht“.²⁸⁸⁾

²⁸⁶⁾ Vgl. etwa die entsprechend gestaltete Anzeige zugunsten des Jüdischen Nationalfonds in Jüdische Zeitung vom 23. 7. 1909 (30), S. 8.

²⁸⁷⁾ Der von dem gebürtigen Galizier Naftali Herz Imber verfasste Text von *Hatikwah* (hebr. „Hoffnung“) war interessanterweise nach dem Vorbild oder zumindest unter dem Einfluss der polnischen Hymne geschaffen. Siehe Shlomo Avineri, The Presence of Eastern and Central Europe in the Culture and Politics of Contemporary Israel, in: Eastern European Politics and Societies Vol. 10, Nr. 2 (1996), S. 163–172.

²⁸⁸⁾ Siehe die frühe Schrift von Nathan Birnbaum, Die Assimilationssucht. Ein Wort an die sogenannten Deutschen, Slaven, Magyaren etc. mosaischer Confession von einem Studenten jüdischer Nationalität, Wien 1884.

Von seiner propagandistischen Dimension abgesehen, war der Assimilationsbegriff hier ausschließlich im Sinne der abgelehnten politischen Unterordnung unter die Organisationen der „herrschenden“ Nationalitäten zu verstehen. Individuell zumeist ebenfalls assimiliert an die westliche Welt, hatten die Jüdischnationalen als Gruppe kulturelle Formen der Repräsentation von den bestehenden nationalen Bewegungen (etwa das Stereotyp von der Stärke und Einheit, ausgedrückt in der Turnerbewegung) übernommen, die sie sogar „assimilierter“ erschienen ließen als ihre innerjüdischen Rivalen. Zur Konstituierung einer Gruppenidentität gehörten schließlich auch ein Vokabular und spezifische Festanlässe zum internen Gebrauch. Häufigste Verwendung fand der „Gesinnungsgenosse“ (abgekürzt Gg) als Pendant zu entsprechenden Verbrüderungsformeln anderer Massenparteien. Unter den Festlichkeiten ragten von Beginn an (bereits bei der Entstehung von *Kadimah*) die Makkabäerfeiern heraus, nach Herzls Tod dann auch die Herzlfeiern.

c) Jüdische Sozialdemokraten

Der Aufstieg der jüdischen Sozialdemokratie Galiziens wurde begünstigt durch die große Armut weiter Teile der jüdischen Bevölkerung in diesem Kronland. Man schätzt, dass ca. 85 % der jüdischen Bevölkerung unter dem Existenzminimum lebten und 50 % ohne feste Arbeit waren.²⁸⁹⁾ Obwohl die Industrialisierung in Galizien nur langsam voranschritt, wirkte sich der mit ihr verbundene gesamtwirtschaftliche Strukturwandel besonders stark auf die traditionellen jüdischen Berufsbereiche – Kleinhändler, Hausierer und Kleinhandwerker – aus. Hinzu kam eine ungünstige staatliche Wirtschaftspolitik (Sonntagsruhe, Salzmonopol, Alkohol-Gesetzgebung, Lizenz-Nachweise), die wiederholt nachweisbare Benachteiligung der Juden im öffentlichen Dienst und im Militär sowie die zunehmende wirtschaftliche Selbstorganisation der polnischen und ruthenischen Gesellschaft, welche sich nicht nur den Juden verschloss, sondern zeitweise sogar zu Boykottmaßnahmen aufrief.²⁹⁰⁾ Andererseits schufen Kapitalismus und Industrialisierung die Voraussetzung für den materiellen Aufstieg eines kleinen Kreises von Juden zu Reichtum. Das in sich widersprüchliche doppelte Negativ-Bild des Juden als elende Existenz einerseits und als reicher Ausbeuter andererseits prägte sich in das Bild der nicht-jüdischen Umgebung ein und schuf gleichzeitig die Grundlage für große innerjüdische soziale Spannungen, die sich seit dem späten 19. Jahrhundert auch politisch manifestierten. Eine sozial motivierte politische Massenbewegung musste sich von den bisher tonangebenden liberalen, assimilierten und weiterhin assimilationswilligen Eliten abgrenzen, welche die sozial Privilegierten repräsentierten und als „Hausjuden“ die polnisch-konservative Politik unterstützten.

Unter den sozialistischen Theoretikern wie auch unter den politischen Aktivisten spielten Juden bekanntlich in ganz Europa eine besonders wichtige Rolle. Die traditionelle Affiliation zu radikal-emanzipatorischen Bewegungen, der hohe Anteil an entwurzelten Intellektuellen, die kulturelle Prägung durch den innerweltlichen Messianismus und schließlich der Antisemitismus, der den bis dahin gepredigten liberalen Lösungsansatz der Judenfrage kompromittierte, sind hier zu nennen. Diese Voraussetzungen galten gerade auch im ostjüdischen Raum, wo städtische Kultur und säkularer „Intellektualismus“ noch weit

²⁸⁹⁾ Wistrich, *Socialism*, S. 185.

²⁹⁰⁾ Haumann, *Ostjuden*, S. 92–109. Wróbel, *Jews of Galicia*, S. 117–120.

deutlicher von Juden geprägt waren als im stärker urbanisierten Westeuropa. In Galizien kam ein wichtiger Teil der sozialistischen Aktivisten jüdischer Herkunft aus der polnischen linksdemokratisch-patriotischen Bewegung.²⁹¹⁾ Sowohl ihre polnisch-patriotische wie auch ihre sozial fortschrittliche Gesinnung führten sie zu einer ostentativen Entfernung von ihren jüdischen Wurzeln. Im Spektrum zwischen jüdischer kultureller Identität und polnischer Akkulturation neigten gerade sie zu einem Bekenntnis zum Polentum.²⁹²⁾ Während dieses noch lange mit der Aura der Fortschrittlichkeit umgeben war, stand das spezifisch Jüdische für kulturelle Rückständigkeit und religiösen Aberglauben. Jede Betonung einer jüdischen Andersartigkeit musste als eine der modernen Klassengesellschaft nicht mehr gemäße Gewichtung der Konfession abqualifiziert werden und der marxistischen Theorie vom Primat des Klassenkampfes widersprechen. Zudem spielten Elemente des sozialistischen Antisemitismus eine Rolle, welche unter den jüdischen Aktivisten möglicherweise durch den bekannten jüdischen Selbsthass verstärkt wurden.²⁹³⁾

Führende sozialdemokratische Aktivisten jüdischer Herkunft trugen wesentlich dazu bei, dass auch auf der Ebene der Partei die Negierung eines jüdischen Problems und später die Abwehr gegen Verselbständigungstendenzen – und zwar im Einklang mit der internationalen sozialistischen Bewegung – offizielle Politik wurde. Wenn der Parteiführer Ignacy Daszyński anlässlich des Gründungskongresses der GPSD erklärte, die Judenfrage sei für den Sozialismus irrelevant, demonstrierte er damit wohl weniger seine Theoriehörigkeit und Realitätsferne als vielmehr ein gewisses Wunschdenken, die Klassensolidarität möge zur Stärkung der galizischen Sozialdemokratie gewahrt bleiben. Eine selbständige jüdische Organisationsbildung hatte nämlich bereits zu dieser Zeit eine Vorgeschichte.²⁹⁴⁾ Im Jahre 1889 war ein erster jüdischer „Unterstützungsverein“ gegründet worden (1894 Umwandlung in den Bildungsverein „Brüderlichkeit“). Während in der Folge der Versuch, im Rahmen des polnischen Arbeiterbildungsvereins *Si a* eine eigene jüdische Organisation zu gründen, scheiterte, gelang dies im Rahmen der Organisation *Praca (Jad Chazaka* = starke Hand, gegr. 1892). Im selben Jahr entstand in Lemberg sogar eine eigene jüdische Arbei-

²⁹¹⁾ Piasecki, *Sekcja Żydowska*, S. 7 f.

²⁹²⁾ Aufgrund dieser politischen Herkunft aus dem polnisch (politisch) assimilierten Lager erscheint eine Abgrenzung zu den im vorigen Unterkapitel behandelten Assimilierten fragwürdig. Eine solche Abgrenzung ist jedoch andererseits deshalb gerechtfertigt, weil die internationale Sozialdemokratie zu einer neuen politischen Heimat wurde, die freilich im Falle der polnischen sozialdemokratischen Partei weiterhin – wie oben gezeigt – einen stark national-patriotischen Charakter besaß.

²⁹³⁾ Die besonders im Ostjudentum relevanten negativen Stereotypen waren: Der Geldverleiher, welcher mit betrügerischen Mitteln und überhöhten Zinsen die Notdürftigen ausnahm, der Schankwirt, der zur Trunksucht verleitete, und der Pächter, der dem Großgrundbesitz als Handlanger diene. Hinzu kam die prominente Rolle von Juden im modernen Kapitalismus. Siehe Wistrich, *Socialism*, S. 309–319. Wistrich meint jedoch, dass hier nicht von Antisemitismus zu sprechen sei, weil sich diese negativen Assoziationen nur gegen eine bestimmte Funktion der Ostjuden richtete, nämlich den „Parasitismus“ jüdischer Zwischenhändler. Andererseits ist nicht zu leugnen, dass gerade diese Stereotypen von erklärtermaßen antisemitischen Parteien zur Propaganda verwendet wurden und in der sozialdemokratischen Partei selbst einem energischeren Entgegen-treten gegen den Antisemitismus im Wege standen.

²⁹⁴⁾ Zum folgenden Piasecki, *Sekcja Żydowska*, S. 40–59.

terpartei, die einerseits von den polnischen Unabhängigen um Ernest Breiter (s. o.), andererseits von Drahomanov inspiriert war. Sie und ihre jiddisch-sprachige Zeitung, „Die Arbeiterstimme“, existierten freilich nur während eines Jahres.

Diese Organisationsbildungen verfolgten zunächst nicht den Zweck, eine von der Partei divergierende inhaltliche Linie durchzusetzen, sondern stützten sich auf das Faktum der sprachlichen und gesellschaftlichen Andersartigkeit der jüdischen Arbeiter und Gesellen.²⁹⁵⁾ So konnte auch die sozialdemokratische Parteiführung trotz ihrer Abneigung gegen eine Verselbständigungstendenz ihrer jüdischen Gefolgschaft die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, dass letztlich nur mit einer Propagandatätigkeit in jiddischer Sprache die jüdischen Arbeiter und Gesellen zu mobilisieren seien. Es gelang denn auch, innerhalb der Partei einen eigenen jüdischen Agitationsausschuss zu gründen (1893) sowie die Subvention jiddisch-sprachiger Zeitungen durchzusetzen („Der Arbeiter“, 1893–1896; „Jüdisches Volksblatt“, 1896–1899). Dem separatistischen Gefahrenpotential wurde dadurch begegnet, dass als Leiter dieser Institutionen gerade diejenigen Aktivisten der Partei eingesetzt wurden, welche am dezidiertesten gegen eine jüdische Verselbständigung auftraten. Zu ihnen gehörte an erster Stelle der nachmalige Abgeordnete Herman Diamand, der sowohl Vorsitzender des Agitationsausschusses als auch – trotz seiner offen erklärten Verachtung für die jiddische Sprache –, hauptverantwortlicher Redakteur der letztgenannten Zeitung wurde.²⁹⁶⁾

Die aus praktischen Erwägungen gewährte Unterstützung jüdischer Komitees und Pressezeugnisse konnte die Tendenzen in Richtung einer eigenen jüdischen Organisationsbildung jedoch nicht aufhalten. Verschiedene Ereignisse trugen dazu bei, dass diese Kräfte um die Jahrhundertwende wesentlich gestärkt wurden: das Bekenntnis der österreichischen Gesamtpartei zu innerparteilichem Föderalismus und nationaler Autonomie (1897/99), die erfolgreiche Loslösung der Ruthenen von der polnischen Partei (1899), die Gründung des alsbald zum organisatorischen Vorbild genommenen „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund für Russland, Polen und Litauen“ (kurz: „Bund“, 1897 in Wilna) und schließlich der wachsende Antisemitismus, dessen mangelnde Bekämpfung der Parteiführung angelastet wurde.²⁹⁷⁾

Bemühungen, eine eigene jüdische Parteiorganisation zu schaffen, wurden in den Jahren 1897 (Gründungskongress der PPSD in Przemysł), 1899 und 1903 (eigens einberufene Parteiversammlung der jüdischen Mitglieder) sowie im Jahre 1904 (Parteikongress in

²⁹⁵⁾ Feldman, Stronictwa, 2. Bd., S. 134.

²⁹⁶⁾ Für Diamand war die jiddische Sprache ein der jüdischen Tradition fremdes „Relikt des Ghettos“ und gleichzeitig Ausdruck alles Reaktionären in der jüdischen Gegenwartskultur. Piasecki, Sekcja Żydowska, S. 81.

²⁹⁷⁾ Im Jahre 1894, anlässlich des dritten Kongresses der galizischen Partei, wurde ein Antrag eines der aktivsten jüdischen Mitglieder der Partei, Salomon Rubinstein, in Richtung einer dezidierten Abwehr der antisemitischen Ausfälle der klerikalen Bauernpartei Stojałowskis mit einer Gegenkampagne gegen den Antragsteller beantwortet, die schließlich zu dessen Austritt und Wechsel zur zionistischen Arbeiterbewegung führte. Piasecki, Sekcja Żydowska, S. 57f. Im Jahre 1903 wurde der Antisemitismus gleichwertig neben dem sprachlichen Problem als Motiv für eine jüdische Organisationsbildung genannt. Ebd., S. 82. Zum musterhaften Charakter des „Bund“ für die nachmaligen Separatisten siehe ebd., S. 70.

Krakau) von den Gegnern aus dem „assimilatorischen“ Lager unter der Führung von Diamand zurückgewiesen. Als die Parteiführung den wachsenden Separatismus sogar mit der Auflösung bestehender jüdischer Organisationen zu begegnen versuchte (jüdisches Agitationskomitee, Vereine „Brüderlichkeit“ und *Postęp* = Fortschritt), kam es schließlich am 1. Mai 1905 zur lange erwarteten, aber dennoch von einem innerparteilichen Beben begleiteten Abspaltung und zur Gründung der „Jüdischen Sozialdemokratischen Partei“ (*Zydowska Partia Socjalno-Demokratyczna*, ZPSD). Diese rekrutierte sich zunächst vornehmlich aus ehemaligen PPSD-Mitgliedern (Henryk Grossman) und Aktivisten der sozialistischen Jugendorganisation *Zjednoczenie* in Krakau (Organ: „Der jüdische Sozialdemokrat“). Sie stand zwar dem russischen „Bund“ nahe, strebte jedoch – erfolglos – danach, Teil der österreichischen Gesamtpartei zu werden, deren Parteiprogramm sie auch adoptierte.²⁹⁸)

Erst als Antwort auf diese Abspaltung ließ die Partei die Gründung einer eigenen jüdischen Sektion zu (Mai 1906), die nicht zuletzt als Konkurrenzorganisation die ZPSD bekämpfen sollte. Das Kräftemessen zwischen PPSD und ihrer jüdischen Sektion einerseits und der ZPSD andererseits erreichte seine intensivste Phase zwischen 1905 und 1907 und ging, was die Anzahl der Mitglieder und affilierten Berufsorganisationen betraf, klar zugunsten der Letzteren aus. Im Gegensatz zur Entstehungsphase in den 1890er Jahren, als der praktisch-propagandistische Gesichtspunkt im Vordergrund gestanden war, ging es nun auch um die Durchsetzung des Konzepts einer eigenen jüdischen Nationalität. Da jedoch die „Sektion“ nicht die organisatorische Kraft der Wählerbasis besaß, der ZPSD aber die Anerkennung und materielle Unterstützung der österreichischen Gesamtpartei fehlte, kam es bereits anlässlich der Reichsratswahlen von 1907 zu einer ersten partiellen Zusammenarbeit auf der Basis der Wahlkreise. Die Annäherung beider Organisationen wurde durch die Tatsache erleichtert, dass sich die jüdische Sektion bald von der Hauptpartei zu entfernen begann und zunehmend an Selbstbewusstsein gewann.

Als Ausdruck des zu Beginn unentschlossenen Hin- und Herpendelns zwischen gestärktem nationalem Selbstverständnis und Gehorsam gegenüber der Hauptpartei kann der widersprüchliche Beschluss des Hauptausschusses der „Sektion“ aus dem Jahre 1907 gelten, als zwar konstatiert wurde, dass das jüdische Proletariat sich als eigene Nationalität fühle, gleichzeitig aber die Forderung nach kultureller Autonomie (die ja im Sinne des Brünner Programms gerade auf der Nationalität fußte) abgelehnt wurde. Seit diesem Jahre trug die „Sektion“ den Namen „Jüdische Sozialdemokratie Galiziens“. Vier Jahre später, anlässlich der Wahlen von 1911, kam es zu einer Zusammenarbeit auf noch breiterer Grundlage und schließlich, nach dem erfolgreichen Abschneiden bei diesen Wahlen, zur Verschmelzung der ehemaligen „Sektion“ mit den Sezessionisten aus dem Jahre 1905. Diese Vereinigung fand auch den Segen der zwei großen Gegner einer selbständigen jüdisch-sozialdemokratischen Partei, Ignacy Daszyński und Herman Diamand. Die neue Organisation blieb denn auch zunächst mit der Mutterpartei (PPSD) verbunden. Die fundamentalen Meinungsunterschiede über das Bestehen einer eigenen jüdischen Nationalität und der daraus abgeleiteten Berechtigung, als selbständige Organisation vollständige Handlungsfreiheit zu genießen, blieben aber gegenwärtig und bildeten – gemeinsam mit der zunehmenden polnisch-

²⁹⁸) Dazu auch Gaisbauer, Davidstern, S. 381–383.

nationalen Linie der PPSD im Zeichen der internationalen Spannungen vor dem Ersten Weltkrieg – den Hintergrund für den im Jahre 1913 erfolgten endgültigen Bruch zwischen der polnischen und der jüdischen sozialdemokratischen Partei.²⁹⁹⁾

D. Zusammenfassung

Die in diesem Abschnitt beschriebene chronologische Struktur der Parteibildungsprozesse, die zur inneren Ausdifferenzierung führenden ideologischen Spannungslinien und schließlich die Formen der Repräsentation, der Symbolik und der Ritualisierung der Politik machen deutlich, dass alle drei ethnisch-nationalen Gruppierungen Galiziens, welche selbständige politische Formationen ausbildeten, dies unter übergreifend gültigen Bedingungen taten. Der prägende gesellschaftliche und politische Rahmen war zunächst durch die administrativ vorgegebene Einheit des Kronlands Galizien gegeben, welches seit Etablierung der „galizischen Autonomie“ einen gewissen Sonderweg innerhalb der Monarchie ging, nicht weniger aber durch die gesamtstaatlich (cisleithanisch) verankerten Formen des liberalen Verfassungsstaats mit seinen Repräsentationsgremien und seinen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Selbstorganisation und schließlich durch gesamteuropäisch gültige Formen von Massengesellschaft, Industrialisierung und Kapitalismus. Die moderne Kommunikation schuf immer offenere Wege des Transfers politischer Ideologien und der ihnen zugehörigen symbolischen Formen über bestehende Staats-, Nations- und Sprachgrenzen hinweg.

In chronologischer und struktureller Hinsicht ist die Etablierung parlamentarischer Vertretungsorgane seit 1861 von fundamentaler Bedeutung. In diesen politischen Körperschaften fokussierte sich übergreifend die Ausdifferenzierung der politischen Kräfte. Inhaltlich stand bis in die erste Hälfte der 1870er-Jahre die Frage nach der Stellung Galiziens im Verband des österreichischen Staates im Vordergrund. Das gilt zunächst für den polnisch-ruthenischen Konflikt, dessen primäre strukturierende Qualität sich darin zeigte, dass von 1861 an der Landtag (später mittelbar auch der Reichsrat) in entsprechend definierte Parlamentariergruppen (Polenklub, Ruthenenklub) gegliedert war. Vom Ausgang jener staatsrechtlichen Kontroverse hing der Grad der Realisierung der nationalen Forderungen ab: Autonomisierung des Kronlands als Mittel zur Erreichung national-kultureller Selbständigkeit im polnischen Falle, Zentralismus als Garantie für die Emanzipation vor polnischer Dominanz und Anerkennung der gleichberechtigten Stellung im Nationalitätenverband im ruthenischen Falle. Gleichzeitig richtete sich jedoch auch die innernationale Frontstellung nach jener Debatte, sowohl bei den Polen (Resolutionisten-Klub, Nationaldemokratische Gesellschaft, Politischer Kreis) als auch bei den Ruthenen (der strikt anti-autonomistische russophile Ruthenische Rat gegen die von polnischer Seite protegierte Lavrivs'kyj-Gruppe, parlamentarischer Kern der Jungruthenen). Die dominierende Bedeutung der staatsrechtlichen Frage für die politische Lagerbildung zeigte sich auch da-

²⁹⁹⁾ Zum Einigungskongress siehe Piasecki, Sekcja Żydowska, S. 255–261, zum Bruch zwischen PPSD und ŻPSD ebd., S. 299–303. Die ŻPSD vereinigte sich im Jahre 1920 mit dem „Bund“.

rin, dass die Grenzlinien zwischen den seit der Großen Emigration fassbaren polnischen politisch-ideologischen Lagern (Konservative, Demokraten) sich nicht mit denjenigen der neu entstandenen Formationen deckten, sondern teilweise quer zu diesen verliefen.

Ausgehend von dieser inhaltlichen Prägung ist die Frage zu stellen, inwieweit den politischen Formationen der 1860er- bis 1880er-Jahre Parteicharakter im einleitend definierten Sinne zukam, inwieweit also über die ersten beiden funktionalen Kriterien (Machtbeteiligung und programmatische Grundlegung) hinaus politische Inhalte in der Öffentlichkeit durch Einbeziehung eines weiteren Kreises von Akteuren institutionell verankert wurden. Tatsächlich konstituierten sich viele (wenn auch nicht alle) der im Zusammenhang mit der „Resolutionskampagne“ aktivierten kollektiven Handlungsträger als politische Vereine. Im polnischen Fall konnte sich jedoch keiner von diesen über die frühen 1870er-Jahre hinaus behaupten und jenseits der eindimensionalen programmatischen Ausrichtung dieser Jahre ein integriertes Profil als politische Partei erlangen.

Dass letztlich weder die polnischen Konservativen noch die Demokraten vor den 1890er-Jahren eine dauerhafte Organisation außerhalb ihrer jeweiligen Landtagsfraktionen aufbauten, lag sicherlich zunächst daran, dass eine dauerhafte strukturelle Verankerung zum Erreichen des politischen Erfolgs in Zeiten des Privilegienwahlrechts nicht erforderlich war. Bedeutsam erscheinen jedoch auch drei andere Faktoren: das Kurien-Wahlssystem, die territoriale Zersplitterung der politischen Milieus und die von beiden politischen Lagern getragene Wahlorganisation, mit der sich Abschnitt II beschäftigen wird. Das Wahlssystem und die territoriale Zersplitterung (nicht zuletzt auch die Dualität Lemberg – Krakau) verhinderten großräumige kompetitive Strukturen, da beide Gegebenheiten es den Lagern ermöglichten, sich auf ihre gesicherten Kurien bzw. politischen Milieus (stets konservativer Großgrundbesitz, stets demokratische Stadt Lemberg) zurückzuziehen. Im Weiteren verhinderte das mit der selbstzugeschriebenen Autorität des Bewahrers nationaler Solidarität agierende Zentralwahlkomitee die Emanzipation der Demokraten im Rahmen des Wahlaktes, aus der wiederum eine selbständige Parteiorganisation hätte erwachsen können.

Prinzipiell agierte auch das ruthenische Lager unter den Prämissen des Privilegienwahlrechts und einer nur dünnen, informell vernetzten Schicht politischer Akteure. Im Unterschied zu den gleichzeitig aktiven polnischen Organisationen war der ebenfalls als politischer Verein konstituierte konservativ-russophile Ruthenische Rat nicht nur auf die parlamentarischen Vertretungsorgane ausgerichtet, sondern auch als Wahlorganisation tätig. Damit war seine politische Autorität ungleich größer und vor allem auf Dauer angelegt. Auch das Problem der territorialen sowie kurialen Zersplitterung war im ruthenischen Fall nicht gegeben, da sich die Wählerbasis auf die ostgalizische Landbevölkerung beschränkte. Dem Ruthenischen Rat kann man daher durchaus die Qualität einer auf Honoratiorenbasis organisierten Nationalpartei zusprechen, wobei die Honoratioren nicht dem bürgerlichen Typus entsprachen, sondern sich vorwiegend aus dem Klerus rekrutierten. Im Rahmen der politischen Geschichte der Habsburgermonarchie lässt sich der Ruthenische Rat mit den als Nationalpartei ähnlich dominanten Altschechen in Böhmen vergleichen, die freilich einen weit höheren Grad an Organisation und personeller Dichte aufwiesen.

Die 1890er-Jahre bilden die zweite Zäsur in der Parteiengeschichte Galiziens. Mit Ausnahme der polnischen Nationaldemokraten und Konservativen formierten sich zwischen 1890 und 1900 alle inzwischen entstandenen politisch-ideologischen Strömungen in Or-

ganisationen, die sich selbst als „Partei“ deklarierten und damit den Anspruch erhoben, etwas Neuartiges, Modernes zu sein. Das Neue lag in der proklamierten Rolle der Volksmassen, die zwar schon zuvor in zunehmender Weise als Objekt einer aufzubauenden Nationalgesellschaft vorgekommen waren, nun aber zumindest in der Rhetorik zur eigentlichen Grundlage und Substanz einer zukünftigen Gesellschaft erklärt wurden. In allen Fällen kam der wesentliche intellektuelle Anstoß zu einer solchen Parteigründung zunächst von außen, wobei allerdings der heimische Boden aufgrund der seit 1867 herrschenden freiheitlichen Verhältnisse wohl vorbereitet war. Dies gilt für die ruthenischen Radikalen (R-URP), die Sozialdemokraten (GPSD) wie auch (als Spezialfall) für die Jüdisch-Nationalen. Vorausgegangen war eine Phase der ideologischen Formierung und organisatorischen Vorbereitung in den 1870er- und 1880er-Jahren, die vorwiegend in den intellektuellen Zentren der Teilmächte und in der Emigration stattgefunden hatte. Am stärksten autochthone Züge wiesen die Bauernparteien auf, vor allem der nur lokal verankerte Verband der Bauernpartei (ZSch), aber auch die Volkspartei (SL bzw. PSL), die nicht nur auf das Gedankengut der *Narodniki*, sondern auch auf das demokratische Milieu Lembergs zurückgreifen konnte.

Auch die christlichsozial-antisemitischen Parteien vermochten einerseits auf einem soliden katholischen Fundament sowie einer galizischen Einzelercheinung (Stojalowski) aufzubauen, verdankten aber andererseits ihre am Ende der 1890er-Jahre kulminierende Aktivität außergalizischen Inspirationsquellen, der päpstlichen Enzyklika *Rerum Novarum*, den Katholikentagen sowie der Ausstrahlung des Volkstribuns Karl Lueger. Lassen sich also die Parteigründungen der früheren 1890er-Jahre als Konsequenz und Abschluss vorangegangener politisch-ideologischer Entwicklungen externer und interner Art verstehen, so stand die Zeit um die Jahrhundertwende im Zeichen der Umwandlung der bestehenden älteren Formationen („Fraktionsparteien“, Honoratiorenparteien und -vereine) in modernere Organisationen. Dieser Vorgang kann als verspätete Reaktion der traditionellen Kräfte auf die Schaffung jener neuartigen Parteiorganisationen verstanden werden, deren Konkurrenz infolge der Wahlrechtserweiterung von 1897 (Einführung der Allgemeinen Wählerkurie) nun unmittelbar spürbar wurde. Konkret zu nennen sind die Polnische Demokratische Partei (PSD, 1900), die ukrainophile Nationaldemokratische Partei (UNDP, 1899) und die russophile Ruthenisch (Russisch)-Nationale Partei (RNP, 1900). Während im Falle der PSD der Innovationsschub von einem in Krakau konzentrierten linken Flügel der Demokraten kam, erhielt die UNDP ihren wesentlichen Anstoß zur Neukonstituierung auf der Grundlage des bestehenden Volksrats durch Sympathisanten aus der Radikalen Partei. Die RNP war hingegen zunächst nicht viel mehr als eine Reaktion auf jene vorangegangenen ruthenischen Parteibildungen der Jahrhundertwende.

Als dritte Zäsurmarke lassen sich die Jahre 1905 bis 1907 erkennen, bedingt durch die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zum österreichischen Reichsrat und den Wiederhall der politischen Umwälzungen in Russland. In diesen Jahren fanden wichtige Neugründungen (Polnische Nationaldemokratische Partei 1905, Jüdische Nationalpartei 1906, Partei der Nationalen Rechten 1907) bzw. Abspaltungen (Jüdische Sozialdemokratische Partei 1905) statt. Auch die Spaltung der Russophilen im Jahre 1909 hatte ihren Ursprung in jenen fundamentalen Neuentwicklungen. Gleichzeitig mit der Verfestigung der politischen Landschaft in Gestalt eines weiter diversifizierten Parteienspektrums wurde jedoch ein gegenläufiger Prozess wirksam, nämlich der Versuch, die nationalen La-

ger im Sinne einer Überbrückung der internen Gegensätze wieder zu konsolidieren. Das war kein spezifisch galizisches Phänomen. Aufschlussreiche Parallelen gibt es in anderen Teilen der Monarchie, denkt man etwa an die tschechischen „Volksräte“ in Böhmen.

In Galizien erfuhren die nationalistischen Emotionen den stärksten Auftrieb nach der Jahrhundertwende einerseits durch die gesamtpolnische Reaktion auf die preußische Germanisierungspolitik und andererseits durch den im Zuge der Demokratisierung und Massenmobilisierung intensivierten polnisch-ruthenischen Konflikt. In der politischen Alltagsrhetorik fand diese nationale Bedrohungslage allerdings viel stärkeren Niederschlag als in der eigentlichen Organisationsbildung. Nachdem die Statthalterschaft Bobrzyńskis zunächst zur Bildung zweier feindlicher Blöcke im polnischen Lager geführt hatte, gelang es tatsächlich erst in den unmittelbaren Vorkriegsjahren, überparteiliche Organisationen aufzubauen. Einigungsbestrebungen gab es zwar auch im jüdischen Lager, wie die Verschmelzung von ŻPSD und „Sektion“ und die zunehmende Beschäftigung der „politisch Assimilierten“ mit dem jüdischen Schicksal zeigte. Andererseits wirkte sich der nationale Sog der Vorkriegsjahre, der mehr denn je von den Juden Solidaritätsbekundungen zugunsten der dominanten Nationalitäten einforderte, hinderlich auf die weitere Entwicklung gesamtjüdischer politischer Organisationen aus.

Man kann die Gründungsphase der aufgezählten „modernen“ Parteien seit 1890 auch nach typologischen Kriterien zu ordnen versuchen. Als ein erster solcher Typus hat der direkte Weg von der Zeitung zur Partei zu gelten. Das Presseorgan fungierte als Kristallisationskern eines politischen (meist radikalen) Milieus, und dieses wiederum erklärte sich zu einem bestimmten Zeitpunkt selbst zur „Partei“ und sah dies als einen Schritt von der Theorie zur Praxis an. Im Zentrum stand das Programm. Nicht vorhanden war die öffentlich-rechtlich legitimierte Machtbasis außerhalb des Presseorgans. Beispiele sind die ruthenischen Radikalen und die Sozialdemokraten des Jahres 1890. Ein zweiter Typus bildete der Weg von der Fraktion zur Partei. Hier bestand bereits eine politische Machtposition, die nun durch eine Parteigründung in der Gesellschaft verankert werden sollte. Dies war der Weg des aus der katholischen Bauernfraktion geschaffenen ZSch (1893) und der ruthenischen Nationalkonservativen (KRNS, 1896), typischerweise aber vor allem derjenige der alten Eliten, der Demokraten (PSD, 1900) und der Konservativen (SPN, 1907).

Das häufigste Modell führte vom Verein zur Partei. In diesem Fall bestand bereits eine Präsenz in der Gesellschaft (aber nicht unbedingt in den Repräsentativgremien) durch einen oder mehrere – nicht unbedingt politische – Vereine bzw. Vereinsverbände. Der Schritt zur Proklamation der Partei war dann gleichbedeutend mit einer angestrebten Partizipation an den parlamentarischen Vertretungskörpern. Folglich wirkten hier oftmals Reichsrats- oder Landtagswahlen als Initialzündung für den Gründungsakt. Dieser Weg war kennzeichnend für die Volkspartei (aus dem Lemberger Polnischen Demokratischen Verein), die Jüdische Nationalpartei (aus zionistischen Vereinen), die Katholische Nationalpartei (SKN 1896; aus christlichen Arbeitervereinen), die ruthenische Nationaldemokratische Partei (UNDP 1899, aus dem Volksrat), die Ruthenisch (Russisch-) Nationale Partei (RNP 1900, aus dem Ruthenischen Rat), die polnische Nationaldemokratische Partei (SDN 1905; aus der Nationalen Liga) oder die Neugründung der Polnischen Demokratische Partei (PSD 1907; aus dem Krakauer „Demokratischen Verein“). Bei den sozialdemokratischen Parteien entwickelte sich das Arbeitervereins- und Gewerkschaftswesen im Unterschied zum westeuropäischen Modell nicht vor der Gründung der Partei, sondern

parallel zu deren Ausbau. Als vierter Typus hat die Parteigründung durch Sezessionen bzw. Spaltungen einer bestehenden Partei zu gelten. Beispiele hierfür sind die Abspaltungen der ruthenischen und später der jüdischen Sozialdemokraten sowie die Spaltung der Russophilen im Jahre 1909 und der PSL 1912/13.

Dies sind selbstverständlich Idealtypen, die in der Wirklichkeit vor allem in Mischvarianten vorkamen. So spielte die ideelle oder organisatorische Vorbereitung durch ein Presseorgan überall eine entscheidende Rolle, etwa wenn es um die Integration bestehender Vereine als Wegbereitung für ein integriertes politisches Milieu ging oder wenn die Sezession einer Gruppierung durch eine Zeitung angebahnt wurde. Im Falle der UNDP waren neben Bemühungen, den Volksrat auf eine moderne Parteibasis zu stellen, auch sezessionistische Tendenzen in der Radikalen Partei ausschlaggebend. Die SPN war nicht nur eine Schöpfung konservativer Parlamentarier, sondern wuchs auch heraus aus dem politischen Verein des „Konservativen Klubs“. Andere Beispiele wären zu nennen.

Hinsichtlich der Rechtsform der seit 1890 entstandenen „modernen“ Parteien ergibt sich bereits aus den eben getroffenen Feststellungen (vom Verein zur Partei), dass diese selbst in der Regel keine Vereine waren (Ausnahmen: ZSch, SPN), sondern Konstruktionen auf der Basis von institutionalisierten Personengeflechten (Vertrauensmännern, Komitees) und dem zugehörigen Meinungsorgan. Dieses Letztere veröffentlichte und interpretierte das Parteiprogramm, zitierte seitenweise die Reden der parteieigenen Parlamentarier und berichtete in aller Ausführlichkeit über die Parteitage. Die Presse konstituierte also gewissermaßen die Partei in einem diskursiven Raum, wo dies auf legal-institutionellem Wege nicht möglich war. Tatsächlich kam der politische Verein als Rechtsform einer den lokalen Rahmen sprengenden Partei nicht in Frage, weil das Vereinsgesetz die Gründung von Filialen verbot (siehe Einleitung). Das Überschreiten des lokalen Rahmens war jedoch zu Zeiten des Massenwahlrechts und der sich verdichtenden Mediengesellschaft eine Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Bestehen in der politischen Zukunft.

Dem Schritt vom Verein zur Partei lag daher entweder die Entscheidung zugrunde, den lokalen Rahmen zu sprengen oder aber ein bereits aufgebautes disparates Vereinsnetz zu einem politischen Verband ohne Vereinscharakter zusammenzubinden. Andererseits trug die ungeklärte Rechtssituation gegen außen, aber auch gegenüber den konstituierenden Elementen selbst wesentlich zur Instabilität der Parteien bei. In nicht wenigen Fällen kam es daher in den Vorkriegsjahren zu Bestrebungen, parallel zu den bestehenden Parteistrukturen den Weg zurück zum Verein zu finden, die Parteistrukturen also mit einem Netz von Einzelvereinen zu verknüpfen und damit in der Basis abzusichern. Die Aufgabe dieser sekundären Vereinsbildung war es also, ein solides Fundament für die Partei und deren Beziehung zur politischen Gefolgschaft herzustellen. Das schien besonders dort angezeigt, wo man sich nicht auf das freie Versammlungsrecht stützen konnte, also in Ostgalizien unter den ruthenischen politischen Organisationen. Dass nach der Jahrhundertwende nun doch die politischen Vereine zu einem kommunizierenden Netz verbunden werden konnten, hing wesentlich damit zusammen, dass angesichts der realpolitisch veränderten Situation die politische und gerichtliche Praxis in keiner Weise mehr der ursprünglichen prohibitiven Intention des § 33 Vereinsgesetz entsprach.

Wie stand es nun aber mit jener sogenannten „Modernität“ der Parteien seit 1890? Drei Aussagen sind wesentlich. Erstens: Moderne Partei zu sein war zunächst einmal ein Anspruch auf eine bestimmte Qualität, die mit politischer Handlungsfähigkeit im Dienste

der anvisierten politischen Gemeinschaft (zumeist der Nation) zu tun hatte. Die objektivierbare Wirklichkeit lag vor allem in der Frühzeit von diesem Anspruch zumeist weit entfernt. Zweitens (und andererseits): Betrachtet man die Kriterien für eine moderne Partei (Organisationsdichte, Permanenz, Bürokratisierung, Symbolik etc.), so lässt sich in allen Fällen nachweisen, dass eine Entwicklung in Richtung einer derart verstandenen Modernität stattgefunden hat. Wenn die Umsetzung nur partiell gelang, so lag dies vorwiegend an den strukturellen Problemen einer gesellschaftlich „rückständigen“, territorial sehr ausgedehnten und im Innern heterogenen Provinz. Einige Punkte sollten erwähnt werden. Da die Initiative zur Gründung von Parteien beinahe ausschließlich aus dem urbanen Intelligenzmilieu kam (Ausnahme: ZSch), stellte die politische Mobilisierung und Organisation des ländlichen Raums eine der großen allgemeinen Herausforderungen für das entstehende Parteiwesen dar. Nur über die erfolgreiche Eroberung der Provinz konnte sich eine Organisation zur Massenintegrationspartei entwickeln. Auf dem Wege dorthin war allerdings die hohe Analphabetenrate und die tief verwurzelte kulturelle Dominanz von Landadel und Klerus zu überwinden. Die territoriale Weite des Kronlands war ebenfalls trotz verbesserten Kommunikationsbedingungen ein allgemeines Problem der effizienten Organisation.

Im Falle der polnischen (teilweise auch der national-jüdischen) Parteien akzentuierte sich dieses Problem in der Schwierigkeit, das unterschiedlich ausgeprägte west- und ostgalizische Milieu mit den jeweiligen Zentren Krakau und Lemberg zu einer Einheit zu integrieren. Auch dort, wo es zum Aufbau bürokratischer Strukturen (Signum: Parteikanzlei) kam, gelang es nur mit Mühe, die Partei von der traditionellen Form der Gesinnungsgruppe mit dem Presseorgan als geistigem und logistischem Zentrum zu einer Organisation mit direkt erfassten, zahlenden Mitgliedern umzuformen. Mangelnde Disziplin der „Vertrauensmänner“ bzw. der lokalen Komitees sowie eine ungenügende Zahlungsmoral der Mitglieder führten zu dauernden finanziellen Engpässen der Partei, die dadurch weiterhin in Abhängigkeit der (dank Diäten) zahlungsfähigen Parlamentarier oder einzelner liquider Gönner blieb, anstatt sich zu einer anonymen, atomisierten Organisation zu entwickeln. Drittens: Nimmt man den Stand vor dem Ersten Weltkrieg, so kann man trotz allen Einschränkungen am ehesten PSL, PPSD, SDN und UNDP als moderne Parteien bezeichnen. Weder den polnischen Konservativen noch den Demokraten gelang es, ihre politische Klientel wesentlich auf die Bevölkerungsmasse auszudehnen, obwohl auch sie neue Formen der Organisation schufen. Andere Parteien blieben zu sehr lokal (ZSch), zu zersplittert (Christlichsoziale) oder insgesamt zu schwach (USDP), um ein dynamischeres Potenzial als moderne Partei zu entwickeln.

Schließlich gibt es noch eine letzte Möglichkeit, das galizische Parteiwesen in seiner Gesamtheit zu betrachten: Quer zur üblichen, nach nationalen Kriterien bestimmten Laufrichtung kann man nach übergreifenden gesellschaftspolitischen Grundpositionen fragen. Allein ein Blick auf die Selbstbezeichnungen legt den Gedanken nahe, dass überall ähnliche politisch-ideologische Mechanismen am Werk waren. So gab es zwei Nationaldemokratische Parteien, eine polnische und eine ruthenische. Ein Vergleich fördert Gemeinsamkeiten zwischen beiden zutage, aber auch fundamentale Unterschiede. Gemeinsam war der Anspruch, eine national-integrative Funktion in der jeweiligen politischen Gesellschaft zu erfüllen, also jene zu Beginn dieses Abschnitts erwähnten negativen Diskurse über den zersetzenden Charakter des modernen Parteiwesens zu überwinden. SDN und UNDP kann-

ten also beide jenen totalen Vertretungsanspruch gegenüber der Gesellschaft, der sie zur Überzeugung brachte, dass ihre eigene Existenz im Grunde alle anderen Parteien überflüssig mache.

Durchaus unterschiedlich war jedoch die Ideologie und Programmatik im engeren Sinne. Dies hing nun primär mit den divergenten Voraussetzungen in den jeweiligen nationalen Gesellschaften zusammen. Die SDN war weit davon entfernt, real eine dominante Rolle innerhalb des polnischen politischen Spektrums zu spielen. Ihr Anspruch auf nationale Integration basierte auf einer – vorwiegend außerhalb Galiziens – formulierten Ideologie, nämlich der politischen Theorie und Weltanschauung des modernen integralen Nationalismus mit all seinen konstitutiven Komponenten der Ausgrenzung des Fremden. Anders die UNDP: Ihr integrativer Anspruch gründete kaum auf einem ausgearbeiteten theoretischen Konzept, sondern schlicht auf dem Faktum, dass sie infolge ihrer vorherrschenden politischen Position innerhalb der ruthenischen Gesellschaft Galiziens tatsächlich die verschiedensten Gesellschaftsgruppen unter ihrem Dach zu vereinigen vermochte. Die Folge zeigte sich in der Programmatik: Die SDN ist uneingeschränkt als nationalistische Partei zu bezeichnen, während die UNDP eher nationalliberale Züge trug.

Gemeinsame Namen können also durchaus zu Fehlschlüssen verleiten, gerade dort, wo es sich um solche Allerweltsbegriffe wie „national“ und „demokratisch“ handelt. Zielführender erscheint die Feststellung, dass es in allen nationalen Lagern ein Kategoriensystem politisch-inhaltlicher Art gab, das eingespannt war in die (rhetorisch aufgeladenen) Positionen konservativ, gemäßigt und radikal. Tatsächlich lässt sich das politische Selbstverständnis der einzelnen Parteien, ausgedrückt in ihren Parteiprogrammen, Parteitagsresolutionen und symbolischen Handlungen, in ein nationalitätenübergreifendes Bezugssystem bringen. „Harmonie“ statt „Anarchie“ etwa war eine Denkkategorie, die von den polnischen Konservativen, den ruthenischen Nationalkonservativen, den Russophilen und den polnisch-„assimilierten“ Juden in ihrem Kampf gegen polnische, ruthenische und jüdische Sozialdemokraten sowie gegen die Ukrainische Radikale Partei (R-URP) angewandt wurde. „Liberale“ Positionen, etwa Toleranz gegenüber anderen Nationalitäten oder Schutz vor staatlicher Willkür zugunsten gesellschaftlicher Eigenverantwortung, wurden auch von der jeweiligen politischen Mitte reklamiert, ebenso sozial und politisch progressive Inhalte (Sozialgesetzgebung, Wahlrechtsreform).

Gerade diese Mitte war es allerdings, deren partielle Progressivität durch den modernen Nationalismus bzw. die Überlagerung aller politischen Inhalte durch das Argument der nationalen Interessenwahrnehmung ausgehöhlt wurde. Das beste Beispiel für die Ambivalenz der politischen Entwicklung zwischen Jahrhundertwende und Erstem Weltkrieg bietet wiederum die Wahlreformfrage, bei der die politische Mitte einerseits sukzessive die zuvor linken Demokratisierungspostulate übernahm, andererseits aber zu Ausnahmen flüchtete, um den eigenen „nationalen Besitzstand“ zu retten. Allerdings sind Programme und Parteitage in einer politischen Kultur, in der Rhetorik mehr als Inhalte, Essayistik mehr als Analyse zählte und in einem politischen System, wo inhaltliche Positionen der Parteien nicht im Wechselspiel mit einer potentiellen Regierungsverantwortung standen, ohnehin zu einem nicht unwesentlichen Teil Deklamationen.

